Kreis
Bergstraße

Haushaltsplan 2017

KT-Entwurf

Haushaltsplan 2017

- Inhaltsverzeichnis -

Haushaltssatzung…… Seite 1
Vorbericht…… Seite 3
Produktplan…….... Seite 51
Deckungsregeln……... Seite 53
Budgetierungsrichtlinien…… Seite 55
Ergebnishaushalt…… Seite 63
Darstellung des Ergebnishaushaltes auf Produktbereichsebene…… Seite 64
Finanzhaushalt…… Seite 66
Darstellung des Teilfinanzhaushaltes auf Produktbereichsebene…… Seite 68
Teilhaushalte/Produkte……... Seite 71
Anlage 1 – Finanzplanung…… Seite 413
Anlage 2 – Investitionsprogramm…… Seite 415
Anlage 3 - Übersicht Verpflichtungsermächtigungen…… Seite 417
Anlage 4 - Übersicht Verbindlichkeiten…… Seite 419
Anlage 5 - Übersicht Rücklagen/Rückstellungen…….. Seite 421
Anlage 6 - Übersicht Fraktionsfördermittel…… Seite 423
Anlage 7 - Übersichten über die Budgets……... Seite 425
Jahresabschluss 2015 (Kreis Bergstraße) ……... Seite 431
Stellenplan 2017 (Kreis Bergstraße)…… Seite 437
Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises 2017 - 2020..……... Seite 449

Haushaltssatzung
des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund des § 52 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 183) zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.2015 (GVBl. I S. 618) in Verbindung mit dem § 97 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I, S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618) hat der Kreistag am ……. folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	437.475.903 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	429.219.131 EUR
mit einem Saldo von	+ 8.256.772 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	988.500 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.925.900 EUR
mit einem Saldo von	- 937.400 EUR
mit einem Überschuss von	7.319.372 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+ 9.270.971 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.618.136 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten auf	16.831.700 EUR
mit einem Saldo von	- 6.213.564 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.213.564 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.451.600 EUR
mit einem Saldo von	- 238.036 EUR
mit einem Zahlungsmittelüberschuss von	2.819.371 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2016 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **6.213.564 EUR** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf **2.608.570 EUR** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **250.000.000 EUR** festgesetzt.

§ 5

Die Umlagesätze der Kreisumlage nach § 50 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 23.07.2015 (GVBl. I Seite 298), geändert durch Gesetz vom 25.11.2015 (GVBl. I –Seite 414) werden auf folgende Vomhundertsätze der Umlagegrundlagen festgesetzt:

1.) Kreisumlage (Allgemeine Umlage)

a) von den Gemeinden (§ 50 Abs. 1 FAG)	33,45 v. H.
b) von den gemeindefreien Grundstücken (§ 50 Abs. 4 FAG)	85,00 v. H.

2.) Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage)

von den Gemeinden (§ 50 Abs. 3 FAG)	19,57 v. H.

Die Kreisumlage nach § 50 Abs. 1 FAG und der Zuschlag zur Kreisumlage nach § 50 Abs. 3 FAG sind in zwölf Teilbeträgen am 15. eines jeden Monats fällig.
Die Kreisumlage nach § 50 Abs. 4 FAG ist am 15.02.2017 fällig. Für die Zurückweisung von Widersprüchen gegen die Erhebung der Kreis und Schulumlage können Kosten geltend gemacht werden.

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

(1) Dem Landrat, dem Ersten Kreisbeigeordneten und dem Finanzdezernenten wird nach § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 100 HGO die Ermächtigung übertragen, über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu entscheiden, wenn sie den Betrag von **20.000 EUR** nicht übersteigen.
Dem Kreisausschuss wird nach § 52 Abs. HKO in Verbindung mit § 100 HGO die Ermächtigung übertragen, über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu entscheiden, wenn sie den Betrag von **100.000 EUR** nicht überschreiten oder sie auf gesetzlicher, vertraglicher oder tariflicher Verpflichtung beruhen oder sich die Verpflichtung zur Leistung aus zusätzlichen, zweckgebundenen Einnahmen ergibt.
Der Kreistag behält sich in allen weiteren Fällen seine vorherige Zustimmung vor.

Heppenheim den,

Kreis Bergstraße
- Der Kreisausschuss -

Karsten Krug
Kreisbeigeordneter

Vorbericht zum Haushaltsplan des Kreises Bergstraße für das Haushaltsjahr 2017

Einleitung

Der Haushalt ist als Instrument der kommunalen Finanzhoheit wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie (Grundgesetz Art. 28 Abs.2 und Hessische Verfassung Art. 137). Die Kommunen in Hessen sind in ihrem Gebiet die eigenverantwortlichen Träger der öffentlichen Verwaltung und können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit Gesetze nicht ausdrücklich andere Regelungen treffen. In diesem Rahmen sind die Kommunen auch in ihrer Finanzpolitik autonom. Bund und Land können auf die kommunale Haushaltsführung nur durch Gesetz Einfluss nehmen. Dies geschieht mittelbar durch den Bund mit:

- dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft,
- dem Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder,
- dem Gemeindefinanzreformgesetz,
- den Leistungsgesetzen
  und unmittelbar
- durch Förder- und Auftragsvergabebestimmungen sowie
- dem Steuerrecht.

Das Land nimmt auf den kommunalen Haushalt unmittelbar Einfluss durch:

- die Hessische Verfassung,
- die Hessische Gemeindeordnung,
- die Hessische Landkreisordnung,
- die Gemeindehaushaltsverordnung,
- die Gemeindekassenverordnung,
- das Finanzausgleichsgesetz,
- das Kommunalabgabengesetz,
- das Eigenbetriebsgesetz,
- das Schutzschirmgesetz,
- die Umsetzung von Leistungsgesetzen des Bundes

sowie den Erlass entsprechender Verwaltungsvorschriften. Auf Grundlage dieser Bestimmungen nimmt das Land auch die staatliche Aufsicht zum Schutz der Kommunen und der Einhaltung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung wahr.
Das Land hat den Kommunen die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Für die freiwilligen Aufgaben hat das Land den Kommunen, in eigener Verantwortung zu verwaltende, Einnahmequellen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus hat das Land Kostenfolgen zu regeln, die durch die Erfüllung staatlicher Aufgaben entstehen. Ein finanzieller Ausgleich ist zu schaffen, wenn die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Kommunen in ihrer Gesamtheit führt.

Der kommunale Haushalt hat neben seiner finanzwirtschaftlichen Steuerungsfunktion, die Funktion politische Programme umzusetzen und gleichzeitig mit seiner wirtschaftspolitischen Funktion zur Lenkung der Konjunktur beizutragen.
Mit der finanzwirtschaftlichen Steuerungsfunktion des Haushalts sind die Kommunen vorrangig verpflichtet, ihre stetige Aufgabenerfüllung zu sichern. Durch den Haushaltsgrundsatz der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung haben die Kommunen langfristig zu gewährleisten, dass sie ihre gesetzlichen, vertraglichen und freiwilligen Aufgaben wahrnehmen und erfüllen können (siehe § 92 Abs. 1 HGO). In unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung zur stetigen Aufgabenerfüllung steht der Grundsatz des Haushaltsausgleichs (siehe § 92 Abs. 4 HGO). Kann diesem Grundsatz nicht Rechnung getragen werden, sind die Kommunen verpflichtet, nachhaltig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.
Mit der politischen Programmfunktion wird, durch die Festlegung von Prioritäten und Standards im Haushalt, der kommunalpolitische Gestaltungsspielraum wahrgenommen. Mit der Entscheidung über den Einsatz zur Verfügung stehender Mittel nehmen die Vertretungsorgane der Kommunen eines ihrer wichtigsten Rechte in Anspruch und geben der Verwaltung einen Handlungsrahmen vor, dessen Einhaltung über die Berichterstattung zum Haushalt und den Jahresabschluss zu kontrollieren ist.
Wirtschaftspolitisch sind die Kommunen in ihrer Gesamtheit durch § 16 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verpflichtet, im Rahmen ihres Haushaltes den Zielen des § 1 dieses Gesetzes Rechnung zu tragen. Insbesondere bei den öffentlichen Investitionen ist diese konjunkturpolitische und volkswirtschaftliche Funktion der kommunalen Haushalte nicht zu unterschätzen.
In diesem Zusammenhang verpflichtet auch die Hessische Gemeindeordnung (HGO) mit dem, im § 92 Abs. 1 entwickelten allgemeinen Haushaltsgrundsatz, die Kommunen, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

Neben den bereits genannten Grundsätzen hat das kommunale Haushaltsrecht noch folgende allgemeine Haushaltsgrundsätze entwickelt:

- Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit
- Grundsatz der Einnahmebeschaffung
- Grundsatz der Vorherigkeit
- Grundsatz der Öffentlichkeit

Neben den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen sind für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltes Planungs- und Deckungsgrundsätze sowie die „Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung“ zu beachten.

Mit der am 24.12.2011 in Kraft getretenen Änderung der Hessischen Gemeindeordnung sind auch für das kommunale Haushaltsrecht wesentliche Änderungen eingetreten. So wurde die Doppik als einzig zulässige Form der Haushaltsführung bestimmt. In diesem Zusammenhang wurden die bisherigen Regelungen der §§ 114a bis 114u HGO in die Regelungen der §§ 94 bis 114 HGO übernommen. Die Verpflichtung zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes (§ 92 Abs. 3 HGO) wurde deutlich präzisiert. Danach gilt der Ergebnishaushalt als ausgeglichen, wenn das ordentliche Ergebnis durch die Inanspruchnahme der Rücklagen ausgeglichen wird. Der geforderte Haushaltsausgleich schließt auch den Ausgleich der Fehlbeträge der Vorjahre mit ein. Diese Verpflichtung steht in engem Zusammenhang mit der Änderung des § 92 Abs. 4 HGO. Es kommt nunmehr darauf an, den Fokus nicht nur auf das jeweilige Haushaltsjahr zu beschränken, sondern auch auf den Ausgleich der Fehlbeträge der

Vorjahre und auf in der Finanzplanung prognostizierte Fehlbeträge, durch den Einsatz des Haushaltssicherungskonzeptes, zu richten.
Dem steht nunmehr die Verpflichtung aus dem mit dem Land Hessen geschlossenen Schutzschirmvertrag gegenüber, den jährlichen Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis, entsprechend dem vereinbarten Konsolidierungspfad abzubauen und im Jahr 2020 den Haushalt im ordentlichen Ergebnis auszugleichen.
Von Bedeutung ist ebenfalls die Genehmigungspflicht für die in der Haushaltssatzung festzusetzenden Höchstbeträge für Kassenkredite (§ 105 HGO).
In Folge der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung wurden auch die Gemeindehaushalts- und die Gemeindekassenverordnung angepasst und haben in ihrer aktuellen Fassung am 27.12.2011 Rechtskraft erlangt. Neben terminologischen Begriffsanpassungen und Bezugnahmen auf die HGO wurde für die Aufstellung des Finanzhaushaltes ein Wahlrecht geschaffen. Entsprechend der Wahl der Finanzrechnung kann nunmehr auch zwischen dem direkten und indirekten Finanzhaushalt gewählt werden. Die Kreisverwaltung spricht sich, aufgrund seiner Parallelität zum Ergebnishaushalt, für die Aufstellung des direkten Finanzhaushalts aus und hat mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 einen entsprechenden Wechsel vollzogen. Die Veranschlagung von Verfügungsmitteln für den Vorsitzenden der Gemeindevertretung ist nunmehr Pflicht. Bei der Deckungsfähigkeit von Aufwendungen wurde eine Trennung zwischen zahlungswirksam und zahlungsunwirksam eingeführt. Ferner wurde das Verbot der Deckungsfähigkeit für Fraktionsfördermittel und für Verfügungsmittel (§ 20 Abs. 4 GemHVO) präzisiert.

Haushaltsplan und Haushaltssatzung

Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Kreises ist der Haushaltsplan. Zum Zweck der Aufgabenerfüllung enthält er alle im Haushaltsjahr anfallenden Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen (siehe § 95 HGO). Er ist für den Haushaltsvollzug verbindlich. Ansprüche und Verbindlichkeiten entstehen durch ihn nicht und werden durch ihn auch nicht erfüllt. Rechtswirksam verbindlich wird der Haushaltplan in Verbindung mit dem in Kraft treten der Haushaltssatzung. Gemäß § 94 Abs. 1 HGO ist die Haushaltssatzung eine jährlich zu erlassende Pflichtsatzung. Sie enthält Pflichtbestandteile wie zum Beispiel die Hebesätze der Kreis- und Schulumlage sowie Bestandteile, über deren Aufnahme ausschließlich der Kreistag entscheidet.
Die Haushaltswirtschaft des Kreises beginnt mit der Aufstellung des Haushaltsplans, wird mit dessen Ausführung im Haushaltsvollzug fortgesetzt und durch die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses beendet.
Die Planung in der Kreisverwaltung beginnt mit der Festlegung der Eckwerte auf der Basis der vorjährigen Finanzplanung, des Schutzschirmvertrages und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Der Kreisausschuss berät den Verwaltungsentwurf einschließlich sowie den Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, fasst den Aufstellungsbeschluss für den Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung sowie den Beschluss zum Haushaltskonsolidierungskonzept. Diese werden dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Gleichzeitig wird mit Bekanntmachung auf die Offenlegung der Entwürfe hingewiesen.
Gemäß § 97 HGO bereitet der Kämmerer den Entwurf vor. Zu dem festgestellten Entwurf des Kreisausschusses kann der Kämmerer dem Kreistag eine abweichende Stellungnahme vorlegen und seine Auffassung in der Beratung des Kreistages vertreten. Nach Beschlussfassung durch den Kreistag erfolgt die Vorlage von Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Haushaltskonsolidierungskonzept bei der zuständigen Kommunalaufsicht zur Genehmigung

der genehmigungspflichtigen Teile (Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen). Soweit keine Genehmigung erforderlich ist, erlangt die Haushaltssatzung unmittelbar mit ihrer Bekanntmachung Rechtskraft. Bei Genehmigungsbedarf ist die Haushaltssatzung mit der Genehmigung der genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung bekannt zu machen. Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der Haushaltsplanentwurf an sieben Tagen öffentlich auszulegen.

Struktur des doppischen Haushalts

Gemäß § 1 GemHVO besteht der Haushaltsplan aus

- dem Gesamthaushalt
- den Teilhaushalten
- dem Stellenplan

Der Gesamthaushalt und die Teilhaushalte bestehen aus dem

- Ergebnishaushalt und dem
- Finanzhaushalt

Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt sind jeweils in Teilhaushalte zu gliedern.

Dem Haushaltsplan sind beizufügen:

- der Vorbericht,
- die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung mit dem ihr zugrunde liegenden Investitionsprogramm,
- das Haushaltskonsolidierungskonzept,
- eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen,
- Übersichten über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Anleihen, Kreditaufnahmen und Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, der Rücklagen und der Rückstellungen zu Beginn und Ende des Haushaltsjahres sowie über den Stand zu Beginn des Vorjahres,
- eine Übersicht über die Budgets,
- eine Übersicht über die Mittel die den Fraktionen der Gemeindevertretung nach § 36a Abs. 4 GemHVO zur Verfügung gestellt werden,
- der letzte Jahresabschluss und der letzte zusammengefasste Jahresabschluss,
- die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- die Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist.

Die Teilhaushalte können gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO nach Produkten oder nach der örtlichen Organisation gegliedert werden. Seit Einführung des doppischen Haushaltswesens hat sich der Kreis für die produktorientierte Variante der Haushaltsstruktur entschieden. Maßgeblich für diese Entscheidung sind die vorrangigen Anforderungen der Bürger, der politischen Gremien und der Finanzstatistik an den doppischen Kreishaushalt gewesen. Die Anforderungen der Verwaltung und der Organisation sind demgegenüber als nachrangig erachtet und durch die Bildung von besonderen Budgets erfüllt worden. Da sich an diesen Erkenntnissen nichts verändert hat, erfolgt die Aufstellung des Kreishaushaltes 2017 wiederum produktorientiert.

Dementsprechend bestehen Ergebnis- und Finanzhaushalt weiterhin aus folgenden Teilhaushalten (siehe auch Produktplan):

- 01 Zentrale Verwaltung
- 02 Schule und Kultur
- 03 Soziales und Jugend
- 04 Gesundheit und Sport
- 05 Gestaltung der Umwelt
- 06 Zentrale Finanzleistungen

Den Teilhaushalten wurden die, entsprechend den Vorgaben der GemHVO und des Produktrahmens des Statistischen Bundesamtes, gebildeten Produktbereiche und Produktgruppen zugeordnet. Als unterste Planungsebene wurden 70 Produkte gebildet und mit einer Produktverantwortung versehen. Auf der Basis der Produkte wurde eine Kostenträgerstruktur aufgebaut, welche zur Beurteilung der Leistungen der Kreisverwaltung verwendet werden kann.
Unabhängig von dieser Struktur wurden auf der Organisationsebene der Kreisverwaltung, zweckgebunden, Budgets gebildet und in eine Kostenstellenstruktur integriert. Die Budgetverantwortung ist in der Regel mit der Produktverantwortung verbunden. Soweit erforderlich, erfolgt eine entsprechende Delegation. Hierzu werden eigene Budgetrichtlinien erlassen und über den Haushaltsplan in Kraft gesetzt. Damit wird die Flexibilität der Mittelbewirtschaftung im Kreishaushalt erhöht.
Für die Planung und Bewirtschaftung investiver Mittel ist die Struktur des als Anlage beigefügten Investitionsprogramms maßgeblich.
Auf der Basis dieser Haushaltsstruktur erfolgt, unter Verwendung der durch den Verwaltungskontenrahmen vorgegebenen Sachkonten die Etatisierung der Mittel, die Buchung im Haushaltsvollzug und die Rechnungslegung.

Produkte, Ziele und Kennzahlen

Produkte bilden das kommunale Leistungsangebot ab. Ein Produkt ist das Ergebnis von Leistungsprozessen und soll im Ergebnis das Verwaltungshandeln darstellen und steuerbar machen. Die Produkte mit ihren Leistungen werden damit zu zentralen Steuerungselementen.

Gemäß § 4 GemHVO sind in den Teilhaushalten die Produktbereiche, die Produktgruppen und die Produkte darzustellen. Außerdem sollen in den Teilhaushalten Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden. Ergänzend bestimmt § 10 Absatz 3 GemHVO, dass in den Teilhaushalten produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden sollen und diese die Grundlage für die Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft bilden. Gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 10 GemHVO soll der Haushaltsplan außerdem Kennzahlen zur Produktmenge enthalten und um Qualitätskennzahlen ergänzt werden.

Aufgrund der Auflösung des Eigenbetriebes Rettungsdienstes zum 31.12.2016 wurde in den vorliegenden Produktplan das Produkt 1362 – Rettungsdienst aufgenommen und mit einem eigenen Budget versehen. Damit entfällt auch ab dem Haushaltsjahr 2017 die bisherige Wirtschaftsplanung. Die Anzahl der Produkte beträgt damit 69.

Eine Aktualisierung der Produktbeschreibung wurde vorgenommen, sofern dies erforderlich war (Produktverantwortung, Rechts- und Auftragsgrundlagen, Leistungsbeschreibung, Beteiligte bei der Produkterstellung sowie Produktempfänger). Auf der Basis des Haushaltsjahres 2016 wurden die Ziele und Kennzahlen für den Haushaltsplan 2017 weitestgehend fortgeschrieben; Zeitreihenvergleiche werden damit weiterhin ermöglicht. Im Rahmen des unterjährigen Berichtswesens werden die Kennzahlen in dem Grad ihrer Zielerreichung sowie mit einer Prognose zum Jahresende dargestellt.

Die Weiterentwicklung der Ziele und Kennzahlen hin zu einem umfassenden Ziel- und Kennzahlensystem ist ein fortlaufender Prozess, in den die Kreisgremien weiterhin einzubinden sind. Rückmeldungen hierzu sind ausdrücklich erwünscht.

Budgets

Entsprechend der im Anschluss an den Vorbericht auf den Seiten 68 bis 80 folgenden Budgetierungsrichtlinien werden auf Kostenstellenebene folgende Budgets gebildet:

- Budgets der Abteilungen

- Budget des Rettungsdienstes

- Budget der Kreisvolkshochschule

- Budget des Jugendamtes

- Budget des Amtes für Soziales.

Darüber hinaus erfolgt durch die allgemeinen Deckungsregeln und besondere Haushaltsvermerke eine weitere Flexibilisierung bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln.

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt ist das leitende Element des „Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems“. Durch den Ausweis aller Erträge und Aufwendungen erfolgt eine periodengerechte Darstellung des Ressourcenaufkommens und des Ressourcenverbrauchs im Haushaltsplan und im Jahresabschluss. Der Saldo aller Erträge und aller Aufwendungen weist als Jahresergebnis einen Überschuss oder einen Fehlbedarf aus und verändert entsprechend das Eigenkapital. Erträge sind der Wertzuwachs des Eigenkapitals in einem Haushaltsjahr. Aufwendungen sind der wertmäßige Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen in einem Haushaltsjahr. Wesentlich ist die periodengerechte Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen. Ihre Zahlungswirksamkeit hat in den Ergebnishaushalten keine Bedeutung. Die Struktur der Ergebnishaushalte ist identisch.

Gemäß der GemHVO erfolgt folgende Darstellung:

a) Verwaltungsergebnis, Saldo aus ordentlichen Erträgen und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit
b) Finanzergebnis, Saldo aus Finanzerträgen und -aufwendungen (Zinsen)
c) Ordentliches Ergebnis, Summe aus Verwaltungs- und Finanzergebnis

d) Außerordentliches Ergebnis, Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und den außerordentlichen Aufwendungen
e) Jahresergebnis, Summe aus ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis
f) Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen, Saldo aus sekundären Erträgen und sekundären Aufwendungen
g) Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen, Summe aus Jahresergebnis und Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen
h) Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge (nachrichtlich)

Die Aufstellung der Ergebnishaushalte erfolgt nach dem Muster 7 zu § 2 GemHVO in Staffelform.

Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden alle zahlungswirksamen Vorgänge (Finanzmittelfluss) eines Haushaltsjahres und der Finanzmittelbestand zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres dargestellt. Unter Ein- und Auszahlungen sind Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen zu verstehen, die den Bestand an liquiden Mitteln verändern. Am Finanzmittelfluss lässt sich der Liquiditätsbedarf feststellen. Diese Information wird u. a. für die Beurteilung der Kreditaufnahme benötigt.

Gemäß § 3 GemHVO werden im Gesamtfinanzhaushalt folgende Teilsalden gebildet:

a) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo aus der Summe der Einzahlungen und der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit,
b) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit als Saldo aus der Summe der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, bei einem negativen Teilsaldo wird die Aufnahme von Investitionskrediten erforderlich,
c) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Verwaltungs- und Investitionstätigkeit (Summe aus a + b)
d) Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit als Saldo aus den Einzahlungen für die Aufnahme von Krediten und aus den Auszahlungen für die Tilgung von Krediten. Durch die Gegenüberstellung der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten weist dieser Saldo die Entwicklung des Bestandes an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen (Schuldenstand) des Kreises aus.

Aus diesen Teilsalden wird die Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt. Aus der Summe dieses Wertes und des Zahlungsmittelbestandes zu Beginn des Haushaltsjahres wird der Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres entwickelt.

Teilhaushalt 01 Zentrale Verwaltung

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Innere Verwaltung“ sowie „Sicherheit und Ordnung“ mit den Produktgruppen

- Verwaltungssteuerung und- Service
- Statistik und Wahlen
- Ordnungsangelegenheiten
- Brandschutz

zugeordnet. Von den insgesamt 69 Produkten gehören diesem Teilhaushalt 25 Produkte an. Organisatorisch sind hier alle Dezernate vertreten. In diesem Teilhaushalt wird die Finanzierung der Aufgabenwahrnehmung der Selbstverwaltungsorgane, des Bürgerservice, der Querschnittsaufgaben der Kreisverwaltung, sowie der Überwachungs-, Ordnungs- und Schutzfunktionen des Kreises abgebildet. Über die interne Leistungsverrechnung wird die finanzielle Belastung aus den mit Querschnittsaufgaben befassten Produkten, Personalmanagement, Zentrale Dienste, IT- Management, Haushaltsplanung und Finanzmanagement sowie Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung auf andere Produkte übertragen. Dies gilt ab dem Haushalt 2016 auch für die Produkte 1010, 1020 und 1040.

Teilhaushalt 02 Schule und Kultur

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Schulträgeraufgaben“ sowie „Kultur und Wissenschaft“ mit den Produktgruppen

- Grundschulen
- Kombinierte Schulformen
- Gymnasien
- Förderschulen
- Berufliche Schulen
- Schülerbeförderung
- Schulverwaltung
- Volkshochschulen

zugeordnet. Die 8 Produkte sind organisatorisch ausschließlich dem Dezernat des Landrates zugeteilt. Die Wahrnehmung der äußeren Schulträgerschaft nach dem Hessischen Schulgesetz an 75 Schulen des Kreises bildet den finanziellen Schwerpunkt dieses Teilhaushaltes. Die Finanzierung dieser Aufgabe erfolgt im Wesentlichen durch die Schulumlage. Zu dieser Aufgabe gehören die Bereitstellung und der Betrieb der Schulgebäude sowie deren Einrichtung. Hinzu kommen die Finanzierung der Schulbudgets, die Finanzierung von Ersatzschulen, die Schülerbeförderung, die Schulsozialarbeit und die Leistungen der Kreisvolkshochschule. Über die interne Leistungsverrechnung werden Leistungen, die andere Teilhaushalte für Schulen erbringen, diesem Teilhaushalt finanziell zugeordnet. Von besonderer Bedeutung für diesen Teilhaushalt ist der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Schule und Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“.

Teilhaushalt 03 Soziales und Jugend

Diesem Teilhaushalt sind die beiden Produktbereiche „Soziale Leistungen“ sowie „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ mit den Produktgruppen:

- Grundversorgung nach dem SGB XII
- Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
- Hilfen für Asylbewerber
- Soziale Einrichtungen
- Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
- Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- Unterhaltsvorschussleistungen
- Betreuungsleistungen
- Hilfen für Heimkehrer und politische Flüchtlinge
- Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
- Jugendarbeit
- Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

zugeordnet. Organisatorisch ist der Produktbereich „Soziale Leistungen“ mit 9 Produkten dem Dezernat des Kreisbeigeordneten zugeteilt. Das Produkt 3070 – Leistungen nach dem SGB II ist dem Dezernat der Ersten Kreisbeigeordneten zugeordnet. Das Produkt 3220 – Seniorenberatung ist dem Dezernat des Landrates zugeordnet. Die Produkte der „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ gehören organisatorisch mit 7 Produkten ebenfalls zu dem Dezernat der Ersten Kreisbeigeordneten. Für die Wahrnehmung der Aufgaben dieses Teilhaushaltes werden die umfangreichsten finanziellen und personellen Ressourcen des Kreises eingesetzt.

Teilhaushalt 04 Gesundheit und Sport

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche „Gesundheitsdienste“ und „Sportförderung“ mit den beiden Produktgruppen:

- Maßnahmen der Gesundheitspflege
- Förderung des Sports

zugeordnet. Von den drei diesem Teilhaushalt zugeteilten Produkten ist organisatorisch die Sportförderung dem Dezernat des Landrates zugeteilt. Die beiden Produkte der Gesundheitspflege sind organisatorisch Teil des Dezernates I. Neben der Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben werden im Gesundheitsdienst Serviceleistungen erbracht. Mit der Sportförderung unterstützt der Kreis im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten das ehrenamtliche Engagement der Sportvereine im Kreis. Dieser Teilhaushalt verfügt über das geringste finanzielle Volumen aller Teilhaushalte.

Teilhaushalt 05 Gestaltung der Umwelt

Diesem Teilhaushalt sind die Produktbereiche

- Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
- Bauen und Wohnen
- Verkehrsflächen und- anlagen, ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege
- Umweltschutz
- Wirtschaft und Tourismus

mit den Produktgruppen:

- Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bau- und Grundstücksordnung
- Wohnbauförderung
- Denkmalschutz und –pflege
- Kreisstraßen
- ÖPNV
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Land- und Forstwirtschaft
- Umweltschutzmaßnahmen
- Wirtschaftsförderung und Tourismus

zugeordnet. Acht der dreizehn Produkte dieses Teilhaushaltes sind dem Dezernat des Landrates zugeteilt. Die verbleibenden fünf Produkte sind dem Dezernat II angeschlossen. Neben den gesetzlichen Aufgaben werden die finanziellen und personellen Ressourcen dieses Teilhaushaltes für Serviceleistungen und Förderungen eingesetzt.

Teilhaushalt 06 Zentrale Finanzleistungen

Dieser Teilhaushalt ist mit dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ identisch. Ihm sind die Produktgruppen

- Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
- Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

mit drei Produkten zugeordnet, welche alle dem Dezernat II angeschlossen sind. Finanzieller Schwerpunkt dieses Teilhaushaltes ist im Zusammenhang mit der Abwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs die Beschaffung der allgemeinen Deckungsmittel für den Ergebnishaushalt, die Liquiditätssicherung durch die Bewirtschaftung der Kassenkredite und die Kreditaufnahme zur Finanzierung der Investitionen des Kreises im Finanzhaushalt. Ab dem Haushalt 2016 werden die personellen und finanziellen Ressourcen für das Kreditportfoliomanagement, die Erhebung der Kreis- und Schulumlage, die Beteiligungen des Kreises und die Versicherung der mit der gesamten Aufgabenwahrnehmung verbundenen Risiken des Kreises nicht mehr im Teilhaushalt 06 dargestellt. Im Rahmen der Neuordnung des KFA ist eine Anpassung des Haushaltes an die Jahresrechnungsstatistik erforderlich geworden. Die entsprechenden Ansätze sind deshalb den anderen Teilhaushalten, an relevanter Stelle, zugeordnet worden. Im vorliegenden Haushalt wird bei dem Produkt 6030 nur noch das Ergebnis 2015 dargestellt.

Finanzielle Situation bis 2016

Bis zum Abschluss des letzten kameralen Haushaltes im Jahr 2007 sind kumulierte Defizite von insgesamt rd. 130 Mio. € entstanden. Der zwischenzeitlich, in den doppischen Ergebnishaushalten, entstandene kumulierte Fehlbedarf beträgt rd. 128 Mio. € (siehe nachfolgende Tabelle).

Doppische Jahresergebnisse		
	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
	in T€	in T€
Ergebnis 2008	-19.359,8	-17.832,1
Ergebnis 2009	-9.201,5	-2.697,8
Ergebnis 2010	-28.846,9	-24.457,3
Ergebnis 2011	-39.617,4	-33.495,8
Ergebnis 2012	-31.971,4	-17.702,5
Ergebnis 2013	-11.738,1	-17.433,0
Ergebnis 2014	-6.438,4	-5.553,5
Ergebnis 2015	11.611,1	1.443,1
Plan 2016	7.954,6	9.498,7
Summe kumuliert	-127.607,8	-108.230,2

Dem steht, unter Berücksichtigung einer Ablösung von 44,8 Mio. € Kassenkrediten durch den Kommunalen Schutzschirm, ein prognostizierter Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende 2016 von rd. 222 Mio. € gegenüber. Bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans 2016 sind der Kreisausschuss und die Verwaltung davon ausgegangen, dass die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes 2016, aus gesetzlichen Gründen, nicht erforderlich ist. Es wird erwartet, dass die Auflagen der Haushaltsgenehmigung eingehalten werden können.

Ausweislich des ersten Finanz-und Controllingberichtes für das Jahr 2016 wird mit einer Verbesserung des Jahresergebnisses um rd. 12,0 Mio. € auf ein Überschuss von etwa 20 Mio. € gerechnet.

Mit dem planmäßigen Überschuss von rd. 8 Mio. € (= rd. 30 €/Einwohner) liegt der Landkreis Bergstraße über dem Durchschnitt der hessischen Landkreise im Regierungsbezirk Darmstadt (Defizit rd. 4 Mio. € bzw. 13 €/Einwohner). Mit dem planmäßigen Kassenkreditbestand von 224 Mio. € (= 849 €/Einwohner) liegt er etwas unter dem Durchschnitt der südhessischen Landkreise.

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) bildet, da Erträge aus Steuern den Landkreisen nicht unmittelbar zufließen, einen Schwerpunkt der Kreisfinanzen. Auf der Ertragsseite stehen als allgemeine Deckungsmittel die Kreis- und Schulumlage (2016 = 186,2 Mio. €) sowie die Landkreisschlüsselzuweisungen (2015 = 54,8 Mio. €) zur Verfügung.

Die Landkreise haben gemäß § 50 Finanzausgleichsgesetz (FAG) in Verbindung mit § 53 Hessische Landkreisordnung (HKO) eine Kreisumlage von ihren Gemeinden zu erheben, soweit die sonstigen Einnahmen, Erträge und Einzahlungen zum Ausgleich ihres Haushaltes nicht ausreichen. Zum Ausgleich eines kumulierten Fehlbetrages von 127,6 Mio. € wäre ein zusätzlicher Hebesatz von rd. 36 v. H. erforderlich gewesen. Dies hätte die finanzielle Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden überfordert. Es zeigt jedoch, dass durch die Neuordnung des KFA ein Abbau von Fehlbeträgen aus Vorjahren und eine Rückführung der enormen Kassenkredite nicht möglich sind. Hierzu bedarf es weiterhin einer verbesserten Finanzausstattung der hessischen Landkreise im Rahmen einer Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs. Der fehlende qualifizierte Haushaltsausgleich führt dazu, dass der Kreis sein Haushaltskonsolidierungskonzept unbefristet fortschreiben muss.

Die Berechnung der Kreisumlage erfolgt mit den beiden Komponenten Hebesatz und Umlagegrundlagen. Der Hebesatz wird vom Kreistag mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung festgelegt. Die Umlagegrundlagen bestehen aus den Steuerkraftmesszahlen und den Gemeindeschlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden. Ferner erheben die Landkreise gemäß § 50 Abs. 3 FAG, zum Ausgleich ihrer Belastung als Schulträger, einen Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage). Die Schulumlage ist als Hebesatz auf die Kreisumlagegrundlagen in der Haushaltssatzung festzulegen. Das Aufkommen aus der Schulumlage darf die Belastung des Kreises aus der Schulträgerschaft nicht überschreiten. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist die Schulumlage kostendeckend zu erheben. Mit dem Erlass der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport bestimmt, dass bei der Festsetzung der Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden Rücksicht zu nehmen ist. Allerdings wurde nach der Neuordnung des KFA bisher auf die Festlegung einer neuen Obergrenze für den Gesamthebesatz der Kreis- und Schulumlage verzichtet. Mit § 50 Abs. 6 (FAG) wurde eine kommunalaufsichtliche Genehmigungspflicht für den Fall eingeführt, dass der Hebesatz der Kreisumlage um mehr als einen halben Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr angehoben werden soll. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn ein Ausgleich zwischen der angemessenen Finanzausstattung des Landkreises und seiner Gemeinden dies erfordert. Im Rahmen der Neuordnung des KFA wurde mit § 67 Abs. 3 eine Übergangsregelung für die Kreisumlage geschaffen. Danach darf im Ausgangsjahr (2016) das Aufkommen aus der Kreisumlage nicht höher sein, als es nach der für das Ausgleichsjahr 2015 geltenden Rechtslage gewesen wäre. Die auf die Kreisumlagegrundlagen anzuwendenden Hebesätze für die Kreisumlage (ohne Schulumlage) sind für das Ausgangsjahr (2016) entsprechend festzusetzen. Die endgültige Festsetzung des sogenannten Eintakthebesatzes erfolgte durch das Hessische Ministerium der Finanzen mit Erlass vom 26.08.2016 auf 33,45 v. H. der Kreisumlagegrundlagen. Hieraus ergibt sich eine Kreisumlage von rd. 117,2 Mio. €. Die bedarfsdeckende Schulumlage beträgt 68,8 Mio. € bei einem Hebesatz von 19,59 v. H.
Mit der Beschlussfassung über das Haushaltskonsolidierungskonzept für den Zeitraum
2016 - 2019 hat der Kreistag die Verwaltung mit Konsolidierungsmaßnahmen beauftragt. Die Aufsichtsbehörde hat die Haushaltsgenehmigung am 18.02.2016 erteilt und mit folgenden Auflagen verbunden:

- Die Aufnahme der in § 2 der Haushaltssatzung sowie der unter Ziffer 2 der Festsetzungen im Wirtschaftsplan des „Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ vorgesehenen Kredite bedarf gemäß § 103 Abs. 4 Nr. 2 HGO der Genehmigung (Einzelgenehmigung). Ausgenommen hiervon sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds.
- Die Inanspruchnahme der in § 3 der Haushaltsatzung sowie die unter Ziffer 3 der Festsetzung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes „Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einzelgenehmigung.

In der Genehmigungsverfügung hat die Aufsichtsbehörde folgende Feststellungen getroffen:

„ Nach dem zwischen dem Landkreis Bergstraße und dem Land Hessen abgeschlossenen Konsolidierungsvertrag vom 21. Dezember 2012 über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs gemäß § 3 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zur Sicherstellung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit konsolidierungsbedürftiger Kommunen (Schutzschirmgesetz, SchuSG) wurde ein Konsolidierungszeitraum von acht Jahren vereinbart. Der

jahresbezogene Haushaltsausgleich ist demnach bis Ablauf des Jahres 2020 und danach dauerhaft zu erreichen.
Bereits der vorliegende Haushalt 2016 weist nicht nur den jahresbezogenen Haushaltsausgleich aus, vielmehr wird ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis von ca. 3,9 Mio. € veranschlagt. Die Ergebnisplanung prognostiziert in den Jahren bis 2019 ebenfalls Überschüsse. Die Vereinbarungen des Konsolidierungsvertrages werden somit nicht nur eingehalten, sondern deutlich übertroffen.
Ungeachtet dessen ist die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises Bergstraße nach der Analyse des Haushaltsplans 2016 insbesondere vor dem Hintergrund der Gesamtverbindlichkeiten als gefährdet einzustufen.
Neben dem Überschuss aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von ca. 3,9 Mio. € wird außerdem ein positives außerordentliches Ergebnis in Höhe von ca. 4,1 Mio. € erwartet. Damit beläuft sich der Überschuss im Jahresergebnis 2016 auf ca. 8,0 Mio. €.
Gegenüber dem Jahr 2015 ist eine Verbesserung im ordentlichen Ergebnis in Höhe von ca. 11,3 Mio. € festzustellen. Dies resultiert insbesondere aus Mehrerträgen in Höhe von 93,8 Mio. €. Hintergrund dessen sind im Wesentlichen die um 44,7 Mio. € gestiegenen Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen im Zuge der erhöhten Zuweisungen für die Unterbringung von Flüchtlingen (+ 37,7 Mio. €) und der Anstieg der Schlüsselzuweisungen (+ 14,2 Mio. €) im Rahmen des neuen Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Außerdem haben sich die Kostenersatzleistungen und –Erstattungen um insgesamt 31,1 Mio. € erhöht. Dies ist u.a. auf die Entwicklung der Zuweisung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, die Zuordnung von bisher sekundären Erträgen des Jugendamtes im Zusammenhang mit der Eingliederung der Schulabteilung in den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie der Neuordnung des KFA zurückzuführen. Darüber hinaus sind die Erträge der Kreis- und Schulumlage um insgesamt 14,0 Mio. € angestiegen.
Diesen erheblichen Mehrerträgen stehen allerdings Mehraufwendungen in Höhe von 82,5 Mio. € gegenüber. Besonders der Anstieg der Transferaufwendungen um 53,8 Mio. € belastet den Haushalt 2016. Hierin sind u.a. die deutlich erhöhten Bedarfe der Jugendhilfe (+ 27,3 Mio. €), an Leistungen für Asylbewerber (+ 21,5 Mio. €) sowie für Leistungen nach dem SGB II (+ 3,4 Mio. €) enthalten. Der im Verhältnis zum Vorjahr stärkste Anstieg ist bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu verzeichnen (+ 19,7 Mio. €; +100,3 v.H.). Für die Unterbringung von Flüchtlingen werden Mehraufwendungen in diesem Bereich von ca. 16,0 Mio. € veranschlagt. Darüber hinaus sind nicht unerhebliche Kostensteigerungen bei der Schülerbeförderung, der Schulgesundheitspflege und Mehrbedarfe für die Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans (S-Bahn-Ausbau) zu verzeichnen. Auch bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind zusätzliche Belastungen in Höhe von 6,7 Mio. € festzustellen. Diese resultieren insbesondere aus dem um 5,4 Mio. € auf 59,6 Mio. € gestiegenen Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft. Vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und des für 2016 geplanten Zahlungsmittelüberschusses gehen die Zinsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. € zurück.
Der Haushalt des Landkreises Bergstraße wird, wie in den Vorjahren, besonders durch den Bereich Soziales und Jugend belastet, der im Jahr 2016 einen Zuschussbedarf in Höhe von ca. 91,1 Mio. € ausweist. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung um ca. 5,9 Mio. € festzustellen. Dies ist besonders auf die Aufwandssteigerungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie die Jugendhilfe zurückzuführen. Darüber hinaus wird der Bereich durch den Wegfall des Sozial- und Jugendhilfelastenausgleichs (ca. – 3,9 Mio. €) im Zuge der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs belastet. Die erheblichen Mehraufwendungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes konnten durch stark erhöht Zuweisungen und Zuschüsse zum Teil kompensiert werden. Durch den außerordentlichen Ertrag aus der einmaligen Zuweisung des Landes Hessen zur Deckung der Vorjahresdefizite im Bereich der

Flüchtlingsunterbringung in Höhe von ca. 5,0 Mio. € kann im Jahr 2016 ein Zuschussbedarf im Flüchtlingswesen voraussichtlich vermieden werden.
Die kumulierten Jahresfehlbeträge belaufen sich seit Einführung der Doppik im Jahr 2008 zum Ende des Jahres 2015 auf voraussichtlich 158,2 Mio. €. Zum Ende des Jahres 2015 wären damit bereits 81,3 v. H. des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals aufgezehrt. Hinzu kommen kamerale Altfehlbeträge in Höhe von 130 Mio. €. Durch die in der Ergebnisplanung prognostizierten Überschüsse in den Jahresergebnissen sollen sich die doppisch kumulierten Fehlbeträge bis Ende 2019 um ca. 32,7 Mio. € auf ca. 125,5 Mio. € reduzieren. An dieser Planung ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln festzuhalten.
Der Finanzhaushalt 2016 weist einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 5,8 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahr, das einen Zahlungsmittelfehlbedarf von ca. 11,5 Mio. € vorsah, bedeutet dies eine Verbesserung in Höhe von ca. 17,3 Mio. €. Dies resultiert unmittelbar aus dem erstmals erreichten Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 9,5 Mio. €, der wiederum auf äußerst positive Entwicklung des Ergebnishaushaltes zurückzuführen ist. Der Landkreis Bergstraße ist durch den hohen Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit im Jahr 2016 erstmals dazu in der Lage, die Tilgungsleistungen vollständig aus eigenen Mitteln zu finanzieren und außerdem den Kassenkreditbestand abzubauen. In den Finanzplanungsjahren werden weiterhin jahresbezogene Zahlungsmittelüberschüsse prognostiziert. vor dem Hintergrund der Kassenkreditverbindlichkeiten zum Ende des Jahres 2015 in Höhe von 233,9 Mio. € ist diese Entwicklung ausdrücklich zu begrüßen. Nach der aktuellen Planung soll der Stand der Kassenkredite bis Ende des Jahres 2019 um ca. 25,6 Mio. € auf 208,3 Mio. € reduziert werden. Der Umsetzung dieser Reduzierung der Verbindlichkeiten kommt angesichts der gefährdeten Leistungsfähigkeit besondere Bedeutung zu.
Die investiven Auszahlungen belaufen sich im Jahr 2016 auf ca. 10,6 Mio. €. Dies bedeutet eine Erhöhung um ca. 132,1 v. H. gegenüber dem Jahr 2015. Hintergrund dessen ist das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP), das vom Bund und dem Land Hessen initiiert wurde. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt in den Bereichen Schulträgeraufgaben mit 5,9 Mio. € und 55,7 v. H. am Gesamtinvestitionsvolumen sowie Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV mit 3,6 Mio. € und 34,0 v. H. des Investitionsvolumens 2016. Maßgeblich sind der Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft in Höhe von 5,8 Mio. €, Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 2,4 Mio. € sowie der S-Bahn-Ausbau mit einem Umfang von 1,2 Mio. € im Jahr 2016. Die Investitionen werden weiterhin durch Kreditaufnahmen von 9,5 Mio. € finanziert. In diesem Betrag sind Darlehen aus dem KIP in Höhe von 5,8 Mio. € enthalten, die als Investitionszuweisung an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft weitergleitet werden, da die entsprechenden Investitionsmaßnahmen dort veranschlagt sind.
Den Kreditaufnahmen stehen Tilgungsleistungen in Höhe von 3,7 Mio. € gegenüber. Die Darlehen aus dem KIP bleiben bei der Berechnung der Nettoneuverschuldung außer Acht. Dadurch ist im Jahr 2016 keine Nettoneuverschuldung festzustellen.“

Bezüglich der Erfüllung der Auflagen und der Berücksichtigung von Empfehlungen im Haushaltsjahr 2015 hat das Regierungspräsidium folgende Feststellungen getroffen:
„Mit Verfügung vom 2. Februar 2015 wurde die Genehmigung der genehmigungspflichtigen Bestandteile der Haushaltssatzung und der Festsetzungsbeschlüsse der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe z. T. unter Auflagen erteilt.
Bei den Kreditaufnahmen des Landkreises und des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft wurde die Einzelgenehmigung vorbehalten. Darüber hinaus wurde die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen unter Zustimmungsvorbehalt gestellt. Entsprechende Anträge wurden vorgelegt und Genehmigungen bzw. Zustimmungen erteilt. Um die

Einhaltung des Konsolidierungspfades sicherzustellen, wurden zudem Empfehlungen gegeben, die der Landkreis Bergstraße zum Teil umgesetzt hat.
Haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 107 HGO wurden vom Kreisausschuss in Höhe von 5,2 Mio. € beschlossen. Das Haushaltssicherungskonzept wurde angepasst und fortgeschrieben. Der Stellenplan des Kernhaushalts wurde um 3,75 Stellen ausgeweitet. Dem stehen Stellenreduzierungen bei den Eigenbetrieben um 2,50 Stellen gegenüber. Eine Stellenbesetzungssperre besteht nicht. Die freiwilligen Leistungen wurden im Zuge der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs durch den Landkreis Bergstraße neu definiert, wodurch verschiedene Leistungen nunmehr dem pflichtigen Bereich zugeordnet werden. Ohne Berücksichtigung der Neudefinition wurden die freiwilligen Leistungen um 103,7 T€ erhöht."

Mit der Genehmigungsverfügung hat das Regierungspräsidium folgende Empfehlungen zum Haushaltsplan 2016 ausgesprochen:

„Durch den Konsolidierungsvertrag hat sich der Landkreis dazu verpflichtet den Haushaltsausgleich bis zum Ablauf des Jahres 2020 zu erreichen. Der erstmalige Haushaltsausgleich ist nunmehr bereits im Jahr 2016 vorgesehen. In den Ergebnisplanungsjahren wird der dauerhafte Haushaltsausgleich prognostiziert. Hieran ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln festzuhalten.
Zur Sicherstellung des dauerhaften Haushaltsausgleichs empfehle ich, eigenverantwortlich haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 107 HGO auszusprechen sowie ggf. eine Stellenbesetzungssperre einzuführen. Eine restriktive Personalbewirtschaftung und eine eigenständige kritische Überprüfung der vorgehaltenen Aufgaben und Standards erscheinen weiterhin unverzichtbar. Auf die Schaffung und Besetzung neuer Stellen sollte grundsätzlich verzichtet werden. Des Weiteren empfehle ich, die freiwilligen Leistungen dauernd auf ihre Notwendigkeit und den Leistungsumfang hin zu überprüfen. Von der Übernahme neuer Leistungen im disponiblen Bereich sollte grundsätzlich abgesehen werden. Die Ausweitungen dieser Leistungen erscheint mit dem Konsolidierungsziel nicht vereinbar. Eine aktuelle Liste aller freiwilligen Leistungen sowie einen Bericht über die Maßnahmen zur Begrenzung der freiwilligen Leistungen bitte ich mit jeder Haushaltssatzung vorzulegen.
Darüber hinaus rege ich an, Beiträge und Gebühren laufend auf ihren Kostendeckungsgrad hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Auch die Erhöhung von Mieten und Pachten ist unter Beachtung rechtlicher Vorgaben in Betracht zu ziehen. in diesem Zusammenhang weise ich auf die Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen nach § 93 HGO in Verbindung mit §§ 8 ff. des Gesetzes über kommunale Abgaben hin. Die Beteiligungen des Landkreises sollten so gestaltet bzw. umgestaltet werden, dass außergewöhnliche Belastungen für den Haushalt weitestgehend ausgeschlossen werden können. Auf Ziffer 9 der Konsolidierungsleitlinie wird hingewiesen. Demnach ist bei Sondervermögen und Gesellschaften des Privatrechts in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass durch höhere Abführungen an den Kommunalhaushalt oder geringere Leistungen zum Verlustausgleich ein Beitrag zur Konsolidierung des kommunalen Haushalts ermöglicht wird.
Zudem empfehle ich, auf neue Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, der erhebliche Folgekosten verursachen, grundsätzlich zu verzichten.
Angesichts der erheblichen Fehlbeträge aus Vorjahren ist das Haushaltssicherungskonzept gemäß §§ 92 Absatz 5 Nr. 2 HGO jährlich fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Auf die §§ 92 Abs. 5 HGO und 24 Absatz 4 GemHVO sowie Ziffer 1 der mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 3. März 2014 veröffentlichten ergänzenden Hinweise zur Anwendung der Konsolidierungsleitlinie mache ich in diesem Zusammenhang aufmerksam. Darüber hinaus bitte ich, künftig den voraussichtlichen Abbau der Fehlbeträge aus Vorjahren im Ergebnisplanungszeitraum im Haushaltssicherungskonzept darzustellen.

Die vorgenannten Hinweise sollen den Landkreis in seinen Konsolidierungsbemühungen unterstützen und gelten sinngemäß auch für die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe.
Über die konkreten Konsolidierungsbemühungen und die Beachtung meiner aufsichtsbehördlichen Vorgaben ist mir spätestens mit Vorlage der nächsten Haushaltssatzung zu berichten.“

Darüber hinaus hat das Regierungspräsidium in der Genehmigungsverfügung folgende sonstige Feststellungen und Hinweise formuliert:

„Hinsichtlich der nicht der Verordnung zur Durchführung des Schutzschirmgesetzes entsprechenden Darstellung der vom Land Hessen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms gewährten Entschuldungshilfen im Haushalt des Landkreises Bergstraße verweise ich nochmals auf meine Verfügung vom 5. Februar 2015 und erwarte die verordnungskonforme Umsetzung im folgenden Haushaltsplan.“
Diese Verfügung ist dem Kreistag gemäß § 29 Absatz 3 HKO in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben. Um weiter Veranlassung gemäß § 52 Absatz 1 HKO in Verbindung mit § 97 HGO wird gebeten.“

Die Auflagen bezüglich der Kreditaufnahme und bei den Verpflichtungsermächtigungen können umgesetzt werden.
Da der Kreistag bereits Mittel in Höhe von 2,0 Mio. €, durch Haushaltsplanvermerk, gesperrt hatte, wurde im Hinblick auf die dynamische Zuwanderung von Flüchtlingen, auf eine zusätzliche haushaltswirtschaftliche Sperre durch den Kreisausschuss verzichtet. Dies gilt insbesondere auch für die erneute Einführung einer Stellenbesetzungssperre. Der aktuelle Personalstand lässt in vielen Bereichen der Verwaltung eine ordnungsgemäße und fristgerechte Aufgabenwahrnehmung nicht mehr zu. Dies wird unter anderem auch von anderen Dezernaten des Regierungspräsidiums beanstandet. Da der Landkreis vorrangig übertragene Pflichtaufgaben wahrnimmt ist auch das Land in der Verantwortung, eine Überprüfung der Aufgaben und Standards durchzuführen. Bisher ist dies, auch im Rahmen der Bedarfsbemessung für die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, nicht gelungen. Auch die Definition des Begriffes freiwilliger Leistungen ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar erfolgt.

Mit dem Umfang seiner freiwilligen Leistungen liegt der Kreis deutlich unter dem vom Staatsgerichtshof generierten Anspruch. Selbst ein Verzicht auf alle freiwilligen Leistungen würde keinen entscheidenden Beitrag zum Haushaltsausgleich leisten. Auch für den Begriff disponible Leistungen bedarf es zunächst einer Definition. Disponibel sind zum Beispiel die Standards von Pflichtaufgaben. Hier wird versucht ein mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten vergleichbares Niveau zu erreichen und einheitliche Lebensverhältnisse für die Bevölkerung zu gewährleisten. Ein Verzicht auf disponible Leistungen, wie z. B. die Nachmittagsbetreuung von Schüler/Innen ist den Bürgern und Bürgerinnen des Kreises nicht vermittelbar und würde zu einem erheblichen Standortnachteil mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen führen.

Die wichtigsten Erträge aus Gebühren werden durch Bestimmungen des Bundes und des Landes definiert. Vermehrte Hinweise auf die Unterdeckung dieser Gebühren durch den Kreis und die kommunalen Spitzenverbände haben bisher wenig Erfolg. Bei der Fleischuntersuchung hat das Land es jahrelang versäumt die Landkreise und kreisfreien Städte in die Lage zu versetzen, Gebührenordnungen zu erlassen. Dies hat im Kreis Bergstraße zu einem Verlust in Millionenhöhe geführt. Dies ist der Aufsichtsbehörde durchaus bekannt.

Der entsprechende Hinweis in der Genehmigungsverfügung erweckt deshalb einen eher zynischen Eindruck. Hinsichtlich seiner Beteiligungen ist der Kreis den Empfehlungen bisher dadurch nachgekommen, dass er das defizitäre Kreiskrankenhaus, trotz der Kritik des Landes, erfolgreich veräußert hat. Auch bei den verbliebenen Beteiligungen wird versucht die Zuschüsse und Verlustausgleiche zu reduzieren, wobei der Zuschuss an den Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße“ fast vollständig durch die Schulumlage gedeckt wird. Investitionen und Investitionsfördermaßen finden fast ausschließlich in den Bereichen Bildung und Infrastruktur statt. Im Bildungsbereich erfolgen diese Investitionen in Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium um ordnungsmäße und fortschrittliche Schulträgerschaft zu gewährleisten. Dies wurde von der Aufsichtsbehörde bisher immer anerkannt.
Bei der Infrastruktur handelt es sich überwiegend um Ersatzinvestitionen, um den Anforderungen des Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs Rechnung zu tragen. Ein Verzicht auf diese Investition zum richtigen Zeitpunkt würde zu außerordentlichen Vermögensverlusten führen und die finanzielle Belastung nachfolgenden Generationen, mit einem deutlich größeren Umfang, übertragen. Ein grundsätzlicher Verzicht ist deshalb ausgeschlossen. Der Kreis wird versuchen die Kreditfinanzierung von Investitionen zu reduzieren und die entsprechende Verschuldung abzubauen.
Das Haushaltssicherungskonzept wurde vorschriftsgemäß fortgeschrieben. Eine Übereinstimmung der Darstellung des konkreten Zeitpunkts des Haushaltsausgleichs im Vorbericht und Haushaltssicherungskonzept wird, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Regelungen in der HGO und im Kommunalen Schutzschirm, erfolgen. Der geforderte Bericht erfolgt mit der Vorlage der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017.

Auf der Basis des aktuellen Haushaltsvollzuges kann mit einer Erreichung des, im Kommunalen Schutzschirm, festgelegten Ziels für das Haushaltsjahr 2016 gerechnet werden.
Ein Haushaltsausgleich und ein Abbau der Verschuldung sind ohne eine deutliche Verbesserung der Finanzausstattung des Kreises im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs nicht realisierbar. Neben einer weiteren positiven Entwicklung der Steuerkraft auf allen Ebenen, muss durch strukturverbessernde Maßnahmen die Finanzierung der den Kommunen übertragenen Aufgaben gesichert werden.

Aus den nachfolgenden Übersichten ist zu erkennen, dass der Überschuss aus dem KFA seit 2014 ausreicht, um eine dauerhafte Deckung der Finanzbedarfe in den Bereichen Bildung und Soziales, ohne LWV-Umlage, zu gewährleisten.

Entwicklung Kommunaler Finanzausgleich								
Haushaltsjahr	Schlüsselzuweisungen	Kreisumlage	Schulumlage	**Su. Erträge**	Krankenhausumlage	LWV-Umlage	**Su. Aufwendungen**	**Überschuss**
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
2005	22.662,5	83.530,9	14.849,7	**121.043,1**	3.935,9	33.910,6	**37.846,5**	**83.196,6**
2006	25.265,7	54.821,5	43.670,3	**123.757,5**	3.986,8	32.692,1	**36.678,9**	**87.078,6**
2007	33.423,0	63.368,2	52.089,8	**148.881,0**	2.432,6	33.212,8	**35.645,4**	**113.235,6**
2008	31.993,8	76.842,6	54.110,5	**162.946,9**	3.693,4	32.763,6	**36.457,0**	**126.489,9**
2009	31.225,7	98.728,5	49.032,3	**178.986,5**	4.444,0	34.568,2	**39.012,2**	**139.974,3**
2010	24.670,5	87.015,8	50.957,2	**162.643,5**	4.604,2	38.083,0	**42.687,2**	**119.956,3**
2011	29.501,9	78.202,1	56.989,8	**164.693,8**	3.807,5	39.333,2	**43.140,7**	**121.553,1**
2012	36.000,0	90.700,0	57.400,0	**184.100,0**	3.847,0	40.231,0	**44.078,0**	**140.022,0**
2013	39.900,0	94.345,0	58.200,0	**192.445,0**	4.100,0	42.000,0	**46.100,0**	**146.345,0**
2014	39.810,0	98.900,0	62.650,0	**201.360,0**	4.175,0	43.900,0	**48.075,0**	**153.285,0**
2015	40.600,0	112.200,0	60.000,0	**212.800,0**	4.200,0	44.700,0	**48.900,0**	**163.900,0**
2016	54.800,0	117.400,0	68.200,0	**240.400,0**	4.200,0	45.800,0	**50.000,0**	**190.400,0**
2005/2016	**34.154,4**	**88.004,6**	**52.329,1**	**174.488,1**	**3.952,2**	**38.432,9**	**42.385,1**	**132.103,0**

1	3	4	5	6	7	8
Haushaltsjahr	Zuschuss-bedarf TH 02 Schule und Kultur in T€	Zuschussbedarf TH 03 Soziales und Jugend in T€	LWV-Umlage in T€	Summe Aufwand in T€	KFA Erträge in T€	Fehlbetrag / Überschuss in T€
2005	27.219,6	63.114,9	33.910,6	124.245,1	121.043,1	- 3.202,0
2006	41.901,5	56.585,3	32.692,1	131.178,9	123.757,5	-7.421,4
2007	48.186,0	60.733,5	33.212,8	142.132,3	148.881,0	6.748,7
2008	48.612,2	69.494,0	32.763,6	150.869,8	162.946,9	12.077,1
2009	53.390,8	70.898,9	34.568,2	158.857,9	178.986,5	20.128,6
2010	52.441,6	76.198,9	38.083,0	166.723,5	162.643,5	- 4.080,0
2011	59.598,1	80.579,6	39.333,2	179.510,8	164.693,8	-14.817,0
2012	63.085,5	85.878,9	40.231,0	189.195,4	184.100,0	- 5.095,4
2013	62.456,9	89.695,4	42.000,0	194.152,3	192.445,0	- 1.707,3
2014	63.337,0	88.081,7	43.900,0	195.318,7	201.360,0	6.041,3
2015	65.634,8	85.154,1	44.700,0	195.488,7	212.800,0	17.311,3
2016	69.170,6	91.078,9	45.800,0	206.049,5	240.400,0	34.350,5

Ergebnishaushalt 2017

Auf der Basis bekannter Sachverhalte, unter Berücksichtigung des Kommunalen Schutzschirms und unter Abwägung bestehender Risiken, wie

- der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs,
- der dynamischen Entwicklung der Asylbewerberzahlen,
- der Zinsentwicklung,
- der Entwicklung, von Kosten und Fallzahlen bei Sozial- und Jugendhilfe

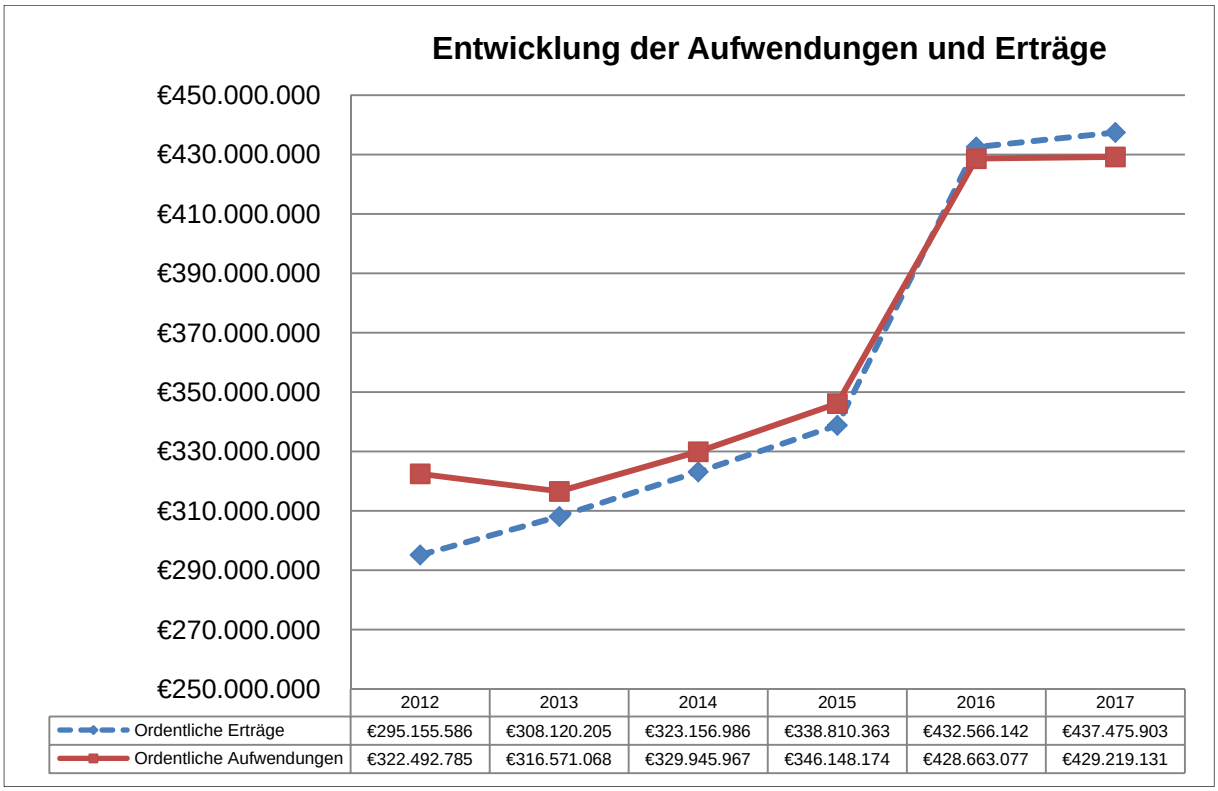
wurde der vorliegende Haushaltsplan aufgestellt.

Auch in diesem Haushalt reicht die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kreises nicht für eine wirksame Reduzierung der in den Vorjahren aufgelaufenen Fehlbeträge aus. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 7,3 Mio. € ab. gegenüber dem Vorjahreswert tritt eine geringfügige Verschlechterung von rd. 0,7 Mio. € ein. Damit wird die positive Entwicklung des Haushaltsjahres 2016 konsolidiert.
Da auch in diesem Haushalt ein Ausgleich der bisher eingetretenen und zu erwarteten Fehlbeträge in Höhe von insgesamt rd. 128 Mio. € nicht erfolgen kann, müssen diese wieder in Höhe in das Folgejahr vorgetragen werden. Zusammen mit dem geplanten Jahresergebnis 2017 ergibt sich ein aufgelaufener Fehlbetrag zum Ende des Haushaltsjahres 2017 von rd. 120 Mio. €. Unter Berücksichtigung der im zweiten Finanz- und Controllingbericht 2016 prognostizierten Ergebnisverbesserung im Haushaltsvollzug 2016, in Höhe von 15,7 Mio. €, ergibt sich ein aufgelaufener Fehlbetrag von rd. 105 Mio. €. Gemäß § 25 GemHVO kann ein Fehlbetrag, der nicht innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden kann, mit dem Eigenkapital verrechnet werden. Entsprechend der aktuellen Entwicklung ist zu erwarten, dass dies mit dem Fehlbetrag des Jahresergebnisses 2012 in Höhe von rd. 32,0 Mio. € im Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017 erfolgen wird.
Die gegenüber dem Haushalt 2016 eingetretene Entwicklung führt zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses von etwa 4,4 Mio. €. Maßgeblich hierfür sind um etwa 4,9 Mio. € auf 437,5 Mio. € gestiegene ordentliche Erträge. Dem gegenüber haben sich die ordentlichen Aufwendungen um 0,5 Mio. € auf 429,2 Mio. € erhöht.. Schwerpunkt der Ertragsverbesserung ist die positive Entwicklung der Transfererträge um rd. 17,0 Mio. €. Weitere Verbesserungen sind bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten durch die Eingliederung des Eigenbetriebes Rettungsdienst und bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten durch den Vortag von Überschüssen aus der Schulumlage der Vorjahre eingetreten. Der Kommunale Finanzausgleich hat nach seiner Neuordnung im Jahr 2016 seine tragende Rolle in der Ertragsverbesserung mit einem Plus von rd. 4,3 Mio. € verloren. Dies ist in erster Linie auf eine nur geringfügig gestiegene Kreisumlage zurückzuführen. Bei den Landkreisschlüsselzuweisungen ist eine Verbesserung von rd. 4,1 Mio. € eingetreten. Rückläufig sind die Erträge aus Kostenersatz- und Kostenerstattung mit rd. 13,2 Mio. € und die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen mit rd. 3,4 Mio. €. Hier tritt eine Konsolidierung im Bereich der Asylbewerber und bei den unbegleiteten jungen Ausländern ein, welche sich auch auf der Aufwandsseite auswirkt.
Maßgeblich für den Anstieg der ordentlichen Aufwendungen sind die Zuwächse bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit rd. 5,4 Mio. € und den Personal- und Versorgungsaufwendungen mit zusammen ebenfalls rd. 5,2 Mio. €. Ferner sind bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse und den Umlagen Steigerungen von rd. 3,8 Mio. € bzw. 1,5 Mio. € eingetreten. Die maßgebliche Kompensation dieser Steigerungen erfolgt

durch eine Reduzierung des Transferaufwandes um rd. 14,6 Mio. € und die Reduzierung des Zinsaufwandes um rd. 1,8 Mio. €.
Ursächlich für die Entwicklung der Personalaufwendungen sind neben den Tariferhöhungen, die Eingliederung des Eigenbetriebes Rettungsdienst in den Kernhaushalt, die personellen Verstärkungen bei den hauptamtlichen Beigeordneten sowie im Bereich der Zuwanderung und bei der Gesundheitsversorgung. Auch bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist die Eingliederung des Rettungsdienstes in den Kernhaushalt und weiter steigende Unterbringungskosten für Flüchtlinge ursächlich für den erheblichen Zuwachs. Darüber hinaus löst auch die Umsetzung des Nahverkehrsplans ebenfalls einen nennenswerten Zuwachs dieser Aufwendungen beim ÖPNV aus. Maßgeblich für den Zuwachs bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen ist eine weitere Erhöhung des Zuschusses an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft. Der Anstieg bei den Umlagen ist auf eine weitere Erhöhung der LWV-Umlage zurückzuführen. Parallel zu den Erträgen tritt auch bei den Transferaufwendungen im Bereich der Zuwanderung eine gewisse Konsolidierung ein. Die Reduzierung des Zinsaufwandes ist auf eine rückläufige Durchschnittsverzinsung und auf einen geringeren Kassenkreditbestand zurückzuführen.
Im außerordentlichen Ergebnis führen geringere periodenfremde Erträge aus dem Bereich der Zuwanderung, aufgrund einer einmaligen Unterstützung durch den Bund, zu einer negativen Entwicklung.
Im Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Nr. 31) haben sich die sekundären Erträge und Aufwendungen auf 20,3 Mio. € erhöht. Dies ist auf einen erhöhten Bedarf der Querschnittsprodukte im Teilhaushalt 01 Zentrale Verwaltung zurückzuführen.
Die Veränderungen der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt und den einzelnen Teilergebnishaushalten gegenüber dem Haushalt 2016 können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

Erträge und Aufwendungen 2016 - 2017							
	Gesamt T€	TH 01 T€	TH 02 T€	TH 03 T€	TH 04 T€	TH 05 T€	TH 06 T€
Erträge 2016	456.501	21.636	70.976	175.897	878	5.606	181.508
Erträge 2017	458.722	27.496	72.860	166.054	911	5.831	185.570
Abweichungen	2.221	5.860	1.884	-9.843	33	225	4.062
Aufwendungen 2016	448.546	30.251	71.946	266.976	3.627	18.362	57.384
Aufwendungen 2017	451.402	36.541	73.762	258.366	4.379	20.622	57.732
Abweichungen	2.856	6.290	1.816	-8.610	752	2.260	348
Salden 2016	7.955	-8.615	-970	-91.079	-2.749	-12.756	124.124
Salden 2017	7.320	-9.045	-902	-92.312	-3.468	-14.791	127.838
Abweichungen	-635	-430	68	-1.233	-719	-2.035	3.714

Dem gegenüber entwickeln sich die ordentlichen Erträge und Aufwendungen wie folgt:



	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ordentliche Erträge	€295.155.586	€308.120.205	€323.156.986	€338.810.363	€432.566.142	€437.475.903
Ordentliche Aufwendungen	€322.492.785	€316.571.068	€329.945.967	€346.148.174	€428.663.077	€429.219.131

Kommunaler Finanzausgleich 2017

Über den KFA partizipiert der Kreis an den Steuererträgen der kreisangehörigen Kommunen und des Landes. Er beinhaltet die grundlegende Finanzausstattung für die vom Kreis wahrzunehmenden Aufgaben. Zum Kernbereich des KFA gehören die Erträge aus der Kreis- und Schulumlage mit rd. 191,6 Mio. € sowie die Landkreisschlüsselzuweisungen mit rd. 61,9 Mio. € im Haushaltsjahr 2017. Mit einem Anteil von etwa 58 % (2016 = 64 %) an den ordentlichen Erträgen ist die existenzielle Bedeutung des KFA für den Kreishaushalt unverkennbar. Auf der Aufwandsseite sind die LWV-Umlage und die Krankenhausumlage, mit insgesamt rd. 51,5 Mio. €, als Beitrag zur Finanzierung überörtlicher Aufgaben der Sozialhilfe im Kernbereich zu berücksichtigen. Hinzu kommen die mit einer Zweckbindung versehenen besonderen Finanzzuweisungen des Landes. Mit den Planungsdaten des HMdF für den KFA 2017 wurde den hessischen Landkreisen Prognosewerte für ihre Haushaltsplanaufstellung an die Hand gegeben.

Die sich aufgrund der Planungsdaten ergebende **Landkreisschlüsselzuweisung** beträgt rd. 61,9 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 7,1 Mio. € (= 11 %). Die Landkreisschlüsselzuweisung wird ermittelt durch die Saldierung der Ausgleichsmesszahl mit der Umlagekraftmesszahl. Der sich daraus ergebende ausgleichsfähige Betrag wird dann mit einer Ausgleichsquote von 65 % als Landkreisschlüsselzuweisung zur Verfügung gestellt.
Die Ausgleichsmesszahl (= 261.450.637 €) wird aus dem einwohnerbasierten Gesamtansatz (= 266.928) und dem Grundbetrag (979,48 €) gebildet. Der Grundbetrag wird ermittelt in dem die Teilschlüsselmasse der Landkreise durch Gesamtansatz aller Landkreise geteilt wird. Die Schlüsselmasse ist Teil der vom Land im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zur Finanzierung der Allgemeinen Finanzzuweisungen zur Verfügung gestellten Mittel. Im Rah-

men der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs erfolgt die Festlegung der Finanzausgleichsmasse bedarfsorientiert.
Die Umlagekraftmesszahl (= 166.195.142 €) für die Landkreise beträgt 46 % der Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (= 361.263.788 €). Die Umlagegrundlagen bestehen aus der Summe der Steuerkraftmesszahlen (= 285.244.763 €) der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zuzüglich der Summe der Gemeindeschlüsselzuweisungen (=76.049.025 €) der kreisangehörigen Städte und Gemeinden abzüglich der Solidaritätsumlagen (Bensheim = 642.142 €). Mit dem Anrechnungssatz von 46 % soll eine Unabhängigkeit der Bemessungsgrundlage von den individuellen Hebesatzentscheidungen der Landkreise erzielt werden. Im Umkehrschluss wird ein Kreis- und Schulumlagehebesatz von 54 % vorausgesetzt. Gemäß Haushaltssatzung 2017 beträgt der Kreis- und Schulumlagehebesatz 53,02 %.
Durch die Ausgleichsquote von 65 % soll einerseits sichergestellt werden, dass die Höhe der den einzelnen Kommunen zufließenden Mittel geeignet ist, ihre individuelle angemessene Finanzausstattung sicherzustellen, andererseits soll aber auch keine zu weitgehende Nivellierung der Finanzkraft erfolgen.

Die **Kreisumlage** (rd. 120,9 Mio. €) für das Ausgleichsjahr 2017 basiert auf einem Hebesatz von 33,45 % (= Eintakthebesatz 2016) und den Kreisumlagegrundlagen in Höhe von 361.293.788 €. Für die **Schulumlage** besteht ein Bedarf aus der Schulträgerschaft von rd. 75,2 Mio. €. Durch die Auflösung von Sonderposten, welche aus Überschüssen der Vorjahre gebildet wurden kann die Schulumlage auf rd. 70,7 Mio. € gesenkt werden. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Umlagegrundlagen ergibt sich ein rechnerischer Schulumlagehebesatz von 19,57 % (2016 = 19,59 %). Von der Schulumlage entfallen auf den Ergebnishaushalt rd. 65,6 Mio. € und für Investitionen im Finanzhaushalt 5,1 Mio. €.
Entsprechend der Planungsdaten des HMdF ergibt sich für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden für das Jahr 2017 folgende Kreis- und Schulumlage:

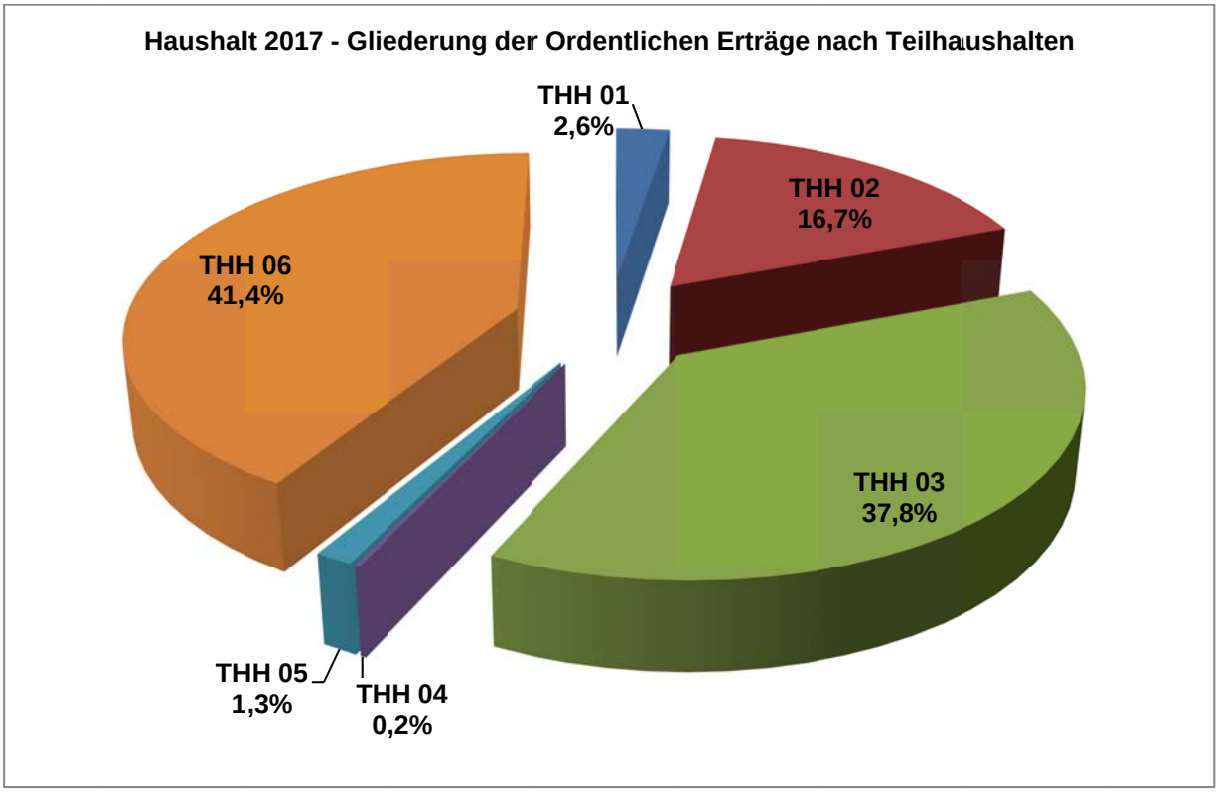
	Steuerkraft €	Schlüssel-zuweisung €	Solidaritäts-umlage €	Umlage-grundlagen €	Kreisumlage 33,45 % €	Schulumlage 19,57 % €	Kreis- und Schulumlage €
Abtsteinach	2.369.470	412.768		2.782.238	930.659	544.484	1.475.143
Bensheim	68.629.838	0	642.142	67.987.696	22.741.884	13.305.192	36.047.076
Biblis	7.572.172	2.880.141		10.452.313	3.496.299	2.045.518	5.541.816
Birkenau	8.506.756	3.168.387		11.675.143	3.905.335	2.284.825	6.190.161
Bürstadt	13.928.896	7.718.381		21.647.277	7.241.014	4.236.372.	11.477.386
Einhausen	5.747.966	1.460.638		7.208.604	2.411.278	1.410.724	3.822.002
Fürth	8.558.743	3.624.634		12.183.377	4.075.340	2.384.287	6.459.626
Gorxheimertal	2.992.252	1.497.354		4.489.606	1.501.773	878.616	2.380.389
Grasellenbach	2.481.417	1.692.829		4.174.246	1.396.285	816.900	2.213.185
Groß-Rohrheim	4.056.669	480.934		4.537.603	1.517.828	888.009	2.405.837
Heppenheim	33.572.570	4.582.861		38.155.431	12.762.992	7.467.018	20.230.010
Hirschhorn	3.163.738	825.960		3.989.698	1.334.554	780.784	2.115.338
Lampertheim	31.623.400	13.180.313		44.803.713	14.986.842	8.768.087	23.754.929
Lautertal	5.679.750	2.266.546		7.946.296	2.658.036	1.555.090	4.213.126
Lindenfels	3.624.964	1.852.479		5.477.443	1.832.205	1.071.936	2.904.140
Lorsch	13.831.756	5.124.069		18.955.825	6.340.723	3.709.655	10.050.378
Mörlenbach	8.418.550	3.338.992		11.757.542	3.932.898	2.300.951	6.233.849
Neckarsteinach	3.043.311	1.240.034		4.283.345	1.432.779	838.251	2.271.030
Rimbach	7.579.919	2.577.869		10.157.788	3.397.780	1.987.879	5.385.659
Viernheim	35.235.707	12.757.120		47.992.827	16.053.601	9.392.196	25.445.797
Wald-Michelbach	8.281.315	4.176.106		12.457.421	4.167.007	2.437.917	6.604.925
Zwingenberg	6.987.746	1.190.610		8.178..356	2.735.660	1.600.504	4.336.164
Summe	285.886.905	76.049.025	642.142	361.293.788	120.852.772	70.705.194	191.557.966

Hinsichtlich der LWV- und Krankenhausumlage weisen die Planungsdaten des HMdF die Umlagegrundlagen in Höhe von rd. 413,210 Mio. € aus. Bei prognostizierten Hebesätzen von 11.187 % für die LWV-Umlage und 0,95 % für die Krankenhausumlage ergibt sich ein Gesamtumlagebedarf von rd. 51,5 Mio. €. Da der LWV noch keine Informationen über seinen Umlagebedarf für das Haushaltsjahr 2017 bekanntgeben hat, muss mit einer Anpassung des Ansatzes gerechnet werden.

Erträge 2017

Die einzelnen Ertragsarten entwickeln gegenüber dem Haushalt 2016 wie folgt:

Leistungsentgelte	+ 2.193,0 T€
Kostenersatzleistungen und –erstattungen	- 13.234,0 T€
Steuern und steuerähnliche Erträge (Kreis- und Schulumlage)	+ 200,0 T€
Erträge aus Transferleistungen	+ 16.979,8 T€
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	- 3.422,6 T€
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	+ 2.814,7T€
Sonstige ordentliche Erträge	- 12,0 T€t
Finanzerträge	- 609,3 T€
Außerordentliche Erträge	- 5.117,9 T€
Sekundäre Erträge aus der internen Leistungsverrechnung	+ 2.427,7 T€



Leistungsentgelte

Bei Leistungsentgelten handelt es sich um Erträge, denen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Privatrechtlich sind dies z. B. Verkaufserlöse, Mieten und Pachten. Diese spielen im Kreishaushalt eine untergeordnete Rolle. Öffentlich-rechtlich sind die Gebührenerträge der Kreisverwaltung und der Kreisvolkshochschule. Die umfangreichsten Bereiche im Kreishaushalt 2017 sind:

das Zulassungs- und Straßenverkehrswesen mit	2.800,0 T€
der Rettungsdienst mit	1.952,0 T€
die Bauaufsicht mit	1.950,0 T€
die Revision mit	700,0 T€
das Veterinäramt einschließlich der Lebensmittelkontrolle mit	660,0 T€
die Kreisvolkshochschule mit	851,1 T€
die Vollstreckung mit	245,0 T€
die Ausländerbehörde mit	240,0 T€
das Gesundheitsamt mit	245,0 T€
das Ordnungs- und Gewerbewesen mit	228,1 T€
das Umweltamt mit	121,0 T€
der Brand- und Katastrophenschutz mit	147,7 T€
die Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern mit	42,0 T€

Ursächlich für den erheblichen Zuwachs ist die Eingliederung des Rettungsdienstes in die Kernverwaltung.

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Kostenersätze und Kostenerstattungen entstehen für Aufwendungen, welche unmittelbar für andere Stellen geleistet werden. Neben dem Ersatz von Leistungen in der Jugendhilfe in Höhe von rd. 16.198,5 T€ gehört der Ersatz von Personal- und Sachaufwand durch die Eigenbetriebe und Dritte mit rd. 7.212 T€ zu den Schwerpunkten dieser Erträge. Der Rückgang dieser Erträge um rd. 13,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr basiert ausschließlich auf einer reduzierten Prognose für die Zuwanderung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA). Dem entsprechend gehen auch die Ansätze für die Transferaufwendungen zurück.

Steuern und steuerähnliche Erträge (Kreis- und Schulumlage)

Gemäß § 50 FAG in Verbindung mit § 53 HKO haben die Landkreise von ihren Gemeinden eine Kreisumlage zu erheben, soweit die Leistungen nach dem FAG und sie sonstigen Erträge und Einzahlungen zum Ausgleich des Haushalts und zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren nicht ausreichen. Bei einem qualifizierten Haushaltsausgleich muss auch der Ausgleich der Vorjahresdefizite, bis 2016 = rd. 127,2 Mio. €, Berücksichtigung finden. Bei einem aktuell geplanten Jahresergebnis von rd. + 7,3 Mio. €, müsste für einen qualifizierten Ausgleich die Kreisumlage um rd. 119,9 Mio. € angehoben werden. Der Hebesatz müsste dann von 33,45 % auf 66,64 % steigen. Dies würde die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erheblich überfordern und wäre nicht genehmigungsfähig. Andererseits bleibt festzustellen, dass bis zum Abbau der Altfehlbeträge eine Senkung der Kreisumlage ausgeschlossen ist. Auch der künftige Zuwachs der Kreisumlagegrundlagen muss in erster Linie für den Abbau der Altfehlbeträge genutzt werden. Die Kreisumlage ist als Prozentsatz auf die Umlagegrundlagen festzulegen und in der Haushaltssatzung darzustellen. Eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um mehr als 0,5 % bedarf der

kommunalaufsichtlichen Genehmigung. Soll die Kreisumlage erhöht werden, sind die zur Umlage verpflichteten Gemeinden vorher anzuhören. Das Ergebnis der Anhörung ist dem Kreistag vor der Beschlussfassung über die Erhöhung mitzuteilen. Das Ergebnis, des für die Erhöhung der Kreisumlage des Jahres 2017 durchgeführte Anhörungsverfahren, wird dem Kreistag mit der Einbringung des Haushaltes 2017, am 07.11.2016 mitgeteilt.
Ferner haben die Landkreise zum Ausgleich ihrer Belastungen als Schulträger gemäß § 50 Abs. 3 FAG von den kreisangehörigen Gemeinden die nicht Schulträger sind, einen Zuschlag (Schulumlage) zur Kreisumlage zu erheben. Das Aufkommen aus dem Zuschlag darf die Belastung des Landkreises aus der Schulträgerschaft nicht übersteigen und ist zweckgebunden zu vereinnahmen. Damit steht die Schulumlage als allgemeines Deckungsmittel nicht mehr zur Verfügung. Der Zuschlag ist als Prozentsatz auf die Kreisumlagegrundlagen festzulegen und in der Haushaltssatzung darzustellen.
Hinsichtlich der Festsetzung der Kreis- und Schulumlage für das Haushaltsjahr 2017 und deren Entwicklung gegenüber dem Haushalt 2016 wird auf die Darstellung zum KFA 2017 verwiesen. Der Schulumlagebedarf ermittelt sich somit wie folgt:

Zuschussbedarf 2017 des Teilergebnishaushaltes 02 ohne KVHS	70.100 T€
Zuschussbedarf 2017 des Teilfinanzhaushaltes 02 ohne KVHS	5.100 T€
Ausgleich der Vorjahresergebnisse	- 4.500 T€
ergibt einen Schulumlagebedarf von	70.700 T€

Aus dem Verhältnis der Umlagegrundlagen in Höhe von rd. 361,3 Mio. € zu dem Schulumlagebedarf ergibt sich ein Schulumlagehebesatz von rd. 19,57 % (2016 = 19,59 %).
Der Gesamthebesatz von Kreis- und Schulumlage beträgt somit 53,02 % (Vorjahr 53,03 %)

Haushalt	Hebesatz Kreisumlage in %	Hebesatz Schulumlage in %	Kreisumlage in T€	Schulumlage in T€
2012	35,50	22,50	90.700	57.400
2013	36,00	22,00	94.604	57.813
2014	35,50	22,50	98.900	62.650
2015	38,00	20,00	112.200	60.000
2016	33,44	19,59	117.400	68.800
2017	33,45	19,57	120.800	70.700

Gegenüber dem Haushalt 2016 erhöht sich die Kreisumlage um rd.3.400 T€ und die Schulumlage erhöht sich um rd. 1.900 T€.

Erträge aus Transferleistungen

Erträge aus Transferleistungen entstehen, wenn aufgrund rechtlicher Regelungen im sozialen Bereich Leistungen mit einer bestimmten sachlichen oder personenbezogenen Zweckbestimmung gewährt werden und ganz oder teilweise erstattungsfähig sind. Zum Beispiel Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete sowie Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen.
Neben den Erträgen aus dem SGB II in Höhe von 78,5 Mio. €, tragen die Sozialhilfe mit rd. 8,6 Mio. € und die Jugendhilfe mit rd. 5,8 Mio. € zu dem Gesamtertrag von 92,9 Mio. € bei. Gegenüber dem Haushalt 2016 ist ein Zuwachs von rd. 17,0 Mio. € zu verzeichnen.

Maßgeblich für diese Entwicklung sind die steigenden Erträge aus der Leistungsbeteiligung des SGB II (siehe Produkt 3070) und den Erstattungen von Asylbewerberleistungen (Produkt 3080).

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen

Bei diesen Erträgen handelt es sich um Finanzhilfen für laufende Zwecke und zur eigenständigen Erfüllung originärer Aufgaben des Kreises. Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungen sind an dieser Stelle nicht zu berücksichtigen. Zu den wesentlichen Erträgen dieser Position gehören:

Schlüsselzuweisungen	58.900,0 T€
Zuweisung zu den Hilfen für Asylbewerber	31.807,2 T€
Zuweisung zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	12.829,0 T€
Zuweisung zur Kommunalisierung von Landesaufgaben	3.972,2 T€
Zuweisung für die Kinderbetreuung	1.384,0 T€
Zuweisung nach dem Landesaufnahmegesetz (Produkt 3070)	4.000,0 T€
Schuldendiensthilfe Kommunaler Schutzschirm	648,7 T€
Zuweisung für den ÖPNV	614,0 T€
Zuweisung zu der Kommunalisierung sozialer Hilfen	555,1 T€
Zuweisung für die KVHS	216,6 T€
Zuweisung für die Schülerbetreuung	250,0 T€
Zuweisung für die Kreisstraßen	200,0 T€
Zuweisung LWV für die Frühförderstelle + familienentlastende Dienste	115,0 T€

Ausschlaggebend für den Rückgang dieser Erträge gegenüber dem Haushalt 2016 von rd. 3,4 Mio. € ist die Reduzierung dieser Erträge im Produkt 3080 – Asylbewerberleistungen um rd. 22,0 Mio. €. Im Rahmen einer Konsolidierung der Zuwanderung steigen demgegenüber die Transfererträge, während gleichzeitig die damit verbundenen Aufwendungen zurückgehen.
Dem stehen die folgenden maßgeblichen Verbesserungen gegenüber:

- Schlüsselzuweisungen 4.100,0 T€
- Zuweisung nach Landesaufnahmegesetz (Produkt 3070) 3.005,0 T€

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Sonderposten werden für erhaltene, nicht rückzahlbare, investive Zuweisungen, Zuschüsse, Beiträge und Beteiligungen sowie zum Vortrag von Überschüssen aus der Schulumlage auf der Passivseite der Bilanz gebildet und als Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt veranschlagt und ertragswirksam in den Folgejahren aufgelöst. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt analog zur Lebensdauer des geförderten Vermögens bzw. entsprechend einer Bindungsfrist, soweit eine solche festgelegt wurde. Die Auflösung der Sonderposten führt zu zahlungsunwirksamen ordentlichen Erträgen. Die wesentlichen Erträge dieser Art entstehen im Haushalt 2016 durch

den Vortrag der Überschüsse aus der Schulumlage	4.500,0 T€
die Zuweisungen aus den Sonderinvestitionsprogrammen des Landes und des Bundes mit	1.383,3 T€
die allgemeine Investitionspauschale mit	752,5 T€
die GVFG-Zuweisungen für die Kreisstraßen mit	600,0 T€
die anteilige Schulbaupauschale	322,0 T€
die Zuweisung für den Rettungsdienst	99,2 T€
der Zuweisungen für den ÖPNV	100,0 T€

Der Mehrertrag gegenüber dem Haushalt 2016 entsteht durch den Vortag von Überschüssen aus der Schulumlage der Vorjahre..

Finanzerträge

Zu diesen Erträgen zählen Zinsen aus Derivaten und Ausleihungen, die vom Kreis erhobenen Mahngebühren und die Erstattung der vom Kreis für Dritte zu leistenden Zinsdienstumlagen aus den Sonderinvestitionsprogrammen des Landes und Bundes. Der Minderertrag entsteht bei den Zinsen aus Derivaten. Aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung am Kapitalmarkt werden keine neuen Zinssicherungsgeschäfte geplant. In der Planung wurde die Weiterführung von zwei Zinsswap für Kassenkredite berücksichtigt.

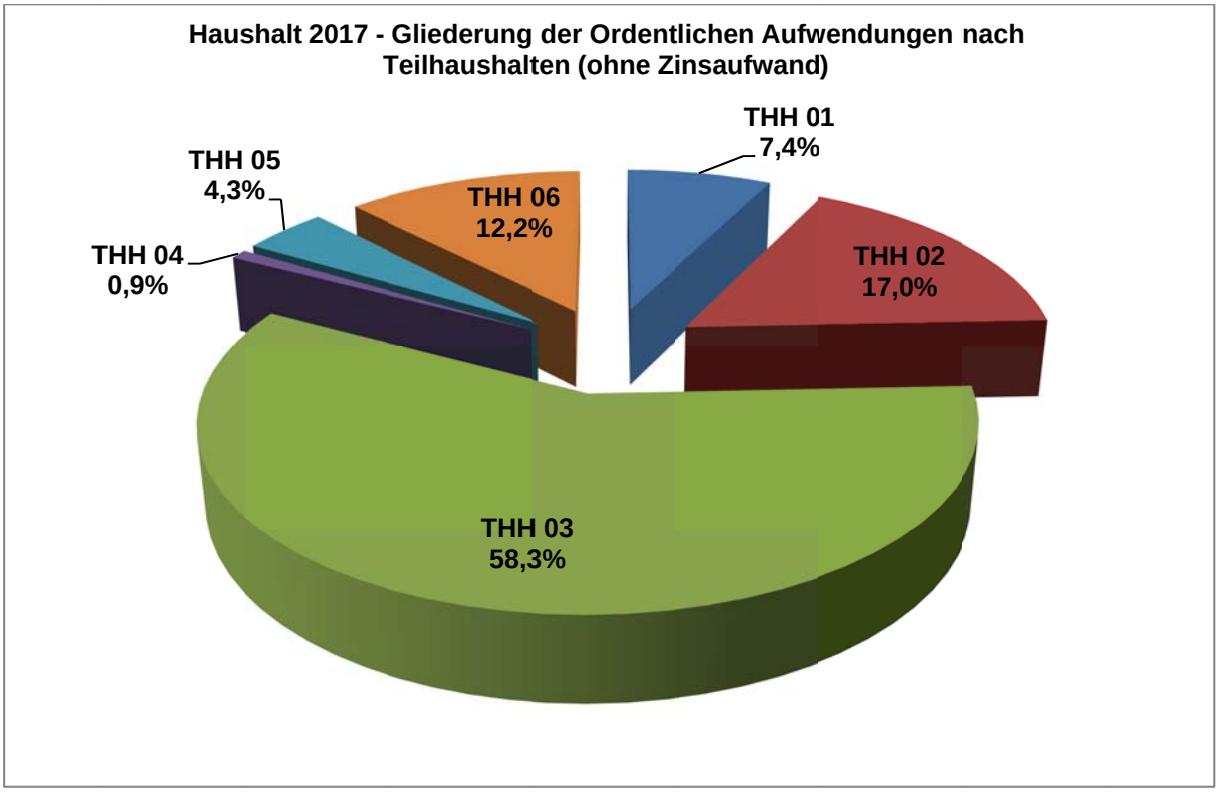
Außerordentliche Erträge

Diesem Posten sind periodenfremde Erträge und Spenden, soweit sie nicht zweckgebunden zu verwenden sind, zuzuordnen.

Aufwendungen 2017

Die einzelnen Aufwandsarten entwickeln sich gegenüber dem Haushalt 2016 wie folgt:

Personalaufwendungen	+ 4.998,2 T€	+ 13,6 %
Versorgungsaufwendungen	+209,1 T€	+ 4,5 %
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+5.436,3 T€	+ 13,9 %
Abschreibungen	+ 1.079,8 T€	+ 22,4 %
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	+ 3.760,7 T€	+ 5,4 %
Umlagen, Steuern	+ 1.532,0 T€	+ 3,0 %
Transferaufwendungen	- 14.680,0 T€	- 6,8 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,1 T€	1,3 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.780,1 T€	- 21,1 %
Außerordentliche Aufwendungen	- 129,0 T€	- 6,3 %
Sekundäre Aufwendungen	- + 2.427,7 T€	- + 13,6



Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kreises in Zusammenhang stehen. Im Vordergrund stehen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie die Entgelte der Arbeitnehmer/Innen. Danach folgen die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Beiträge zur Zusatzversorgung, Beihilfen, Sachbezüge und die Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen. Der Zuwachs bei den Personalaufwendungen gegenüber dem Haushalt 2016 entsteht durch Tarif- und Besoldungserhöhungen von rd. 819,3 T€, durch die Übernahme des Rettungsdienstes in den Kernhaushalt (Produkt 1362) mit rd. 1.647,0 T€, durch Schaffung neuer Stellen und Besetzung vakanter Stellen im Stellenplan 2017 rd. 831,9 T€ und für zusätzliche befristete Stellen rd. 1.700,0 T€.

Versorgungsaufwendungen

Diesen Aufwendungen sind die Werte der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und der Zuführung zu den Rückstellungen für die Beihilfen der Versorgungsempfänger zuzuordnen.
Der Ansatz wurde auf der Basis der Teilwertberechnung zum 31.12.2015 gebildet und bedarf der weiteren Anpassung, nach einer Aktualisierung der Berechnungen, durch die Versorgungskasse.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diesem komplexen Bereich sind alle Sachaufwendungen zugeordnet, die zur Herstellung der Produkte und für die Leistungen des Kreises erforderlich sind sowie einen Ressourcenverbrauch verursachen. Neben den Aufwendungen für Material und Energie sind dies insbesondere die Aufwendungen für bezogene Leistungen, welche im Wesentlichen eine Alternative zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen darstellen. Hierzu zählen auch die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, die wiederum eine Alternative zum Personalaufwand und zur Durchführung von Investitionen darstellen. Einen bedeutenden Anteil haben auch die Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung sowie Mitgliedsbeiträge und Versicherungsprämien an dieser Aufwandsart.
Gegenüber dem Haushalt 2016 ist nochmals ein erheblicher Zuwachs dieser Aufwendungen um rd. 5.4 Mio. € bzw. 13,9 % zu verzeichnen. Während es im Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung zu einem ein Anstieg von 0,7 Mio. € (= 15 %) kommt, ist im Teilhaushalt 02 ein Rückgang von rd. 1,3 Mio. € (= 14 %) durch sinkende Kosten der Schülerbeförderung und den Wegfall der Aufwendungen für die Schulgesundheitspflege (Übernahme durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) zu verzeichnen. Ein erheblicher Anstieg von rd. 4,1 Mio. € (= 21 %) entsteht im Teilhaushalt 03 Soziales und Jugend für die Unterbringung von Flüchtlingen. Im Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport erhöhen sich diese Aufwendungen um 63,2 T€ (= 71 %). Der Teilhaushalt 05 weist an dieser Stelle einen Mehrbedarf von rd. 1,8 Mio. € (= 29 %) aus. Hiervon entfallen mehr als 1,5 Mio. € auf den ÖPNV (Produkt 5100) im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans und der Erhöhung der Finanzierungsanteile des Kreises. Durch die Umgliederungen im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs fallen im Teilhaushalt 06 keine Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mehr an.

Abschreibungen

Gemäß § 43 GemHVO sind Vermögensgegenstände, soweit sie im Rahmen ihrer Verwendung der Abnutzung unterliegen, ergebniswirksam abzuschreiben und damit ein Ressourcenverbrauch darzustellen. Zu diesen Aufwendungen zählen ferner außergewöhnliche Wertverluste an Vermögensgegenständen und die Wertberichtungen von Forderungen. Im Einzelnen entfallen auf:

Investitionszuweisungen	2.519,6 T€
- davon für die Konjunkturprogramme	1.545,2 T€
Kreisstraßen	1.250,0 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	259,3 T€
Geringwertige Wirtschaftsgüter	54,5 T€
Lizenzen und Konzessionen	242,3 T€
Einzelwertberichtigungen von Forderungen	655,3 T€
Pauschalwertberichtigungen von Forderungen	912,0 T€

Gegenüber dem Haushalt 2016 sind diese Aufwendungen deutlich, um 1.079,8T€ bzw. 22,8 %, gestiegen. Ursächlich hierfür sind die Abschreibung des investiven Zuschusses an den Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft“, der Vermögenszuwachs bei den Kreisstraßen durch die Aktivierung von investiven Maßnahmen und die erhöhten Wertberichtungen von Forderungen auf der Basis von Vorjahresergebnissen.

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Transfers des Kreises an öffentliche und private Institutionen zur Förderung laufender Zwecke und zur Erfüllung übertragener und gemeinsamer Aufgaben. Empfänger sind Bund, Land, Kommunen, kommunale Verbände, verbundene Unternehmen, Träger von Schulen und sozialen Einrichtungen sowie Vereine. Investitionsfördermaßnahmen werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt. Gegenüber dem Haushalt 2016 entsteht ein Mehrbedarf von rd. 3.760,7 T€. Maßgeblich für den Mehrbedarf ist die Erhöhung des Zuschusses an den Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft“ um 4.200,0 T€. Hiervon entfallen 2.900,0 T€ auf die Schulträgerschaft und 1.300,0 T€ auf die Kreisverwaltung. Der Mehrbedarf entsteht beim Eigenbetrieb für Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden, die Erweiterung des Betreuungsangebotes an Schulen und für Personal.

den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft mit	63.800,0 T€
die präventiven Angebote der Jugendhilfe mit	2.144,5 T€
den Personal- und Sachkostenanteil für die Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit	1.775,0 T€
die Förderung von Trägern der Wohlfahrtpflege mit	1.554,0 T€
die Förderung von Jugendlichen in Einrichtungen und Tagespflege mit	1.552,0 T€
die Förderung des ÖPNV mit	614,5 T€
die Wirtschaftsförderung mit	693,5 T€
die Vereins- und Sportförderung mit	205,0 T€
den Betrieb der Erziehungsberatungsstelle Odenwald mit	300,0 T€
die Förderung von Trägern der psychosozialen Versorgung mit	187,5 T€
die Seniorenberatung mit	210,8 T€
die Reaktivierung der Überwaldbahn mit	107,4 T€
die Erwachsenenbildung mit	69,8 T€
die Tierseuchenbekämpfung mit	30,0 T€
das internationale Standortmarketing mit	40,0 T€
den Betrieb der Altenpflegeschule mit	88,2 T€
den Betrieb der Außenstellen der Zulassungsbehörde mit	47,0 T€
das Naturschutzzentrum mit	50,0 T€
den Betrieb der Neckarfähre mit	20,0 T€

Steueraufwendungen, gesetzliche Umlageverpflichtungen

Da der Kreis noch weitgehend von der Steuerpflicht befreit ist, beschränken sich die Aufwendungen an dieser Stelle auf folgende gesetzliche Umlageverpflichtungen und Abgaben:

die LWV- Umlage mit	47.400,0 T€
die Krankenhausumlage mit	4.100,0 T€
die Umlage für den Gewässerverband Bergstraße mit	385,0 T€
die Umlage für den Verband Region-Rhein-Neckar mit	250,0 T€
die Umlage für den VRN mit	260,0 T€
die Abführung der hälftigen Jagdscheingebühren mit	34,0 T€

Hinsichtlich der Funktion, der Berechnung und der Entwicklung der LWV- und der Krankenhausumlage wird auf die Ausführungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2017 verwiesen. Basis für die Umlagen an die beiden Verbände Region Rhein-Neckar und VRN sind die Staatsverträge der beteiligten Bundesländer. Gegenüber dem Haushalt 2016 ist der Ge-

samtbedarf um rd. 1,5 Mio. € gestiegen. Maßgeblich ist die um 1,4 Mio. € höhere LWV-Umlage.

Transferaufwendungen

Unter dieser Position werden ausschließlich Aufwendungen für soziale Transfers etatisiert. Sie entstehen aufgrund rechtlicher Ansprüche aus der Sozialgesetzgebung, unter Berücksichtigung einer sachlichen oder personenbezogenen Zweckbestimmung und ohne eine konkrete Gegenleistung. Auch im Haushalt 2017 bilden sie mit rd. 199,7 Mio. € (2016 = 214,4 Mio. €) und rd. 46,6 % der ordentlichen Aufwendungen den umfangreichsten Aufwandsposten. Gegenüber dem Haushalt 2016 verringern sich diese Aufwendungen um rd. 14,7 Mio. €. Maßgeblich für diese Entwicklung ist die Anpassung des Bedarfs bei den Hilfen für Asylbewerber und für die Unterbringung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer in der Jugendhilfe.
Im Bereich der SGB-II-Leistungen (Produkt 3070) steigt der Bedarf um 9.850 T€. Hiervon entfallen 3.300 T€ auf Leistungen für Unterkunft und Heizung, 5.250 T€ auf das ALG II und BuT-Leistungen und 1.300 T€ auf Eingliederungsleistungen.

Im Bereich der Sozialhilfe entsteht der Mehrbedarf bei

- der Hilfe zum Lebensunterhalt (Produkt 3010) von 38,0 T€
- der Hilfe zur Pflege (Produkt 3020) von 203,0 T€
- der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Produkt 3030) von 230,7 T€
- den Hilfen zur Gesundheit von 30,0 T€
- der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (3050) 30,0 T€
- der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 3060) von 298,0 T€
-

Dem steht ein um 9.360,3 T€ geringerer Bedarf bei den Asylbewerberleistungen (Produkt 3080) gegenüber.

Im Bereich der Jugendhilfe kommt es bei

- den Unterhaltsvorschussleistungen zu einem Mehrbedarf von 263,0 T€
- der Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in der Tagespflege zu einem Minderbedarf von 1.150,0 T€
- der Hilfe zur Erziehung zu einem Minderbedarf von 10.889,3 T€
- Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen zu einem Mehrbedarf von 160,1 T€
- der Hilfe für junge Volljährige zu einem Minderbedarf von 2.835,0 T€
- der Eingliederungshilfe zu einem Minderbedarf von 80,0 T€ und
- für andere Aufgaben der Jugendhilfe zu einem Minderbedarf von 1.280,5T€

Die einzelnen Bereiche entwickeln sich folgendermaßen:

	Haushalt 2017	Haushalt 2016	Abweichung
SGB II, Grunds. f. Arbeitssuchende	101.500 T€	91.650 T€	+9.850 T€
SGB XII, Sozialhilfe, Asyl, UVG	54.423 T€	62.682 T€	- 8.259 T€
SGB VIII, Jugendhilfe	43.819 T€	60.094 T€	- 16.275 T€

Hinsichtlich weiterer Informationen zu dieser Entwicklung wird auch auf die Darstellung des Teilhaushaltes 03 in diesem Vorbericht und das Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 – 2020 verwiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Diese Aufwendungen entstehen durch die lang- und kurzfristige Aufnahme von Fremdkapital zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie zur Liquiditätssicherung. Die Veranschlagung der Tilgung dieses Fremdkapitals erfolgt im Finanzhaushalt im Bereich der Finanzierungstätigkeit.
Veranschlagt sind die Zinsen für

- die Investitionskredite (mit Ansparraten) in Höhe von 580,0 T€
- die Kassenkredite in Höhe von 4.400,0 T€
- Zinsdienstumlage aus den Konjunkturprogrammen 1.008,9 T€
- Zinsen aus dem Rettungsschirm 572,0 T€
- Zinsen aus dem Kommunalen Investitionsprogramm 76,7 T€

Bei den Zinsen für Investitionskredite ist ein Rückgang von 65,0 T€, aufgrund des Abbaus der investiven Verschuldung zu verzeichnen. Die Zinsen für Kassenkredite gehen aufgrund der Entwicklung des Kassenkreditbestandes im Haushaltsjahr 2016 um 1.700,0 T€ zurück. Der Kassenkreditbestand sinkt unter Berücksichtigung einer Rückführung im Haushaltsjahr 2017 auf rd. 219 Mio. €. Aufgrund der nicht einschätzbaren Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes, wird das maximale Zinsrisiko mit durchschnittlich rd. 1,0 % eingeschätzt. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bei den Kassenkrediten wird die Bildung einer Rückstellung von 2,6 Mio. € veranschlagt. Bezüglich der mit dieser Erwartung verbunden Erträge aus der Zinssicherung wird auf die Darstellung der Zinserträge in diesem Vorbericht verwiesen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfes bestehen zwei Zinsswaps für Kassenkredite sowie ein Zinsswaps für Investitionskredite. Damit sind, einschließlich der Festsatzkredite, rd. 73 % der Kassenkredite zinsgesichert. Liquiditätsgesichert sind rd. 60 % des Kassenkreditvolumens. Im Hinblick auf den kommunalen Schutzschirm und aufgrund der aktuellen Entwicklungen am Kapitalmarkt hat der Portfoliobeirat von weiteren Zinssicherungsmaßnahmen für Kassenkredite abgesehen. Es werden jedoch für weitere Maßnahmen Mittel in den vorgenannten Ansätzen berücksichtigt, falls der Portfoliobeirat auf der Grundlage einer veränderten Entwicklung am Kapitalmarkt den Abschluss zusätzlicher Geschäfte für erforderlich erachtet.

Außerordentliche Aufwendungen

Hierzu zählen Aufwendungen, die nicht dem entsprechenden Haushaltsjahr zuzuordnen sind oder eher unregelmäßig anfallen, wie zum Beispiel Vermögensverluste aus dem Anlagevermögen. Im Haushalt 2017 wird erfahrungsgemäß mit periodenfremden Aufwendungen von

1.895,9 T€ gerechnet. Diese Aufwendungen entstehen in der Regel nach Aufstellung des Jahresabschlusses und können deshalb nicht mehr periodengerecht zugeordnet werden. Ferner ist die Weiterleitung von Spenden mit 30,0 T€ veranschlagt.

Sekundäre Erträge und Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung

Gemäß § 4 Abs. 3 in Verbindung mit Nr. 2 der Verwaltungsvorschriften zu § 2 GemHVO sind neben den Erträgen und Aufwendungen, zur Darstellung des vollständigen Ressourcenaufkommens und –Verbrauchs, auch die internen Leistungsbeziehungen über sekundäre Erträge und Aufwendungen darzustellen.
Die interne Leistungsverrechnung wurde im Haushalt 2009 eingeführt. Durch Weiterentwicklung werden zwischenzeitlich die Ergebnisse folgender Produkte intern verrechnet:

Verwaltungsführung- und –Steuerung	2.278,0 T€
Pressearbeit	202,9 T€
Personalmanagement und –Entwicklung mit	2.408,3 T€
IT-Management mit	2.532,4 T€
Zentrale Dienste und Fuhrpark mit	1.706,9 T€
Haushaltsplanung und Finanzmanagement	1.129,7 T€
Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung	1.445,9 T€
Zinsen	4.400,0 T€
Zuschuss Eigenbetrieb „Schule und gebäudewirtschaft	3.000,0 T€
Revision	161,1 T€
Rechtsamt	486,3 T€

Teilergebnishaushalte 2017

Teilergebnishaushalt 01 Zentrale Verwaltung

Das Jahresergebnis dieses Teilergebnishaushaltes weist einen Zuschussbedarf von rd. 9.045,3 T€ aus. Gegenüber dem Haushalt 2016 tritt eine Steigerung des Zuschussbedarfes von rd. 430,6 T€ ein. Ausschlaggebend hierfür sind um rd. 5.239,4 T€ gestiegene ordentliche Aufwendungen, welche nicht vollständig durch Ertragssteigerungen kompensiert werden können.
Der nicht unerhebliche Anstieg der ordentlichen Erträge ist auf die zusätzlichen Erträge des Rettungsdienstes und höhere Erstattungsleistungen der Eigenbetriebe für die Dienstleistungen der Querschnittsabteilungen zurückzuführen.
Dem stehen um rd. 3,1 Mio. € höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenüber. Neben der Entwicklung aufgrund von Besoldungs- und Tariferhöhung ist an dieser Stelle auch die Eingliederung des Rettungsdienstes, die Wiederbesetzung der Stelle der Ersten Kreisbeigeordneten, der Ausbau des Zentralen Controllings und die verstärkte Einstellung von Auszubildenden zu berücksichtigen. von
Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist zu einem Mehrbedarf von rd. 0,6 Mio. € gekommen. Maßgeblich hierfür ist die Eingliederung des Rettungsdienstes (Produkt 1362) in den Kernhaushalt.
Die Ansätze für die Abschreibungen wurden ebenfalls um rd. 0,5 Mio. € erhöht. Es handelt sich hierbei um Abschreibungen für neu geschaffenes Anlagevermögen im Bereich der Be-

triebs- und Geschäftsausstattung des Rettungsdienstes und um Korrekturen gegenüber dem Vorjahr auf der Basis von Ergebnissen des Jahres 2015.
Der Mittelbedarf für Zuweisungen und Zuschüsse hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,1 Mio. € erhöht. Die Erhöhung ist maßgeblich auf die Erhöhung des Zuschusses an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (siehe Produkt 1170) zurückzuführen. Der Ansatz basiert auf dem Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes, welcher einen deutlichen Mehrbedarf für den Betrieb, die Unterhaltung und die Instandsetzung der Verwaltungsgebäude und sonstigen Immobilien (z. B. Gemeinschaftsunterkunft Schimbacher Hof) außerhalb der Schulträgerschaft ausgewiesen hat.
Bei den Finanzaufwendungen werden die Zinsen, welche für die von Eigenbetrieb Rettungsdienst aufgenommen Darlehen anfallen veranschlagt. Siehe auch Produkt 1362.
Im außerordentlichen Bereich sind ausschließlich die zu erwartenden periodenfremden Erträge und Aufwendungen dargestellt.
Die Erhöhung des Zuschusses an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft hat auch zu erhöhten sekundären Aufwendungen in der internen Leistungsverrechnung geführt.

Teilergebnishaushalt 02 Schulen und Kultur

In diesem Teilergebnishaushalt werden die geplanten Erträge und Aufwendungen aus der Schulträgerschaft und der Kreisvolkshochschule (KVHS) dargestellt. Der Zuschussbedarf für die Schulträgerschaft wird durch die Schulumlage gedeckt. Es verbleibt bei der KVHS ein Zuschussbedarf von rd. 740,9T€, welcher sich im Zusammenhang mit Übernahme der VHS Bensheim, gegenüber dem Vorjahr um rd. 93,5T€ erhöht hat. Im Bereich der Schulträgerschaft geht der Schulumlagebedarf im Ergebnishaushalt von 68.200 T€ um 2.600 T€ auf 65.600 T€ zurück, obwohl der konsumtive Zuschuss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft um 2,9 Mio. € ansteigt. Ursache hierfür ist der starke Anstieg der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit dem Vortrag von Überschüssen aus der Schulumlage der Vorjahre. Hierzu wird auf die obige Darstellung der entsprechenden Erträge und des KFA 2017 verwiesen. Neben dem konsumtiven Zuschuss erhält der Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft einen investiven Zuschuss in Höhe von 5,1 Mio. € (siehe Anlage 2 – Investitionsprogramm, Produkt 2085) welcher über die Schulumlage zu decken ist. Eine deutliche Verbesserung konnte durch eine Anpassung der VRN-Finanzierungsanteile bei dem Produkt 2080 - Schülerbeförderung erzielt werden.
Bei der KVHS wurde die Sprachförderung für Asylbewerber (siehe auch Produkt 3080)von 250 T€ auf 300 T€ auf Ertrags- und Aufwandsseite erhöht.

Teilergebnishaushalt 03 Soziales und Jugend

In diesem Teilergebnishaushalt werden Erträge und Aufwendungen des Kreises als Träger der örtlichen Sozialhilfe, Jugendhilfe und der Option für die Leistungen nach dem SGB II dargestellt. Zur Vervollständigung der Finanzierung dieses Bereichs muss die, systembedingt, im Teilergebnishaushalt 06 veranschlagte LWV-Umlage, einbezogen werden. Im Jahresergebnis weist dieser Teilergebnishaushalt einen Zuschussbedarf von 92.312,6 T€ aus. Gegenüber dem Haushalt 2016 ist dies eine Verschlechterung von 1.233,7 T€. Der Zuschussbedarf des Teilhaushaltes 03 verteilt sich auf die einzelnen Produktbereiche wie folgt:

	Haushalt 2017	Haushalt 2016	Abweichung
SGB II, Grunds. f. Arbeitssuchende	22.508,6 T€	25.902,7 T€	- 3.394,1 T€
SGB XII, Sozialhilfe/Asyl/UVG	37.033,6 T€	28.600,2 T€	8.433,4 T€
SGB VIII, Jugendhilfe	32.770,4 T€	36.576,0 T€	- 3.805,6 T€
Zuschussbedarf TH 03	91.912,3 T€	91.078,9 T€	833,4 T€

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende basiert die Entwicklung des produktbezogenen Defizits (siehe Produkt 3070) auf höheren Transfererträgen sowie aus höheren Erträgen durch Zuweisungen und Zuschüsse. Neben der zusätzlichen Leistungsbeteiligung des Bundes für die Kosten der Unterkunft ist die Zunahme der LAG- Pauschale des Landes für die arbeitssuchenden Zuwanderer ursächlich für den Ertragszuwachs an dieser Stelle. Der positiven Ertragsentwicklung neben einem erhöhten Transferaufwand auch gestiegener Personal- und Versorgungsaufwand für die Abordnung von Mitarbeitern gegenüber.

Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)

Im Bereich der Sozialhilfe muss aus Gründen der personellen Überlastung durch die Flüchtlingssituation auf eigene Darstellung des Sozialamtes in diesem Vorbericht verzichtet werden.

Der Leistungsbereich des Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch (SGB XII) und des Asylbewerberleistungsgesetzes belastet den Haushalt des Kreises Bergstraße erheblich. Für das Jahr 2017 wird, einschließlich der Seniorenberatung (Produkt 3220) mit einem Defizit von rd. 37,0 Mio. € geplant. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieses Defizit um rd. 8,4 Mio. € erhöht. Die Erträge sind insgesamt um 11,1 Mio. € rückläufig. Hiervon entfallen allein rd. 5,0 Mio. € auf die einmalige Leistung des Bundes zum Ausgleich finanzieller Belastungen in den Vorjahren. Darüber hinaus wird weniger erstattungsfähigen Asylbewerberleistungen in Höhe von rd. 6,0 Mio. € gerechnet. Die um rd. 2.7 Mio. € geringeren Aufwendungen konnten die Ertragsverluste nicht kompensiert werden. Wesentliche Ursache der negativen Entwicklung ist das geplante Ergebnis bei dem Produkt 3080 – Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Schon das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,4 Mio. €. Dies ist in erster Linie auf rückläufige Erträge und steigende Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bei diesem Produkt zurückzuführen. Das beweist, dass die bei den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen nachgewiesene Pauschale des Landes nicht ausreicht um die Kosten der Versorgung von Flüchtlingen auszugleichen. Während der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis des Vorjahres noch durch einen außerordentlichen Ertrag für einen Ausgleich der Belastungen aus den Vorjahren kompensiert werden konnte, setzt sich die Entwicklung im ordentlichen Ergebnis des Jahres 2017 bis zum Jahresergebnis fort.

Auch bei der Hilfe zur Pflege (Produkt 3020) und bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Produkt 3030) haben sich die Defizite, aufgrund steigender Fallzahlen, überproportional entwickelt.

Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) und Unterhaltsvorschuss nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

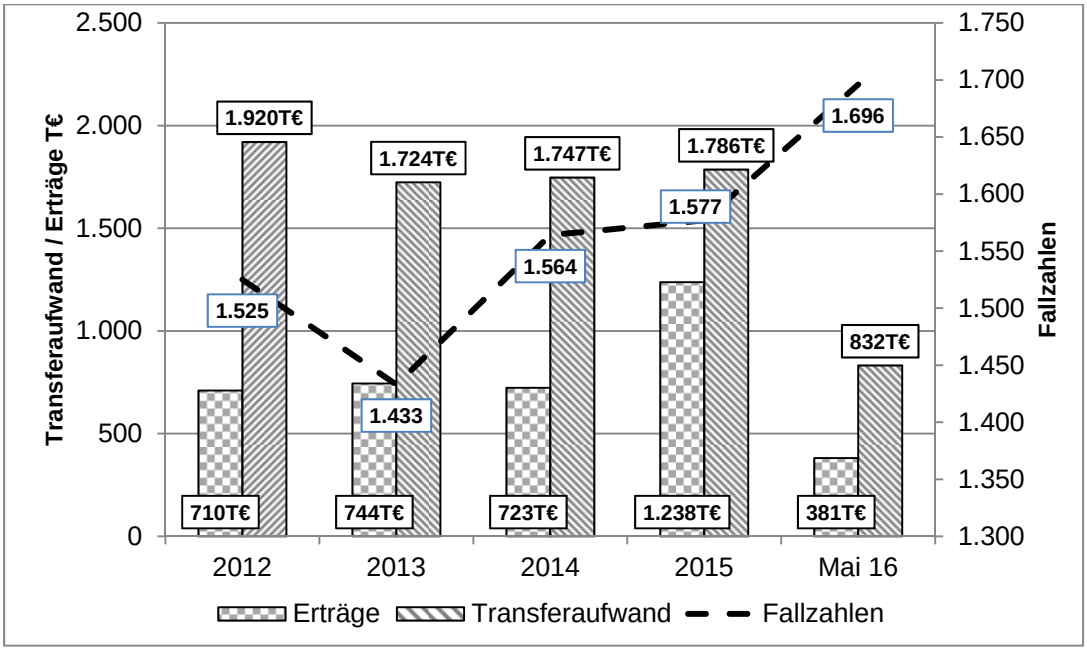
Für den Leistungsbereich des Jugendamtes im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) sind im Haushalt 2017 Aufwendungen in Höhe von rund 65,7 Mio. € geplant. Dem gegenüber stehen geplante Erträge von rund 35,4 Mio. €. Das geplante Verwaltungsergebnis für das Haushaltsjahr 2017 verbessert sich um rd. 3,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr von 34,8 Mio. € auf 31,0 Mio. €. Die Auflagen des Schutzschirmvertrages mit dem Land Hessen können seitens des Jugendamtes eingehalten werden.

Die folgenden Grafiken zeigen die Entwicklung in einzelnen, ausgewählten Hilfearten.

Produkt 3120 – Unterhaltsvorschussgesetz

Die Grafik zeigt, dass sich der positive Trend auch im Haushaltsjahr 2016 fortsetzt: Eine kontinuierliche Sachbearbeitung führt zu einer steigenden Rückholquote. Zum Stichtag 31. Mai 2016 beträgt die durchschnittliche Rückholquote bereits 20,8%. Dabei ist zu beachten, dass die relevanten Zahlungen zur Berechnung der Rückholquote immer von der Leistungsfähigkeit der Unterhaltsverpflichteten abhängig sind.

Unterhaltsvorschusswesen – Transferaufwand / -ertrag / Fallzahlen

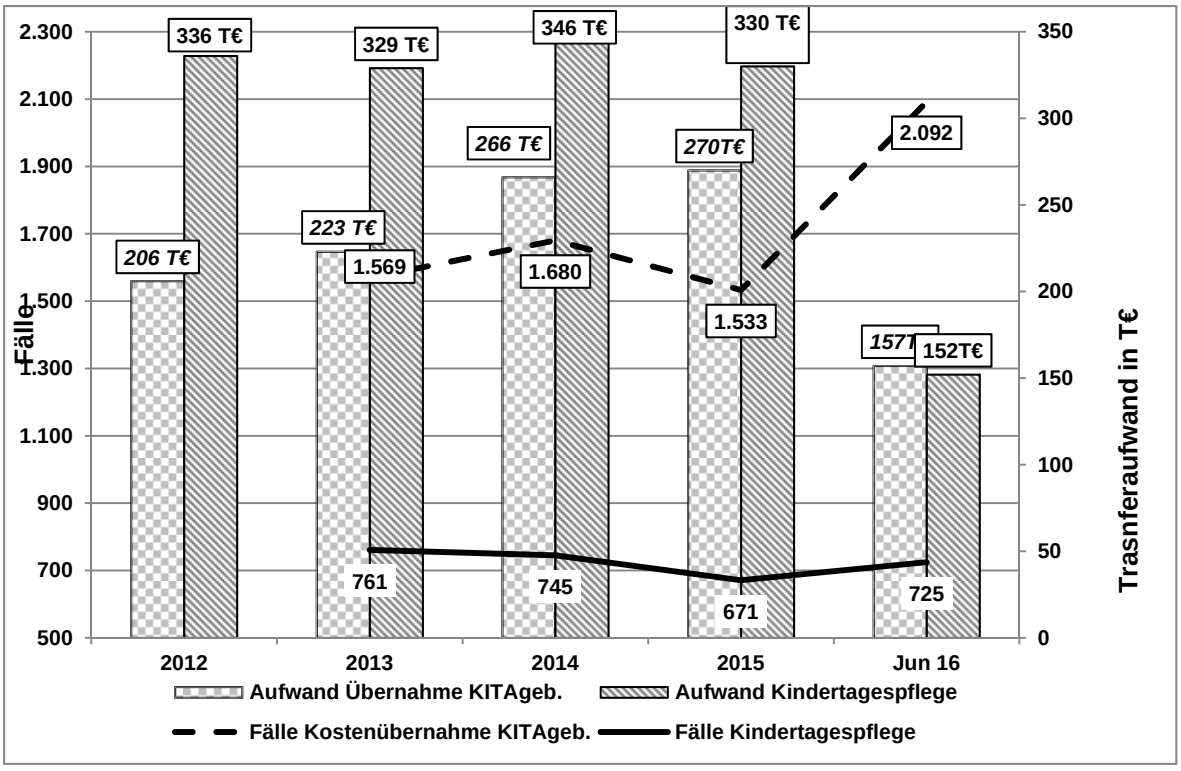


Produkt 3140 – Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Kindertagespflege

Der bereits im Vorbericht zum Haushalt 2016 angedeutete Trend zu höheren Aufwendungen hält auch im Haushalt 2017 an. Steigende Fallzahlen im Bereich von Kostenerstattungen für die Unterbringung in Kindertageseinrichtungen gemäß § 22 SGB VIII führen zu einer Steigerung des Aufwands. Diese Entwicklung ist zum einen auf das größere Angebot an Plätzen in den KITAs, als auch auf die steigende Nachfrage nach Kostenerstattung für Flüchtlingsfamilien sowie auf die Anhebung der KITA-Gebühren durch die Träger zurückzuführen.

Die Zahlen im Bereich Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII sind seit den letzten drei Jahren sowohl beim Aufwand als auch bei den Fallzahlen konstant.

Kindertagesstätten und Kindertagespflege – Transferaufwand



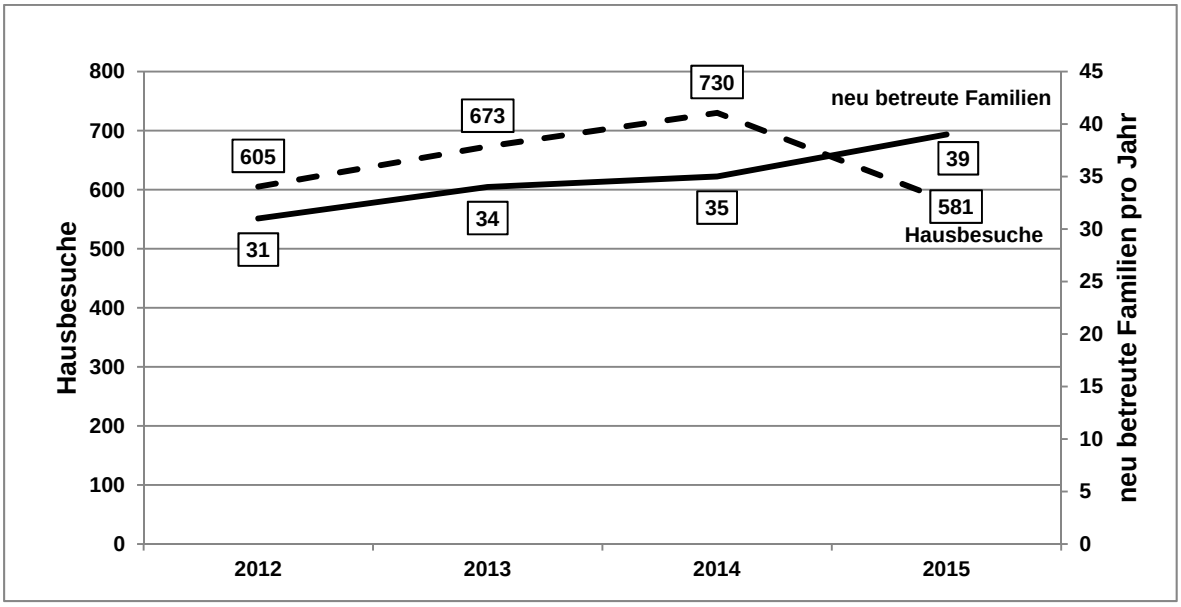
Produkt 3151 – Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistung

Zu diesem Produkt gehören viele unterschiedliche Leistungen des Jugendamtes, u.a.:

- Jugendförderung
- Jugendschutz
- Soziale Arbeit an Schulen
- Erziehungsberatung
- Frühe Hilfen

Im Haushalt 2017 soll der Bereich „Frühe Hilfen“ näher betrachtet werden.

Frühe Hilfen – Anzahl der Hausbesuche und bei betreuten Familien



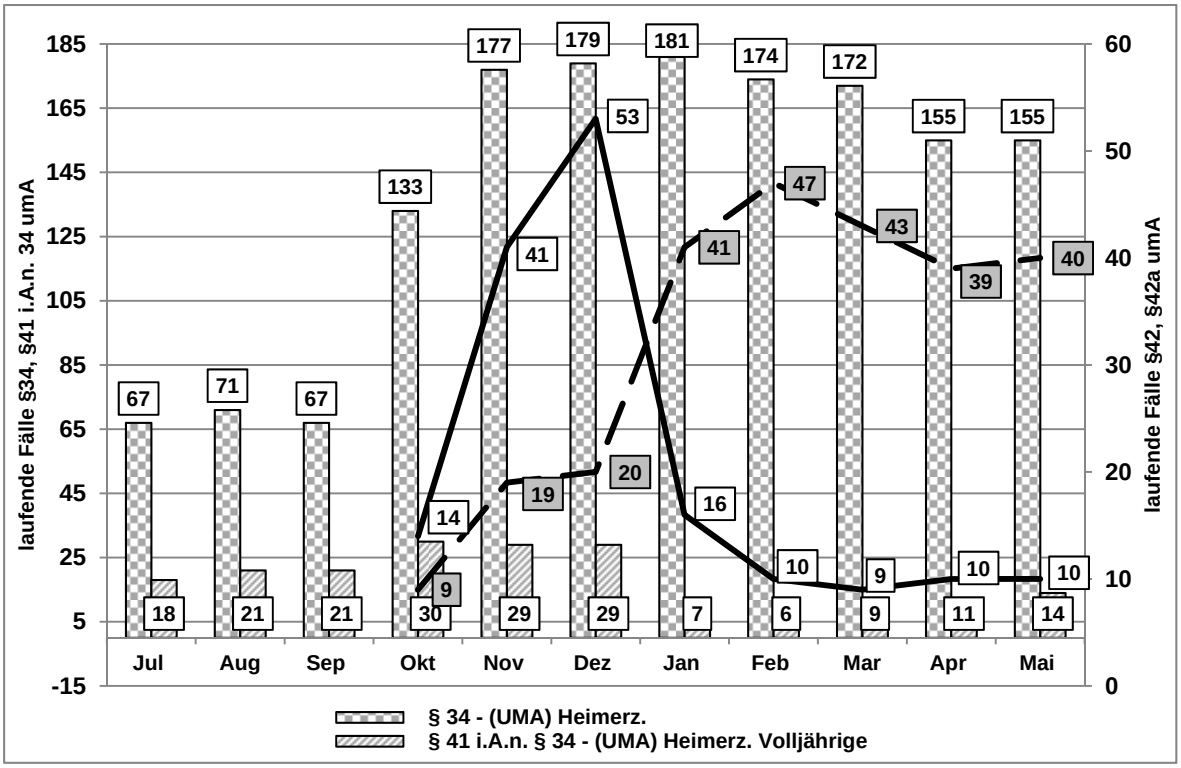
Der Bereich „Frühen Hilfen“ gibt Eltern und Familien Unterstützung in belastenden Lebenssituationen in Form von Information, Anleitungen zur Pflege, Ernährung, Entwicklung und Förderung des Kindes. Die Familienhebammen vermitteln nach dem Erstkontakt bei Bedarf an andere Bereiche des Jugendamtes. Im ersten Halbjahr 2016 ist es gelungen eine weitere Familienhebamme für die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt im Rahmen des Programms „Frühe Hilfen“ zu gewinnen.

Produkt 3170 – Hilfen zur Erziehung / Produkt 3190 – Hilfen für junge Volljährige

Neben den Hilfen zur Erziehung stehen bei diesen beiden Produkten vor allem die Hilfen für die unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer (umA) im Fokus.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der vergangenen Monate deutlich. In den Wintermonaten konnte ein starker Anstieg der Fallzahlen verzeichnet werden. Seit Anfang des Jahres 2016 hat sich eine Konsolidierung der Fallzahlen eingestellt. Dies beruht auf der Tatsache, dass derzeit keine weitere Zuteilung des Landes Hessen erfolgt. Ob die Zuteilungssituation im weiteren Verlauf des Jahres konstant bleibt, ist derzeit nicht absehbar.

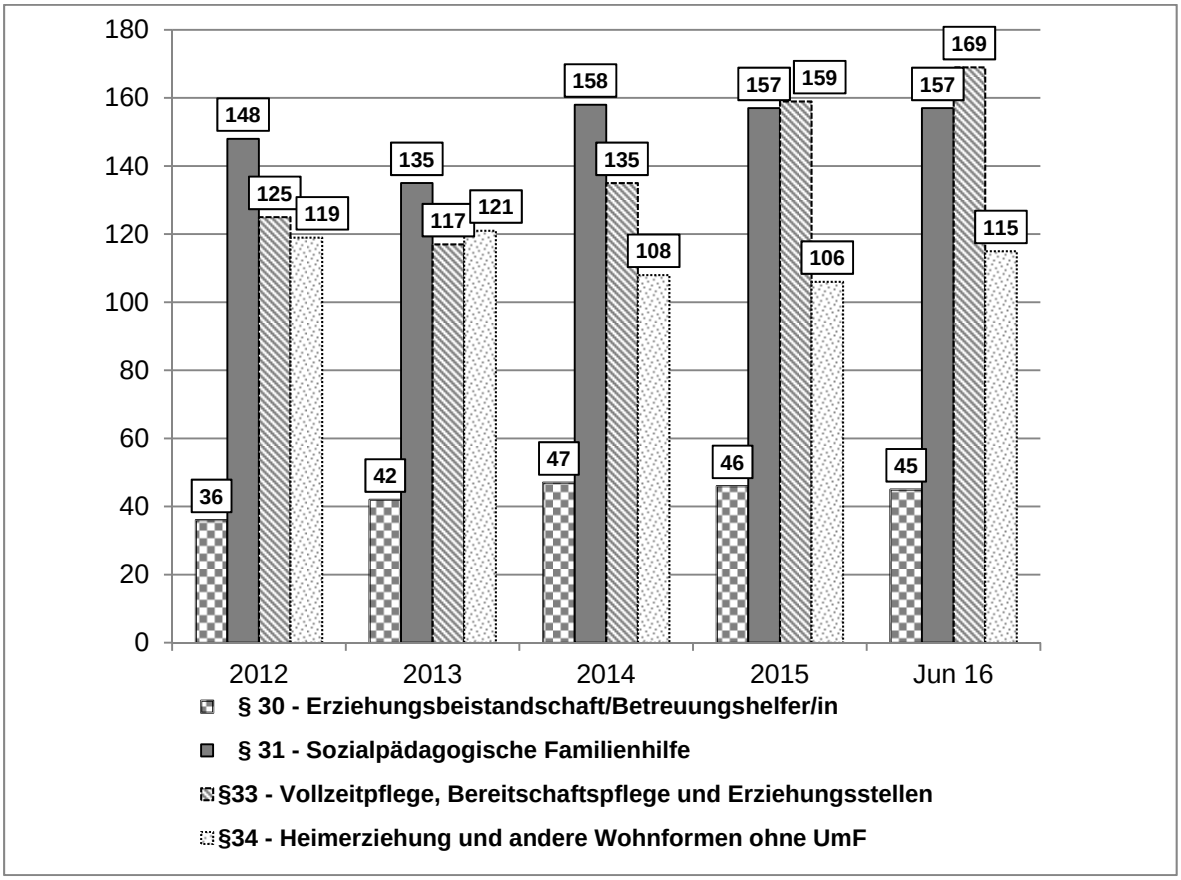
Entwicklung umA (minderjährig und volljährig) – Fallzahlen



Inobhutnahmen gehören zu Produkt 3210 werden hier aber der Vollständigkeit wegen mit dargestellt.

Entwicklung der Fallzahlen §§ 30 bis 34 SGB VIII (ohne umA)

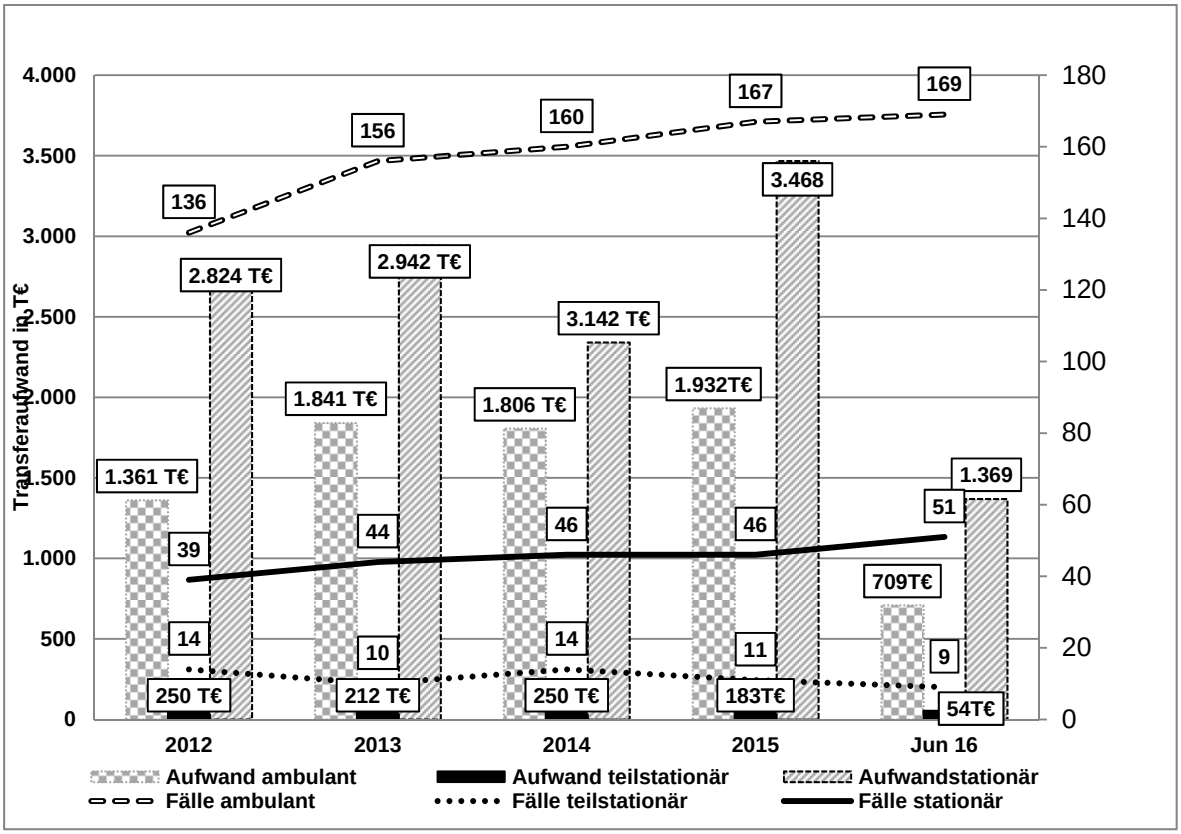
Betrachtet man in der unten stehenden Grafik die Jahre 2014, 2015 und das erste Halbjahr 2016 ist ein leichter Anstieg der stationären Hilfen nach § 34 (+7) und nach § 33 (+34) SGB VIII zu verzeichnen. Für das Projekt „Familien stärken, Zukunft schaffen“ wird ab 2016 die zweite Phase der Konsolidierung eingeleitet. Inhaltlich sollen insbesondere stationäre Maßnahmen zurückgefahren, der präventive Bereich sowie Familienerhaltende Maßnahmen ausgebaut, Rückführungskonzepte erarbeitet und eine frühzeitige Verselbständigung ermöglicht werden.



Produkt 3200 – Eingliederungshilfe

Eingliederungshilfen – Fallzahlen / Transferaufwand (minderj. und volljj.)

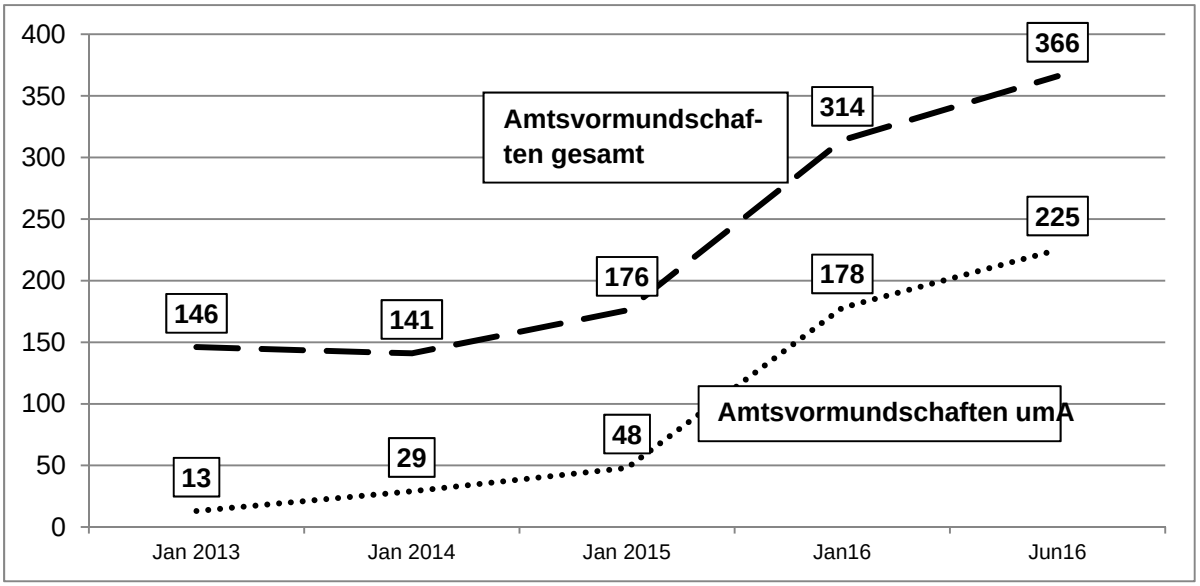
Die Fallzahlen der stationären und ambulanten Maßnahmen steigen stetig an. Bei den ambulanten Hilfen ist vor allem eine Steigerung im Bereich der Schulbegleitungen zu verzeichnen (+5). Individuelle Rechtsansprüche aufgrund des neuen hessischen Schulgesetzes verlagern den Ressourcenvorbehalt für die Inklusion/inklusive Beschulung stark auf die kommunalen Sozialleistungsträger. Des Weiteren sind Zuwächse bei den stationären Hilfen bei jungen Volljährigen (+3) sowie bei Minderjährigen (+2) zu verzeichnen.



3210 – Andere Aufgaben der Jugendhilfe

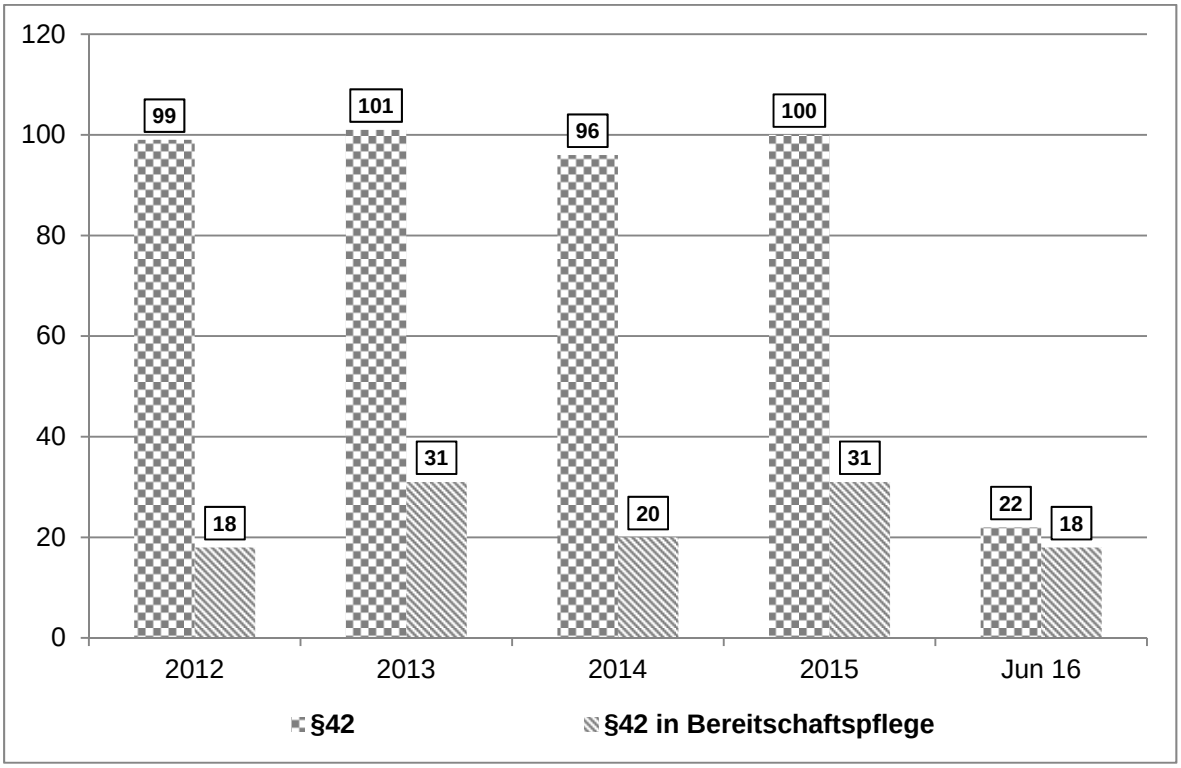
Wie im vergangenen Jahr steigen auch 2016 die Fallzahlen im Bereich der Amtsvormundschaften weiter, da jede/r unbegleitete minderjährige Ausländer/in einen Vormund benötigt. Derzeit sind bereits weitere 50 Vormundschaften avisiert.

Amtsvormundschaften – Entwicklung der Fallzahlen



Inobhutnahmen (ohne umA) – Entwicklung der Fallzahlen

Die Grafik zeigt, dass die Fallzahlen für Inobhutnahmen in Einrichtungen seit Jahren auf dem gleichen Niveau bleiben. Schwankungen zeigen sich bei Inobhutnahmen in Bereitschaftspflegefamilien. Dies hängt allerdings immer mit der Verfügbarkeit von Unterbringungsplätzen in Bereitschaftspflegefamilien zusammen.



Ausblick 2017

- Für den Haushalt 2017 wurde die Haushaltssystematik des Jugendamtes geändert. Zukünftig hat jeder Bereich ein eigenes internes Budget. Die Budgets werden pro Bereich über eine Kostenstelle abgebildet. Als Orientierung diente das Organigramm der Abteilung. Ziel der Umstrukturierung ist die Schaffung von mehr Transparenz um somit die Steuerung der einzelnen Aufgabenbereiche im Jugendamt zu optimieren.
- Die Fachanwendung PROSOZ 14+ soll durch eine neue moderne Fachanwendung ersetzt werden. Ziel ist es, das Pflichtenheft im Jahr 2016 zu erstellen, sodass im Jahr 2017 das Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden kann. Anschaffungszeitpunkt und Implementierung der neuen Fachanwendung wird Anfang des Jahres 2018 sein.

Die Eingliederungshilfe für geistig und körperlich behinderte Kinder- und Jugendliche in Zuständigkeit des Sozialamtes soll ab dem 01.08.2016 mit dem Bereich der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder- und Jugendliche in Zuständigkeit des Jugendamtes zusammengefasst werden. Dies ermöglicht es dem Jugendamt Hilfen aus einer Hand für bisher getrennte Zuständigkeiten zu gewähren.

Teilergebnishaushalt 04 Gesundheit und Sport

In diesem Teilergebnishaushalt werden die Erträge und Aufwendungen aus dem Betrieb des Hauses der Gesundheit und der Sportförderung erfasst.
In diesem Teilergebnishaushalt erhöht sich der Zuschussbedarf im Jahresergebnis 2017 um rd. 718,9 T€ auf rd. 3.467,8 T€. Maßgeblich für die Veränderung sind steigende Personal- und Sachaufwendungen durch die zusätzliche Personalausstattung des Gesundheitsamtes zur Sicherstellung des amtsärztlichen Dienstes und zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben in den Bereich Infektions- und Umwelthygiene.

Teilergebnishaushalt 05 Gestaltung der Umwelt

Dieser Teilergebnishaushalt umfasst die Erträge und Aufwendungen der Bereiche

- Räumliche Planung mit Entwicklung und Förderung,
- Geoinformation,
- Bauen und Wohnen,
- Kreisstraßen,
- ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege,
- Umweltschutz,
- Wirtschaftsförderung und Tourismus

Im Teilergebnishaushalt 2016 erhöht sich der Zuschussbedarf um rd. 2.035,1 T€ auf 14.790,9 T€. Maßgeblich für diese Entwicklung sind um rd. 1.895,0 T€ gestiegene Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Hauptursache für diese Entwicklung ist der Zuwachs dieser Aufwendungen im Produkt 5100 – ÖPNV in Höhe von 1.527 T€ im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans. Darüber hinaus entstehen entsprechende Aufwendungen für die Einführung des DMS bei der Bauaufsicht (siehe Produkt 5051), die Durchführung eines regionalen Entwicklungsprozesses und des MORO-Projektes (siehe Produkt 5010) und ein Mehrbedarf bei den Kreisstraßen (siehe Produkt 5090). Auch bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen dieses Teilhaushaltes ist ein Anstieg von rd. 162,1 T€ zu verzeichnen. Maßgeblich hierfür sind Personalzuwächse bei den Produkten 5051 und 5130. Darüber hinaus mussten die Abschreibungsansätze um 187 T€ aufgrund von aktivierten Vermögenszuwächsen erhöht werden. Entfallen sind die außerordentlichen Aufwendungen aufgrund von Sonderabschreibungen des Kreisstraßenvermögens im Zuge von Abstufungen. Die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung steigen um über 560 T€ an.

Teilergebnishaushalt 06 Zentrale Finanzleistungen

Veranschlagt werden an dieser Stelle die allgemeinen Deckungsmittel und die Umlagen aus dem KFA, die Bewirtschaftung der Kredite sowie zentrale Finanzpositionen, welche anderen Bereichen nicht direkt zugeordnet werden können. Der Veranschlagung von Beteiligungen und Mitgliedschaften sowie der Versicherungen wurde im Zusammenhang mit der Neuordnung des KFA, welche eine Anpassung an die Jahresrechnungsstatistik erforderlich macht, ab dem Haushalt 2016 anderen Produkten zugeordnet. Dies gilt auch für die komplettem Personal- und Versorgungsaufwendungen dieses Teilhaushaltes.

Mit einem Überschuss im Jahresergebnis von rd. 127,8 Mio. € werden die Defizite der anderen Teilhaushalte kompensiert und ein Überschuss im Ergebnishaushalt von rd. 7,3 Mio. € erzielt. Ursächlich hierfür sind ordentliche Erträge in Höhe von rd. 181,5 Mio. € und sekundäre Erträge in Höhe von rd. 4,0. Mio. €. Dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 57,1 Mio. € und 0,6 Mio. € sekundäre Aufwendungen gegenüber. Maßgeblich für die Verbesserung des Ergebnisses dieses Teilhaushaltes gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rd. 3,7 Mio. € sind jedoch die Zuwächse bei der Kreisumlage von 3.400 T€ und den Landkreisschlüsselzuweisungen von 4,100 T€. Hinzu kommt ein um 1.152,5 T€ verbessertes Finanzergebnis.
Bezüglich weiterer Informationen wird auf die vorangegangene Darstellung zum Kommunalen Finanzausgleich, der Finanzerträge und –aufwendungen sowie auf die folgenden Darstellungen zum Finanzhaushalt verwiesen.

Finanzhaushalt 2017

Wesentliche Funktion des Finanzhaushaltes ist es, die zahlungswirksamen Vorgänge und den Zahlungsmittelfluss einzelner Bereiche zusammenhängend darzustellen. Im Ergebnis ist der Zahlungsmittelüberschuss bzw. –bedarf festzustellen und darauffolgend die Entwicklung der Zahlungsmittelbestände abzubilden. Wie in den vergangenen zwei Jahren, erfolgt die Vorlage von zwei Varianten um dem Anspruch der kommunalaufsichtlichen Genehmigung und der gesetzlichen Vorgabe einerseits zu entsprechen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Gremien und der Verwaltung des Kreises nachzukommen.
Mit dem Haushaltplan 2013 hat sich der Kreis im Rahmen seiner Wahlmöglichkeit für den direkten Finanzhaushalt ausgesprochen. In Folge dessen wird nunmehr zunächst ein Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgewiesen, welcher sich an der Struktur des Ergebnishaushaltes orientiert. Unter Nr. 19 werden die Einzahlungen und Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit saldiert. Für das Jahr 2017 ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss von rd. 9.271T€. Gegenüber dem Jahr 2016 hat sich an dieser Stelle eine Reduzierung von rd. um 228 T€ ergeben. Seit 2016 wirkt sich diese Position nicht mehr erhöhend auf den Kassenkreditbestand aus.
Die Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und Zuschüssen beinhalten einen investiven Anteil der Schlüsselzuweisungen in Höhe von 3.000 T€ zur Finanzierung des Medizinischen Versorgungszentrums und einen investiven Anteil der Schulumlage in Höhe 5.100 T€ zur Finanzierung des investiven Zuschusses an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft. Damit wird eine Nettoneuverschuldung im Haushalt 2017 des Eigenbetriebes vermieden. Weitere investive Einzahlungen sind veranschlagt für die Beteiligung der Gemeinden am S-Bahn-Ausbau mit 2.080 T€ und die GVFG-Förderung bei den Kreisstraßen mit rd. 384 T€.
Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Vermögen entsprechen dem als Anlage 2 beigefügten Investitionsprogramm. Die Einzahlungen in das Finanzanlagevermögen entsprechen den Tilgungen von gewährten Darlehen. Die Auszahlungen aus dem Finanzanlagevermögen (150 T€) beschränken sich in diesem Jahr auf die Zuführung zur gesetzlichen Pensionsrücklage. Der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen für Investitionen führt zu einem Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit von rd. 6.214T€ (2016 = 9.485 T€).
Dieser Fehlbetrag muss durch Aufnahme neuer Investitionskredite finanziert werden. Für die Tilgung von Investitionskrediten wurde der Ansatz in Höhe von 6.451,6 T€ gebildet (2016 = 3.692,2 T€). Bei den Kassenkrediten erfolgt, aufgrund des Überschusses, keine Finanzierung der Verwaltungstätigkeit mehr. Es verbleibt bei der Finanzierung der Tilgung von Inves-

titionskrediten mit rd. 6,5 Mio. € (2016 = 3,7 Mio. €). Eine Darstellung der Finanzhilfen aus dem Kommunalen Schutzschirm ist wegen der fehlenden Liquidität im Finanzhaushalt nicht möglich. Im Ergebnis kommt es, unter Berücksichtigung einer Rückführung der Kassenkredite in Höhe von 2,9 Mio. € zu einem Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von rd. 3,1 Mio. €. Damit kommt es zu einer Gesamtverschuldung zum Jahresende 2017 für den Kreishaushalt von rd. 259 Mio. €. Unter Berücksichtigung der im ersten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2016 prognostizierten Entwicklung reduziert sich die Gesamtverschuldung im Kreishaushalt auf rd. 253 Mio. €. Unter Einbeziehung der Kreditverbindlichkeiten der Eigenbetriebe ergibt sich eine Gesamtverschuldung zum Jahresende 2017 von rd. 390 Mio. €. Gegenüber dem Jahr 2016 wird folgende Entwicklung erwartet:

- Kassenkredite Kreis von 221,9 Mio. € um 2,9 Mio. € auf 219,0 Mio. €
- Investitionskredite Kreis 34,2 Mio. € um 0,2 Mio. € auf 34,0 Mio. €
- Investitionskredite Eigenbetriebe von 136,8 Mio.€ um 0,4 Mio. € auf 136,2 Mio. €

Damit reduziert sich die Gesamtverschuldung gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mio. €.

Ergebnis- und Finanzplanung 2017 – 2020

Gemäß § 101 HGO hat der Kreis seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen. Aus der Anlage 1a zu diesem Haushaltsplan wird ersichtlich, dass in den Jahren nach 2016 mit geringfügigen Überschüssen gerechnet werden kann. Ein Haushaltsausgleich, unter Berücksichtigung der noch bestehenden Vorjahresdefizite in Höhe von nahezu 113 Mio. € (Stand: Zweiter Finanz- und Controllingbericht 2016), ist im Planungszeitraum auf der Ebene des Jahresergebnisses nicht möglich. Für die Planungsjahre 2018 und 2020 werden weitere Überschüsse zwischen 7,2 Mio. € und 9,8 Mio. € prognostiziert. Maßgeblich für diese Entwicklung sind Zuwächse bei den Erträgen aus dem KFA aufgrund eines Wachstums der Steuerkraft auf allen staatlichen Ebenen. Dem stehen steigende ordentliche Aufwendungen gegenüber. Der durch den Kommunalen Schutzschirm vorgegebene Konsolidierungspfad wird durch diese Finanzplanung nicht verlassen. Sollten sich das zu erwartende Wachstum über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen und auch die Aufwendungen sich im prognostizierten Rahmen bewegen, kann bereits im Jahr 2020 mit kumulierten Altdefiziten von deutlich unter 100 Mio. € gerechnet werden. Die Finanzplanung des Kreises orientiert sich, wie bereits im Vorjahr, nicht an den Daten des Finanzplanungserlasses, sondern an eigenen Einschätzungen. Aufgrund der aktuellen Steuerschätzungen wird mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Steuerkraft von etwa 3 % gerechnet.
Das Risiko eines weiteren Aufgabenzuwachses (z. B. Asylbewerber) konnte im Planungszeitraum nicht valide berücksichtigt werden. Das Zinsniveau am Kapitalmarkt wurde gleichbleibend günstig, unter Berücksichtigung eines angemessenen Risikos und rückläufiger Kassenkreditbestände, prognostiziert. Die zu erwartenden Überschüsse müssen vollständig in den Abbau der Vorjahresdefizite fließen und zahlungswirksam für die Rückführung der Kassenkredite verwendet werden.

Fazit

Die defizitäre Entwicklung des Kreishaushaltes konnte bereits im Haushaltsvollzug des Jahres 2015 gestoppt werden. Für zukünftige Überschüsse im Kreishaushalt müssen sich die Steuermehreinnahmen, aller staatlicher Ebenen, auf konstantem Niveau weiterentwickeln. Ferner muss die strukturelle Unterfinanzierung der Landkreise in der Sozial- und Jugendhilfe weiter abgebaut werden. Der Schuldenabbau durch den Kommunalen Schutzschirm wurde in 2016 beendet. Neben der Fortsetzung eigener Konsolidierungsbemühungen muss deshalb die strukturelle Unterfinanzierung des Kreises durch eine bessere Finanzausstattung und durch eine Konsolidierung der gesetzlichen Leistungsstandards beseitigt werden. Dazu muss die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, auch im Hinblick auf die Rechtsprechung des Hessischen Staatsgerichtshofs, durch die Beseitigung bestehender Defizite fortgesetzt werden. Eine Deckelung der Kreisumlage würde die Konsolidierungsbemühungen des Kreises einschränken und einem bedarfsorientierten KFA widersprechen.
Durch die GemHVO ist der Kreis entsprechend § 6 aufgefordert, darzustellen, welche Auswirkungen sich aufgrund der demographischen Entwicklung für ihn und seine Einrichtungen ergeben werden. Langfristig wird mit einer stabilen Bevölkerung auf dem Niveau von rd. 266 Tsd. Einwohnern gerechnet. Allerdings wird sich die Zusammensetzung der Bevölkerung, besonders aufgrund der demographischen Entwicklung und der Zuwanderung, in den kommenden Jahrzehnten stark verändern. Dies führt zu einer Veränderung der Bedürfnisse der Kreisbevölkerung und hat auf die finanzielle Entwicklung sowohl bei der Steuerkraft als auch bei den Belastungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Integration und Infrastruktur einen starken Einfluss. Es bedarf deshalb auch weiterhin erheblicher personeller und finanzieller Anstrengungen um die Voraussetzungen für ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten und um attraktive Lebensverhältnisse und Standortbedingungen im Kreis Bergstraße sicherzustellen.

Produktplan Kreis Bergstraße 2017

Stand: 15.09.2016

THH-Nr Teilhaushalt (THH)	PB-Nr. Produktbereich (PB)	PG-Nr. Produktgruppen (PG)	P-Nr. Produkte (P)
1 Zentrale Verwaltung	**01 Innere Verwaltung**	**111** Verwaltungssteuerung und -service	1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung
			1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss
			1030 Bürgerservice und Ehrenerweise
			1040 Pressearbeit
			1051 Personalmanagement und -entwicklung
			1070 IT-Management
			1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark
			1100 Zentrales Controlling
			1110 Revision
			1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
			1140 Beschäftigtenvertretung
			1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss
			1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement
			1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung
			1210 Vereinsförderung
1 Zentrale Verwaltung	**02 Sicherheit und Ordnung**	**121** Statistik und Wahlen	1221 Wahlen und Statistik
		122 Ordnungsangelegenheiten	1230 Kommunalaufsicht
			1241 Ordnungs- und Gewerbewesen
			1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen
			1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde
			1300 Fleischhygiene
			1311 Allgemeines Veterinärwesen
			1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte
		126 Brandschutz	1361 Brand- und Katastrophenschutz
		127 Rettungsdienst	1362 Rettungsdienst
2 Schule und Kultur	**03 Schulträgeraufgaben**	**211** Grundschulen	2010 Grundschulen
		216 Kombinierte Schulformen	2021 Kombinierte Schulformen
		217 Gymnasien	2040 Gymnasien
		221 Förderschulen	2060 Förderschulen
		231 Berufliche Schulen	2070 Berufliche Schulen
		241 Schülerbeförderung	2080 Schülerbeförderung
		243 Sonstige schulische Aufgaben	2085 Schulverwaltung
	04 Kultur und Wissenschaft	**271** Volkshochschulen	2100 Kreisvolkshochschule

Produktplan Kreis Bergstraße 2017

Stand: 15.09.2016

THH-Nr	Teilhaushalt (THH)	PB-Nr.	Produktbereich (PB)	PG-Nr.	Produktgruppen (PG)	P-Nr.	Produkte (P)
3	Soziales und Jugend	05	Soziale Leistungen	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	3010	Hilfe zum Lebensunterhalt
						3020	Hilfe zur Pflege
						3030	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
						3040	Hilfen zur Gesundheit
						3050	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen
						3060	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
				312	Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	3070	Leistungen nach SGB II
				313	Hilfen für Asylbewerber	3080	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
				331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	3101	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
				341	Unterhaltsvorschussleistungen	3120	Unterhaltsvorschussleistungen
				351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	3130	Sonstige Hilfen und Sozialleistungen
						3220	Seniorenberatung
		06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	3140	Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege
				362	Jugendarbeit	3151	Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen
				363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	3170	Hilfe zur Erziehung
						3190	Hilfe für junge Volljährige
						3200	Eingliederungshilfe
						3210	Andere Aufgaben der Jugendhilfe
4	Gesundheit und Sport	07	Gesundheitsdienste	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	4011	Gesundheitshilfen und Prävention
						4020	Gesundheitsschutz
		08	Sportförderung	421	Förderung des Sports	4040	Sportförderung
5	Gestaltung der Umwelt	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungs-maßnahmen	5010	Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit
						5020	Dorf- und Regionalentwicklung
						5030	Bauleitplanung
						5040	Geoinformationssystem (GIS)
		10	Bauen und Wohnen	521	Bau- und Grundstücksordnung	5051	Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung
				523	Denkmalschutz und -pflege	5070	Denkmalschutz
		12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	542	Kreisstraßen	5090	Verwaltung der Kreisstraßen
				547	ÖPNV	5100	Öffentlicher Personennahverkehr
		13	Natur- und Landschaftspflege	554	Naturschutz und Landschaftspflege	5111	Natur- und Artenschutz
				555	Land- und Forstwirtschaft	5130	Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten
		14	Umweltschutz	561	Umweltschutzmaßnahmen	5141	Boden- und Gewässerschutz
						5080	Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen
		15	Wirtschaft und Tourismus	571	Wirtschaftsförderung und Tourismus	5170	Wirtschaftsförderung, Tourismus
6	Zentrale Finanzleistungen	16	Allgemeine Finanzwirtschaft	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	6010	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
				612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	6020	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
						6030	~~Beteiligungen - Mitgliedschaften~~ (entfallen)

Deckungsregeln gemäß §§ 18,19 und GemHVO

Gemäß dem Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 18 GemHVO-Doppik) dienen die Erträge des Gesamtergebnishaushaltes insgesamt zur Deckung der Aufwendungen des Gesamtergebnishaushaltes und die Einzahlungen des Gesamtfinanzhaushaltes insgesamt zur Deckung der Auszahlungen des Gesamtfinanzhaushaltes, soweit die GemHVO-Doppik nichts anderes bestimmt.

Bezüglich der Deckungsfähigkeit innerhalb der Budgets wird auf die beigefügten Budgetierungsregeln verwiesen.

Ferner werden auf der Ebene der Produkte die besonderen Deckungsvermerke angebracht.

Die zahlungswirksamen Personalaufwendungen (mit Ausnahme des Produktes 2100, Kreisvolkshochschule) werden untereinander (Kontengruppe 62 bis 64) und über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die nicht zahlungswirksamen Personalaufwendungen werden mit den nicht zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen und über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen werden untereinander (Kontengruppe 66) und über alle Teilhaushalte hinweg für deckungsfähig erklärt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kontengruppe 77) werden untereinander und über alle Teilhaushalte hinweg für deckungsfähig erklärt. Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 77 dürfen in Höhe zusätzlicher Zinserträge (Kontengruppe 57) geleistet werden.

Im Gesamtergebnishaushalt können zusätzliche periodenfremde Erträge für die Deckung zusätzlicher periodenfremder Aufwendungen verwendet werden.

Im Gesamtergebnishaushalt können zusätzliche periodenfremde Aufwendungen zu Lasten der Ansätze für ordentliche Aufwendungen, mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen, geleistet werden.

Mehraufwendungen auf Produktebene dürfen aufgrund von Mehrerträgen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (Kontengruppe 53) sowie bei den Zuweisungen und Zuschüssen (Kontengruppe 54) geleistet werden.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen werden innerhalb eines Teilhaushaltes für deckungsfähig erklärt. Ansätze für Projekte dürfen nicht zur Deckung von Pauschalansätzen verwendet werden.

Auszahlungen für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens können zu Lasten der zahlungswirksamen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppen 60, 61, 67 bis 69) des entsprechenden Produktes geleistet werden.

Die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten werden über alle Teilhaushalte hinweg für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Richtlinien zur Budgetierung der Kreisverwaltung Bergstraße

Auf der Grundlage von §§ 4, 19, 20, 21 und 28 GemHVO werden für die Kreisverwaltung Bergstraße folgende "Richtlinien zur Budgetierung der Kreisverwaltung Bergstraße" erlassen:

Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten für alle Abteilungen der Kreisverwaltung Bergstraße mit Ausnahme der in der Trägerschaft des Kreises Bergstraße befindlichen Schulen und der Kreisvolkshochschule, für die gesonderte Richtlinien gelten.

Teil A – Budgets der Abteilungen

1. Budgets – Inhalte und Budgetbemessung

Den Abteilungen der Kreisverwaltung werden die betrieblichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppe 60, 61, 67-69) zur selbständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen eines Budgets (Abteilungsbudget) zugewiesen, sofern diese Aufwendungen dezentral bei den Produkten der jeweiligen Abteilung als Aufwand veranschlagt sind. Das Budget umfasst auch die mit den vorgenannten Aufwendungen verbundene Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG, Kontengruppe 089; Anschaffungskosten netto zwischen 60 € und 410 €) und die damit zusammenhängenden Auszahlungen.

Das Budget umfasst die vorgenannten Aufwendungen sämtlicher Produkte einer Abteilung, sofern zutreffend auch teilhaushaltübergreifend. Alle übrigen Aufwendungen gehören nicht in das Budget.

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises Bergstraße wird die Höhe der Budgets verbindlich festgesetzt.

2. Deckungsfähigkeit

Innerhalb eines Budgets sind sämtliche Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung zu Lasten der Aufwendungen des Budgets.

Im Übrigen besteht eine Deckungsfähigkeit zwischen verschiedenen Aufwendungen und Erträge nach Maßgabe gesonderter Deckungsvermerke im Haushaltsplan.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Budgetmittel sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt-Sachkonto zuzuordnen und entsprechend zu verbuchen. Die Zuordnung und Verbuchung ist auch dann bei dem zutreffenden Produkt-Sachkonto vorzunehmen, wenn die Mittel bei diesem Produkt-Sachkonto bereits verbraucht sind.

3. Budgetabweichungen und Übertragbarkeit

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Sofern Mehraufwendungen nicht aus dem Budget finanziert werden können, sind diese im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Kreisgremien zu genehmigen.

Vorlagen an die Kreisgremien zur Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen sind mit einem Vorschlag zur Deckung der Mehraufwendungen zu versehen und bedürfen der Mitzeichnung der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen eines Budgets (Minderaufwendungen) können in das Budget des folgenden Haushaltsjahres übertragen werden, sofern die Einsparung größer als 250 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Voraussetzung für die Übertragung der nicht ausgeschöpften Haushaltsermächtigungen ist, dass die Minderaufwendungen durch die oder den Budgetverantwortliche/n herbeigeführt wurden und damit managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Durch entsprechende Begründung der/des Budgetverantwortlichen ist dies der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter zusätzlicher Angabe des vorgesehenen Verwendungszweckes für die zu übertragenden Haushaltsermächtigungen darzulegen. Sind die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, ist eine Übertragung in Höhe von 100% der managementbedingten Minderaufwendungen und bis maximal zur Höhe des gesamten Unterschreitungsbetrages des Budgets möglich.

Die Bildung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist bei der Ermittlung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen vorrangig zu berücksichtigen.

Durch Vermerk im Haushaltsplan kann die Übertragbarkeit weiterer Aufwandspositionen festgelegt werden.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

4. Budgetverantwortung – Rechte und Pflichten

Die Budgetverantwortung für die Abteilungsbudgets obliegt der Leitung der jeweiligen Abteilung. Die Budgetverantwortung kann ganz oder teilweise durch schriftliche Verfügung auf eine/n nachgeordnete/n Mitarbeiter/in derselben Abteilung delegiert werden. Die Budgetverantwortlichen sind in diesem Falle der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen mitzuteilen.

Die Budgetverantwortung umfasst insbesondere die Planung und Überwachung des Budgets, die Pflicht zur Einhaltung des Budgetrahmens sowie die unterjährige Budgetberichtspflicht. Die Budgetverantwortlichen haben zudem die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen über sich abzeichnende Budgetüberschreitungen unverzüglich zu informieren und Maßnahmen zur Gegensteuerung einzuleiten.

Die Budgetverantwortlichen erhalten von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen regelmäßig einen Auszug über den aktuellen Budgetstand bzw. haben Zugriff zu dem Auskunftsdienst der Finanzsoftware.

5. Ausbau der Budgetierung, Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung

Der Ausbau der Budgetierung im Zusammenhang mit einer ergebnis- und wirkungsorientierten Steuerung über Zielvereinbarungen und die damit verbundene Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung in den dezentralen Abteilungen ist geplant und in den nächsten Jahren zu entwickeln.

6. Inkrafttreten

Diese Budgetierungsrichtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Änderungen dieser Richtlinien treten mit der Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2008 in Kraft.

Die Richtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 03. November 2008

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.	gez.
Matthias Wilkes	Thomas Metz
Landrat	Erster Kreisbeigeordneter

Teil B – Budget des Jugendamtes sowie des Amtes für Soziales des Kreises

1. Budgetierung

Die zahlungswirksamen Aufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 des Jugendamtes sowie die Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 des Sozialamtes werden - mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen - jeweils im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet.

Innerhalb des Budgets sind die Ansätze der Sachkonten der Kontengruppen 60, 61, 67 - 69, 71 und 72 gegenseitig deckungsfähig.

Unabhängig von der Deckungsfähigkeit der Ansätze sind alle Aufwendungen dem sachlich richtigen Produkt, Sachkonto und der sachlich richtigen Kostenstelle zuzuordnen und entsprechend zu buchen. Die Zuordnung und Buchung ist auch dann sachlich-richtig vorzunehmen, wenn ein einzelner Ansatz des Budgets überschritten wird.

2. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget trägt die jeweilige Abteilungsleitung.

3. Budgethöhe

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung wird die Höhe des Budgets verbindlich vereinbart.

Eine Überschreitung des Budgets ist nicht zulässig. Bei Änderung grundlegender Rahmenbedingungen (z.B. Erhöhung der Entgeltsätze) und bei Eintritt nicht steuerbarer Umstände, ist über die Höhe des Budgets bereits unterjährig zu verhandeln.

4. Budgetabweichungen und Übertragbarkeit

Mehraufwendungen sind grundsätzlich im Rahmen des Budgets abzudecken. Mehraufwendungen, die nicht aus dem Budget finanziert werden können, sind im Rahmen von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Kreisgremien zu genehmigen. Vorlagen hierzu sind mit einem Vorschlag zur Deckung der Mehraufwendungen zu versehen und bedürfen der Mitzeichnung der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen.

Wird die Haushaltsermächtigung des Budgets nicht ausgeschöpft, kann sie bis zu 30% ihres nicht ausgeschöpften Umfanges übertragen werden. Die zu übertragende Ermächtigung darf den Wert von 5.000 € nicht unterschreiten.

Voraussetzung ist, dass Minderaufwendungen durch das jeweilige Amt herbeigeführt wurden, also managementbedingte Minderaufwendungen darstellen. Eine entsprechende Begründung ist unter Angabe des beabsichtigten Verwendungszweckes der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen abzugeben.

Der Kreisausschuss beschließt im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses über die Übertragung von Haushaltsermächtigungen. Sie bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

5. Budgetberichte

Über die Entwicklung der Budgetansätze wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte Auskunft gegeben. Die Entwicklung ist im Vorbericht zum Haushaltsplan/Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss fortzuschreiben.

6. Inkrafttreten

Diese Budgetierungsrichtlinien treten zum 1.1.2011 in Kraft.
Die Änderungen dieser Richtlinien treten zum 01.01.2013 in Kraft.

Sie verlängern sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 10. Dezember 2012

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Matthias Schimpf
Kreisbeigeordneter

Rahmenrichtlinien zur Bewirtschaftung des Budgets der Kreisvolkshochschule Bergstraße

1. Budgetierung

Die bei dem Produkt "Kreisvolkshochschule" veranschlagten Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Budgetierung bewirtschaftet.

Alle im Budget der Kreisvolkshochschule veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Zahlungswirksame Mehrerträge berechtigen zur Leistung von Mehraufwendungen.

Darüber hinaus besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit für die Anschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung (GWG's) sowie von sonstigen Vermögensgegenständen über diese Wertgrenzen hinaus im Rahmen der gewährten Entscheidungskompetenzen zu Lasten der Aufwendungen des Budgets.

2. Budgetverantwortung

Die Budgetverantwortung für das Budget der Kreisvolkshochschule trägt die jeweilige Leiterin oder der jeweilige Leiter der Kreisvolkshochschule.

3. Budgethöhe

Durch Beschlussfassung über die Haushaltssatzung wird die Höhe des Zuschussbudgets der KVHS verbindlich vereinbart.

Eine Überschreitung des Zuschussbudgets ist nicht zulässig. Bei Änderung grundlegender Rahmenbedingungen (z.B. Kürzung des Landeszuschusses an die KVHS) ist über die Höhe des Zuschussbudgets bereits unterjährig neu zu verhandeln.

Das Budget der Kreisvolkshochschule bleibt grundsätzlich von Haushaltssperren ausgenommen.

4. Übertragung von Budgetmitteln

Im Sinne eines verstärkten Anreizes für wirtschaftliches Handeln ist es möglich, nicht ausgeschöpfte Haushaltsermächtigungen des Budgets (Minderaufwendungen) in Höhe von 75% und bis maximal zur Höhe des gesamten Unterschreitungsbetrages des Budgets in das Budget des folgenden Haushaltsjahres zu übertragen, sofern die Einsparung größer als 250 € ist (Kleinstbetragsregelung).

Die Bildung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist bei der Ermittlung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen vorrangig zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses beschließt der Kreisausschuss über die Übertragung der Haushaltsermächtigungen.

Übertragene Haushaltsermächtigungen bleiben längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar.

5. Budgetberichte

Im Gegenzug zur Budgetierung hat die Kreisvolkshochschule halbjährlich über die Entwicklung der Budgetansätze zu berichten. Die Entwicklung ist im Laufe der Folgejahre fortzuschreiben und im Vergleich zu den drei vorausgegangenen Haushaltsjahren darzustellen. Die Berichte sind dem Kreisausschuss jeweils über die Abteilung Controlling zuzuleiten. Stichtage für die Datenerhebung dieser Berichte sind der 15. April sowie der 01. November eines jeden Jahres. Die Berichte sind mit einer Prognose der Budgetansätze bis zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres zu versehen.

Sofern erkennbar ist, dass die Höhe des Zuschussbedarfes voraussichtlich nicht eingehalten werden kann, ist unter Beteiligung der Abteilung Controlling

- bei einer Abweichung bis 20.000,- EUR dem Landrat bzw. zuständigen Dezernenten
- bei einer darüber liegenden Abweichung dem Kreisausschuss

unverzüglich und unter Angabe möglicher bzw. bereits ergriffener Gegensteuerungsmaßnahmen hiervon zu berichten.

In den Budgetberichten ist in Ergänzung zu den finanzwirtschaftlichen Informationen über die Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Anzahl der durchgeführten Unterrichtseinheiten und Kurse sowie über die Ausfallquote zu berichten. Die Entwicklung ist in den Folgejahren im Vergleich zu den vier vorausgegangenen KVHS-Semestern darzustellen.

6. Delegation von Entscheidungskompetenzen

Zur Förderung des wirtschaftlichen Handelns werden der bzw. dem Budgetverantwortlichen folgende Entscheidungskompetenzen übertragen:

- Der bzw. dem Budgetverantwortlichen wird in Abweichung von Ziffer 8 (8.1) der Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen die Befugnis erteilt, Zuschlagserteilungen im Wert von 25.000,- EUR im Einzelfall vorzunehmen. Alle übrigen Regelungen der Dienstanweisung gelten fort.

- Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen an die selbständigen Zweigstellen der Kreisvolkshochschule bis zu einer Höhe von 10.000,- EUR.

- Entscheidung über die Honorierung sowie Beschäftigung freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Dozenten und KVHS-Beauftragte in den Zweigstellen).

- Entscheidung über den Abschluss zeitlich befristeter Arbeitsverträge (geringfügig Beschäftigte als Aushilfen).

- Entscheidung über die Auswahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisvolkshochschule unter Beteiligung des Personalrates. Bei der Bewerberauswahl sind - wenn möglich - interne Bewerberinnen und Bewerber der Kreisverwaltung zu berücksichtigen.

- Bestellung von Stellvertreterinnen und -vertretern in der Leitung der Kreisvolkshochschule aus dem Kreis der Fachbereichsleiterinnen und -leiter.

- eigenverantwortliche Durchführung der Öffentlichkeits- bzw. Pressearbeit.

Aufwendungen, die durch entsprechende Entscheidungen der bzw. des Budgetverantwortlichen entstehen, sind innerhalb des Budgets zu finanzieren.

Soweit die Haushaltssatzung des Kreises Stellenbesetzungssperren vorsieht, hat der Kreisausschuss über Ausnahmen zu entscheiden.

7. Sonstige Regelungen

Die Verantwortung für Inhalt und Durchführung des KVHS-Programms liegt bei der Leiterin oder dem Leiter der Kreisvolkshochschule. Vor Drucklegung wird die jeweilige Programmplanung mit dem Landrat bzw. dem zuständigen Dezernenten abgestimmt. Die endgültige Fassung des Programmheftes erfolgt im Benehmen mit dem Landrat bzw. dem zuständigen Dezernenten.

Der Kreisvolkshochschule werden für Unterrichtszwecke und sonstige Veranstaltungen Räumlichkeiten in den kreiseigenen Schulen und Dienstgebäuden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

8. Inkrafttreten

Diese Rahmenrichtlinien treten zum 01.01.2004 in Kraft. Die Änderungen dieser Richtlinien treten zum 01.01.2008 in Kraft.

Die Rahmenrichtlinien verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

Heppenheim, den 10. Dezember 2007

Der Kreisausschuss
des Kreises Bergstraße

gez.
Matthias Wilkes
Landrat

gez.
Thomas Metz
Erster Kreisbeigeordneter

Ergebnishaushalt

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
1	2	3	4	5	6
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33.980	-34.780	-46.591,12
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.153.880	-7.960.100	-7.987.738,46
03	548-549	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-23.702.109	-36.936.068	-11.784.526,98
04	52	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen	0	0	0,00
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-186.400.000	-186.200.000	-172.063.616,08
06	547	Erträge aus Tranferleistungen	-92.901.290	-75.921.480	-73.004.847,68
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-115.854.004	-119.276.564	-82.214.520,81
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-7.730.800	-4.916.100	-4.311.464,99
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-171.830	-183.800	-456.956,11
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-436.947.893**	**-431.428.892**	**-351.870.262,23**
11	62,63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	41.634.900	36.636.700	32.891.840,33
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	4.889.100	4.680.000	4.835.288,22
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.698.460	39.262.217	24.403.894,26
14	66	Abschreibungen	5.892.999	4.813.191	6.682.230,26
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	73.284.449	69.523.811	60.529.785,46
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	52.429.000	50.897.000	49.451.300,67
17	72	Transferaufwendungen	199.745.008	214.425.008	162.143.836,80
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.600	7.500	10.845,79
19		**Summe der ordentl. Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**422.581.516**	**420.245.427**	**340.949.021,79**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-14.366.377**	**-11.183.465**	**-10.921.240,44**
21	56, 57	Finanzerträge	-528.010	-1.137.250	-118.664,10
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.637.615	8.417.650	6.023.433,12
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)**	**6.109.605**	**7.280.400**	**5.904.769,02**
24		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	-437.475.903	-432.566.142	-351.988.926,33
25		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	429.219.131	428.663.077	346.972.454,91
26		**Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 und Nr. 25)**	**-8.256.772**	**-3.903.065**	**-5.016.471,42**
27	59	Außerordentliche Erträge	-988.500	-6.106.400	-18.250.823,35
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	1.925.900	2.054.850	11.656.185,18
29		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**937.400**	**-4.051.550**	**-6.594.638,17**
30		**Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**-7.319.372**	**-7.954.615**	**-11.611.109,59**

Nachrichtlich:
Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge

2008	19.359.802,85		
2009	9.201.537,25		
2010	28.846.896,10		
2011	39.617.444,19		
2012	31.971.417,67		
2013	11.735.048,51		
2014	6.438.414,75		
2015	-11.611.109,59	**Summe:**	**135.559.451,73**

Nr.	Produktbereich Beschreibung	01 Innere Verwaltung	02 Sicherheit und Ordnung	03 Schulträger-aufgaben	04 Kultur und Wissenschaft	05 Soziale Leistungen	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	07 Gesundheits-dienste	08 Sportförderung
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500			-7.200	-13.580	-10.000	-2.000	
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-945.000	-5.953.580		-851.100	-52.650	-2.600	-252.000	
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.793.900	-203.200		-5.200	-500.408	-20.481.900	-610.000	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen								
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			-65.600.000					
06	Erträge aus Tranferleistungen					-87.111.290	-5.790.000		
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-2.000	-2.051.500		-216.600	-49.356.504	-1.800.000	-3.000	
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		-99.200	-6.103.900				-35.200	
09	Sonstige ordentliche Erträge	-116.000	-400	-45.000			-600		
10	**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.857.400**	**-8.307.880**	**-71.748.900**	**-1.080.100**	**-137.034.432**	**-28.085.100**	**-902.200**	
11	Personalaufwendungen	10.230.900	8.642.700	171.800	478.800	5.942.100	7.798.400	2.939.000	45.600
12	Versorgungsaufwendungen	1.628.900	1.195.500	30.800	99.300	757.700	322.800	132.100	13.800
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.521.500	1.869.850	6.939.000	979.000	22.714.923	430.900	149.000	3.000
14	Abschreibungen	412.500	369.021	2.108.208	6.800	1.022.270	395.000	36.800	15.000
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.127.100	116.200	60.800.000	57.300	3.628.000	3.732.500	187.539	105.000
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen		34.000						
17	Transferaufwendungen					155.923.208	43.818.800		
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500	100						
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**18.928.400**	**12.227.371**	**70.049.808**	**1.621.200**	**189.988.201**	**56.498.400**	**3.444.439**	**182.400**
20	**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**16.071.000**	**3.919.491**	**-1.699.092**	**541.100**	**52.953.769**	**28.413.300**	**2.542.239**	**182.400**
21	Finanzerträge	-70.000		-10.850				-8.610	
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		14.000	992.000				8.610	
23	**Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)**	**-70.000**	**14.000**	**981.150**					
24	**Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)**	**-2.927.400**	**-8.307.880**	**-71.759.750**	**-1.080.100**	**-137.034.432**	**-28.085.100**	**-910.810**	
25	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)**	**18.928.400**	**12.241.371**	**71.041.808**	**1.621.200**	**189.988.201**	**56.498.400**	**3.453.049**	**182.400**
26	**Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 und Nr. 25)**	**16.001.000**	**3.933.491**	**-717.942**	**541.100**	**52.953.769**	**28.413.300**	**2.542.239**	**182.400**
27	Außerordentliche Erträge		-35.000	-20.000		-396.000	-537.500		
28	Außerordentliche Aufwendungen	5.800	1.000			1.180.700	738.400		
29	**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**5.800**	**-34.000**	**-20.000**		**784.700**	**200.900**		
30	**Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**16.006.800**	**3.899.491**	**-737.942**	**541.100**	**53.738.469**	**28.614.200**	**2.542.239**	**182.400**

Nr.	Produktbereich Beschreibung	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geo-inform.	10 Bauen und Wohnen	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	13 Natur- und Landschafts-pflege	14 Umweltschutz	15 Wirtschaft und Tourismus	16 Allgemeine Finanzwirt-schaft	01 - 16 Summe Produkt-bereiche
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-700					-33.980
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.950.450		-15.500	-131.000			-10.153.880
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen		-25.000	-10.000	-1	-8.000	-64.500		-23.702.109
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen								0
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen							-120.800.000	-186.400.000
06	Erträge aus Tranferleistungen								-92.901.290
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-447.700		-814.000	-1.073.000	-485.000	-56.000	-59.548.700	-115.854.004
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-700.000			-40.000	-752.500	-7.730.800
09	Sonstige ordentliche Erträge		-1.300	-3.530	-5.000				-171.830
10	**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-447.700**	**-1.976.750**	**-1.528.230**	**-1.093.501**	**-624.000**	**-160.500**	**-181.101.200**	**-436.947.893**
11	Personalaufwendungen	840.900	2.246.400	202.700	1.337.300	669.100	89.200		41.634.900
12	Versorgungsaufwendungen	96.000	155.800	42.500	191.800	151.800	70.300		4.889.100
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	338.050	230.570	7.226.800	55.332	49.535	191.000		44.698.460
14	Abschreibungen	10.000	25.000	1.364.200	16.200	7.000	105.000		5.892.999
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			634.500	55.410		840.900		73.284.449
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	250.000		260.000		385.000		51.500.000	52.429.000
17	Transferaufwendungen				3.000				199.745.008
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen								7.600
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.534.950**	**2.657.770**	**9.730.700**	**1.659.042**	**1.262.435**	**1.296.400**	**51.500.000**	**422.581.516**
20	**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.087.250**	**681.020**	**8.202.470**	**565.541**	**638.435**	**1.135.900**	**-129.601.200**	**-14.366.377**
21	Finanzerträge							-438.550	-528.010
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen							5.623.005	6.637.615
23	**Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)**							**5.184.455**	**6.109.605**
24	**Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)**	**-447.700**	**-1.976.750**	**-1.528.230**	**-1.093.501**	**-624.000**	**-160.500**	**-181.539.750**	**-437.475.903**
25	**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)**	**1.534.950**	**2.657.770**	**9.730.700**	**1.659.042**	**1.262.435**	**1.296.400**	**57.123.005**	**429.219.131**
26	**Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 und Nr. 25)**	**1.087.250**	**681.020**	**8.202.470**	**565.541**	**638.435**	**1.135.900**	**-124.416.745**	**-8.256.772**
27	Außerordentliche Erträge								-988.500
28	Außerordentliche Aufwendungen								1.925.900
29	**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**								**937.400**
30	**Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.087.250**	**681.020**	**8.202.470**	**565.541**	**638.435**	**1.135.900**	**-124.416.745**	**-7.319.372**

Finanzhaushalt

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
1	2	3	4	5	6
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	33.980	34.780	54.848,22
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.153.880	7.960.100	8.048.918,08
03	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	23.702.109	36.936.068	7.248.107,34
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	186.400.000	186.200.000	172.533.856,08
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	93.689.590	80.961.480	69.709.795,23
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	115.854.004	119.276.564	82.347.852,37
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	528.010	1.137.250	120.793,99
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	272.030	1.150.200	219.990,98
09		**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**430.633.603**	**433.656.442**	**340.284.162,29**
10	830	Personalauszahlungen	-41.484.900	-36.486.700	-33.109.487,98
11	831	Versorgungsauszahlungen	-3.750.000	-3.640.000	-3.407.597,79
12	832	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-44.698.460	-39.262.217	-25.014.406,75
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	-201.634.108	-215.184.008	-165.003.464,09
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-73.284.149	-69.523.811	-58.920.899,91
15		Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichichen Umlageverpflichtungen	-52.429.000	-50.897.000	-49.452.426,70
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-4.037.615	-8.417.650	-3.924.039,22
17	837 848	Sonstige ordentliche und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-44.400	-746.350	-8.746,14
18		**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-421.362.632**	**-424.157.736**	**-338.841.068,58**
19		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 u. 18)**	**9.270.971**	**9.498.706**	**1.443.093,71**
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	10.576.300	1.120.000	1.631.005,62
21	822	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	101.313,87
22	823	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	41.836	42.400	42.534,09
23		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)**	**10.618.136**	**1.162.400**	**1.774.853,58**
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	6.998,95
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.630.000	-2.320.000	-3.232.526,99
26	840 834	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögen	-12.986.700	-8.087.360	-2.198.652,03
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150.000	-175.000	-138.450,16
28		**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24 bis 27)**	**-16.831.700**	**-10.647.360**	**-5.562.630,23**
29		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)**	**-6.213.564**	**-9.484.960**	**-3.787.776,65**
30		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**3.057.407**	**13.746**	**-2.344.682,94**
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	213.313.564	213.484.960	250.689.211,30
		(davon: Kreditaufnahme für Kassenkredite)	*207.100.000*	*204.000.000*	*247.410.000,00*
		(davon: Kreditaufnahme für Umschuldungen)	*0*	*0*	*0,00*
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-216.451.600	-213.692.200	-246.287.652,29
		(davon: Tilgungen für Kassenkredite)	*-210.000.000*	*-210.000.000*	*-243.987.075,02*
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*0*	*0*	*0,00*
33		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)**	**-3.138.036**	**-207.240**	**4.401.559,01**
34		Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	50.000.000	50.000.000	58.159.138,67
35		Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-50.000.000	-50.000.000	-59.972.915,23
36		**Finanzmittelüberschuss /-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**0**	**0**	**-1.813.776,56**
37		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nrn. 30 und 33)**	**-80.629**	**-193.494**	**243.099,51**
38		Geplanter Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	544.940	738.434	495.334,03
39		Geplante Veränderungen des Bestands an Zahlungsmitteln (Nr. 37)	-80.629	-193.494	243.099,51
40		**Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nrn. 38 und 39)**	**464.311**	**544.940**	**738.433,54**

Finanzhaushalt (gem. Muster 8 zu § 3 GemHVO)

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
1	2	3	4	5	6
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	33.980	34.780	54.848,22
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.153.880	7.960.100	8.048.918,08
03	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	23.702.109	36.936.068	7.248.107,34
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	186.400.000	186.200.000	172.533.856,08
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	93.689.590	80.961.480	69.709.795,23
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	115.854.004	119.276.564	82.347.852,37
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	528.010	1.137.250	120.793,99
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	272.030	1.150.200	219.990,98
09		**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**430.633.603**	**433.656.442**	**340.284.162,29**
10	830	Personalauszahlungen	-41.484.900	-36.486.700	-33.109.487,98
11	831	Versorgungsauszahlungen	-3.750.000	-3.640.000	-3.407.597,79
12	832	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-44.698.460	-39.262.217	-25.014.406,75
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	-201.634.108	-215.184.008	-165.003.464,09
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-73.284.149	-69.523.811	-58.920.899,91
15		Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichichen Umlageverpflichtungen	-52.429.000	-50.897.000	-49.452.426,70
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-4.037.615	-8.417.650	-3.924.039,22
17	837 848	Sonstige ordentliche und sonstige außerordentliche Auszahlungen (ohne Investitionstätigkeit)	-44.400	-746.350	-8.746,14
18		**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**-421.362.632**	**-424.157.736**	**-338.841.068,58**
19		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 u. 18)**	**9.270.971**	**9.498.706**	**1.443.093,71**
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	10.576.300	1.120.000	1.631.005,62
21	822	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	101.313,87
22	823	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	41.836	42.400	42.534,09
23		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)**	**10.618.136**	**1.162.400**	**1.774.853,58**
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	6.998,95
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.630.000	-2.320.000	-3.232.526,99
26	840 834	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und imm. Anlagevermögen	-12.986.700	-8.087.360	-2.198.652,03
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150.000	-175.000	-138.450,16
28		**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24 bis 27)**	**-16.831.700**	**-10.647.360**	**-5.562.630,23**
29		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)**	**-6.213.564**	**-9.484.960**	**-3.787.776,65**
30		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**3.057.407**	**13.746**	**-2.344.682,94**
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	6.213.564	9.484.960	3.279.211,30
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*0*	*0*	*0,00*
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen (davon	-6.451.600	-3.692.200	-2.300.577,27
		(davon: Tilgungen für Umschuldungen)	*0*	*0*	*0,00*
33		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)**	**-238.036**	**5.792.760**	**978.634,03**
34		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nrn. 30 und 33)**	**2.819.371**	**5.806.506**	**243.099,51 *)**
35		Geplanter Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	6.544.940	738.434	495.334,03
36		Geplante Veränderungen des Bestands an Zahlungsmitteln (Nr. 34)	2.819.371	5.806.506	243.099,51
37		**Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nrn. 35 und 36)**	**9.364.311**	**6.544.939,54**	**738.433,54**

**) Der Finanzmittelfehlbedarf des Ergebnisses 2015 beinhaltet auch die fremden Finanzmittel und den Saldo aus der Aufnahme von Kassenkrediten - gem. Muster 15 zu § 47 Abs. 1 GemHVO*

Nr.	Produktbereich Beschreibung	01 Innere Verwaltung	02 Sicherheit und Ordnung	03 Schulträger-aufgaben	04 Kultur und Wissenschaft	05 Soziale Leistungen	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	07 Gesundheits-dienste	08 Sportförderung
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.400		5.100.000				3.000.000	
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV								
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens			25.000				5.100	
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**12.400**		**5.125.000**				**3.005.100**	
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-709.100	-100.000	-5.720.000	-8.500	-5.000	-120.000	-3.026.600	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-150.000							
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-859.100**	**-100.000**	**-5.720.000**	**-8.500**	**-5.000**	**-120.000**	**-3.026.600**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-846.700**	**-100.000**	**-595.000**	**-8.500**	**-5.000**	**-120.000**	**-21.500**	

Nr.	Produktbereich Beschreibung	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geo-inform.	10 Bauen und Wohnen	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	13 Natur- und Landschafts-pflege	14 Umweltschutz	15 Wirtschaft und Tourismus	16 Allgemeine Finanzwirtschaft	01 - 16 Summe Produktbereiche
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			2.463.900					10.576.300
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV								0
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens							11.736	41.836
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**2.463.900**				**11.736**	**10.618.136**
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			-65.000					-65.000
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen			-3.630.000					-3.630.000
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-7.500		-3.290.000					-12.986.700
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen								-150.000
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-7.500**		**-6.985.000**					**-16.831.700**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-7.500**		**-4.521.100**				**11.736**	**-6.213.564**

Teilergebnishaushalt THH 01 - Zentrale Verwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500	-500	-1.534,80
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.898.580	-4.898.400	-5.041.250,39
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.997.100	-1.739.260	-1.604.817,98
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-2.053.500	-2.040.500	-2.053.720,93
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-99.200		-344,79
09	Sonstige ordentliche Erträge	-116.400	-123.100	-345.695,56
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-11.165.280**	**-8.801.760**	**-9.047.364,45**
11	Personalaufwendungen	18.873.600	16.018.400	14.129.313,52
12	Versorgungsaufwendungen	2.824.400	2.625.600	2.596.348,33
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.391.350	4.745.240	4.320.991,74
14	Abschreibungen	781.521	327.621	650.845,73
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.243.300	2.180.300	467.422,89
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	34.000	26.000	29.656,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.600	7.500	10.039,99
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**31.155.771**	**25.930.661**	**22.204.618,20**
20	**Verwaltungsergebnis**	**19.990.491**	**17.128.901**	**13.157.253,75**
21	Finanzerträge	-70.000	-80.000	-63.343,15
22	Finanzaufwendungen	14.000		
23	**Finanzergebnis**	**-56.000**	**-80.000**	**-63.343,15**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**19.934.491**	**17.048.901**	**13.093.910,60**
25	Außerordentliche Erträge	-35.000	-60.000	-183.088,69
26	Außerordentliche Aufwendungen	6.800	43.500	27.852,06
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-28.200**	**-16.500**	**-155.236,63**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**19.906.291**	**17.032.401**	**12.938.673,97**
29	Sekundäre Erträge	-16.225.217	-12.693.981	-7.536.645,26
30	Sekundäre Aufwendungen	5.364.178	4.276.250	3.727.576,37
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-10.861.039**	**-8.417.731**	**-3.809.068,89**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**9.045.252**	**8.614.670**	**9.129.605,08**

Teilfinanzhaushalt THH 01 - Zentrale Verwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.400		17.850,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			2.200,00			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**12.400**		**20.050,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-809.100	-778.000	-565.028,40		-24.100	-24.100
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-190.000	-175.000	-138.450,16			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-999.100**	**-953.000**	**-703.478,56**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-986.700**	**-953.000**	**-683.428,56**			

Produktbeschreibung Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1010	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Personen**
Dezernenten L, I, II	Dezernenten L, I, II

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; zahlreiche Einzelgesetze
Produktbeschreibung	Koordination und Umsetzung der Vorgaben und Ziele anhand von Rechts- und Auftragsgrundlagen der Gesetzgeber, der Kreisorgane, des Landrats und der Dezernenten; Vertretung des Kreises Bergstraße nach außen sowie Projektmanagement. Erstellung und Betrieb der Internet-Homepage und des Intranets.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Dezernenten; alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung Intern: Alle Dezernenten; alle Abteilungen
Sonstige Erläuterungen	Für das Produkt "Kreisorgane und Verwaltungssteuerung" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgewiesen. Auf die Ziele und Kennzahlen der Produkte aus den jeweiligen Dezernaten wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-150,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.602,94
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-1.752,94**
11	Personalaufwendungen	723.600	470.100	478.407,29
12	Versorgungsaufwendungen	294.100	169.800	180.121,54
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	395.900	389.600	19.650,54
14	Abschreibungen			615,59
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	15.000	15.000	15.762,05
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.428.600**	**1.044.500**	**694.557,01**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.428.600**	**1.044.500**	**692.804,07**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.428.600**	**1.044.500**	**692.804,07**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen		20.000	
27	**Außerordentliches Ergebnis**		**20.000**	
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.428.600**	**1.064.500**	**692.804,07**
29	Sekundäre Erträge	-1.651.876	-1.222.503	
30	Sekundäre Aufwendungen	223.276	158.003	161.517,86
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-1.428.600**	**-1.064.500**	**161.517,86**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**854.321,93**

Teilergebnishaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungssteuerung

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Besetzung der Stelle des Ersten Kreisbeigeordneten und Änderungen in der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Besetzung der Stelle des Ersten Kreisbeigeordneten und Änderungen in der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/1 und die Verfügungsmittel der hauptamtlichen Mitglieder des Kreisausschusses mit 8,5 T€.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen für Agenda-Maßnahmen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210 und 4040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Verfügungsmittel sind gemäß § 13 GemHVO nicht Bestandteil des Abteilungsbudgets.
Im Finanzhaushalt dürfen Erlöse aus der Veräußerung von Kunstgegenständen zu 2/3 für die Beschaffung neuer Kunstgegenstände verwendet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1010 Kreisorgane und Verwaltungs-steuerung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-149,11			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-149,11**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-149,11**			

Produktbeschreibung Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1020	Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	Helene Schüßler

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung
Produktbeschreibung	Geschäftsführung für die Kreisgremien Kreistag, Ausschüsse, Kreisausschuss und Kommissionen (Sitzungsbearbeitung, Betreuung der Mitglieder, Informationsaustausch Gremien - Verwaltung) unter anderem mit Hilfe eines elektronischen Sitzungsdienstes mit Rats-, Amts- und Bürgerinformationssystem; Bearbeitung von personellen Vertretungen des Kreises bei Beteiligungen, in Verbänden und weiteren externen Institutionen; Bearbeitung von Satzungen und Regelwerken für die Gremiumsarbeit; Angelegenheiten des Hessischen Landkreistages.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Bevölkerung; Kreisgremien Intern: Behördenleitung; alle Abteilungen
Sonstige Erläuterungen	Der Sitzungsdienst für die Betriebskommissionen wird aus Zweckmäßigkeitsgründen von den Eigenbetrieben selbst wahrgenommen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-466,99
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-466,99**
11	Personalaufwendungen	149.000	159.500	120.409,95
12	Versorgungsaufwendungen	61.300	56.800	52.474,95
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	331.200	333.900	283.190,71
14	Abschreibungen	500		745,92
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	8.100	6.600	6.262,29
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**550.100**	**556.800**	**463.083,82**
20	**Verwaltungsergebnis**	**550.100**	**556.800**	**462.616,83**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**550.100**	**556.800**	**462.616,83**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**550.100**	**556.800**	**462.616,83**
29	Sekundäre Erträge	-626.073	-631.743	
30	Sekundäre Aufwendungen	75.973	74.943	51.449,12
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-550.100**	**-556.800**	**51.449,12**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**514.065,95**

Teilergebnishaushalt Produkt 1020 Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Kreisorgane und Verwaltungsführung .Hierin enthalten sind 300,0 T€ Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Kreisgremien und die Verfügungsmittel des Kreistagsvorsitzenden in Höhe von 2,6 T€.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung für die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Fördermittel für die Fraktionsgeschäftsstellen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Verfügungsmittel des Kreistagsvorsitzenden sind gemäß § 13 GemHVO nicht Bestandteil des Abteilungsbudgets. Die Fraktionen des Kreistages können Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen zu Lasten der Fraktionsfördermittel leisten. Der Ansatz der Fraktionsfördermittel wird für übertragbar bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres erklärt.
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden im Rahmen eines Budges erwirtschaftet.

Produktbeschreibung Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1030	Bürgerservice und Ehrenerweise

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	Alexandra Weihrauch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Erlass über die Stiftung des Ehrenbriefes des Landes Hessen; Gesetz über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten; Richtlinien und Vorgaben der Hessischen Staatskanzlei sowie des Bundespräsidialamtes; interne Richtlinien und Vorgaben der Behördenleitung und Kreisgremien
Produktbeschreibung	Bürgerbüro; Bürgerservice; Landesehrenbriefe; Bundesverdienstkreuze; Jubiläen; Ehrenplaketten; Rettungstaten; Medaillen; Glückwünsche; Kondolenzen und Nachrufe; Ehrenerweise; Beflaggung; Projekte; Organisation von Fahrten; Kreispartnerschaften; Förderung von Begegnungsmaßnahmen; Aufbau von Kontakten im Schul-, Jugend-, Sport- und Kulturbereich; Teilnahme an EU-Referenten-Tagungen der hessischen Landkreise.
Beteiligte	Extern: Hessische Staatskanzlei; Bundespräsidialamt; Kommunen; Vereine und Institutionen; Sportkreis; Partnerkreise Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung; Vereine; Institutionen; Verbände; Organisationen Intern:
Vereinbarte Ziele	Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
a) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten	1,18	2	2
b) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro	1,15	2	2
c) Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt	1,13	2	2

Sonstige Erläuterungen	Das Bürgerbüro ist zum 01.11.2015 in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung "Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur" gewechselt (Kennzahlen zum Bürgerbüro waren vormals bei Produkt 1081 - Zentrale Dienste und Fuhrpark - ausgewiesen).

Teilergebnishaushalt Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-4.620,48
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-17,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-760,46
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-5.398,44**
11	Personalaufwendungen	458.400	326.300	344.803,07
12	Versorgungsaufwendungen	12.300	13.800	15.917,79
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	56.800	56.810	55.772,22
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	4.000	3.800	3.635,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**531.500**	**400.710**	**420.128,08**
20	**Verwaltungsergebnis**	**531.500**	**400.710**	**414.729,64**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**531.500**	**400.710**	**414.729,64**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**531.500**	**400.710**	**414.729,64**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	194.616	126.135	135.933,74
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**194.616**	**126.135**	**135.933,74**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**726.116**	**526.845**	**550.663,38**

Teilergebnishaushalt Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/1.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuschüsse für die Geschichtsblätter des Kreises Bergstraße und für die Durchführung des Volkstrauertages.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung..

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210 und 4040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse
(Nr. 15, Kontengruppe 71) sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.116,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.116,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-1.116,00**			

Produktbeschreibung Produkt 1040 Pressearbeit

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1040	Pressearbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	Alexandra Weihrauch

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hauptsatzung des Kreises Bergstraße
Produktbeschreibung	Vor- und Nachbereitung von Pressekonferenzen für die Dezernenten; Aufbereitung und Verfassen von Pressemitteilungen, Grußworten und Reden für die Dezernenten; Koordination der fachabteilungsbezogenen Pressearbeit des Landrats; Presseauswertung für die Kreisorgane und Verwaltungssteuerung; schriftliche und mündliche Unterrichtung von Presse, Rundfunk und Fernsehen; redaktionelle Bearbeitung und Herausgabe von Publikationen des Kreises Bergstraße; Unterstützung und Sicherstellung einer auf sachlicher Information, Transparenz und Bürgernähe angelegten Pressearbeit. Amtliche Bekanntmachungen des Kreises.
Beteiligte	Extern: Diverse Presseorgane Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1040 Pressearbeit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-7,09
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-7,09**
11	Personalaufwendungen	131.700	127.900	80.799,49
12	Versorgungsaufwendungen	7.100		796,57
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.000	24.450	19.022,59
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**163.800**	**152.350**	**100.618,65**
20	**Verwaltungsergebnis**	**163.800**	**152.350**	**100.611,56**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**163.800**	**152.350**	**100.611,56**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**163.800**	**152.350**	**100.611,56**
29	Sekundäre Erträge	-202.877	-188.421	
30	Sekundäre Aufwendungen	39.077	36.071	37.199,62
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-163.800**	**-152.350**	**37.199,62**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**137.811,18**

Teilergebnishaushalt Produkt 1040 Pressearbeit

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/1.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210 und 4040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1051	Personalmanagement und -entwicklung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Personal und Organisation	N.N.

Klassifizierung Internes Produkt

Auftragsgrundlage Hessisches Beamtengesetz; Beamtenstatusgesetz; Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst; Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes; Tarifvertrag für Praktikantinnen/ Praktikanten des öffentlichen Dienstes; Hessisches Besoldungsgesetz; Hessische Verordnung über die Besoldung; Dienstaufwandsentschädigung und Reisekostenpauschale der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit; Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Beschäftigten in der Fleischuntersuchung; Einkommensteuergesetz; Hessisches Personalvertretungsgesetz; Hessisches Gleichberechtigungsgesetz; Arbeitszeitgesetz; Hessische Arbeitszeitverordnung; Berufsbildungsgesetz; Jugendarbeitsschutzgesetz; Sozialgesetzbuch; Mutterschutzgesetz; Hessische Mutterschutzverordnung; Bundeserziehungsgeldgesetz; Hessische Elternzeitverordnung; Hessische Beihilfeverordnung; Vermögensbildungsgesetz; Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit; Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit; Beschlüsse der Kreisgremien; Dienstvereinbarungen; Dienstanweisungen; Hessische Laufbahnverordnung; Zuständigkeitsverordnungen; Hessisches Reisekostengesetz; Hessische Trennungsgeldverordnung; Satzung über Aufwandsentschädigungen; Eigenbetriebsgesetz. Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für die Personalentwicklung ergibt sich als Teilaufgabe des Personalmanagements mit dem Ziel, Menschen, Teams und Organisationen dazu zu befähigen, ihre Aufgaben erfolgreich und effizient zu bewältigen und sich neuen Herausforderungen selbstbewusst und motiviert zu stellen.

Produktbeschreibung Organisation und Beteiligung am Personalauswahlverfahren; Betreuung des Kreis- und Schulverwaltungspersonals (incl. Eigenbetriebe) im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen ab dem Zeitpunkt der Einstellung bis zum Ausscheiden der Bediensteten; Betreuung der Pensionäre; Personalabrechnungen. Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung des Personals. Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement.

Beteiligte Extern: Fortbildungsträger; Schulungsinstitutionen
Intern: Alle Abteilungen; Eigenbetriebe

Empfänger Extern: Kreisgremien; UNESCO Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.; Überwaldbahn gGmbH; Gewässerverband Bergstraße; Naturschutzzentrum gGmbH; Stadt Lindenfels
Intern: Personal der Kreisverwaltung incl. Eigenbetriebe; Personalrat; Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Vereinbarte Ziele Deckelung der Personalaufwendungen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)	32,8918	36,6367	41,6349

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen	9,65 %	8,72 %	9,85 %
Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €	32.891.840 / 340.949.022	636.700 / 420.245.427	41.634.900 / 422.581.516

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu sonstiger Kennzahl: Die Kennzahl "Personalaufwandsquote" (Personalintensität) zeigt auf, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
Berechnung der Kennzahl: Vorläufiger Wert auf Basis Verwaltungsentwurf Haushalt 2017 - Stand: 29.09.2016

Teilergebnishaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-950.800	-920.000	-823.425,89
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-109.000	-101.000	-314.186,85
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.059.800**	**-1.021.000**	**-1.137.612,74**
11	Personalaufwendungen	2.798.600	2.626.300	2.401.056,70
12	Versorgungsaufwendungen	342.700	331.800	311.529,42
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	206.300	192.000	157.902,83
14	Abschreibungen			279,59
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.347.600**	**3.150.100**	**2.870.768,54**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.287.800**	**2.129.100**	**1.733.155,80**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.287.800**	**2.129.100**	**1.733.155,80**
25	Außerordentliche Erträge			-15.526,19
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.800	22.700	5.732,44
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**5.800**	**22.700**	**-9.793,75**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.293.600**	**2.151.800**	**1.723.362,05**
29	Sekundäre Erträge	-2.408.343	-2.216.399	-1.817.216,98
30	Sekundäre Aufwendungen	114.743	64.599	93.854,93
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.293.600**	**-2.151.800**	**-1.723.362,05**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist der Bundeszuschuss zum Mutterschaftsgeld (10,0 T€), die Erstattung der Stadt Lindenfels für die Personaldienstleistungen (69,7 T€) und die Personalkostenerstattung der Eigenbetriebe (871,1 T€). Der Mehrertrag entsteht durch eine erhöhte Erstattung der Eigenbetriebe.

Nr. 09
Veranschlagt sind die Erträge aus Schadensersatzleistungen und sowie aus der Auflösung von nicht in Anspruch genommenen Rückstellungen für Zeitguthaben.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Personalaufwendungen für Auszubildende (auch Gesundheitsaufseher).

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Pensionsrückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Personalmanagements. Der Mehrbedarf entsteht für Ausbildung- und Fortbildungsmaßnahmen.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen auf der Basis des Ergebnisses 2015.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1051und 1081 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1051 Personalmanagement und -entwicklung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-9.100	-15.000	-279,59		-24.100	-24.100
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-190.000	-175.000	-138.450,16			
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-199.100**	**-190.000**	**-138.729,75**		**-24.100**	**-24.100**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-199.100**	**-190.000**	**-138.729,75**		**-24.100**	**-24.100**

Investitionen Produkt 1051
Personalmanagement und -entwicklung

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV043 E-Bewerbermanagement	-15.000	-9.100	0	0	0	0	-24.100 -24.100

Produktbeschreibung Produkt 1070 IT-Management

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1070	IT-Management

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Moderne Verwaltung, E-Government und IT	Thomas Wieland

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für das IT-Management ergibt sich aus den notwendigen Geschäftsgängen der Abteilungen und der Eigenbetriebe der Kreisverwaltung sowie dem allgemeinen technischen und organisatorischen Betrieb von IuK, als Teil der Hauptverwaltung (mit Querschnittsfunktion). Gesetze und Normen (z. B. E-Government-Gesetz; Richtlinien des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik; Haushaltsrecht; Arbeitsplatzrichtlinien; Datenschutz; Dienstvereinbarungen etc.) sind zu beachten und einzuhalten. Das IT-Konzept des Kreises Bergstraße, die IT-Zielarchitektur, IT-Funktionen und IT-Rollen in der Kreisverwaltung, die Realisierung des E-Government-Projektprogramms sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Organisationsentwicklungsmaßnahmen und das Changemanagement.
Produktbeschreibung	Bereitstellung von Infrastrukturen, Komponenten und Betrieb der Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK); Netzwerkbetreuung; Support; Leasing von Hardware; Beratung und Beschaffung beim Einsatz dezentraler IuK; zentrales Softwaredeployment; Bereitstellung zentraler IuK-Prozesse (IT Infrastructure Library - ITIL; Datensicherheit; Datenschutz).
Beteiligte	Extern: Lieferanten von IT-Hard- und Software, EDV-Hard- und Software; Leasingfirmen; kommunale Partnerschaften Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisgremien Intern: Alle Abteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 1070 IT-Management

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-74.400	-52.800	-21.419,85
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-168,75
09	Sonstige ordentliche Erträge			-134,41
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-74.400**	**-52.800**	**-21.723,01**
11	Personalaufwendungen	787.300	686.200	554.314,21
12	Versorgungsaufwendungen	45.800	29.800	15.103,66
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.442.500	1.332.800	947.506,79
14	Abschreibungen	220.000	220.000	214.601,77
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.495.600**	**2.268.800**	**1.731.526,43**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.421.200**	**2.216.000**	**1.709.803,42**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.421.200**	**2.216.000**	**1.709.803,42**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.421.200**	**2.216.000**	**1.709.803,42**
29	Sekundäre Erträge	-2.532.381	-2.312.573	-1.798.992,16
30	Sekundäre Aufwendungen	111.181	96.573	89.188,74
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.421.200**	**-2.216.000**	**-1.709.803,42**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1070 IT-Management

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen der Beteiligungen. Der Mehrertrag entsteht durch die Netzanbindung des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ in der Tiergartenstraße 7a in Heppenheim.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Umsetzung eines Beschäftigten und Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des IT-Managements. Hierin enthalten sind 710,0 T€ für Wartung, 550,0 T€ für Leasing von Hard- und Software, 80,0 T€ für Telefon, 35,0 T€ für Lizenzen und 20,0 T€ für Fort- und Weiterbildung. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Wartungsaufwendungen.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von immateriellen Vermögensgegenständen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Nr. 29

Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1070 und 5040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1070 IT-Management

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.400					
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**12.400**					
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-590.000	-576.000	-344.921,67			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-590.000**	**-576.000**	**-344.921,67**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-577.600**	**-576.000**	**-344.921,67**			

Investitionen Produkt 1070 IT-Management

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV026 IT-Management/ Büromaschinen, Organisationsmittel	-110.000	-80.000	0	-160.000	-140.000	-70.000	
2009INV014 Lizenzen, DV-Software	-220.000	-220.000	0	-65.000	-65.000	-65.000	
2013INV033 DMS System	-236.000	-270.000	0	-50.000	-50.000	0	
2016INV001 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-10.000	0	0	0	0	0	
2017INV001 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-20.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1081	Zentrale Dienste und Fuhrpark

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Personal und Organisation	Karin Ende

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Die Auftrags- und Handlungsgrundlage für den Fachbereich Organisation ergibt sich aus dem notwendigen Geschäftsgang. Gesetze und Normen (z.B. Haushaltsrecht; Vergaberecht; Arbeitsplatzrichtlinien; Datenschutz; Dienstvereinbarungen etc.) sind zu beachten und einzuhalten. Zu Fuhrpark: Leistung zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, Beschluss Kreisausschuss.
Produktbeschreibung	Beschaffung: Zentraler Einkauf von Wirtschaftsgütern für den gesamten Verwaltungsbedarf; Ausstattung der Räume mit Mobiliar; Postein-/-ausgang: Abwicklung der gesamten Postläufe (intern und extern) in der Verwaltung; Druckerei: Herstellung von Druckerzeugnissen für die gesamte Verwaltung; Gebäude: Raumplanung und Gebäudebelegung; Gebäudesicherheit (z. B. Ausübung des Hausrechts und Administration Schließsysteme); Fuhrpark: Beschaffung, Verwaltung und Einsatz von Dienstfahrzeugen; Fahrdienste; Zentrale Dienste: Organisationsverfügungen; Allgemeine Dienstordnung; Verwaltung Tiefgaragenplätze, Sitzungsräume und Archive.
Beteiligte	Extern: Lieferanten; Leasingfirmen; Reparaturwerkstätten; Städte und Gemeinden Intern: Alle Abteilungen
Empfänger	Extern: Bürgerinnen und Bürger Intern: Alle Abteilungen
Sonstige Erläuterungen	Das Bürgerbüro ist zum 01.11.2015 in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung "Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur" gewechselt (Kennzahlen zum Bürgerbüro waren vormals bei Produkt 1081 - Zentrale Dienste und Fuhrpark - ausgewiesen).

Teilergebnishaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500	-500	-34,80
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-53.600	-74.200	-94.168,54
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-176,04
09	Sonstige ordentliche Erträge	-5.000	-20.000	-7.660,72
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-59.100**	**-94.700**	**-102.040,10**
11	Personalaufwendungen	855.600	957.200	837.599,75
12	Versorgungsaufwendungen	104.100	78.100	88.675,07
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	532.000	740.400	1.108.042,97
14	Abschreibungen	120.000	80.000	85.198,93
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500	7.500	10.232,99
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.619.200**	**1.863.200**	**2.129.749,71**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.560.100**	**1.768.500**	**2.027.709,61**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.560.100**	**1.768.500**	**2.027.709,61**
25	Außerordentliche Erträge			-8.827,56
26	Außerordentliche Aufwendungen			10.818,23
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**1.990,67**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.560.100**	**1.768.500**	**2.029.700,28**
29	Sekundäre Erträge	-1.706.869	-1.892.428	-2.142.697,64
30	Sekundäre Aufwendungen	146.769	123.928	112.997,36
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-1.560.100**	**-1.768.500**	**-2.029.700,28**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen der Beteiligungen. Durch eine veränderte Zuordnung entsteht ein Minderertrag.

Nr. 09
Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gebrauchsgegenständen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Abteilung I-6/2. Der Minderbedarf entsteht durch die Übertragung der Reinigungsleistungen auf den EB „Schule und Gebäudewirtschaft.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der geringwertigen Wirtschaftsgüter. Die erhöhte Abschreibung entsteht bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Nr. 18
Veranschlagt ist die KFZ-Steuer für die Dienstfahrzeuge.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr.13) und die Ansätze der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Nr. 18, KFZ-Steuer) sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1051 und 1081 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			2.200,00			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**2.200,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-110.000	-120.000	-149.117,14			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-110.000**	**-120.000**	**-149.117,14**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-110.000**	**-120.000**	**-146.917,14**			

Investitionen Produkt 1081 Zentrale Dienste und Fuhrpark

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV028 Zentrale Dienste/ Büromöbel u. sons. Ausstattung	-75.000	-75.000	0	-75.000	-50.000	-50.000	
2016INV002 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-45.000	0	0	0	0	0	
2017INV002 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-35.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1100 Zentrales Controlling

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1100	Zentrales Controlling

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Controlling, Projektmanagement und Grundsatz	Christina Michel

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung Gemeindekassenverordnung; Haushaltsgrundsätzegesetz; Aktiengesetz; GmbH-Gesetz; Handelsgesetzbuch
Produktbeschreibung	Operatives Controlling: Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachabteilungen bei der Haushaltsplanung (Produkte, Ziel- und Kennzahlendefinitionen) sowie bei der Steuerung durch Bereitstellung und Auswertung von steuerungsrelevanten Informationen. Externes und internes Berichtswesen: Standardisierte Berichterstattung über Zielerreichungsgrade und Prognosen, Aufbereitung weiterer steuerungsrelevante Informationen sowie Erstellung von Sonderberichten gemäß besonderer Aufgabenstellungen, Durchführung von Soll-Ist- sowie Zeitreihenvergleichen und Abweichungsanalysen, Unterbreitung von Handlungsempfehlungen zu Steuerungs-/Gegensteuerungsmaßnahmen, Berichtsgespräche. Betrieb einer Kosten- und Leistungsrechnung incl. interner Leistungsverrechnung und Gebührenkalkulationen. Mitwirkung an Vorschlägen, Maßnahmen und Projekten zur Haushaltskonsolidierung sowie zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der Kreisverwaltung, incl. E-Government-Projekte, Vertragsmanagement. Zusammenarbeit und Koordination mit dem dezentralen Controlling der Abteilungen. Bearbeitung betriebswirtschaftlicher Sonderaufträge. Beteiligungsmanagement/-controlling: Unterstützung der Verwaltungsleitung sowie Mitglieder der Kreisgremien in ihrer Steuerungsverantwortung bei den kreiseigenen Beteiligungen; Klärung von Grundsatzfragen der wirtschaftlichen Betätigungen des Kreises; Steuerung, Überwachung und Unterstützung der Beteiligungen unter einheitlichen fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten; Sicherung der Prüfungsrechte des Kreises; Erstellung und Vorlage von Beteiligungsberichten.
Beteiligte	Extern: Wirtschafts- und Steuerberater/-innen; Kommunen; Verbände; Wasserverbände; GmbH's; sonstige Institutionen Vereine etc. Intern: Behördenleitung; Abteilungsleitungen; dezentrales Controlling; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; politische Mandatsträger; Kommunen; Verbände; Wasserverbände; GmbH's; sonstige Institutionen Intern: Behördenleitung; Abteilungsleitungen; dezentrales Controlling; Eigenbetriebe

Teilergebnishaushalt Produkt 1100 Zentrales Controlling

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-406,51
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-406,51**
11	Personalaufwendungen	490.200	165.800	187.005,68
12	Versorgungsaufwendungen	23.100	43.900	45.679,45
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.000	10.000	8.612,93
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**523.300**	**219.700**	**241.298,06**
20	**Verwaltungsergebnis**	**523.300**	**219.700**	**240.891,55**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**523.300**	**219.700**	**240.891,55**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**523.300**	**219.700**	**240.891,55**
29	Sekundäre Erträge	-608.747		
30	Sekundäre Aufwendungen	85.447	60.857	60.072,76
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-523.300**	**60.857**	**60.072,76**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**		**280.557**	**300.964,31**

Teilergebnishaushalt Produkt 1100 Zentrales Controlling

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung bedingt durch Organisationsänderung und durch Personalwechsel. Ferner ist die befristete Beschäftigung von zwei Bildungskoordinatoren vorgesehen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung bedingt durch Organisationsänderung und Personalwechsel.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/2. Hierin enthalten ist der Beitrag für die KGST-Mitgliedschaft in Höhe von 6.950 €.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1100 und 5170 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 1110 Revision

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1110	Revision

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Revision	Andreas Kaldschmidt

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Hessische Landkreisordnung; Landeshaushaltsordnung; Eigenbetriebsgesetz; Haushaltsgrundsätzegesetz; Sozialgesetzgebung; Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz; Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung; Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
Produktbeschreibung	Planen und Durchführen der Prüfung des Jahres- und Gesamtabschlusses des Kreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Wasser- und Bodenverbände und anderer öffentlich- und privatrechtlicher Institutionen, soweit gesetzlich vorgeschrieben und / oder beauftragt. Dauernde Überwachung der Kassengeschäfte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, der Kreisverwaltung, der jeweiligen Eigenbetriebe, der Zweck-, Wasser- und Bodenverbände und anderer öffentlich- und privatrechtlicher Institutionen, soweit gesetzlich vorgeschrieben und / oder beauftragt sowie die Erstellung der Niederschriften über die durchgeführten Kassenprüfungen. Prüfung von Gebührenkalkulationen, Abrechnungen, Finanzierungs- und Verwendungsnachweisen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, der Kreisverwaltung, der jeweiligen Eigenbetriebe, der Zweck-, Wasser- und Bodenverbände und anderer öffentlich- und privatrechtlicher Institutionen, soweit gesetzlich vorgeschrieben und / oder beauftragt. Prüfung der laufenden Verwaltungstätigkeit in den Rechtsgebieten: Gemeinderecht Hessen, Vergaberecht (Hessen / Deutschland / Europa), Arbeitsrecht, Sozialrecht, Vertragsrecht. Erteilung von Auskünften, Anleitungen und Anregungen in Fragen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens. Durchführung von Sonderprüfungsaufträgen, die sich auf das Haushalts- und Kassenwesen beziehen. Technische Prüfung beim Kreis und den kreisangehörigen Kommunen sowie Verbänden und Eigenbetrieben. Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit von Bauprojekten im Rahmen des Investitionscontrolling in den Städten und Gemeinden des Kreises, der Kreisverwaltung und bei Verbänden sowie Eigenbetrieben. Prüfung von Verwendungsnachweisen in den Städten und Gemeinden des Kreises, der Kreisverwaltung und bei Verbänden sowie Eigenbetrieben. Beratung der Städte und Gemeinden des Kreises, der Kreisverwaltung und bei Verbänden sowie Eigenbetrieben. Aufzeigen von Möglichkeiten der Verbesserung und künftigen Vermeidung von Fehlerquellen als Beitrag zur Optimierung von Arbeitsabläufen und -ergebnissen.
Beteiligte	Extern: Dezernenten; Abteilungen und Ämter der Verwaltungen der kreisangehörigen Kommunen; (Zweck-)Verbände; Eigenbetriebe Intern: Dezernenten; Abteilungen und Ämter der Kreisverwaltung
Empfänger	Extern: Dezernenten; politische Gremien und Verwaltungen der kreisangehörigen Kommunen; (Zweck-)Verbände; Eigenbetriebe; Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien Intern: Dezernenten; politische Gremien; Abteilungen und Ämter der Kreisverwaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 1110 Revision

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-700.000	-650.000	-800.684,82
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-3.325,23
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-700.000**	**-650.000**	**-804.010,05**
11	Personalaufwendungen	829.400	831.400	845.229,46
12	Versorgungsaufwendungen	340.400	376.300	373.652,59
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.350	35.350	29.026,11
14	Abschreibungen	14.300	1.600	14.294,27
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.219.450**	**1.244.650**	**1.262.202,43**
20	**Verwaltungsergebnis**	**519.450**	**594.650**	**458.192,38**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**519.450**	**594.650**	**458.192,38**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**519.450**	**594.650**	**458.192,38**
29	Sekundäre Erträge	-161.092	-172.868	-50.906,93
30	Sekundäre Aufwendungen	265.157	276.077	215.088,58
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**104.065**	**103.209**	**164.181,65**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**623.515**	**697.859**	**622.374,03**

Teilergebnishaushalt Produkt 1110 Revision

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Prüfungsgebühren des Revisionsamtes auf der Basis von 1.380 gebührenpflichtigen Prüfungstagen und einem Tagessatz von 507 €. Der Mehrertrag resultiert aus einer Erhöhung der Prüfungstage.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Umsetzung einer Beamtin.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Revisionsamtes.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung der Prüfungssoftware analog des Ergebnisses 2015.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Das Budget wird durch ordentliche Mehrerträge verstärkt.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1110 Revision

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.679,31			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.679,31**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-1.679,31**			

Produktbeschreibung Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1121	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Frauen- und Gleichsstellungsbeauftragte	Melanie Knauf, Nicole Schmitt

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Grundgesetz Art. 3; Hessische Landkreisordnung § 4a; Hessisches Gleichberechtigungsgesetz
Produktbeschreibung	Sensibilisierung für frauenpolitische Themen durch Öffentlichkeitsarbeit; Konzeption, Gestaltung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen; Beratung und Vermittlung von hilfesuchenden Frauen; Vernetzung und Kooperation mit Institutionen und anderen Gebietskörperschaften, Kommunen; Beratung von Gremien und Institutionen; Außenvertretung des Kreises in Gleichstellungsfragen; Unterstützung und Überwachung der Dienststellenleitung bei der Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes; Beteiligung an allen organisatorischen, sozialen und personellen Maßnahmen, z. B. Frauenförder- und Gleichstellungspläne, Vergabe von Ausbildungsplätzen, Stellenbesetzungsverfahren, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Chancengleichheit für Teilzeitbeschäftigte, Prävention sexueller Belästigung am Arbeitsplatz; Besprechungen nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz; Maßnahmen für Frauen (Fortbildung; Versammlung; Beratung); Beratung der Kreisgremien.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Abteilungen der Kreisverwaltung; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Alle Bürgerinnen; Kommunen; Frauengruppen, -Initiativen und -Organisationen regional und überregional; Kreisgremien Intern: Alle Abteilungen und Beschäftigten der Kreisverwaltung und der Eigenbetriebe; Dienststellenleitung
Vereinbarte Ziele	1. Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung 2. 5 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung 3. 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung	57 %	min. 50 %	min. 50 %
Kennzahl (absolut):	24 / 42	min. 23 / 45	min. 21 / 41
2. Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung	5	6	5
3. Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung	1	2	2

Teilergebnishaushalt Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-130,66
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-130,66**
11	Personalaufwendungen	87.500	84.800	81.437,39
12	Versorgungsaufwendungen	14.400	15.100	14.682,26
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.000	5.000	5.112,54
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**106.900**	**104.900**	**101.232,19**
20	**Verwaltungsergebnis**	**106.900**	**104.900**	**101.101,53**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**106.900**	**104.900**	**101.101,53**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			13,88
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**13,88**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**106.900**	**104.900**	**101.115,41**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	53.180	45.363	40.047,89
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**53.180**	**45.363**	**40.047,89**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**160.080**	**150.263**	**141.163,30**

Teilergebnishaushalt Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Gleichstellungsbeauftragten.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen innerhalb des Budgets des Produktes 1121 dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Erträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-115,43			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-115,43**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-115,43**			

Produktbeschreibung Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1140	Beschäftigtenvertretung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Personalrat	Ellen Bartelheimer

Klassifizierung	Internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Personalvertretungsgesetz
Produktbeschreibung	Interessenvertretung der Beschäftigten des Kreises Bergstraße und der Eigenbetriebe; Mitbestimmung in personellen und sozialen Angelegenheiten der Beschäftigten; Beteiligungsrechte bei allen Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben wie Personalbemessung, Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchungen, bauliche Maßnahmen usw.; Überwachung der Einhaltung der zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Dienstvereinbarungen und Tarifverträge; Überwachung des Gleichbehandlungsgebotes der Beschäftigten; Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden der Beschäftigten; Beantragung von Maßnahmen zugunsten der Beschäftigten.
Beteiligte	Extern: Intern: Alle Beschäftigten der Verwaltung und der Eigenbetriebe; Dienststellenleitung; Personal und Organisation; Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte; Schwerbehindertenvertretung; Jugend-und Auszubildendenvertretung; die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften
Empfänger	Extern: Intern: Alle Beschäftigten der Verwaltung und der Eigenbetriebe

Teilergebnishaushalt Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	351.800	422.200	409.558,19
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.600	23.600	14.508,23
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**375.400**	**445.800**	**424.066,42**
20	**Verwaltungsergebnis**	**375.400**	**445.800**	**424.066,42**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**375.400**	**445.800**	**424.066,42**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**375.400**	**445.800**	**424.066,42**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	133.731	134.381	110.094,64
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**133.731**	**134.381**	**110.094,64**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**509.131**	**580.181**	**534.161,06**

Teilergebnishaushalt Produkt 1140 Beschäftigtenvertretung

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Durch den Wegfall der GPR-Stelle entsteht ein geringerer Bedarf.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets der Beschäftigungsvertretung (PR, JAV).

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig**.**
Das Sachkonto 6560000 (Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen) ist nicht Bestandteil der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Personalaufwendungen.

Produktbeschreibung Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1150	Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	Gudrun Englert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Verwaltungsgerichts- und Zivilprozessordnung; Sozialgerichtsgesetz; Arbeitsgerichtsgesetz; diverse Rechtsvorschriften des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts; Zivil- und Arbeitsrecht; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; Hessisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung; Juristenausbildungsgesetz
Produktbeschreibung	Rechtsberatung und Rechtsgutachten; Prozessvertretung für den Kreisausschuss und Behörde des Landrats vor Verwaltungs-, Sozial-, Zivil- und Arbeitsgerichten; Anhörungsausschuss (Empfehlung des Anhörungsausschusses bei Widersprüchen gegen Bescheide des Kreisausschusses, der Behörde des Landrats sowie der Städte und Gemeinden unter 30.000 Einwohner); Ausbildung Rechtsreferendare; Praktikum Jurastudenten
Beteiligte	Extern: Gerichte verschiedener Zweige (Verwaltungsgerichtsbarkeit, Amtsgerichte, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte); Rechtsanwälte; Regierungspräsidium Darmstadt; Beisitzer des Anhörungsausschusses; widerspruchsführende Bürgerinnen und Bürger Intern: Dezernenten; Fachabteilungen; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Bürgerinnen und Bürger (Widerspruchsführer); Gerichte; Rechtsanwälte; Kommunen (Widerspruchsgegner); Kreisgremien Intern: Fachabteilungen; Behördenleitung
Sonstige Erläuterungen	Rechtsberatung und Prozessführung; Schnittstelle bei Prozessführung durch Rechtsanwälte insbesondere bei Anwaltszwang; Anhörungsausschussvorsitz.

Teilergebnishaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-2.132,02
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-4.006,72
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-6.138,74**
11	Personalaufwendungen	291.100	392.200	394.346,74
12	Versorgungsaufwendungen	45.200	64.400	86.702,64
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.000	30.000	35.985,76
14	Abschreibungen			1.421,33
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**374.300**	**486.600**	**518.456,47**
20	**Verwaltungsergebnis**	**374.300**	**486.600**	**512.317,73**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**374.300**	**486.600**	**512.317,73**
25	Außerordentliche Erträge			-57,50
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-57,50**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**374.300**	**486.600**	**512.260,23**
29	Sekundäre Erträge	-486.345		
30	Sekundäre Aufwendungen	112.045	120.027	94.831,11
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-374.300**	**120.027**	**94.831,11**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**		**606.627**	**607.091,34**

Teilergebnishaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und durch Personalwechsel.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und durch Personalwechsel.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus dem gemeinsamen Budget von Rechtsamt, Anhörungsausschuss und Kommunalaufsicht.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1150 Rechtsberatung und -betreuung, Anhörungsausschuss

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-109,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-109,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-109,00**			

Produktbeschreibung Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1170	Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Steuergesetze; Hessische Landeshaushaltsordnung; Bürgerliches Gesetzbuch; Verdingungsordnung für Leistungen; Versicherungsvertragsgesetz; Sozialgesetzbuch; EU-Beihilfenrecht
Produktbeschreibung	Aufstellung der Entwürfe des Haushaltsplans und der Nachträge mit entsprechenden Anlagen; Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes; Ermittlung finanzwirtschaftlicher Eckdaten; Betreuung der mittelbewirtschaftenden Abteilungen; Forderungsmanagement; Abschluss, Kündigung und Modifizierung von Versicherungsverträgen; Bearbeitung von Schadensfällen; Gewährung und Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen.
Beteiligte	Extern: Regierungspräsidium Darmstadt; Hessischer Landkreistag; Land Hessen; Versicherungsunternehmen; Förderungsempfänger/-innen Intern: Alle Fachabteilungen; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Kreisgremien; Förderungsempfänger/-innen Intern: Behördenleitung; alle Fachabteilungen; Mitarbeiter/-innen

Teilergebnishaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-490.800	-488.060	-397.437,86
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.727,60
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-490.800**	**-488.060**	**-399.165,46**
11	Personalaufwendungen	796.700	794.800	552.092,16
12	Versorgungsaufwendungen	233.600	220.200	194.128,70
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	365.200	232.500	20.614,73
14	Abschreibungen	1.000	100	525,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.000.000	1.700.000	
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.396.500**	**2.947.600**	**767.360,59**
20	**Verwaltungsergebnis**	**3.905.700**	**2.459.540**	**368.195,13**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**3.905.700**	**2.459.540**	**368.195,13**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**3.905.700**	**2.459.540**	**368.195,13**
29	Sekundäre Erträge	-4.129.737	-2.647.402	-477.379,42
30	Sekundäre Aufwendungen	224.037	187.862	109.184,29
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-3.905.700**	**-2.459.540**	**-368.195,13**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen der Beteiligungen für die Bewirtschaftung des Kreditportfolios, Versicherungen und Haushaltsplanung.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen entsprechend dem Verhältnis zur Gesamterhöhung der Versorgungsaufwendungen gegenüber dem Haushalt 2016 erfolgt.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets des Finanz- und Rechnungswesens. Der Mehrbedarf entsteht für Beratung (z. B. Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz) und für Lizenzen.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter.

Nr. 15
Veranschlagt ist der Zuschuss an den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ für die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude. Der Mehrbedarf entsteht durch die Übernahme der Reinigungsleistungen und durch gestiegene Instandhaltungsaufwendungen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010 und 6020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1170 Haushaltsplanung und Finanzmanagement

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-525,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-525,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-525,00**			

Produktbeschreibung Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1181	Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Dieter Hohmann

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Gemeindehaushaltsverordnung; Gemeindekassenverordnung; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Landkreisordnung; Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz
Produktbeschreibung	Buchhaltung; Abwicklung des Zahlungsverkehrs; Liquiditätssicherstellung; Erstellung der Jahresabschlüsse (Bilanz) und des Gesamtabschlusses (konsolidierte Bilanz); Führung und Aufbewahrung der Bücher, Belege und Konten; Mahnwesen; Sonderkassen; Statistiken; Anlagenbuchhaltung; Beitreibung bzw. Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Ansprüche.
Beteiligte	Extern: Wirtschafts- und Steuerberater/-innen; Kommunen, Verbände, sonstige Institutionen (Beitragsservice ARD, ZDF, DRadio - ehem. GEZ, IHK etc.) mittels Vollstreckungsaufträgen bzw. Amtshilfeersuchen Intern: Alle Fachabteilungen und die Eigenbetriebe des Kreises
Empfänger	Extern: Kommunen, Verbände, sonstige Institutionen (GEZ, IHK etc.) mittels Vollstreckungsaufträgen bzw. Amtshilfeersuchen Intern: Alle Fachabteilungen und die Eigenbetriebe des Kreises

Teilergebnishaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-245.000	-240.000	-214.449,37
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-224.300	-125.300	-121.598,26
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-2.000	-2.000	-980,89
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-471.300**	**-367.300**	**-337.028,52**
11	Personalaufwendungen	1.434.400	1.366.300	1.248.187,73
12	Versorgungsaufwendungen	91.000	86.800	82.129,16
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	49.650	50.000	15.249,19
14	Abschreibungen	41.200	20.000	61.336,46
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.616.250**	**1.523.100**	**1.406.902,54**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.144.950**	**1.155.800**	**1.069.874,02**
21	Finanzerträge	-70.000	-80.000	-63.343,15
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-70.000**	**-80.000**	**-63.343,15**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.074.950**	**1.075.800**	**1.006.530,87**
25	Außerordentliche Erträge			-97.636,49
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-97.636,49**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.074.950**	**1.075.800**	**908.894,38**
29	Sekundäre Erträge	-1.445.877	-1.409.644	-1.249.452,13
30	Sekundäre Aufwendungen	370.927	333.844	340.557,75
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-1.074.950**	**-1.075.800**	**-908.894,38**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			

Teilergebnishaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Pfändungs- und Vollstreckungsgebühren sowie die Erträge aus Leistungen für Drittgläubiger.

Nr. 03
Veranschlagt sind die Erträge aus der Erstattung von Personal- und Sachkosten durch die Eigenbetriebe für die Wahrnehmung von Mahnung und Vollstreckung. Der Mehrertrag entsteht durch die Anpassung an den akutellen in der Buchhaltung, dem Mahnwesen und der Vollstreckung.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die tarifl./gesetzliche Erhöhung und die Schaffung einer neuen Stelle in der Buchhaltung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets des Finanz- und Rechnungswesens.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibung der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die Einzelwertberichtigung von Forderungen der Vollstreckung. Der Mehrbedarf entsteht durch eine Anpassung der Wertberichtungen an den aktuellen Haushaltsvollzug.

Nr. 21
Veranschlagt sind die Erträge aus Mahngebühren und Verzugszinsen. Es erfolgte eine Anpassung der Erträge an das Ergebnis 2015.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010 und 6020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1181 Buchhaltung, Zahlungsverkehr und Vollstreckung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.181,04			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.181,04**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-1.181,04**			

Produktbeschreibung Produkt 1210 Vereinsförderung

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	1210	Vereinsförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	Elke Ditzenbach

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Vereinsförderrichtlinien des Kreises Bergstraße
Produktbeschreibung	Förderung der Vereinsarbeit und des ehrenamtlichen Engagements.
Beteiligte	Extern: Sportkreis Bergstraße; Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Hessische Staatskanzlei Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; kreisangehörige Vereine; kreisangehörige Kommunen; Kreisverbände Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-2.000	-2.000	-1.612,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-77,31
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.000**	**-2.000**	**-1.689,81**
11	Personalaufwendungen	45.600	42.600	40.545,15
12	Versorgungsaufwendungen	13.800	8.500	8.686,80
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.000	5.450	3.678,87
14	Abschreibungen	15.500		15.405,18
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	100.000	101.300	81.148,99
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**179.900**	**157.850**	**149.464,99**
20	**Verwaltungsergebnis**	**177.900**	**155.850**	**147.775,18**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**177.900**	**155.850**	**147.775,18**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**177.900**	**155.850**	**147.775,18**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	27.380	29.434	18.719,56
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**27.380**	**29.434**	**18.719,56**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**205.280**	**185.284**	**166.494,74**

Teilergebnishaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt ist die Zuweisung des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/1.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen der investiv gewährten Vereinszuschüsse.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Vereine mit der Möglichkeit, auch investive Maßnahmen zu fördern.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210, und 4040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) der Produkte 1210 und 4040 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind übertragbar.
Auszahlungen für Investitionszuweisungen an Vereine können zu Lasten des Ansatzes der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1210 Vereinsförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-13.311,51			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-13.311,51**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-13.311,51**			

Produktbeschreibung Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	121	Statistik und Wahlen
Produkt	1221	Wahlen und Statistik

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	Gerhard Falkenstein

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundes-, Landes- und Kommunalwahlgesetze sowie -verordnungen; Bundesstatistikgesetz; weitere Vorschriften über statistische Erhebungen
Produktbeschreibung	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Landratsdirektwahlen; Sammeln und Weiterleiten von statistischen Erhebungen (soweit nicht durch Fachabteilungen erfolgt).
Beteiligte	Extern: Landeswahlleiter; Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Ekom 21 (EDV-Dienstleister); kreisangehörige Kommunen, Hessisches Statistisches Landesamt Intern: Kreiswahlausschuss; Abteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; politische Parteien; Medien; Landeswahlleiter; Kreistag; Hessisches Statistisches Landesamt Intern: Abteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-3.000		
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-130,26
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.000**		**-130,26**
11	Personalaufwendungen	56.300	43.900	26.191,33
12	Versorgungsaufwendungen	27.800	28.200	14.637,12
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	600	30.000	8.002,58
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**84.700**	**102.100**	**48.831,03**
20	**Verwaltungsergebnis**	**81.700**	**102.100**	**48.700,77**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**81.700**	**102.100**	**48.700,77**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**81.700**	**102.100**	**48.700,77**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	24.359	17.040	11.685,77
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**24.359**	**17.040**	**11.685,77**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**106.059**	**119.140**	**60.386,54**

Teilergebnishaushalt Produkt 1221 Wahlen und Statistik

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung für die Bundestagswahl.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und Nachbesetzung einer vakanten Stelle.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung L-1/5. Der Minderbedarf entsteht im Zusammenhang mit der Kommunalwahl im Jahr 2016.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1230	Kommunalaufsicht

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	Gerhard Falkenstein

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Hessisches Eigenbetriebsgesetz; Hessisches Kommunalabgabengesetz; Finanzausgleichsgesetz; Wasserverbandsgesetz; Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
Produktbeschreibung	Rechts- und Finanzaufsicht über die 22 kreisangehörigen Kommunen und deren Sondervermögen sowie 7 Verbände; Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftspläne einschließlich erforderlicher Genehmigungen; Beurteilungen der finanziellen Leistungskraft; Bearbeitung von Beschwerden (insbesondere Dienstaufsichtsbeschwerden) und Anfragen; Überprüfung von kommunalen Satzungen; Überwachung der wirtschaftlichen Betätigungen; Beratung der kreisangehörigen Kommunen in Kommunalrechts- und Haushaltsfragen.
Beteiligte	Extern: Intern: Bauen und Umwelt; Ordnungs- und Gewerbewesen; Straßenverkehrswesen; Revision; Gefahrenabwehr
Empfänger	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Kreisbevölkerung; andere Behörden (z. B. Ministerien, Regierungspräsidium) Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-140.400	-140.200	-140.393,27
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-878,47
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-140.400**	**-140.200**	**-141.271,74**
11	Personalaufwendungen	243.500	191.600	176.480,99
12	Versorgungsaufwendungen	113.000	114.600	98.712,37
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.000	5.000	4.666,41
14	Abschreibungen			68,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**361.500**	**311.200**	**279.927,77**
20	**Verwaltungsergebnis**	**221.100**	**171.000**	**138.656,03**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**221.100**	**171.000**	**138.656,03**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**221.100**	**171.000**	**138.656,03**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	88.692	73.475	62.086,18
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**88.692**	**73.475**	**62.086,18**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**309.792**	**244.475**	**200.742,21**

Teilergebnishaushalt Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt ist der Ertrag aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnungen und Nachbesetzung einer vakanten Stelle.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Abteilung L-1/5.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1150, 1221 und 1230 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1230 Kommunalaufsicht

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-68,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-68,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-68,00**			

Produktbeschreibung Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1241	Ordnungs- und Gewerbewesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Ordnungs- und Gewerbewesen	Alexandra Kleiné

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung; Hessische Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden (HundeVO); Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen; Hessisches Ladenöffnungsgesetz; Hessisches Friedhofs- und Bestattungsgesetz; Polizeiverordnungen der Regierungspräsidien; Gaststättengesetz; Gewerbeordnung; Handwerksordnung; Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung; Preisangabenverordnung; Verordnung über die Zuständigkeit zur Erweiterung des Wochenmarktsortiments; Gesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs; Vereinsgesetz; Wirtschaftsstrafgesetz; Meldegesetz; Passgesetz; Versammlungsgesetz; Sozialgesetzbuch; Heilpraktikergesetz sowie zahlreiche Verordnungen; Jugendschutzgesetz; Forst- und Feldschutzgesetz; Waffengesetze; Jagdgesetze; Fischereigesetze; Sprengstoffgesetze sowie jeweilige Verordnungen; Makler- und Bauträgerverordnung; Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz; Präventionswoche aufgrund Dezernentenauftrages; Verordnung über das Bewachungsgewerbe; Verordnung über die Immobiliendarlehensvermittlung
Produktbeschreibung	Erteilung, Änderung, Ablehnung, Verlängerung und Widerruf von Erlaubnissen aus bestimmten Bereichen des Ordnungs- und Gewerberechts, des Jagd-, Waffen- und Sprengstoffrechts im nicht gewerblichen Bereich; Untersagung bestimmter gewerblicher Tätigkeiten im Zuständigkeitsbereich (u.a. Spielrecht); Verfolgung und Ahndung bestimmter spezialgesetzlicher Ordnungswidrigkeiten; Wahrnehmung der Fachaufsicht in Bereichen des Ordnungsrechts; Abschlussplanung und Festsetzung, Durchführung der staatlichen Fischerprüfungen; Abnahme von Fachkundeprüfungen als Sprengstoffbehörde; Kontrollen über die Einhaltung der Schießstätten-Verordnung und des Waffenrechts; Kontrollen der Waffenbesitzer und Waffensammler im Außendienst; Koordination von Präventionsprojekten (Präventionswoche); Organisation der Jagdbeiratssitzungen.
Beteiligte	Extern: Industrie- und Handelskammern; Gewerbezentralregister; Jagdausübungsberechtigte und Jagdgenossenschaften; Bundesamt für Justiz (Bundeszentralregister); Staatsanwaltschaft; Polizei; Kreisjagdberater; Kreisschützenmeister; Kreisfischereiberater; Waffensachverständiger; Städte und Gemeinden; Schießsportdachverbände; Schießstandsachverständige; Hauptzollamt; Amtsgerichte; andere Behörden Intern: Gesundheitsamt; Veterinärwesen und Verbraucherschutz; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Ausländer und Migration; Beauftragter für Kinder- und Jugendschutz
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Jagdgenossenschaften und Clubs; Schützenvereine; Angelvereine; kreisangehörige Kommunen; andere Behörden (z. B. Ministerien, Regierungspräsidien); Waffenhändler; Waffensammler; Polizei; Staatsanwaltschaft; mit Aufgaben der Prävention befasste Organisationen, Vereine und Institutionen; Jagd- und fischereirechtliche Hegegemeinschaften Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-1.500,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-228.080	-180.900	-189.715,70
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-197.200	-195.900	-194.439,65
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.351,52
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-425.280**	**-376.800**	**-387.006,87**
11	Personalaufwendungen	504.200	440.600	407.688,45
12	Versorgungsaufwendungen	170.300	155.800	151.868,38
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.800	12.950	8.438,30
14	Abschreibungen	2.700		2.678,32
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.200	2.600	2.400,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	34.000	26.000	29.656,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**732.200**	**637.950**	**602.729,45**
20	**Verwaltungsergebnis**	**306.920**	**261.150**	**215.722,58**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**306.920**	**261.150**	**215.722,58**
25	Außerordentliche Erträge			-1.553,66
26	Außerordentliche Aufwendungen	300		300,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**300**		**-1.253,66**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**307.220**	**261.150**	**214.468,92**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	206.198	196.392	159.468,16
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**206.198**	**196.392**	**159.468,16**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**513.418**	**457.542**	**373.937,08**

Teilergebnishaushalt Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge des Ordnungs- und Gewerbewesens. Der Mehrertrag entsteht durch Aufgabenwahrnehmung in der Immobiliendarlehensvermittlung und durch die Kontrolle des Bewachungsgewerbes.

Nr. 07
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes und der an die Hegeringe weiterzuleitende Landeszuschuss.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und durch ein befristetes Arbeitsverhältnis zwecks Erfüllung der gesetzlichen Vorgabe zur Kontrolle der Bewachungsgewerbe.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Ordnungs- und Gewerbewesens.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Weiterleitung des Landeszuschusses an die Hegeringe.

Nr. 18
Veranschlagt sind die an das Land abzuführenden Jagdabgaben und Jägerprüfungsgebühren.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Nr. 02) können zur Deckung von Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr. 13) und für Steueraufwendungen (Nr. 16) verwendet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1241 Ordnungs- und Gewerbewesen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-315,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-315,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-315,00**			

Produktbeschreibung Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1261	Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Straßenverkehrswesen	Helga Unrath

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Straßenverkehrsordnung; Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung; Fahrzeug-Zulassungsverordnung; Kraftfahrzeugsteuergesetz; Gebührenordnung Straßenverkehr; Fahrerlaubnisverordnung; Straßenverkehrsgesetz; Verordnung über den Internationalen Straßenverkehr
Produktbeschreibung	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen; Änderung von Fahrzeug-, Halter- und Versicherungsdaten; Überwachung von Halterpflichten; Auskunftserteilung; Erst- und Neuerteilung Führerschein; Personenbeförderungsschein; Umschreibung von Fahrerlaubnissen; "Begleitendes Fahren ab 17"; Mehrfachtätersystem; Fahranfängerangelegenheiten; Belassungen der Fahrerlaubnis.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Regierungspräsidium; Technischer Überwachungsverein Hessen; Polizei; Hauptzollamt; Versicherungsagenturen; Kreditinstitute; Bundesdruckerei; Kraftfahrtbundesamt; autorisierte Dokumenten-, Plaketten- und Siegelhersteller Intern: Revision; Bürgerbüro (Außenstelle der Abteilung Straßenverkehrswesen)
Empfänger	Extern: Bevölkerung; juristische Personen Intern:
Vereinbarte Ziele	Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)*	47	max. 30	max. 30

Erläuterung Ziel / Kennzahl	* Durchschnittliche Bearbeitungszeit gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt (= Empfang Wartemarke) bis zum letzten Bearbeitungsschritt (= Zahlung an der Kasse)
Sonstige Erläuterungen	Der Teilbereich "Zulassungen" beinhaltet z. B. Neuzulassungen, Ummeldungen etc., nicht aber Ausfuhr- und Kurzzeitkennzeichen, Außerbetriebsetzungen, Feinstaubplaketten und Händlerzulassungen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.800.000	-2.750.000	-2.981.665,95
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-170.600	-170.200	-170.522,70
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-880,65
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.970.600**	**-2.920.200**	**-3.153.069,30**
11	Personalaufwendungen	1.832.900	1.779.200	1.680.977,88
12	Versorgungsaufwendungen	93.000	90.900	98.958,21
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	468.200	450.700	311.302,94
14	Abschreibungen	200.000		199.420,80
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	47.000	45.000	43.675,79
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.641.100**	**2.365.800**	**2.334.335,62**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-329.500**	**-554.400**	**-818.733,68**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-329.500**	**-554.400**	**-818.733,68**
25	Außerordentliche Erträge	-35.000	-60.000	-55.476,38
26	Außerordentliche Aufwendungen	700	800	638,01
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-34.300**	**-59.200**	**-54.838,37**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-363.800**	**-613.600**	**-873.572,05**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	848.240	745.156	674.234,97
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**848.240**	**745.156**	**674.234,97**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**484.440**	**131.556**	**-199.337,08**

Teilergebnishaushalt Produkt 1261
Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge aus der KFZ-Zulassung und der Erteilung von Fahrerlaubnissen. Der Mehrertrag entsteht durch die Anpassung an das Rechnungsergebnis 2015.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Erträge aus dem anteiligen Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.
Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets des Straßenverkehrswesens. Die Ansätze wurden der akutellen Entwicklung angepasst.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Wertberichtigung von Forderungen.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Zuweisung an die Städte für die Unterhaltung von Außenstellen der Zulassungsstelle.

Nr. 25
Veranschlagt sind die zu erwartenden periodenfremden Erträge.

Nr. 26
Veranschlagt sind die erwartenden periodenfremden Aufwendungen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1261 und 1280 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-42.000	-40.000			-82.000	-82.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-42.000**	**-40.000**			**-82.000**	**-82.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-42.000**	**-40.000**				

Investitionen Produkt 1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV025 Anschaffung Software Anrufanlage	-40.000	0	0	0	0	0	-40.000 -40.000
2017INV034 Anschaffung Kassenautomat	0	-42.000	0	0	0	0	-42.000 -42.000

Produktbeschreibung Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1280	Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Straßenverkehrswesen	Helga Unrath

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Straßenverkehrsordnung; Personenbeförderungsgesetz; Hessisches Straßengesetz
Produktbeschreibung	Verkehrslenkung und -regelung (Anordnung von Verkehrszeichen und Baustellen; Rad- und Motorsportveranstaltungen; Auswertung von Unfallpunkten; Erlaubnisprüfung im Taxen- und Mietwagenverkehr; Ausnahmen von Sonn- und Feiertagsfahrverbot inklusive Ferienreisezeit; Großraum- und Schwerverkehr); Fachaufsicht, Aufgaben der Straßenaufsicht
Beteiligte	Extern: Polizei; Kommunen; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Regierungspräsidium; Kreisbevölkerung Intern: Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien; Bauen und Umwelt; Gefahrenabwehr; Öffentlicher Personennahverkehr
Empfänger	Extern: Bevölkerung; Firmen; Behörden; kreisangehörige Kommunen Intern: Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien; Bauen und Umwelt; Gefahrenabwehr; Öffentlicher Personennahverkehr

Teilergebnishaushalt Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-32.000	-31.000	-32.602,16
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-13.100	-13.100	-13.089,69
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-454,46
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-45.100**	**-44.100**	**-46.146,31**
11	Personalaufwendungen	148.500	145.300	142.274,54
12	Versorgungsaufwendungen	53.300	51.900	51.066,90
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.300	10.930	20.574,63
14	Abschreibungen			108,50
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**212.100**	**208.130**	**214.024,57**
20	**Verwaltungsergebnis**	**167.000**	**164.030**	**167.878,26**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**167.000**	**164.030**	**167.878,26**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**167.000**	**164.030**	**167.878,26**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	69.911	66.033	52.849,92
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**69.911**	**66.033**	**52.849,92**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**236.911**	**230.063**	**220.728,18**

Teilergebnishaushalt Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge der Straßenverkehrsbehörde**.**

Nr. 07
Veranschlagt sind die anteilgien Erträge aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Straßenverkehrswesens.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1261 und 1280 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1280 Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-68,50			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-68,50**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-68,50**			

Produktbeschreibung Produkt 1300 Fleischhygiene

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1300	Fleischhygiene

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Fleischhygienerecht; diverse EU-Verordnungen
Produktbeschreibung	Amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei Hausschlachtungen, gewerblichen Schlachtungen sowie in EU-Schlachthöfen inklusive Trichinenuntersuchung (auch bei Wildfleisch) sowie Probennahmen für Rückstandsuntersuchungen; Hygieneüberwachungen bei EU-Schlacht- und Zerlegebetrieben.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessisches Landeslabor Intern: Ordnungs- und Gewerbewesen
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Vollständige Schlachttier- und Fleischuntersuchung 2. Vollständiger Verbraucherschutz

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt	100 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	290.295 / 290.295	235.000 / 235.000	235.000 / 235.000
2. Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt	99,9 %	95 %	99 %
Kennzahl (absolut):	290.165 / 290.295	223.250 / 235.000	232.650 / 235.000

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu 2.: Bei allen untersuchten Tieren fallen im Durchschnitt ca. 5 % derartige Veränderungen auf, die dazu führen, dass die Tiere nicht zum Verzehr freigegeben werden können.

Teilergebnishaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-500.000	-600.000	-448.124,90
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-4.100	-3.900	-4.069,42
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-84,37
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-504.100**	**-603.900**	**-452.278,69**
11	Personalaufwendungen	634.500	627.200	27.104,42
12	Versorgungsaufwendungen	24.000	16.900	9.480,75
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	68.650	69.400	592.301,70
14	Abschreibungen	1.300	1.300	685,90
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**728.450**	**714.800**	**629.572,77**
20	**Verwaltungsergebnis**	**224.350**	**110.900**	**177.294,08**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**224.350**	**110.900**	**177.294,08**
25	Außerordentliche Erträge			-1.745,07
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-1.745,07**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**224.350**	**110.900**	**175.549,01**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	220.679	188.114	143.705,20
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**220.679**	**188.114**	**143.705,20**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**445.029**	**299.014**	**319.254,21**

Teilergebnishaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge und Bußgelder der Fleischhygiene. Der Minderbedarf entsteht durch die Anpassung an die aktuelle Entwicklung.

Nr. 07
Veranschlagt sind die anteiligen Erträge aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Veterinäramtes.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen des Anlagevermögens.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1300 und 1311 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-2.000	-3.000	-400,29			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-2.000**	**-3.000**	**-400,29**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-2.000**	**-3.000**	**-400,29**			

Investitionen Produkt 1300 Fleischhygiene

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV003 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-3.000	0	0	0	0	0	
2017INV003 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-2.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1311	Allgemeines Veterinärwesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dr. Wolfgang Gabriel

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Amtliche Lebensmittel- und Tierschutzüberwachung; Tierseuchenbekämpfung nach derzeit geltenden EU- und Nationalen Rechtsvorschriften
Produktbeschreibung	Kontrolle von Lebensmitteln und Lebensmittelbetrieben; Gefahrenabwehr und Verbraucherschutz; Kontrolle von gewerblichen und privaten Tierhaltungen unter Berücksichtigung tierschutzrechtlicher Aspekte; Tierschutz während Schlachtungen, Ausstellungen etc.; Tierseuchenbekämpfung in privaten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Tierbeständen sowie Tierseuchendiagnostik; Durchführung von Cross-Compliance Kontrollen in den zuständigen Fachbereichen: Tierkennzeichnung und -registrierung; Tierseuchen; Tierschutz; Lebensmittelsicherheit.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessisches Landeslabor; Tierkörperverwertungsanstalt (TVA); Polizeistationen und Kommunen im Landkreis Intern: Ordnungs- und Gewerbewesen; 2 nebenamtliche Tierärztinnen (TSE-/BSE-Probennahme bei der TVA); Zentrale Leitstelle
Empfänger	Extern: Bevölkerung Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen 2. Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben 3. Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung 4. Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht) 5. Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der überprüften Tierhaltungen	406	500	500
2. Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung	50 %	50 %	50 %
Kennzahl (absolut):	990 / 1.968	800 / 1.600	900 / 1.800
3. Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt	65	76	76
4. Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung	334	250	250
5. Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind	100 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	47 / 47	45 / 45	50 / 50

Produktbeschreibung Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Zu 1.: Im Kreis Bergstraße gibt es derzeit ca. 4.500 Tierhaltungen. Darunter befinden sich mindestens 2.300 Nutztierhaltungen, ein großer Schlachthof, 4 Tier- bzw. Vogelparks, 185 Erlaubnisinhaber (§ 11 TierSchG), 320 aktenkundige Tierhaltungen und noch eine unbestimmte Anzahl an privaten, unbekannten Tierhaltungen. Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z. B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde. Zu 2.: Im Kreis Bergstraße bestehen derzeit rd. 4.300 gemeldete Lebensmittelbetriebe. Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z. B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde oder je nach Art des Lebensmittels (Grad der Verderblichkeit). Zu 3.: Grundsätzlich wird jeder eingegangenen Verbraucherbeschwerde nachgegangen. Nicht jede eingegangene Verbraucherbeschwerde kann jedoch überprüft werden, da diese teilweise anonym eingereicht werden oder beanstandete Lebensmittel nicht bei der Überwachungsbehörde eingereicht werden. Zu 4.: Im Kreis Bergstraße bestehen derzeit rd. 3.500 Tierhaltungen, die der tierseuchenrechtlichen Überwachung unterliegen. Die Überprüfung erfolgt entweder auf konkrete Veranlassung (z. B. Anzeige) oder nach dem Ermessen der Überwachungsbehörde. Der Tierhalter ist für den seuchenfreien Status seiner Tiere nach entsprechenden Rechtsvorschriften selbst verantwortlich. Die Überwachung nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen erfolgt auch bereits im Rahmen der Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen (siehe Kennzahl 1). Zu 5.: Cross Compliance ("anderweitige Verpflichtungen") stellt eines der Kernelemente der EU-Agrarreform des Jahres 2003 dar. Damit erfolgt eine Verknüpfung der Direktzahlungen mit der nachweislichen Einhaltung von Rechtsstandards aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit von Mensch und Tier, Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, Meldungen von Krankheiten und Tierschutz. Die Behörden sind nach EU-Recht verpflichtet, die Einhaltung der entsprechenden Verpflichtungen stichprobenweise zu überprüfen. Bei Verstößen gegen Cross-Compliance-Verpflichtungen werden die Direktzahlungen (EU-Subventionen) gekürzt oder ganz gestrichen.

Teilergebnishaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-160.000	-150.000	-109.349,39
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-809.700	-800.000	-809.692,70
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-846,21
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-969.700**	**-950.000**	**-919.888,30**
11	Personalaufwendungen	1.076.800	996.000	945.552,36
12	Versorgungsaufwendungen	105.800	83.600	95.087,32
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	123.600	128.600	136.770,54
14	Abschreibungen	4.621	4.621	11.767,50
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	30.000	30.000	29.172,96
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.340.821**	**1.242.821**	**1.218.350,68**
20	**Verwaltungsergebnis**	**371.121**	**292.821**	**298.462,38**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**371.121**	**292.821**	**298.462,38**
25	Außerordentliche Erträge			-1.409,98
26	Außerordentliche Aufwendungen			669,02
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-740,96**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**371.121**	**292.821**	**297.721,42**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	315.589	216.920	185.259,52
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**315.589**	**216.920**	**185.259,52**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**686.710**	**509.741**	**482.980,94**

Teilergebnishaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge und Bußgelder der Lebensmittelüberwachung. Der Ansatz wurde der aktuellen Entwicklung angepasst.

Nr. 07
Veranschlagt sind die anteiligen Erträge aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung und diverse Personalveränderungen und die Schaffung einer neuen Stelle in der Lebensmittelüberwachung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung und diverse Personalveränderungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget des Veterinäramtes.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen des Anlagevermögens.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Zuweisung an die Tierseuchenkasse Hessen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1300 und 1311 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.000	-3.500	-20.944,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.000**	**-3.500**	**-20.944,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-3.000**	**-3.500**	**-20.944,00**			

Investitionen Produkt 1311 Allgemeines Veterinärwesen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV004 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-3.500	0	0	0	0	0	-3.500 -491
2017INV004 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-3.000	0	0	0	0	-3.000 0

Produktbeschreibung Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	1331	Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Ausländer und Migration	Adam Schütz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Zuwanderungsgesetz; Aufenthaltsgesetz; Freizügigkeitsgesetz / EU; Asylgesetz; Schengener Abkommen; zwischenstaatliche Abkommen; EU-Gesetzgebung; EU-Richtlinien; Landesaufnahmegesetz; Asylbewerberleistungsgesetz; Sozialgesetzbuch Zweites, Achtes und Zwölftes Buch; Personenstandsgesetz; Staatsangehörigkeitsgesetz; Zuständigkeitsverordnungen; Verwaltungsverfahrensgesetz; Grundgesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch; Namensänderungsgesetz; Hessische Gemeindeordnung
Produktbeschreibung	Aufenthaltsrecht: Erteilung / Ablehnung von Aufenthaltstiteln für ausländische Personen; Erteilung von Arbeitserlaubnissen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV); Einladungen und Visaangelegenheiten; Integrations- und Migrationsberatung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Umsetzung der Integrationskursverordnung. Personenstandsrecht: Personenstandsrecht / Standesamtaufsicht; Vorbereitung der Einbürgerung; Namensänderungen; Erteilung von Staatsangehörigkeitsausweisen; Beglaubigungen; Prüfung der Personenstandszweitbücher. Ausländerbeauftragte: Förderung der Integration und Gleichstellung von Migranten in den verschiedenen Lebensbereichen im Kreis Bergstraße; Förderung der Aufnahmebereitschaft und Akzeptanz von ethnischen Minderheiten bei der deutschen Bevölkerung; Umsetzung der sich aus dem Zuwanderungsgesetz und weiterer bundes- sowie landesgesetzlicher Vorgaben abzuleitenden Integrationsmaßnahmen mit Relevanz für den Kreis Bergstraße mit Ausnahme der Integrationskurse.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Regierungspräsidium Darmstadt; Zentrale Ausländerbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt; Hessische Erstaufnahmeeinrichtung Gießen; Auswärtiges Amt; Bundesverwaltungsamt; Polizei; Hauptzollamt Darmstadt; Kursträger Integration und Migration; Kommunen; Landeskriminalamt; Standesämter und Meldebehörden der Städte und Gemeinden; Standesamt I in Berlin; Deutsche Dienststelle (WAST); Gerichte; ekom21; Bundesdruckerei; öffentliche und private Institutionen und Organisationen; Einzelpersonen Intern: Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien; Gesundheitsamt; Jugendamt; Eigenbetrieb Neue Wege; Soziales; Personal und Organisation
Empfänger	Extern: Ausländische Einwohner/-innen, Migranten und Bürger/-innen im Kreis Bergstraße; Standesämter der kreisangehörigen Kommunen Intern:
Vereinbarte Ziele	Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße: Steigerung der Anzahl der durchgeführten Integrationskurse

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchgeführte Integrationskurse	27	44	46

Teilergebnishaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-240.000	-240.000	-227.208,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-610.900	-609.900	-614.458,06
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-4.372,68
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-850.900**	**-849.900**	**-846.038,74**
11	Personalaufwendungen	1.856.800	1.728.100	1.569.716,34
12	Versorgungsaufwendungen	490.400	474.600	491.353,43
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	289.500	243.500	220.803,61
14	Abschreibungen	3.700		4.117,98
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	5.000	5.000	117,71
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.645.400**	**2.451.200**	**2.286.109,07**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.794.500**	**1.601.300**	**1.440.070,33**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.794.500**	**1.601.300**	**1.440.070,33**
25	Außerordentliche Erträge			-666,76
26	Außerordentliche Aufwendungen			2,15
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-664,61**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.794.500**	**1.601.300**	**1.439.405,72**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	843.895	612.083	561.068,80
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**843.895**	**612.083**	**561.068,80**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.638.395**	**2.213.383**	**2.000.474,52**

Teilergebnishaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge des Ausländer- und Migrationsamtes.

Nr.07
Veranschlagt sind die anteiligen Erträge aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhungen und befristete Arbeitsverhältnisse im Fachbereich Asylrecht sowie durch die Schaffung einer neuen 0,5 Stelle.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Pensionsrückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen des Budgets des Ausländer- und Migrationsamtes.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der Mehrerträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten geleistet werden.
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Nr. 13) und die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen (Nr. 15) sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-1.938,60			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-1.938,60**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-1.938,60**			

Produktbeschreibung Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	1361	Brand- und Katastrophenschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gefahrenabwehr	Wolfgang Müller

Klassifizierung
Externes und internes Produkt

Auftragsgrundlage
Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz; Feuerwehrorganisationsverordnung; Feuerwehrdienstvorschriften; Gefahrenverhütungsschauverordnung; Brandschutzförderrichtlinie; Zivilschutzneuordnungsgesetz; Hessisches Gesetz über die Sicherheit und Ordnung; (Wirtschafts-, Verkehrs-, Wasser-, Ernährungs-) Sicherstellungsgesetz; Katastrophenschutz-Konzept Hessen; Gefahrgutbeförderungsgesetz; Gefahrgutverordnung Straße und Eisenbahn sowie Durchführungsrichtlinien; Gefahrgut-Ausnahmeverordnung; Gefahrgutbeauftragtenverordnung; Gefahrgutkontrollverordnung; Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR); Regelung zur internationalen Beförderung gefährlicher Güter im Schienenverkehr (RID)

Produktbeschreibung
Finanzierung von Feuerwehrgerätehäusern und Unterstützung bei der Planung; Aufstellung leistungsfähiger Feuerwehren; Aufsichtsfunktion über kreisangehörige Kommunen; Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen; Organisation und Durchführung von Fortbildungen sowie von Feuerwehrleistungsübungen; überörtliche Einsatzplanung; Überwachung der Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehren im Kreis; Einleitung und Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten; Gefahrenverhütungsschauen.
Katastrophenschutz: Bevölkerungsschutz und Notfallvorsorge: Erstellen von Katastrophenschutz-Plänen; Warnung und Information der Bevölkerung; Empfehlungen für Verhaltensmaßnahmen. Abwehr von Großschadensereignissen: Anlegen und Durchführen von Übungen.
Zivilschutz: Zivil-Militärische Zusammenarbeit; Zivilschutzvorsorge; Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutz-Einheiten; Überwachung der Ausbildung und Ausstattung; Lagerung und Erhaltung von Material.
Gefahrgutüberwachung: Kontrolle von Stückgutfahrzeugen und Tankfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum im Hinblick auf die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften; Bußgeldsachbearbeitung; Aufsichtsbehörde über die kreisangehörigen Kommunen; Erstellen von Stellungnahmen für die Straßenverkehrsbehörde.

Beteiligte
Extern: Feuerwehren; Polizei; Rettungsdienst; Forst; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Hessische Landesfeuerwehrschule; Nachbarlandkreise; Organisationen im Katastrophenschutz; Bundeswehr
Intern: Bauen und Umwelt (auch als Träger öffentlicher Belange -TÖB); Gesundheitsamt; Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Empfänger
Extern: Kreisangehörige Kommunen; Feuerwehren; Gewerbebetriebe; Handwerk; Gastronomie; öffentliche Betriebe; Behörden; Kreisbevölkerung
Intern: Eigenbetrieb Rettungsdienst; Straßenverkehrswesen; Bauen und Umwelt

Vereinbarte Ziele
1. Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist
2. Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass
3. Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder; Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen	46 %	100 %	100 %
Kennzahl (absolut):	92 / 200	200 / 200	200 / 200
2. Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft	8	min. 6	min. 6
3.a) Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.	70	100	80
3.b) Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder	2	min. 4	min. 4

Teilergebnishaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-41.500	-56.500	-37.450,10
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-147.700	-78.900	-139.865,08
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-105.500	-105.300	-105.425,44
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-100	-100	-1.222,56
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-294.800**	**-240.800**	**-283.963,18**
11	Personalaufwendungen	642.200	612.900	577.534,25
12	Versorgungsaufwendungen	117.900	113.800	114.903,25
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	326.300	332.300	294.254,02
14	Abschreibungen	37.700		37.574,69
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	31.000	271.000	285.248,10
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			-193,00
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.155.100**	**1.330.000**	**1.309.321,31**
20	**Verwaltungsergebnis**	**860.300**	**1.089.200**	**1.025.358,13**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**860.300**	**1.089.200**	**1.025.358,13**
25	Außerordentliche Erträge			-189,10
26	Außerordentliche Aufwendungen			9.678,33
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**9.489,23**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**860.300**	**1.089.200**	**1.034.847,36**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	569.076	292.940	206.479,90
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**569.076**	**292.940**	**206.479,90**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.429.376**	**1.382.140**	**1.241.327,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge für Brandverhütungsschauen, die Prüfung von Feuerwehrplänen, die Abnahme von Brandmeldeanlagen sowie die Erträge aus Bußgeldern. Die Ansätze wurden der Entwicklung der Vorjahresergebnisse angepasst.

Nr. 03
Veranschlagt ist die Erstattung von Personal- und Versorgungsaufwand durch den Eigenbetrieb Rettungsdienst. Der Ansatz wurde dem Vorjahresergebnis angepasst.

Nr. 07
Veranschlagt sind die anteiligen Erträge aus dem Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung sowie Höhergruppierung und Rufbereitschaften eines Beschäftigten.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus dem Budget des Brand- und Katastrophenschutzes. Hiervon entfallen 230 T€ auf die Kostenerstattung an die Kommunen für die Übernahme des örtlichen Brandschutzes.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung des Anlagevermögens.

Nr. 15
Veranschlagt ist der Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband, die Prämien für die Kreisleistungsübungen sowie die Zuschüsse an DLRG und THW. Entfallen an dieser Stelle ist der Eigenanteil des Kreises an der Leitstelle. Dieser wird nunmehr im Rahmen der internen Leistungsverrechnung zwischen den Produkten 1361 und 1362 abgebildet.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Siehe auch Nr. 15

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			17.850,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**17.850,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-4.000	-20.500	-28.789,21			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-4.000**	**-20.500**	**-28.789,21**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-4.000**	**-20.500**	**-10.939,21**			

Investitionen Produkt 1361 Brand- und Katastrophenschutz

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV005 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-1.500	0	0	0	0	0	
2016INV026 Anschaffung von technischen Geräten	-19.000	-4.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 1362 Rettungsdienst

Produktbereich	02	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127	Rettungsdienst
Produkt	1362	Rettungsdienst

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gefahrenabwehr	N.N.

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Rettungsdienstgesetz; Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes; Rettungsdienstplan des Landes Hessen; Bereichsplan des Kreises Bergstraße; Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz
Produktbeschreibung	Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Bergstraße nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz
Beteiligte	Extern: Leistungserbringer gemäß § 3 Abs. 10 Hessisches Rettungsdienstgesetz; sonstige Organisationen und Behörden mit Sicherheitsaufgaben (insbesondere Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Polizei, Ordnungsämter) Intern: Abteilung Gefahrenabwehr (Brand- und Katastrophenschutz)
Empfänger	Extern: Hilfesuchende in den Bereichen Rettungsdienst sowie Brand- und Katastrophenschutz und Allgemeine Hilfe Intern:
Vereinbarte Ziele	Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Bergstraße nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Jedes an einer Straße stattfindende Notfallereignis soll in der Regel innerhalb von zehn Minuten erreicht werden (Hilfsfrist)	87,1 %	90 %	90 %

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Das Ziel gilt als erfüllt, wenn die Hilfsfrist in mind. 90 % aller Fälle eingehalten wird.

Teilergebnishaushalt Produkt 1362 Rettungsdienst

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.952.000		
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-52.500		
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-99.200		
09	Sonstige ordentliche Erträge	-300		
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.104.000**		
11	Personalaufwendungen	1.647.000		
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	559.900		
14	Abschreibungen	119.000		
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	100		
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.326.000**		
20	**Verwaltungsergebnis**	**222.000**		
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen	14.000		
23	**Finanzergebnis**	**14.000**		
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**236.000**		
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**236.000**		
29	Sekundäre Erträge	-265.000		
30	Sekundäre Aufwendungen			
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-265.000**		
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-29.000**		

Teilergebnishaushalt Produkt 1362 Rettungsdienst

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge des Rettungsdienstes für rd. 30.000 gebührenpflichtige Einsätze.

Nr. 03
Veranschlagt sind die Kostenerstattungen des Landes.

Nr. 08
Veranschlagt sind die Erträge aus Auflösung von Sonderposten, welche im Rahmen der Investitionsförderung gebildet wurden.

Nr. 09
Veranschlagt sind sonstige betriebliche Erträge.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus dem Budget des Rettungsdienstes. Unter anderem sind hier Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige in Höhe von 7.000 € veranschlagt.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung des Anlagevermögens.

Nr. 18
Veranschlagt ist die KFZ-Steuer.

Nr. 22
Veranschlagt sind die Zinsen für zweckgebunden aufgenommene Investitionskredite.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung. Siehe auch Erläuterung bei Produkt 1361 Nr. 15.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Produktes 1362 werden mit Ausnahme der Ansätze de Kontengruppe 66 im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden. Die Ansätze der Personal- und Versorgungsaufwendungen sind nicht Bestandteil des Personalbudgets.

Teilfinanzhaushalt Produkt 1362 Rettungsdienst

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-49.000					
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-49.000**					
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-49.000**					

Investitionen Produkt 1362 Rettungsdienst

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2017INV040 Investive Anschaffungen	0	-49.000	0	0	0	0	

Teilergebnishaushalt THH 02 - Schule und Kultur

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.200	-7.900	-7.335,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-851.100	-716.000	-553.761,24
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-5.200	-6.500	-167.126,22
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-65.600.000	-68.200.000	-60.000.000,00
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-216.600	-216.700	-216.638,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-6.103.900	-1.731.900	-1.330.901,86
09	Sonstige ordentliche Erträge	-45.000	-50.000	-41.940,45
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-72.829.000**	**-70.929.000**	**-62.317.702,77**
11	Personalaufwendungen	650.600	633.400	681.849,91
12	Versorgungsaufwendungen	130.100	124.400	134.794,87
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.918.000	9.239.300	8.078.368,56
14	Abschreibungen	2.115.008	1.966.800	1.835.479,92
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	60.857.300	57.969.800	49.803.346,66
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**71.671.008**	**69.933.700**	**60.533.839,92**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-1.157.992**	**-995.300**	**-1.783.862,85**
21	Finanzerträge	-10.850	-11.600	-12.375,00
22	Finanzaufwendungen	992.000	1.035.000	1.077.150,94
23	**Finanzergebnis**	**981.150**	**1.023.400**	**1.064.775,94**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-176.842**	**28.100**	**-719.086,91**
25	Außerordentliche Erträge	-20.000	-35.000	-3.682.204,89
26	Außerordentliche Aufwendungen			5.861.127,10
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-20.000**	**-35.000**	**2.178.922,21**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-196.842**	**-6.900**	**1.459.835,30**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.098.986	977.527	891.801,88
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.098.986**	**977.527**	**891.801,88**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**902.144**	**970.627**	**2.351.637,18**

Teilfinanzhaushalt THH 02 - Schule und Kultur

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	5.100.000		9.418,62			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			99.113,87			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	25.000	25.000	25.000,00			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**5.125.000**	**25.000**	**133.532,49**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-5.728.500	-5.940.500	-543.129,76		-7.400.000	-6.400.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-5.728.500**	**-5.940.500**	**-543.129,76**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-603.500**	**-5.915.500**	**-409.597,27**			

Produktbeschreibung Produkt 2010 Grundschulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	211	Grundschulen
Produkt	2010	Grundschulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Die Sicherstellung der Schulträgerschaft erfolgt seit dem 01.01.2014 durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft. Auf den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs wird verwiesen. Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-25.280,12
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-3.000.000	-5.000.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-3.784,19
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.000.000**	**-5.000.000**	**-29.064,31**
11	Personalaufwendungen			25.614,94
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			45.127,95
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.000.000	5.000.000	5.000.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.000.000**	**5.000.000**	**5.070.742,89**
20	**Verwaltungsergebnis**			**5.041.678,58**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**			**5.041.678,58**
25	Außerordentliche Erträge			-4.287,57
26	Außerordentliche Aufwendungen			820.488,59
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**816.201,02**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**			**5.857.879,60**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	24.305	22.339	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**24.305**	**22.339**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**24.305**	**22.339**	**5.857.879,60**

Teilergebnishaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Deckung der Aufwendungen dieses Produktes. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss für den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zur Finanzierung der Grundschulen des Kreises. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ verwiesen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2010 Grundschulen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-41.960,81			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-41.960,81**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-41.960,81**			

Produktbeschreibung Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	216	Kombinierte Schulformen
Produkt	2021	Kombinierte Schulformen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-4.000.000	-7.000.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-4.000.000**	**-7.000.000**	
11	Personalaufwendungen			233,00
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			113.758,50
14	Abschreibungen			26.452,63
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	4.000.000	7.000.000	7.000.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.000.000**	**7.000.000**	**7.140.444,13**
20	**Verwaltungsergebnis**			**7.140.444,13**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**			**7.140.444,13**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			1.484.994,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**1.484.994,00**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**			**8.625.438,13**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	32.407	31.275	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**32.407**	**31.275**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**32.407**	**31.275**	**8.625.438,13**

Teilergebnishaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Deckung der Aufwendungen dieses Produktes. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss für den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zur Finanzierung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen des Kreises. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ verwiesen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2021 Kombinierte Schulformen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-55.236,07			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-55.236,07**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-55.236,07**			

Produktbeschreibung Produkt 2040 Gymnasien

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	217	Gymnasien
Produkt	2040	Gymnasien

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-3.000.000	-7.000.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.000.000**	**-7.000.000**	
11	Personalaufwendungen			
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			111.958,29
14	Abschreibungen	124.208		170.782,07
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	3.000.000	7.000.000	7.000.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.124.208**	**7.000.000**	**7.282.740,36**
20	**Verwaltungsergebnis**	**124.208**		**7.282.740,36**
21	Finanzerträge	-10.850	-11.600	-12.375,00
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**	**-10.850**	**-11.600**	**-12.375,00**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**113.358**	**-11.600**	**7.270.365,36**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			1.416.062,97
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**1.416.062,97**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**113.358**	**-11.600**	**8.686.428,33**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	24.808	31.275	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**24.808**	**31.275**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**138.166**	**19.675**	**8.686.428,33**

Teilergebnishaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Deckung der Aufwendungen dieses Produktes. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss für den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zur Finanzierung der Gymnasien des Kreises. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ verwiesen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2040 Gymnasien

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	25.000	25.000	25.000,00			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**25.000**	**25.000**	**25.000,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-370.750,01			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-370.750,01**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**25.000**	**25.000**	**-345.750,01**			

Produktbeschreibung Produkt 2060 Förderschulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	221	Förderschulen
Produkt	2060	Förderschulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Regionalpolitik und Raumordnung	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-2.000.000	-4.000.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.000.000**	**-4.000.000**	
11	Personalaufwendungen			
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			209.990,12
14	Abschreibungen	121.000		119.359,65
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.000.000	4.000.000	4.000.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.121.000**	**4.000.000**	**4.329.349,77**
20	**Verwaltungsergebnis**	**121.000**		**4.329.349,77**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**121.000**		**4.329.349,77**
25	Außerordentliche Erträge			-1.055,14
26	Außerordentliche Aufwendungen			381.443,86
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**380.388,72**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**121.000**		**4.709.738,49**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	16.693	17.870	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**16.693**	**17.870**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**137.693**	**17.870**	**4.709.738,49**

Teilergebnishaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Deckung der Aufwendungen dieses Produktes. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss für den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zur Finanzierung der Förderschulen des Kreises. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ verwiesen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2060 Förderschulen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-20.000	-130.000	-49.062,41			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-20.000**	**-130.000**	**-49.062,41**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-20.000**	**-130.000**	**-49.062,41**			

Investitionen Produkt 2060 Förderschulen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV104 Zuschuss Martinschule, Ladenburg	-110.000	0	0	0	0	0	
2016INV027 Martinschule Ladenburg Ansch. Vermögensgegenstände	-20.000	-20.000	0	-20.000	-20.000	-20.000	

Produktbeschreibung Produkt 2070 Berufliche Schulen

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen
Produkt	2070	Berufliche Schulen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-2.000.000	-4.000.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.000.000**	**-4.000.000**	
11	Personalaufwendungen			
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			6.170,00
14	Abschreibungen			2.968,58
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.000.000	4.000.000	4.000.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.000.000**	**4.000.000**	**4.009.138,58**
20	**Verwaltungsergebnis**			**4.009.138,58**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**			**4.009.138,58**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			792.858,29
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**792.858,29**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**			**4.801.996,87**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	16.203	17.870	
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**16.203**	**17.870**	
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**16.203**	**17.870**	**4.801.996,87**

Teilergebnishaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Deckung der Aufwendungen dieses Produktes. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss für den EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zur Finanzierung der Beruflichen Schulen des Kreises. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ verwiesen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2070 Berufliche Schulen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-5.832,94			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-5.832,94**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-5.832,94**			

Produktbeschreibung Produkt 2080 Schülerbeförderung

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	241	Schülerbeförderung
Produkt	2080	Schülerbeförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Öffentlicher Personennahverkehr	Reinhold Bickelhaupt

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Schulgesetz
Produktbeschreibung	Organisation von Schülerbeförderungsleistungen im Rahmen freigestellter Verkehre; Ausgabe der Schülerfahrkarten und Kostenerstattung für Selbstzahler (ÖPNV-Leistungen); Beförderungsangebote für schulische Unterrichtsangebote (Schwimmunterricht; Verkehrserziehung; Sport).
Beteiligte	Extern: Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH; Rhein-Main-Verkehrsverbund; Verkehrsunternehmen; Taxiunternehmen Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft
Empfänger	Extern: Schulen; Schüler/-innen Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze 2. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung 3. Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	1,12	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	7 / 6.254	max. 13 / 6.225	max. 13 / 6.225
2. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	5,12	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	32 / 6.254	max. 13 / 6.225	max. 13 / 6.225
3. Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten	0,32	max. 2	max. 2
Kennzahl (absolut):	2 / 6.254	max. 13 / 6.225	max. 13 / 6.225

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Es werden alle bei der Kreisverwaltung, bei den Schulen und bei der VRN GmbH eingehenden Beschwerden (telefonisch oder schriftlich) erfasst und dokumentiert. Beschwerden aufgrund besonderer witterungsbedingter Umstände werden allerdings nicht berücksichtigt (höhere Gewalt). Eine Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Beschwerden kann nicht getroffen werden, da die Meinung der Beschwerdeführer über den Tatbestand einer Beschwerde u.U. sehr subjektiv ist. Stand Schülerzeitkarten: November 2015; eine Aktualisierung erfolgt zum Schuljahresbeginn 2016/2017
Sonstige Erläuterungen	Die Schülerbeförderung ist fast ausschließlich in den ÖPNV integriert (sh. Produkt 5100).

Teilergebnishaushalt Produkt 2080 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-7.300.000	-8.200.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-45.000	-50.000	-37.196,57
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-7.345.000**	**-8.250.000**	**-37.196,57**
11	Personalaufwendungen	171.800	162.700	164.618,01
12	Versorgungsaufwendungen	30.800	27.300	26.955,46
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.939.000	7.930.000	7.024.093,78
14	Abschreibungen			200,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**7.141.600**	**8.120.000**	**7.215.867,25**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-203.400**	**-130.000**	**7.178.670,68**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-203.400**	**-130.000**	**7.178.670,68**
25	Außerordentliche Erträge	-20.000	-35.000	-490.571,06
26	Außerordentliche Aufwendungen			59.358,36
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-20.000**	**-35.000**	**-431.212,70**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-223.400**	**-165.000**	**6.747.457,98**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	179.512	235.207	79.160,91
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**179.512**	**235.207**	**79.160,91**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-43.888**	**70.207**	**6.826.618,89**

Teilergebnishaushalt Produkt 2080 Schülerbeförderung

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Finanzierung der ungedeckten Aufwendungen dieses Produktes.

Nr. 09
Veranschlagt sind die Erstattungen von Aufwendungen für Schülerverkehrsleistungen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die geschätzten Aufwendungen für den Erwerb von Schülerjahreskarten (MAXX-Ticket), die Bestellmittel für Schülerverkehrsleistungen im Rahmen des ÖPNV, Fahrten des Quellverkehrs (Schwimmunterricht, Verkehrserziehung), Erstattung von Fahrtkosten sowie Aufwendungen für freigestellte Schülerverkehre (Beförderung mobilitätseingeschränkter (Schüler/Innen).
Der Haushaltsansatz für die Schülerbeförderung kann gesenkt werden, da im Vorjahr der Mehraufwand in Zuge der Insolvenz eines Verkehrsunternehmens entstanden war und auch eine Anpassung der VRN Finanzierungsanteile (Linienbündel – anteilige Kosten für Schülerbeförderungsleistungen) erfolgt ist.

Nr. 25
Veranschlagt sind die Erstattungen von Aufwendungen des Vorjahres für Schülerverkehre durch Dritte.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Ansatz des Sachkontos 6179200 (Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen; hier Beförderungskosten) ist nicht Bestandteil des Abteilungsbudgets.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2080 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-2.000,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-2.000,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-2.000,00**			

Produktbeschreibung Produkt 2085 Schulverwaltung

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	243	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	2085	Schulverwaltung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Finanzausgleichsgesetz; Beschluss des Kreistages vom 11.11.2013 zur Errichtung des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft
Produktbeschreibung	Auf den Produktblättern des Kreishaushaltes, die Schulträgerschaft des Kreises betreffend, werden lediglich noch die Schulumlage und Auflösungen von Sonderposten aus den Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Erträge) sowie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft sowie Abschreibungen aus Sonderinvestitionsprogrammen (Bereich Aufwendungen) abgebildet, ferner die Gewährung von investiven Zuschüssen (investiver Bereich). Entsprechend ist die Produktverantwortung hierfür auf den Produktblättern im Kreishaushalt ausgewiesen.
Beteiligte	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Andere Schulträger Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Jugendamt; Gesundheitsamt
Sonstige Erläuterungen	Da die Sicherstellung der Schulträgerschaft durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte und den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Schule und Gebäudewirtschaft werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-135.179,65
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-44.300.000	-33.000.000	-60.000.000,00
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-6.103.900	-1.731.900	-1.330.901,86
09	Sonstige ordentliche Erträge			-65,69
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-50.403.900**	**-34.731.900**	**-61.466.147,20**
11	Personalaufwendungen			34.801,20
12	Versorgungsaufwendungen			7.381,44
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		550.000	598,24
14	Abschreibungen	1.863.000	1.960.000	1.508.772,35
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	46.800.000	30.900.000	22.733.494,87
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**48.663.000**	**33.410.000**	**24.285.048,10**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-1.740.900**	**-1.321.900**	**-37.181.099,10**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen	992.000	1.035.000	1.077.150,94
23	**Finanzergebnis**	**992.000**	**1.035.000**	**1.077.150,94**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-748.900**	**-286.900**	**-36.103.948,16**
25	Außerordentliche Erträge			-3.186.144,12
26	Außerordentliche Aufwendungen			905.954,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-2.280.189,72**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-748.900**	**-286.900**	**-38.384.137,88**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	605.249	430.896	662.179,70
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**605.249**	**430.896**	**662.179,70**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-143.651**	**143.996**	**-37.721.958,18**

Teilergebnishaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die anteilige Schulumlage zur Finanzierung der ungedeckten Aufwendungen bei diesem Produkt. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 08
Veranschlagt sind die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten. Der Mehrertrag resultiert aus der Auflösung, eines aus Überschüssen der Schulumlage, gebildeten Sonderpostens. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 13
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden vollständig dem EB „Schule und Gebäudewirtschaft“ zugeordnet und durch eine Erhöhung des Zuschusses ausgeglichen.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen der geleisteten Investitionszuschüsse.

Nr. 15
Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss an den Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft“. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes verwiesen.

Nr. 22
Veranschlagt ist die Zinsdienstumlage für die Darlehen aus dem Sonderinvestitionsprogramm.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze des Sachkontos 7125010 (Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft) der Produkte 2010, 2021, 2040, 2060, 2070, 2085 und 1070 sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	5.100.000		9.418,62			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV			99.113,87			
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**5.100.000**		**108.532,49**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-5.700.000	-5.803.000	-15.516,34		-7.400.000	-6.400.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-5.700.000**	**-5.803.000**	**-15.516,34**		**-7.400.000**	**-6.400.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-600.000**	**-5.803.000**	**93.016,15**			

Investitionen Produkt 2085 Schulverwaltung

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV114 Zuschuss für den Bau von Wartehallen	-3.000	0	0	0	0	0	
2016INV044 Kommunales Investitionsprogramm (KIP) Zuschuss an LSG	-5.800.000	-600.000	0	-1.000.000	0	0	-6.400.000 -7.400.000
2017INV039 Investiver Zuschuss an Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft	0	-5.100.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	271	Volkshochschulen
Produkt	2100	Kreisvolkshochschule

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Kreisvolkshochschule	Iris Hoch

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Weiterbildungsgesetz
Produktbeschreibung	Planung, Angebot und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen in den Fachbereichen Gesellschaft, Kultur und Gestalten, Gesundheit und Bewegung, Sprachen, Beruf und Persönlichkeit, ebenso von Seminaren für Profit-Organisationen und Non-Profit-Organisationen, insbesondere für Mitarbeiter/-innen des Landratsamts des Kreises Bergstraße.
Beteiligte	Extern: Dozenten Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche, Senioren/-innen, ausländische Mitbürger/-innen; Firmen und Kommunen Intern: Mitarbeiter/-innen
Vereinbarte Ziele	Niedrige Ausfallquote

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)	16 %	max. 25 %	max. 25 %
Kennzahl (absolut):	156 / 972	max. 232 / 925	max. 232 / 925

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert: 1,4)	1,5	1,5	1,4
Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenhonorare (je in €)	554.531 / 379.901	516.000 / 352.800	510.000 / 354.000
2. Kostendeckung (Zielwert: 51:49)	56:44	52:48	51:49
Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)	554.531 / 444.553	516.000 / 480.400	510.000 / 495.200
3. Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert maximal 32 €)	27	32	32
Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE	444.553 / 16.400	480.400 / 15.000	495.200 / 15.300

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu Kennzahl Zielerreichung: Die Kennzahl "Ausfallquote" zeigt den wirtschaftlichen Umgang mit den Ressourcen. Bei einer über 30-prozentigen Ausfallquote geht die Planung am Bedarf der Kunden vorbei und die vorhandenen Ressourcen würden ohne dem Aufwand gegenüberstehende Erträge verbraucht. Bei einer Quote von 0 % würden keine neuen Angebote erstellt, evtl. neue Kundengruppen nicht erschlossen.
Zu den sonstigen Kennzahlen 1. - 3.: Diese Kennzahlen sollen der KVHS Bergstraße und ihren Zweigstellen in Bensheim, Lampertheim und Viernheim als Vorgabe dienen. Die Auswahl der einfließenden Parameter wird ab 2015 in Abstimmung mit den Zweigstellen dahingehend angepasst, dass sie einen Vergleich der Wirtschaftlichkeit ermöglichen. Abgebildet sind die Kennzahlen der KVHS Bergstraße.
Zu 1.: Diese Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenhonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Gebühreneinnahmen/Honorarausgaben)
Zu 2.: Diese Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen. Höhere Gebühren sind derzeit gegenüber den Kunden nicht durchsetzbar.
Zu 3.: Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Kreis- und Landeszuschuss / Unterrichtseinheiten). Der Zielwert wird hauptsächlich von Personalkosten beeinflusst: Tariferhöhungen und Versorgungsaufwendungen. Neu hinzu kommt die Abführung der Hausmeisterkosten an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft. Auf die Höhe der o.g. Kosten hat die KVHS keinen Zugriff. Bundesweit ist in den vergangenen Jahren ein Rückgang der UE-Zahlen zu verzeichnen.

Teilergebnishaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.200	-7.900	-7.335,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-851.100	-716.000	-553.761,24
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-5.200	-6.500	-6.666,45
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-216.600	-216.700	-216.638,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-894,00
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.080.100**	**-947.100**	**-785.294,69**
11	Personalaufwendungen	478.800	470.700	456.582,76
12	Versorgungsaufwendungen	99.300	97.100	100.457,97
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	979.000	759.300	566.671,68
14	Abschreibungen	6.800	6.800	6.944,64
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	57.300	69.800	69.851,79
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.621.200**	**1.403.700**	**1.200.508,84**
20	**Verwaltungsergebnis**	**541.100**	**456.600**	**415.214,15**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**541.100**	**456.600**	**415.214,15**
25	Außerordentliche Erträge			-147,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			-33,37
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-180,37**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**541.100**	**456.600**	**415.033,78**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	199.809	190.795	150.461,27
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**199.809**	**190.795**	**150.461,27**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**740.909**	**647.395**	**565.495,05**

Teilergebnishaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Erläuterungen:

Nr. 01
Veranschlagt sind die Erträge aus Werbung, Sponsoring und dem Verkauf von Speisen und Getränken.

Nr. 02
Veranschlagt sind die voraussichtlichen Erträge aus Teilnehmerbeiträgen. Die Durchführung von Sprachkursen ist mit 300 T€ veranschlagt. Darüber hinaus entstehen Mehrerträge in Höhe von 41,1 T€ durch die Übernahme der VHS Bensheim.

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der Städte Bensheim, Lampertheim und Viernheim für GEMA, Künstlersoziabgabe, HVV-Beitrag und VG-Wort.

Nr. 07
Veranschlagt ist die zu erwartende Landeszuweisung gemäß dem HWBG. Siehe auch Nr. 15.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der Sachaufwand des Budgets der KVHS. Hierin enthalten sind 354,0 T€ Honorare für Lehrkräfte. Die Durchführung von Sprachkursen ist mit 300 T€ veranschlagt. Darüber hinaus entsteht ein Mehrbedarf von 121,9 T€ durch die Übernahme der VHS Bensheim. Siehe Auch Nr. 02

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, andere Anlagen (BGA) und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG).

Nr. 15
Veranschlagt ist die Weiterleitung eines Teils des Landeszuschusses. Siehe auch Nr. 07. Durch die Übernahme der VHS Bensheim verringert sich der Ansatz um 12,5 T€. Siehe Nr. 02 und Nr. 13.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Teilergebnishaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Haushaltsvermerke:
Das Produkt 2100 wird mit Ausnahme der Ansätze der Kontengruppe 66 (Abschreibungen) im Rahmen der Budgetierung bewirtschaftet. Auf die besonderen Richtlinien im Anschluss an den Vorbericht wird hingewiesen.
Alle Aufwendungen, mit Ausnahme der Abschreibungen (Kontengruppe 66), sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Die Ansätze der Personal- und Versorgungsaufwendungen des Produkts 2100 sind nicht Bestandteil der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Personalaufwendungen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-8.500	-7.500	-2.771,18			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-8.500**	**-7.500**	**-2.771,18**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-8.500**	**-7.500**	**-2.771,18**			

Investitionen Produkt 2100 Kreisvolkshochschule

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2009INV008 KVHS: Büromasch., Orga.Mittel, DV-Anlagen	-4.000	-5.000	0	-4.000	-4.000	-4.000	
2009INV009 KVHS: Büromöbel u. sonst. Ausstattungsgegenstände	-1.000	0	0	-1.000	0	-1.000	
2009INV010 KVHS: Lizenzen	-500	-500	0	-500	-500	-500	
2016INV006 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-2.000	0	0	0	0	0	
2017INV006 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-3.000	0	0	0	0	

Teilergebnishaushalt THH 03 - Soziales und Jugend

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-23.580	-23.580	-34.616,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-55.250	-33.700	-65.221,21
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-20.982.308	-35.092.308	-8.449.225,44
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-92.901.290	-75.921.480	-73.004.847,68
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-51.156.504	-58.814.264	-35.905.253,08
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-2.334,10
09	Sonstige ordentliche Erträge	-600	-600	-30.086,42
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-165.119.532**	**-169.885.932**	**-117.491.583,93**
11	Personalaufwendungen	13.740.500	12.316.500	10.649.807,66
12	Versorgungsaufwendungen	1.080.500	1.119.200	1.169.999,10
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.145.823	18.982.620	6.331.334,44
14	Abschreibungen	1.417.270	1.137.770	2.615.075,78
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	7.360.500	7.539.490	5.958.290,47
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	199.742.008	214.425.008	162.126.305,58
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			805,80
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**246.486.601**	**255.520.588**	**188.851.618,83**
20	**Verwaltungsergebnis**	**81.367.069**	**85.634.656**	**71.360.034,90**
21	Finanzerträge			-1.290,34
22	Finanzaufwendungen			775,74
23	**Finanzergebnis**			**-514,60**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**81.367.069**	**85.634.656**	**71.359.520,30**
25	Außerordentliche Erträge	-933.500	-6.011.400	-1.817.749,25
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.919.100	1.454.350	2.444.394,50
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**985.600**	**-4.557.050**	**626.645,25**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**82.352.669**	**81.077.606**	**71.986.165,55**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	9.959.942	10.001.307	5.045.577,95
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**9.959.942**	**10.001.307**	**5.045.577,95**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**92.312.611**	**91.078.913**	**77.031.743,50**

Teilfinanzhaushalt THH 03 - Soziales und Jugend

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-125.000	-60.000	-40.321,11	-287.570	-362.570	-75.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-125.000**	**-60.000**	**-40.321,11**	**-287.570**		
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-125.000**	**-60.000**	**-40.321,11**			

Produktbeschreibung Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3010	Hilfe zum Lebensunterhalt

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Gewährung von laufenden und einmaligen Leistungen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes für Menschen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.
Beteiligte	Extern: Intern: Jugendamt mit Jugendberufshilfe und Erziehungsberatungsstellen
Empfänger	Extern: Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen können Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-650	-1.200	-555,69
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-102.000	-102.300	-138.028,96
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-150.826,11
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-358,34
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-102.650**	**-103.500**	**-289.769,10**
11	Personalaufwendungen	218.100	194.600	193.434,24
12	Versorgungsaufwendungen	36.700	35.300	40.266,07
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.554	2.964	3.325,35
14	Abschreibungen	50.000		52.189,34
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	2.664.000	2.626.000	2.709.703,55
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.972.354**	**2.858.864**	**2.998.918,55**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.869.704**	**2.755.364**	**2.709.149,45**
21	Finanzerträge			-32,06
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			**-32,06**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.869.704**	**2.755.364**	**2.709.117,39**
25	Außerordentliche Erträge	-5.000	-3.300	-60.599,10
26	Außerordentliche Aufwendungen	44.200	43.000	43.025,11
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**39.200**	**39.700**	**-17.573,99**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.908.904**	**2.795.064**	**2.691.543,40**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	281.801	318.209	161.368,21
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**281.801**	**318.209**	**161.368,21**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.190.705**	**3.113.273**	**2.852.911,61**

Teilergebnishaushalt Produkt 3010 Hilfe zum Lebensunterhalt

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Zwangsgeldern.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. Außerhalb von Einrichtungen (1.854 T€) wird mit 396 Fällen (2016 = 345) und monatlich 346 € gerechnet. Innerhalb von Einrichtungen (810 T€) wird mit 242 Fällen /2016=240) und monatlich 279 € gerechnet

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Dividenden.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für die rückwirkende Hilfegewährung auf Basis der Vorjahresergebnisse.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3020	Hilfe zur Pflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Neuntes, Elftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Leistungen zur häuslichen Pflege, zur Beschaffung von Hilfsmitteln, zur teilstationären und stationären Pflege sowie zur Kurzzeitpflege. Häusliche Pflege, Pflegegeld, andere Leistungen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.500	-1.500	
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-50.000	-30.000	-81.496,69
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-742.000	-742.530	-909.849,26
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-432.174,29
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-764,20
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-793.500**	**-774.030**	**-1.424.284,44**
11	Personalaufwendungen	322.000	283.600	309.669,27
12	Versorgungsaufwendungen	62.900	59.800	85.872,47
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.787	6.820	6.075,50
14	Abschreibungen	80.000		81.624,82
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	8.030.000	7.827.000	7.592.643,16
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**8.500.687**	**8.177.220**	**8.075.885,22**
20	**Verwaltungsergebnis**	**7.707.187**	**7.403.190**	**6.651.600,78**
21	Finanzerträge			-1.152,39
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			**-1.152,39**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**7.707.187**	**7.403.190**	**6.650.448,39**
25	Außerordentliche Erträge	-8.500	-8.500	-648,65
26	Außerordentliche Aufwendungen	120.500	118.500	130.816,16
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**112.000**	**110.000**	**130.167,51**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**7.819.187**	**7.513.190**	**6.780.615,90**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	534.346	651.356	243.015,73
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**534.346**	**651.356**	**243.015,73**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**8.353.533**	**8.164.546**	**7.023.631,63**

Teilergebnishaushalt Produkt 3020 Hilfe zur Pflege

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Zwangsgeldern.

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung für einen Heimpflegefall durch den LWV.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Sozialhilfe. Der Ansatz wurde auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges und Vorjahresergebnisse mit steigender Tendenz geschätzt.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Amtes für Soziales.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Hilfen zur Pflege außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. Außerhalb von Einrichtungen (2.030 T€) wird mit 758 Fällen (2016 = 301 Fälle) und monatlich 885 € gerechnet. Innerhalb von Einrichtungen (6.000 T€) wird mit den Vorjahreswerten gerechnet.

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf Basis des Vorjahresansatzes.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus Unterhaltsrückständen auf der Basis von Vorjahresergebnissen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3030	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Neuntes, Elftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Leistungen, um eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines Berufes oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.
Beteiligte	Extern: Intern: Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt sind oder von einer solchen Behinderung bedroht sind Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-72.500	-61.300	-162.132,26
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-370.714,44
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-406,40
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-72.500**	**-61.300**	**-533.253,10**
11	Personalaufwendungen	361.500	318.900	300.960,17
12	Versorgungsaufwendungen	45.200	44.000	45.666,71
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.010	7.244	3.575,49
14	Abschreibungen	35.890	35.890	26.784,57
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	8.222.000	7.991.300	7.012.001,30
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**8.670.600**	**8.397.334**	**7.388.988,24**
20	**Verwaltungsergebnis**	**8.598.100**	**8.336.034**	**6.855.735,14**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**8.598.100**	**8.336.034**	**6.855.735,14**
25	Außerordentliche Erträge	-2.500	-2.500	
26	Außerordentliche Aufwendungen	265.000	195.000	265.041,50
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**262.500**	**192.500**	**265.041,50**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**8.860.600**	**8.528.534**	**7.120.776,64**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	525.843	590.692	233.108,62
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**525.843**	**590.692**	**233.108,62**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**9.386.443**	**9.119.226**	**7.353.885,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 3030 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Erläuterungen:

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges und der Vorjahresergebnisse mit steigender Tendenz.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von Investitionszuschüssen an Einrichtungen für behinderte Menschen.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Leistungen der Eingliederhilfe für behinderte Erwachsene außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. Von dem Ansatz werden im Rahmen der Aufgabenübertragung für behinderte Kinder und Jugendliche an das Jugendamt Mittel im Umfang von 6.561 T€ dem Budget des Jugendamtes zugeordnet.

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung. Der Ansatz orientiert sich am laufenden Haushaltsvollzug und den Vorjahresergebnissen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3040	Hilfen zur Gesundheit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Fünftes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Die Hilfe zur Gesundheit umfasst die vorbeugende Gesundheitshilfe, die Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft und Geburt sowie bei Sterilisation. Die Leistungen werden ambulant und soweit erforderlich stationär erbracht.
Beteiligte	Extern: Intern: Jugendamt
Empfänger	Extern: Personen, die einer entsprechenden Hilfe bedürfen und denen die Aufbringung der Mittel nach den Vorschriften des zweiten Abschnittes des SGB XII nicht zuzumuten ist Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-12.500	-32.500	-8.247,98
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-114.355,22
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-183,84
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-12.500**	**-32.500**	**-122.787,04**
11	Personalaufwendungen	150.300	135.900	134.464,70
12	Versorgungsaufwendungen	18.900	18.200	20.657,70
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.067	1.067	1.396,01
14	Abschreibungen	2.000		-1.982,24
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	1.930.000	1.900.000	1.876.308,85
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.102.267**	**2.055.167**	**2.030.845,02**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.089.767**	**2.022.667**	**1.908.057,98**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.089.767**	**2.022.667**	**1.908.057,98**
25	Außerordentliche Erträge			-29.837,46
26	Außerordentliche Aufwendungen	185.000	90.000	246.744,04
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**185.000**	**90.000**	**216.906,58**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.274.767**	**2.112.667**	**2.124.964,56**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	153.117	185.984	76.216,08
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**153.117**	**185.984**	**76.216,08**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.427.884**	**2.298.651**	**2.201.180,64**

Teilergebnishaushalt Produkt 3040 Hilfen zur Gesundheit

Erläuterungen:

Nr. 06
Veranschlagt sind die Erträge aus der Erstattung überzahlter Abschläge an Krankenkassen im Rahmen der Abrechnungen nach § 264 SGB V auf Basis der Vorjahresergebnisse und des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Hilfen zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen mit 1.130 T€ und 800 T€ auf der Basis der Vorjahresergebnisse und des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aufgrund zeitverzögerter Abrechnungen durch die Krankenkassen. Der Ansatz basiert auf Vorjahresergebnissen und dem laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3050	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten u. in and. Lebenslagen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Die Leistungen umfassen alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Beratung; Betreuung; Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes; Altenhilfe; Blindenhilfe; Hilfe in sonstigen Lebenslagen; Bestattungskosten.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, deren besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, die sie aus eigener Kraft nicht überwinden können Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			-106,32
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-12.216,91
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-136,91
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-12.460,14**
11	Personalaufwendungen	110.100	101.700	100.396,94
12	Versorgungsaufwendungen	15.400	15.000	15.384,86
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	350	399	1.483,30
14	Abschreibungen	30.000		77.512,32
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	250.000	220.000	252.515,32
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**405.850**	**337.099**	**447.292,74**
20	**Verwaltungsergebnis**	**405.850**	**337.099**	**434.832,60**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**405.850**	**337.099**	**434.832,60**
25	Außerordentliche Erträge			-4.662,98
26	Außerordentliche Aufwendungen	46.000	15.000	46.030,39
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**46.000**	**15.000**	**41.367,41**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**451.850**	**352.099**	**476.200,01**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	60.188	59.845	40.187,19
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**60.188**	**59.845**	**40.187,19**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**512.038**	**411.944**	**516.387,20**

Teilergebnishaushalt Produkt 3050 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Wertberichtungen von Forderungen auf der Basis von Vorjahresergebnissen.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Altenhilfe, die Hilfen bei Bestattungen und für das betreute Wohnen Nichtsesshafter. Der Ansatz basiert auf Vorjahresergebnissen und dem laufenden Haushaltsvollzug mit steigender Tendenz.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung auf der Basis von Vorjahresergebnissen und des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
Produkt	3060	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Zur Sicherung des Lebensunterhalts können Personen, die das Renteneintrittsalter erreicht haben oder die nach Vollendung des 18. Lebensjahres, unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage, voll erwerbsgemindert sind und bei denen unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann, Leistungen erhalten. Die Leistungen umfassen den Regelsatz, die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe, einmalige Bedarfe, die Übernahme von Kranken- und Pflegeversicherungs-beiträgen sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einer entsprechenden Hilfe bedürfen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-240.290	-177.750	-382.638,91
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-12.829.000	-12.763.800	-12.952.892,90
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-975,83
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-13.069.290**	**-12.941.550**	**-13.336.507,64**
11	Personalaufwendungen	759.200	856.600	654.125,63
12	Versorgungsaufwendungen	107.100	102.900	109.653,06
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.400	24.915	29.641,22
14	Abschreibungen	30.000		54.014,07
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	13.045.000	12.747.000	12.099.769,39
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**13.970.700**	**13.731.415**	**12.947.203,37**
20	**Verwaltungsergebnis**	**901.410**	**789.865**	**-389.304,27**
21	Finanzerträge			-74,77
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			**-74,77**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**901.410**	**789.865**	**-389.379,04**
25	Außerordentliche Erträge	-5.000	-1.500	-38.885,71
26	Außerordentliche Aufwendungen	250.000	77.000	561.241,33
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**245.000**	**75.500**	**522.355,62**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.146.410**	**865.365**	**132.976,58**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	425.920	393.284	219.425,52
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**425.920**	**393.284**	**219.425,52**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.572.330**	**1.258.649**	**352.402,10**

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Erläuterungen:

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger. Dritte und andere Träger der Sozialhilfe auf Basis der Vorjahresergebnisse und des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Erstattungsleistungen des Bundes in Höhe von 100 % der Grundsicherungsleistungen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderung hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Wertberichtigungen von Forderungen.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Leistungen der Grundsicherung für Arbeit und bei Erwerbsminderung außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. Außerhalb von Einrichtungen (12.300 T€) wird mit 2.209 Fällen (2016 = 2130 Fälle) und einer monatlichen Leistung von 464 € gerechnet. Innerhalb von Einrichtungen (745 T€) wird mit 240 Fällen (2016 = 238 Fälle) und einer monatlichen Leistung von 258 € gerechnet.

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des akutellen Haushaltsvollzuges.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Nachzahlungen aus rückwirkender Hilfegewährung auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges und der Vorjahresergebnisse.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Teilergebnishaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3060 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-187,89			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-187,89**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-187,89**			

Produktbeschreibung Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	3070	Leistungen nach SGB II

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße	Stefan Rechmann

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
Produktbeschreibung	Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung Arbeitssuchender sowie zur Eingliederung von Arbeitssuchenden und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende.
Beteiligte	Extern: Bund Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Maßnahmenträger Intern:
Sonstige Erläuterungen	Da die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) durch den Eigenbetrieb Neue Wege wahrgenommen wird, werden auf dem Produkt der Kreisverwaltung keine Ziele und Kennzahlen abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die unterjährigen Zwischenberichte / Controllingberichte des Eigenbetriebs Neue Wege werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-447.700	-328.600	-324.830,42
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-78.542.000	-68.527.600	-65.997.535,58
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-4.000.000	-895.000	-5.241.466,38
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.825,30
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-82.989.700**	**-69.751.200**	**-71.565.657,68**
11	Personalaufwendungen	354.600	250.600	258.493,47
12	Versorgungsaufwendungen	256.400	190.900	205.107,02
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	Abschreibungen			-18.540,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.775.000	1.650.000	1.501.651,52
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	101.500.000	91.650.000	84.743.255,37
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**103.886.000**	**93.741.500**	**86.689.967,38**
20	**Verwaltungsergebnis**	**20.896.300**	**23.990.300**	**15.124.309,70**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**20.896.300**	**23.990.300**	**15.124.309,70**
25	Außerordentliche Erträge			-108.820,81
26	Außerordentliche Aufwendungen			24.934,61
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-83.886,20**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**20.896.300**	**23.990.300**	**15.040.423,50**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.612.300	1.912.430	315.514,93
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.612.300**	**1.912.430**	**315.514,93**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**22.508.600**	**25.902.730**	**15.355.938,43**

Teilergebnishaushalt Produkt 3070 Leistungen nach SGB II

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind Erstattungen von Personal- und Sachkosten durch den Eigenbetrieb „Neue Wege Kreis Bergstraße“ unter Berücksichtigung der Übernahme des Mahnwesens durch das Finanz- und Rechnungswesen des Kreises und Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 06
Veranschlagt ist die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von rd. 15.392 T€. Das sind rd. 34,1 % der relevanten Aufwendungen. Hiervon entfallen 3,5 % auf die Erstattung von Bildung und Teilhabe (BuT). Ferner sind die Leistungsbeteiligung des Bundes am ALG II mit 55.520 T€ und den Eigliederungsleistungen gemäß § 16 SGB II mit 7.600 T€ veranschlagt. Das sind 100 % der relevanten Leistungen.

Nr. 07
Als Erstattung des Landes für Leistungen an Personen nach § 7 Landesaufnahmegesetz wurden 4.000 T€ veranschlagt. Der Mehrertrag entsteht durch die erhöhte Zuwanderung bleiberechtigter Flüchtlinge.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Abordnung von Beamten.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Abordnung von Beschäftigten/Beamten.

Nr. 14
Veranschlagt sind pauschale Wertberichtigungen von Forderungen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der kommunale Finanzierungsanteil mit 15,2 % an den Verwaltungskosten (siehe Wirtschaftsplan des EB Neue Wege). Der Mehrbedarf entsteht durch erhöhte Aufwendungen des EB.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Leistungen für Unterkunft und Heizung einschließlich Bildung und teilhabe mit 38.700 T€, für das ALG II 54.250T€, für die Eingliederung gemäß § 16 SGB II 7.600 T€ sowie für einmalige Leistungen des Kreises 950 T€. Der Mehrbedarf entsteht durch die erhöhte Zuwanderung bleiberechtigter Flüchtlinge.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen im Produkt 3070 sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	313	Hilfen für Asylbewerber
Produkt	3080	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Asylbewerberleistungsgesetz; Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und anderer Personen; Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften; Gesundheitsmodernisierungsgesetz; Aufenthaltsgesetz; Asylverfahrensgesetz; Sozialgesetzbuch Zweites und Zwölftes Buch; Sozialgerichtsgesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
Produktbeschreibung	Leistungsgewährung nach Asylbewerberleistungsgesetz; Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge; Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Regierungspräsidium Darmstadt; International Organization for Migration; Polizei; Schulen; kreisangehörige Kommunen; Migrationsdienste freier Träger Intern: Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien; Gesundheitsamt, Ausländer und Migration; Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Ausländische Bevölkerung Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			-211,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-42.000	-21.000	-55.859,02
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-4.512.000	-34.000	-28.729,46
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-31.807.160	-42.469.200	-11.533.559,43
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-18.586,66
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-36.361.160**	**-42.524.200**	**-11.636.945,57**
11	Personalaufwendungen	2.029.400	1.581.000	1.034.067,48
12	Versorgungsaufwendungen	25.700	23.900	23.764,31
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.541.985	18.421.832	5.698.005,41
14	Abschreibungen	20.000	12.500	37.201,93
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	17.295.000	26.646.000	8.128.906,36
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**41.912.085**	**46.685.232**	**14.921.945,49**
20	**Verwaltungsergebnis**	**5.550.925**	**4.161.032**	**3.284.999,92**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**5.550.925**	**4.161.032**	**3.284.999,92**
25	Außerordentliche Erträge	-125.000	-5.165.000	-155.358,39
26	Außerordentliche Aufwendungen	250.000	100.000	246.247,49
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**125.000**	**-5.065.000**	**90.889,10**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**5.675.925**	**-903.968**	**3.375.889,02**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.447.818	732.428	720.792,01
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.447.818**	**732.428**	**720.792,01**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**7.123.743**	**-171.540**	**4.096.681,03**

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Benutzerentgelte für Asylbewerberunterkünfte auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzugs und der Vorjahresergebnisse.

Nr. 06
Veranschlagt sind die Erstattungen von sozialen Leistungen auf der Basis der Vorjahresergebnisse.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Erträge aus der pauschalen Erstattung für die Unterbringung von Asylbewerbern (2.822 abrechenbare Personen x 940 € monatlich) und die Erstattung der Krankenhilfe. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Asylbewerberbetreuung und die Entfristung von Arbeitsverhältnissen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales. Es wird eine weitere Erhöhung der Zuwanderung erwartet. Darüber hinaus muss mit steigenden Mieten für Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünfte gerechnet werden. Auch der Mittelbedarf für Instandsetzung, Ausstattung, Reinigung und sonstige Fremdleistungen wird nochmals ansteigen. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Krankenhilfe, die Zusatzleistungen und die sonstigen Leistungen an Asylbewerber. Der Mehrbedarf entsteht durch die zu erwartenden Neuzuweisungen. Bei den Hilfen zum Lebensunterhalt wird mit 624 Personen und durchschnittlich 297,30 € monatlich gerechnet. Bei der Krankenhilfe nach § 2 wird mit 124 Personen und durchschnittlich 176 € monatlich gerechnet. Bei der Krankenhilfe nach § 3 wird mit 2.498 Personen und durchschnittlich 121 € monatlich gerechnet. Bei den Zusatzleistungen wird mit 4.894 Personen und durchschnittlich 336 € monatlich gerechnet. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis von Vorjahresergebnissen. Im Haushaltsjahr 2016 hat der Bund den Kommunen einen Ausgleich der Belastungen aus der Vergangenheit gewährt.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges und der Vorjahresergebnisse.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-5.000	-5.000	-25.731,01			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-5.000**	**-5.000**	**-25.731,01**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-5.000**	**-5.000**	**-25.731,01**			

Investitionen Produkt 3080 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV023 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-5.000	0	0	0	0	0	
2017INV023 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-5.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	3101	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes und Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und Investitionen an Schuldner-, Drogen-, Ehe- und psychologische Beratungsstellen, das Frauenhaus und Anbieter ambulanter Dienstleistungen für Behinderte und deren Angehörige; Darlehen an Träger der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege.
Beteiligte	Extern: Land Hessen; Landeswohlfahrtsverband Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Träger der freien Wohlfahrtspflege Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-40.000		-43.887,13
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-670.184	-670.184	-670.184,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-258,42
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-710.184**	**-670.184**	**-714.329,55**
11	Personalaufwendungen	61.200	52.900	53.008,77
12	Versorgungsaufwendungen	30.500	28.000	29.038,32
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	220	220	46,31
14	Abschreibungen	34.380	34.380	32.563,71
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.554.000	1.504.000	1.259.917,13
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.680.300**	**1.619.500**	**1.374.574,24**
20	**Verwaltungsergebnis**	**970.116**	**949.316**	**660.244,69**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**970.116**	**949.316**	**660.244,69**
25	Außerordentliche Erträge			-1.763,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			26.380,48
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**24.617,48**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**970.116**	**949.316**	**684.862,17**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	72.176	79.300	26.290,63
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**72.176**	**79.300**	**26.290,63**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.042.292**	**1.028.616**	**711.152,80**

Teilergebnishaushalt Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Erläuterungen:

Nr. 06
Veranschlagt ist die Erstattung sozialer Leistungen auf der Basis des Vorjahresergebnisses.

Nr. 07
Veranschlagt ist die Landeszuweisung zum örtlichen Budget der Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen mit 555.144 € und die Zuweisung des LWV für die Frühförderstelle mit 115.040 e sowie die Leistungen Dritter mit 40.000 €.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets des Amtes für Soziales.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von aktivierten Investitionszuschüssen.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Wohlfahrtsverbände und Einrichtungen als Träger verschiedener sozialer Einrichtungen. Grundlage hierfür sind Verträge und die Beschlüsse der Kreisgremien. Die Zuweisung des Landes (siehe Nr. 07) wird zur teilweisen Refinanzierung dieser Aufwendungen eingesetzt. Im Einzelnen erfolgen folgende Zuweisungen:

• Allgemeine Frühförderung	538.027 €
• Offene Hilfen	43.407 €
• Schuldnerinsolvenzberatung	226.370 €
• Suchtprävention und –hilfe	256.384 €
• Betreuungsvereine	36.520 €
• besonderes sozialpolitisches Budget	10.000 €
• Selbsthilfe im Gesundheitswesen	25.202 €
• Frauenhäuser	229.361 €
• Bratungsstellen zum Schutz vor häuslicher Gewalt	96.630 €
• Beratungsstellen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt	27.531 €
• Eheberatung	10.000 €
• Freie Mittel	54.569 €

Teilergebnishaushalt Produkt 3101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	341	Unterhaltsvorschussleistungen
Produkt	3120	Unterhaltsvorschussleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Unterhaltsvorschussgesetz; Richtlinien zum Unterhaltsvorschussgesetz; Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für alleinerziehende und nicht verheiratete Elternteile, die von dem jeweils anderen Elternteil keinen (ausreichenden) Unterhalt gezahlt bekommen. Die Leistungen werden längstens bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres gewährt für die Dauer von maximal 72 Kalendermonaten.
Beteiligte	Extern: Land Hessen Intern: Soziales; Ausländer und Migration; Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Anspruchsberechtigte nach dem Unterhaltsvorschussgesetz Intern: Eigenbetrieb Neue Wege
Vereinbarte Ziele	Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG	16,1 %	20 %	20 %
Kennzahl (absolut): in €	288.430 / 1.786.718	-	-

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Einnahmen nach § 7 UVG = Zahlungen des Unterhaltsschuldners
Einnahmen nach § 5 UVG = Rückerstattung zu Unrecht geleisteter Zahlungen

Teilergebnishaushalt Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-500		
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-2.608.000	-2.280.000	-2.383.505,55
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-701,87
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-2.608.500**	**-2.280.000**	**-2.384.207,42**
11	Personalaufwendungen	598.900	546.800	591.336,76
12	Versorgungsaufwendungen	78.800	79.800	78.868,44
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.900	6.200	3.517,42
14	Abschreibungen	740.000	740.000	2.956.393,41
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	2.733.000	2.470.000	1.932.369,38
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.162.600**	**3.842.800**	**5.562.485,41**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.554.100**	**1.562.800**	**3.178.277,99**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.554.100**	**1.562.800**	**3.178.277,99**
25	Außerordentliche Erträge	-250.000	-150.000	-363.446,31
26	Außerordentliche Aufwendungen	20.000	100.000	15.047,83
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-230.000**	**-50.000**	**-348.398,48**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.324.100**	**1.512.800**	**2.829.879,51**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	305.627	288.442	211.959,59
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**305.627**	**288.442**	**211.959,59**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.629.727**	**1.801.242**	**3.041.839,10**

Teilergebnishaushalt Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind Kosten- und Teilnahmebeiträge für Veranstaltungen und Schulungen im Bereich UVG.

Nr. 06
Veranschlagt sind die Erträge aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen in Höhe von 1.261,5 T€ und die Rückzahlung von Leistungen mit 85,0 T€ sowie die Erstattung des Landes in Höhe von 2/3 der personenbezogenen Transferleistungen mit 1.261,5 T€. Der Mehrertrag korrespondiert mit den Mehraufwendungen bei Pos. 17.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand des Jugendames

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung aus wertberichtigten Forderungen. Bei den Altfällen muss vermehrt auf eine Realisierung der Forderungen verzichtet werden.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Unterhaltsvorschussleistungen für durchschnittlich 850 Zahlfälle im Jahr 2015. Die durchschnittlichen Fallkosten betragen 169 € monatlich. Die Hochrechnung des Ergebnisses zum 31.03.2016 (457.660 €) ergibt einen Ansatz von 1.830 T€. Im Jahr 2017 erhöhen sich die Fallkosten durchschnittlich um 8,5 € pro Monat. Folglich wurde der Ansatz auf 1.892 T€ erhöht.
Ferner ist die Weiterleitung von 2/3 der zahlungswirksamen Erträge aus den übergeleiteten Unterhaltsansprüchen an das Land veranschlagt.

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge. Durch die Personalverstärkung kommen vermehrt Altfälle zur Bearbeitung.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahreszeiträumen. Der Mehrbedarf entsteht durch die zunehmende Bearbeitung von Altfällen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3120 Unterhaltsvorschussleistungen

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	3130	Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Wohngeldgesetz; Unterhaltssicherungsgesetz; Lastenausgleichsgesetz; Berufliches Rehabilitationsgesetz; Bundesversorgungsgesetz; Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge; Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Übergangswohnheimen; Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern
Produktbeschreibung	1. Leistungen anderer Kostenträger (Land, Bund), deren Bearbeitung an die Kommunen delegiert wurden (Wohngeldgesetz, Unterhaltssicherungsgesetz, Berufliches Rehabilitierungsgesetz) 2. Krankenversorgung nach abweichender gesetzlicher Grundlage (Lastenausgleichsgesetz) 3. Bundesversorgungsgesetz (Kostenträger: Bund / Kreis, Bearbeitung: Landeswohlfahrtsverband) 4. Betreuung, Integration und Unterbringung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten in Übergangswohnheimen.
Beteiligte	Extern: Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen dem SGB XII vorrangigen Anspruch auf soziale Leistungen haben, Spätaussiedler und jüdische Emigranten Intern:
Sonstige Erläuterungen	Ausschließlich gesetzliche Aufgaben ohne Steuerungsfähigkeit.

Teilergebnishaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.580	-13.580	-24.405,10
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.500	-6.500	-8.806,50
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-2.208	-2.208	-1.836,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-240.000	-240.000	-178.615,80
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-40.500	-40.500	-43.200,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-616,82
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-304.788**	**-302.788**	**-257.480,22**
11	Personalaufwendungen	757.600	660.700	637.144,59
12	Versorgungsaufwendungen	67.800	65.800	69.310,90
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	61.780	62.427	7.401,10
14	Abschreibungen			201,05
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	254.208	254.208	225.297,41
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.141.388**	**1.043.135**	**939.355,05**
20	**Verwaltungsergebnis**	**836.600**	**740.347**	**681.874,83**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**836.600**	**740.347**	**681.874,83**
25	Außerordentliche Erträge			-16.200,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			164,86
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-16.035,14**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**836.600**	**740.347**	**665.839,69**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	271.836	242.667	190.450,68
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**271.836**	**242.667**	**190.450,68**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.108.436**	**983.014**	**856.290,37**

Teilergebnishaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Erläuterungen:

Nr. 01
Veranschlagt sind die Erlöse aus der Unterbringung von Spätaussiedlern im Übergangswohnheim.

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Bußgeldern der Wohngeldstelle.

Nr. 03
Veranschlagt ist die Erstattung des Bundes im Rahmen der beruflichen Rehabilitation.

Nr. 06
Veranschlagt sind die Erlöse aus Bildungs- und Teilhabemaßnahmen.

Nr. 07
Veranschlagt ist die Landeszuweisung für die Aufnahme von Spätaussiedlern.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung und die Schaffung von 1,5 Stellen für die Ermittlung und die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen aus dem Budget des Amtes für Soziales.

Nr. 17
Veranschlagt sind die Aufwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gemäß dem BKKG für Berechtigte von Kindergeldzuschlag und Wohngeld. Ferner ist die Leistung für einen der beruflichen Rehabilitation veranschlagt.

Nr. 30

Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3130 Sonstige Hilfen und Sozialleistungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-189,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-189,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-189,00**			

Produktbeschreibung Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	3140	Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch; Hessisches Kinderförderungsgesetz
Produktbeschreibung	Betriebserlaubnis; Bezuschussung von Kindergarten- und Kindertagesstättenbeiträgen; Kindertagesstättenfachberatung und Fortbildungsangebote; Tagespflege: Beratung, Vermittlung, Erlaubnis und Beitragsbezuschussung; Heimaufsicht; Erlaubnis zur Tagespflege; Institutionelle Förderung v. Kindern in Schulkindbetreuung; Bezuschussung von Verpflegung in Kindertagesstätten.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe; Schulen; Tagesmütter/-väter; Pflegefamilien Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben sowie freie Träger der Jugendhilfe und Pflegepersonen Intern:
Vereinbarte Ziele	1. Abschluss einer Vereinbarung nach § 8a SGB VIII mit allen Tagespflegepersonen 2. Vorlage eines "Rahmenkonzepts zur Tagespflege" 3. Gemeinsame Weiterbildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen des Kreises durch die Mitarbeiter-/innen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in den Sozialräumen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1. Abgeschlossene Vereinbarungen	-	-	100 %
Kennzahl (absolut): Anzahl der Tagespflegepersonen mit abgeschlossener Vereinbarung / Anzahl aller Tagespflegepersonen	-	-	ohne
2. Vorliegendes Rahmenkonzept	-	-	1
3.a) Anzahl neuer durchgeführter Angebote	-	-	ohne
3.b) Anzahl Teilnehmer-/innen	-	-	ohne

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-28.700	-20.000	-17.373,30
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-1.730.000	-1.225.500	-1.178.193,96
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.634.000	-1.707.000	-1.495.701,46
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-600	-600	-925,64
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.393.300**	**-2.953.100**	**-2.692.194,36**
11	Personalaufwendungen	1.030.500	922.700	845.393,75
12	Versorgungsaufwendungen	25.900	36.800	36.591,81
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.900	48.000	35.020,64
14	Abschreibungen	50.000	30.000	58.224,76
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.552.000	1.779.000	1.282.403,28
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	6.300.000	7.650.000	6.273.630,72
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**9.013.300**	**10.466.500**	**8.531.264,96**
20	**Verwaltungsergebnis**	**5.620.000**	**7.513.400**	**5.839.070,60**
21	Finanzerträge			-31,12
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			**-31,12**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**5.620.000**	**7.513.400**	**5.839.039,48**
25	Außerordentliche Erträge	-176.000	-78.000	-219.510,64
26	Außerordentliche Aufwendungen	50.500	80.000	98.317,71
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-125.500**	**2.000**	**-121.192,93**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**5.494.500**	**7.515.400**	**5.717.846,55**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	675.081	796.350	423.416,83
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**675.081**	**796.350**	**423.416,83**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**6.169.581**	**8.311.750**	**6.141.263,38**

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Jugendamtes. Durch personelle Verstärkung können mehr Veranstaltungen geplant werden. Dies führt zur vermehrten Einnahme von Teilnehmerbeiträgen. Die Kosten, welche für die Fort- und Weiterbildung der Kita-Mitarbeiter(innen) entstehen werden von Kommunen oder anderen örtlichen bzw. freien oder kirchlichen Träger übernommen(24.500,- €). Die Erträge aus Kosten- und Teilnahmebeiträgen der Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich der Schulkinderbetreuung sowie der Kindertagespflege wurden mit 4.200,- € veranschlagt.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch das Land, Leistungsempfänger und andere Träger der Jugendhilfe. Es entfallen 1.400 T€ auf Kostenbeiträge für die Tagespflege. Die Ansätze orientieren sich am laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Erträge aus den Landeszuweisungen für das Förderprogramm „Förderung der Tagesbetreuung von Kindern in Kindertagespflege“, das Förderprogramm "Qualitätspauschale", die Schülerbetreuung und die Förderung von Fachdiensten und Zuweisungen des Bundes für das „Bundesprogramm Kindertagespflege“. Die nachfolgenden Ansätze orientieren sich am laufenden Haushaltsvollzug.

- Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund = 150.000,- €
- Land, Zuweisungen zu den Personal- und Sachkosten = 192.000,- €
- Land, Zuweisungen für Fortbildung von Mitarbeitern in Kitas = 2.000,- €
- Land, Förderung der Tagesbetreuung f. Kinder < 3 J. = 1.000.000,- €
- Land, Angebote i. Rahmen d. Förderung der Tagespflege > 3 J. =40.000 €
- Land, Zuweisung für Schülerbetreuung in Trägerschaft Dritter = 250.000 €

Nr. 09
Veranschlagt ist die Nutzungsentschädigung für die Kinderkrippe "Zauberwald am Feriendorf Kröckelbach".

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse, Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen sowie die Schaffung einer neuen Stelle für die wirtschaftlichen Ki-Ta-Betreuung und für die Umsetzung des Bundesprogrammes Ki-Ta-Pflege.

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibung von investiven Zuschüssen und die Wertberichtigung von Forderungen.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen für das Förderprogramm „Förderung der Tagesbetreuung von Kindern in Kindertagespflege“, die Vermittlung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen, die Schülerbetreuung, ,,Die Förderung von Fachdiensten und Zuweisungen des Bundes für das „Bundesprogramm Kindertagespflege“.

- Förder. der Tagesbetreuung v. Kindern < 3 J. = 960.000,- €
- Angebote i. R. der Förderung d. Tagespflege > 3 J. = 40.000,- €
- Zuweisung an freie Träger = 108.000,- €
- Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche = 119.000,- €
- Aufwendungen für Schülerbetreuung in Trägerschaft Dritter = 250.000,- €
- Unterstützung der Schulkindbetreuung = 75.000,- €

Nr. 17
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Kostenübernahme der Tagespflege von Kindern sowie für die Altersvorsorge und Unfallversicherung von Tagespflegepersonen und die Übernahme von Kosten für Kinder in Tageseinrichtungen. Hinzu wurden noch Aufwendungen für Essensgelder in Tageseinrichtungen veranschlagt. Dieser Bedarf basiert auf einer Hochrechnung im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges.

- Förderung von Kindern in Tagespflege (§ 23) = 3.000.000,- €
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen = 3.030.000,- €
- Essensgeld für Kinder in Tageseinrichtungen (§22 SGB VIII) = 270.000,- €

Nr. 25
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Kostenbeiträgen, die dem Vorjahr zuzuordnen sind. Der Ansatz orientiert sich am Vorjahresergebnis.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung von Vorjahresleistungen auf der Basis des aktuellen Haushaltsvollzuges.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	362	Jugendarbeit
Produkt	3151	Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Prävention: Jugendarbeit; Jugendsozialarbeit; Kinder- und Jugendschutz; Sozialarbeit in Schulen; Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie gegen jede andere Form extremistisch motivierter Handlungen; Förderung der Jugendverbände; Jugendberufshilfe. Familienförderung: Förderung der Familie als Beitrag der verbesserten Erziehungsverantwortung von Müttern und Vätern; Angebote der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung; Angebote der Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts; Angebote der Bereitstellung gemeinsamer Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder; Angebote der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (z. B. Haft oder Krankenhausaufenthalt); Angebote der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht. Erziehungsberatung: Institutionelle Erziehungs-, Entwicklungs-, Familien- und Jugendberatung; Therapie; Lebensberatung mit drei fachlichen Schwerpunkten (direkte Klientenarbeit; indirekte Klientenarbeit; Präventiv-/Öffentlichkeitsarbeit).
Beteiligte	Extern: Institutionen; Schulen; kreisangehörige Kommunen; Gerichte; Freie Träger der Jugendhilfe; Beratungsstellen; Kinder- und Jugendpsychiatrien; Therapeuten; andere Sozialleistungsträger; Familienkasse Intern: Erziehungsberatungsstellen des Kreises Bergstraße; Ausländer und Migration (bei minderjährigen Flüchtlingen); Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Entwicklung von niederschwelligen Jugendhilfeangeboten zur mittel- bzw. langfristigen Reduzierung von Hilfen zur Erziehung

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Entwickelte Hilfeangebote im niederschwelligen Bereich	-	-	ohne

Teilergebnishaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.000	-10.000	-9.999,90
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.338.000	-995.000	-1.031.400,55
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-120.000	-101.000	-36.639,64
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-166.000	-164.000	-251.639,90
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-522,06
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.634.000**	**-1.270.000**	**-1.330.202,05**
11	Personalaufwendungen	1.707.600	1.911.400	1.568.098,41
12	Versorgungsaufwendungen	48.200	54.400	55.853,95
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.100	163.450	325.614,02
14	Abschreibungen	20.000	1.500	7.514,78
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	2.144.500	2.127.500	1.570.077,85
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	828.100	668.000	913.412,59
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			805,80
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.800.500**	**4.926.250**	**4.441.377,40**
20	**Verwaltungsergebnis**	**3.166.500**	**3.656.250**	**3.111.175,35**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**3.166.500**	**3.656.250**	**3.111.175,35**
25	Außerordentliche Erträge	-33.600	-37.100	-41.851,08
26	Außerordentliche Aufwendungen	40.100	44.850	80.434,11
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**6.500**	**7.750**	**38.583,03**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**3.173.000**	**3.664.000**	**3.149.758,38**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	614.552	567.072	436.051,60
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**614.552**	**567.072**	**436.051,60**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.787.552**	**4.231.072**	**3.585.809,98**

Teilergebnishaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Erläuterungen:

Nr. 01
Veranschlagt ist die Beteiligung der Stadt Bensheim am BIS der Geschwister-Scholl-Schule.

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der Schulumlage durch den Eigenbetrieb "Schule und Gebäudewirtschaft".

- Kostenträger 3151 (Erzieherische Beratung) = 30.000,- €
- Kostenträger 315001 (Jugendbildung) = 75.000,- €
- Kostenträger 315006 (Schulsozialarbeit) = 1.233.000,- €

Der Ansatz orientiert sich am laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 06
Veranschlagt sind die Kostenbeiträge nach § 19, 20 und 21 SGB VIII. Der Ansatz orientiert sich am laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 07:
Veranschlagt sind die Erträge aus Zuweisungen für die Koordinierungsstelle für Familienhebammen, das Jugendbildungswerk, das Ehrenamt und andere Maßnahmen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand des Jugendamtes einschließlich der Erziehungsberatungsstellen. Die Ansätze orientieren sich am laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 14
Veranschlagt sind Wertberichtigungen von Forderungen entsprechend dem laufenden Haushaltsvollzug.

Teilergebnishaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuschüsse an die psychologische Beratungsstelle in Fürth sowie an die Beratungsstelle für Sexualberatung im Kreis Bergstraße, für die Soziale Arbeit Schulen, für das Kommunale Jugendbildungswerk (KJBW) für die Förderung der Jugendverbände sowie für die Fachstelle Jugendberufshilfe.

- Jugendverbände, Förderung nach dem KJHG, Zuschuss = 150.000,- €
- Fortbildung in Jugendförderung und Jugendschutz = 7.000 €
- Zuweisungen an freie Träger = 90.000,- €
- Soziale Arbeit an Schulen = insgesamt 1.257.500,- €
- "Fachstelle Jugendberufshilfe", Zuschuss = 300.000,- €
- Beratung in Kitas (BIK) = 40.000,- €
- Zuschuss an Träger für Beratungsleistungen = 300.000,- €

Nr. 17
Veranschlagt sind die Mittel für Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen, für präventive Maßnahmen (Rendsburger Elterntraining, Projekt Opsapje, Familienhebammen) und für die Jugendhilfeleistungen gemäß §§ 18 Abs. 2 bis 20 SGB VIII.

- Beratung in allg. Fragen der Erziehung & Entwicklung junger Menschen = 11.000,- €
- Leistungen für präventive Maßnahmen = 162.100,- €
- Betreuter Umgang nach §18(2) SGB VIII = 34.000,- €
- Leistungen der Jugendhilfe a.v.E. (§20 SGB VIII) = 96.000,- €
- Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen (§19 SGB VIII) = 525.000,- €

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV		-8.000	-6.345,29			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**		**-8.000**	**-6.345,29**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**		**-8.000**	**-6.345,29**			

Investitionen Produkt 3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2011INV027 Anschaffung Büromöbel EZB Bensheim	-3.000	0	0	0	0	0	
2011INV028 Anschaffung Büromöbel EZB Lampertheim	-3.000	0	0	0	0	0	
2016INV028 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-1.000	0	0	0	0	0	
2016INV029 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-1.000	0	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3170	Hilfe zur Erziehung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Gewährung von Hilfen zur Erziehung für Personensorgeberechtigte, wenn eine dem Kindeswohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist; Bereitstellung ambulanter Hilfsangebote (Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Familienhilfe, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung); teilstationäre Hilfsangebote (Erziehung in einer Tagesgruppe); stationäre Hilfsangebote (Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen; Vollzeitpflege und Erziehungsstellen), auch für ausländische Kinder und Jugendliche nach unbegleiteter Einreise.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe; Beratungsstellen; Kinder- und Jugendpsychiatrien; Therapeuten; Familienkasse sowie andere Sozialleistungsträger Intern: Erziehungsberatungsstellen des Kreises Bergstraße; Ausländer und Migration (bei unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern); Eigenbetrieb Neue Wege
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Erarbeitung neuer Qualitätsstandards und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert	-	-	100 %

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.500	-2.500	
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-14.450.200	-25.196.500	-3.541.483,97
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-2.545.000	-1.751.500	-1.004.455,50
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-1.729.473,89
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.480,02
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-16.996.700**	**-26.950.500**	**-6.276.893,38**
11	Personalaufwendungen	2.129.800	1.817.300	1.419.685,26
12	Versorgungsaufwendungen	56.500	137.900	92.143,61
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.500	68.552	105.086,61
14	Abschreibungen	150.000	165.500	-503.261,43
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen		81.000	81.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	28.035.700	38.925.000	19.815.247,28
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**30.465.500**	**41.195.252**	**21.009.901,33**
20	**Verwaltungsergebnis**	**13.468.800**	**14.244.752**	**14.733.007,95**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**13.468.800**	**14.244.752**	**14.733.007,95**
25	Außerordentliche Erträge	-183.900	-515.000	-671.630,54
26	Außerordentliche Aufwendungen	400.600	441.000	461.211,70
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**216.700**	**-74.000**	**-210.418,84**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**13.685.500**	**14.170.752**	**14.522.589,11**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	1.468.967	1.582.856	747.402,79
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.468.967**	**1.582.856**	**747.402,79**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**15.154.467**	**15.753.608**	**15.269.991,90**

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen (Zwangsgelder).

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der schulumlagerelevanten Aufwendungen durch den Eigenbetrieb "Schule und Gebäudewirtschaft" mit 195,0 T€.
Für die unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (umA) erfolgt eine 100%ige Kostenerstattung durch das Regierungspräsidium Kassel analog dem Ansatz unter Nr. 17 in Höhe von 14.250 T€. Für Teilnahmebeiträge an Fortbildungsveranstaltungen werden 5,2 T€ veranschlagt.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Jugendhilfe.

- Kostenbeiträge teilstationär §§ 27-32, 35, 35a und 41 SGB VIII = insg. 65.000,- €
- Kostenbeiträge stationär für §§ 33-34, 35a, 41 und § 42 SGB VIII = insg. 260.000,- €
- Kostenbeiträge (Drittleistungen) stationär §§ 27-34, 35a und 41 SGB VIII = 260.000,- €
- Erstattung v sozialen Leistungen vom Land = insg. 660.000,- €
- Erstattung v. sozialen Leistungen von Gemeinden / Gemeindeverbänden = 1.300.000,- €

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes. Der Mehrbedarf entsteht für zusätzliche Beratung und höhere Reisekosten.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung des Anlagevermögens und Wertberichtigung von Forderungen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr. 17
Veranschlagt sind die Leistungen für ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen. Die Größte Position bildet der Aufwand für die unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer (umA), welche durch Erträge bei Nr. 03 gedeckt werden.

- Hilfen nach § 27 (2) SGB VIII, Einzelfälle = 265.000,- €
- Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, Einzelfälle = 464.000,- €
- Sozialpädagogische Familienhilfe, Einzelfälle = 2.240.000,- €
- Intensive sozialpäd. Einzelbetreuung, Einzelfälle = 123.000,- €
- Hilfen nach § 27 (3) SGB VIII, Einzelfälle = 180.000,- €
- Leistungen der Jugendhilfe in Einricht. (Erziehung in Tagesgruppe) = 1.850.000,- €
- Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen (Heimerziehung) = 6.200.000,- €
- UmA Heimerziehung § 34 SGB VIII = 14.000.0000,- €
- Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) = 2.250.000,- €
- Erziehungsstellen § 33 (2) SGB VIII) = 450.000,- €
- Andere Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte – Weiterleitung Spenden = Weihnachtsfreude für Kinder

Nr. 25
Veranschlagt sind Spenden (Weihnachtsfreude für Kinder) und periodenfremde Erträge.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 30
Versanschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV		-45.000	-199,76		-45.000	-45.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**		**-45.000**	**-199,76**		**-45.000**	**-45.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**		**-45.000**	**-199,76**			

Investitionen Produkt 3170 Hilfe zur Erziehung

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV030 Anschaffung Hard- und Software inkl. Lizenzen	-45.000	0	0	0	0	0	-45.000 -45.000

Produktbeschreibung Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3190	Hilfe für junge Volljährige

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Hilfen für junge Volljährige (auch ausländische Flüchtlinge) zur Verbesserung der Persönlichkeitsentwicklung und zur Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensführung.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe; Beratungsstellen; Kinder- und Jugendpsychiatrien; Therapeuten Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Erarbeitung von Qualitätsstandards zur Verselbstständigung (Antragstellung, Begleitung Übergänge etc.) und Implementierung als verbindliche Arbeitsgrundlage im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Neue Qualitätsstandards liegen vor und sind implementiert	-	-	100 %

Teilergebnishaushalt Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.100	-1.000	
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-915.000	-3.000.000	-549.711,02
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-250.000	-130.500	-111.564,35
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-725.038,94
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-136,67
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.166.100**	**-3.131.500**	**-1.386.450,98**
11	Personalaufwendungen	420.100	289.700	313.888,92
12	Versorgungsaufwendungen	9.500	12.800	15.356,96
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.250	5.087,79
14	Abschreibungen	80.000	60.000	-171.066,82
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	1.115.000	3.950.000	1.746.133,24
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.624.600**	**4.320.750**	**1.909.400,09**
20	**Verwaltungsergebnis**	**458.500**	**1.189.250**	**522.949,11**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**458.500**	**1.189.250**	**522.949,11**
25	Außerordentliche Erträge	-21.000	-30.000	16.795,97
26	Außerordentliche Aufwendungen	20.200	30.000	20.377,53
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**-800**		**37.173,50**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**457.700**	**1.189.250**	**560.122,61**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	246.055	176.379	154.891,80
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**246.055**	**176.379**	**154.891,80**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**703.755**	**1.365.629**	**715.014,41**

Teilergebnishaushalt Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen (Zwangsgelder).

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung für die unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (umA). Es erfolgt eine 100%ige Kostenerstattung durch das Regierungspräsidium Kassel.

Kostenerstattungen von Gemeinden / Gemeindeverbänden / überörtliche Träger = 915.000,- €

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Leistungsempfänger, Dritte und andere Träger der Jugendhilfe auf der Basis von Vorjahresergebnissen und dem laufenden Haushaltsvollzug.

- Rückzahlung Gewährter Hilfen a.v.E. = 15.000,- €
  Kostenbeiträge teilstationär §§ 27-32, 35, 35a und 41 SGB VIII
- Kostenbeiträge stationär für §§ 33-34, 35a, 41 und § 42 SGB VIII = 80.000,- €
- Kostenbeiträge (Drittleistungen) stationär §§ 27-34, 35a und 41 SGB VIII = 65.000,- €
- Erstattung von sozialen Leistungen von Gemeinden/GV = 90.000,- €

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

Nr. 14

Veranschlagt sind Wertberichtigungen von Forderungen auf der Basis des Haushaltsvollzuges.

Teilergebnishaushalt Produkt 3190 Hilfe für junge Volljährige

Nr. 17
Veranschlagt sind die ambulanten Leistungen in Höhe von 115 T€. Für teilstationär und stationäre Leistungen wurden 1.000 T€ veranschlagt.

Hilfe für junge Volljährige (§ 41) ambulant = 115.000,- €
Hilfe für junge Volljährige (§ 41) stationär = 400.000,- €
§ 34 umA Heimerziehung = 600.000,- €

Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge aus Vorjahresabrechnungen der überörtlichen Träger der Jugendhilfe auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen für Vorjahresabrechnungen von überörtlichen Trägern auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3200	Eingliederungshilfe

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes und Neuntes Buch
Produktbeschreibung	Eingliederungshilfe zur Überwindung von Problemen der seelischen Gesundheit und zur Sicherung der Teilhabe des Kindes oder Jugendlichen an dem Leben in der Gesellschaft. Die Hilfe kann in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form gewährt werden.
Beteiligte	Extern: Freie Träger der Jugendhilfe; Beratungsstellen; Kinder- und Jugendpsychiatrien; Therapeuten Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:
Vereinbarte Ziele	Entwicklung und Implementierung neuer Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe im Fachdienst Eingliederungshilfe im Zuge der Zusammenlegung der Eingliederungsleistungen SGB XII und SGB VIII

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Neue Qualitätsstandards und Verfahrens-abläufe liegen vor und wurden implementiert	-	-	100 %

Teilergebnishaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-2.700.000	-3.000.000	-2.613.780,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-325.000	-325.000	-203.963,58
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-273,34
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-3.025.000**	**-3.325.000**	**-2.818.016,92**
11	Personalaufwendungen	450.900	385.500	369.147,26
12	Versorgungsaufwendungen	18.800	25.500	30.714,62
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.200	9.600	4.727,66
14	Abschreibungen	38.000	38.000	-114.240,10
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	36.000		
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	5.560.000	5.640.000	5.584.296,30
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**6.109.900**	**6.098.600**	**5.874.645,74**
20	**Verwaltungsergebnis**	**3.084.900**	**2.773.600**	**3.056.628,82**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**3.084.900**	**2.773.600**	**3.056.628,82**
25	Außerordentliche Erträge	-5.000	-5.000	-104.122,19
26	Außerordentliche Aufwendungen	12.000	90.000	104.818,78
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**7.000**	**85.000**	**696,59**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**3.091.900**	**2.858.600**	**3.057.325,41**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	316.300	554.857	189.510,04
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**316.300**	**554.857**	**189.510,04**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.408.200**	**3.413.457**	**3.246.835,45**

Teilergebnishaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der Schulumlage durch den Eigenbetrieb "Schule und Gebäudewirtschaft". Der Ansatz orientiert sich am Rechnungsergebnis des Vorjahres.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen durch Dritte, Leistungsempfänger und andere Träger der Jugendhilfe auf Basis des Vorjahresansatzes.

Rückzahlung gewährter Hilfen a.v.E. = 5.000,- €
Kostenbeiträge stationär für §§ 33-34, 35a, 41 und § 42 SGB VIII = 100.000,- €
Kostenbeiträge (Drittleistungen) stationär §§ 27-34, 35a und 41 SGB VIII = 220.000,- €

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Jugendamtes.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von wertberichtigten Forderung entsprechend dem laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 15
Veranschlagt ist der Zuschuss für das Beratungsangebot „Sprungchance“. Das Beratungsangebot „Sprungchance“ richtet sich an junge Menschen mit psychischer Erkrankung. Je nach Alter wurden die Kosten vom LWV bzw. dem Jugendamt getragen. Das Angebot besteht seit ca. zwei Jahren. bisher wurden die Kosten über einen Fachleistungsstundensatz bei den Hilfen zur Erziehung (Produkte 3170 / 3190) abgerechnet. Da es sich um ein Beratungsangebot und nicht um eine klassische Hilfe zur Erziehung handelt, wurde seitens der Jugendamtsleitung entschieden, die Finanzierung über eine institutionelle Förderung zu gewährleisten.

Teilergebnishaushalt Produkt 3200 Eingliederungshilfe

Nr. 17
Veranschlagt ist die ambulante Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII) mit 1.860 T€ für 160 Fälle, sowie die teilstationäre und stationäre Hilfe mit 3.700 T€ für 74 Fälle.

Leistungen der Eingliederungshilfe ambulant (§35a) = 1.500.000,- €
Leistungen der Eingliederungshilfe ambulant (§35a) LRS/Dysk. = 10.000,- €
Leistungen der Eingliederungshilfe ambulant (§35a) – Schulbegleitung = 350.000,- €
Leist. d. Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen = 2.500.000,- €
Leist. d. Eingliederungshilfen in teilstationären Einrichtungen = 170.000,- €
Leist. d. Eingliederungshilfen in stationären Einrichtungen (volljährige) = 950.000,- €
Leist. d. Eingliederungshilfen in ambulanten und teilstation. Hilfen (volljährige) = 80.000,- €

Nr. 25:
Veranschlagt sind periodenfremde Erträge auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 26:
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen auf der Basis von Vorjahresergebnissen und dem laufenden Haushaltsvollzug.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	3210	Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Jugendamt	Kai Kuhnert

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Achtes Buch; Bürgerliches Gesetzbuch
Produktbeschreibung	Jugendhilfeplanung; Jugendgerichtshilfe; Amtsvormundschaft; Inobhutnahme; Teilnahme an familiengerichtlichen Verfahren; Adoptionsvermittlung; gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls. Erlaubnis zur Vollzeitpflege; vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise und weiteres Verfahren.
Beteiligte	Extern: Institutionen; Kommunen; Gerichte Intern:
Empfänger	Extern: Personen, die einen Anspruch auf Jugendhilfe haben Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1.050.000	-2.520.000	-287.313,49
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen	-820.000	-190.000	-236.753,44
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			-107.460,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.771,99
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.870.000**	**-2.710.000**	**-633.298,92**
11	Personalaufwendungen	2.059.500	1.801.100	1.660.183,45
12	Versorgungsaufwendungen	163.900	176.300	197.532,17
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	224.200	78.050	52.620,33
14	Abschreibungen	57.000	20.000	37.536,39
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen		75.000	66.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	1.980.000	3.260.500	1.220.815,36
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**4.484.600**	**5.410.950**	**3.234.687,70**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.614.600**	**2.700.950**	**2.601.388,78**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.614.600**	**2.700.950**	**2.601.388,78**
25	Außerordentliche Erträge	-118.000	-15.500	-17.208,36
26	Außerordentliche Aufwendungen	215.000	30.000	61.484,24
27	**Außerordentliches Ergebnis**	**97.000**	**14.500**	**44.275,88**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.711.600**	**2.715.450**	**2.645.664,66**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	835.209	785.057	590.993,16
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**835.209**	**785.057**	**590.993,16**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.546.809**	**3.500.507**	**3.236.657,82**

Teilergebnishaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist die Kostenerstattung der Gemeinden und überörtlichen Trägern für die Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen sowie von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern. Der Ansatz wurde dem laufenden Haushaltsvollzug angepasst.

Nr. 06
Veranschlagt ist der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen. Des weiteren sind Personalkostenerstattungen vom Land für die Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer veranschlagt.

Kostenbeiträge stationär für §§ 33-34, 35a, 41 und § 42 SGB VIII = 455.000,- €
Kostenbeiträge (Drittleistungen) stationär §§ 27-34, 35a und 41 SGB VIII = 85.000,- €
Erstattung von sozialen Leistungen vom Land = 280.000,- €

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, zusätzlich befristete Arbeitsverhältnisse, Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen und drei neue Stellen in den Bereichen Amtsvormundschaft und Beistandschaft.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, und Abordnungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen.

Nr. 13
Veranschlagt sind u. a. Aufwendungen für Lizenzen, Beratungsleistungen in Höhe von 70 T€ sowie für Rechtsanwalts und Gerichtskosten in Höhe von 30 T€ veranschlagt.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibung aktivierter Investitionszuschüsse und Wertberichtigungen von Forderungen.

Teilergebnishaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr. 17
Veranschlagt sind die Mittel für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gemäß §§ 42 und 43 SGB VIII in Höhe von 1.980 T€.
Inobhutnahmen (§ 42) = 1.540 T€
Inobhutnahmen in Bereitschaftspflege (§ 42) = 190.000,- €
Vorläufige Inobhutnahmen umA (§ 42a) = 250.000,- €

Nr. 25
Veranschlagt sind Spenden und periodenfremde Erträge auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzugs.

Nr. 26
Veranschlagt sind periodenfremde Aufwendungen auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung

Haushaltsvermerke:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3120, 3140, 3151, 3170, 3190, 3200 und 3210 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die einzelnen Budgetrichtlinien wird verwiesen. Mehraufwendungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge aus Kostenersatzleistungen und –erstattungen, Transferleistungen sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-120.000	-2.000	-7.375,46	-287.570	-317.570	-30.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-120.000**	**-2.000**	**-7.375,46**	**-287.570**	**-317.570**	**-30.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-120.000**	**-2.000**	**-7.375,46**			

Investitionen Produkt 3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV031 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-2.000	0	0	0	0	0	
2017INV011 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-24.000	0	0	0	0	
2017INV035 Anschaffung neue Fachanwendung	0	-30.000	-287.570	-257.570	-30.000	0	-317.570 -30.000
2017INV036 Anschaffung Lizenzen Prosoz 14Plus	0	-30.000	0	0	0	0	
2017INV037 Büromöbel und sonstige Ausstattung	0	-26.000	0	0	0	0	
2017INV038 Büromaschinen und Organisationsmittel	0	-10.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 3220 Seniorenberatung

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	3220	Seniorenberatung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Soziales	Erika Bartonitz

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Elftes Buch und Hessisches Ausführungsgesetz hierzu; Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
Produktbeschreibung	Altenhilfeplanung, Altenhilfefachberatung: Begleitung und Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten für die Bereiche der stationären, teilstationären und ambulanten Altenpflege und der offenen Altenhilfe; fachliche Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Ausführungsbestimmungen, Rahmenrichtlinien usw.; Bauberatung; Öffentlichkeits-Bildungsarbeit; regionale Fortbildung für Mitarbeiter/-innen; Qualitätssicherung; regelmäßige Herausgabe von Informationsbroschüren. Vernetzungs-, Koordinationsarbeit: u. a. Organisation und Leitung fachbezogener und interdisziplinärer Arbeitskreise auf Kreis- und kommunaler Ebene; Teilnahme bzw. Mitwirkung in fachspezifischen und / oder altenhilfepolitischen Arbeitskreisen / Gremien auf Kreis- und Landesebene. Querschnittaufgaben innerhalb der Kreisverwaltung: Fachbezogene Stellungnahmen zu Altenhilfe-Bauprojekten für das Kreisbauamt; Stellungnahmen zu Anträgen auf Abschluss oder Änderung von Versorgungsverträgen für SGB-XI-Einrichtungen für das Amt für Soziales und die Verbände der Pflegekassen; Mitwirkung an kreisinternen Arbeitsgruppen; Stellungnahmen zu Anträgen politischer Fraktionen und Kreisseniorenbeirat.
Beteiligte	Extern: Referat Altenhilfe des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration; Kommunen des Kreises Bergstraße; Pflegedienste; Einrichtungen der Altenpflege/-hilfe Intern: Ausländerbeauftragte; Gesundheitsamt
Empfänger	Extern: Ältere Bürger/-innen des Kreises Bergstraße; Träger und Einrichtungen der Altenpflege/-hilfe; Dienste in der Altenpflege/-hilfe; Kreisgremien Intern: Dezernenten; Bauen und Umwelt

Teilergebnishaushalt Produkt 3220 Seniorenberatung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-9.660	-104.580	-74.349,21
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-2.334,10
09	Sonstige ordentliche Erträge			-162,11
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-9.660**	**-104.580**	**-76.845,42**
11	Personalaufwendungen	219.200	205.500	206.308,59
12	Versorgungsaufwendungen	12.300	11.900	18.216,12
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.870	72.630	48.710,28
14	Abschreibungen			2.405,22
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	299.000	322.990	197.240,69
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**583.370**	**613.020**	**472.880,90**
20	**Verwaltungsergebnis**	**573.710**	**508.440**	**396.035,48**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			775,74
23	**Finanzergebnis**			**775,74**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**573.710**	**508.440**	**396.811,22**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			12.076,63
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**12.076,63**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**573.710**	**508.440**	**408.887,85**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	112.806	84.099	64.982,54
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**112.806**	**84.099**	**64.982,54**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**686.516**	**592.539**	**473.870,39**

Teilergebnishaushalt Produkt 3220 Seniorenberatung

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt ist der Zuschuss der Pflegekasse für den Pflegestützpunkt.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung und Personaländerungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen aus dem Budget des Amtes für Soziales. Der Ansatz orientiert sich am Ergebnis des Vorjahres.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Deckung des Defizites der Altenpflegeschule mit 84,2 T€ (2016 = 143,4 T€). Ferner sind veranschlagt der Zuschuss an die ganzheitliche Seniorenberatung mit 150 T€ und der Zuschuss für die gerontopsychiatrische Beratungsstelle der Vitos-Klinik mit 60,8 T€.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zuweisungen, Zuschüsse und die Transferaufwendungen der Produkte 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet
und sind gegenseitig deckungsfähig. Auf die entsprechende Budgetrichtlinie wird verwiesen. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten können in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilergebnishaushalt THH 04 - Gesundheit und Sport

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.000	-1.900	-2.412,32
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-252.000	-224.000	-303.280,78
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-610.000	-5.000	-82,83
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen		-600.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-3.000	-3.000	-3.288,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-35.200	-35.200	
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.493,87
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-902.200**	**-869.100**	**-310.557,80**
11	Personalaufwendungen	2.984.600	2.416.900	2.301.132,79
12	Versorgungsaufwendungen	145.900	130.600	167.863,69
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.000	88.750	65.809,61
14	Abschreibungen	51.800	40.600	22.099,81
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	292.539	288.411	281.220,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			14.531,22
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.626.839**	**2.965.261**	**2.852.657,12**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.724.639**	**2.096.161**	**2.542.099,32**
21	Finanzerträge	-8.610	-9.000	
22	Finanzaufwendungen	8.610	9.000	
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.724.639**	**2.096.161**	**2.542.099,32**
25	Außerordentliche Erträge			-2.150,50
26	Außerordentliche Aufwendungen			331,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-1.819,10**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.724.639**	**2.096.161**	**2.540.280,22**
29	Sekundäre Erträge			-553.714,72
30	Sekundäre Aufwendungen	743.162	652.733	530.565,60
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**743.162**	**652.733**	**-23.149,12**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.467.801**	**2.748.894**	**2.517.131,10**

Teilfinanzhaushalt THH 04 - Gesundheit und Sport

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	3.000.000					
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	5.100					
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**3.005.100**					
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.026.600	-15.000	-7.950,78			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.026.600**	**-15.000**	**-7.950,78**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-21.500**	**-15.000**	**-7.950,78**			

Produktbeschreibung Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Produktbereich	07	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	4011	Gesundheitshilfen und Prävention

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheitsamt	Dr. Sabine Güssow

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch; Hessisches Schulgesetz; Verordnung zum Schulgesetz; Bundesimmissionsschutzgesetz; Vereinbarung zwischen Landesärztekammer Hessen und Hessischem Landkreistag; Heilpraktikergesetz; Betreuungsgesetz; Vormundschaftsgesetz; Sozialgesetzbuch; Hessisches Freiheitsentziehungsgesetz; Hessisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst
Produktbeschreibung	Amtsärztliche, medizinische und sozialmedizinische Begutachtung; Beratung psychisch Kranker und ihrer Angehörigen; Krisenintervention; aufsuchende Hilfe und Betreuung für gefährdete Personen vor Ort; Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz; Beratung von Personen mit (drohenden) Behinderungen; Entwicklungsdiagnostik bei Kleinkindern; Schulärztliche Untersuchung; Teilnahme an Helferkonferenzen; Gelbfieberimpfstelle; Sonderimpfaktionen; reisemedizinischer und allgemeiner Impfberatungsdienst; Präventionsprojekte; Mitwirkung Bauleitplanung; Gesundheitsberichterstattung; Öffentlichkeits- und Projektarbeit; Heilpraktikerüberprüfung; amtsärztliche Leichenschau; Aufsicht Medizinalpersonen.
Beteiligte	Extern: Fachgutachter; Labore; Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt; Ordnungsämter Intern:
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Behörden; Institutionen; kreisangehörige Kommunen; Staatliches Schulamt; Antragssteller; Gerichte Intern: Auftraggeber (Abteilungen Personal und Organisation; Soziales; Ausländer und Migration; Bauen und Umwelt, Ordnungs- und Gewerbewesen; Straßenverkehrswesen; Jugendamt); Eigenbetrieb Neue Wege; Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.000	-1.900	-2.412,32
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-122.000	-101.000	-130.039,67
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-610.000	-5.000	-82,83
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen		-600.000	
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-3.000	-3.000	-3.288,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-35.200	-35.200	
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.128,57
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-772.200**	**-746.100**	**-136.951,39**
11	Personalaufwendungen	1.792.000	1.574.600	1.546.496,27
12	Versorgungsaufwendungen	92.100	112.300	126.815,68
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	111.900	52.150	42.087,75
14	Abschreibungen	35.200	39.200	5.431,45
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	187.539	183.411	179.113,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.218.739**	**1.961.661**	**1.899.944,15**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.446.539**	**1.215.561**	**1.762.992,76**
21	Finanzerträge	-8.610	-9.000	
22	Finanzaufwendungen	8.610	9.000	
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.446.539**	**1.215.561**	**1.762.992,76**
25	Außerordentliche Erträge			-1.950,50
26	Außerordentliche Aufwendungen			315,00
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-1.635,50**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.446.539**	**1.215.561**	**1.761.357,26**
29	Sekundäre Erträge			-553.714,72
30	Sekundäre Aufwendungen	422.771	431.919	331.093,77
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**422.771**	**431.919**	**-222.620,95**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.869.310**	**1.647.480**	**1.538.736,31**

Teilergebnishaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Erläuterungen:

Nr. 01
Veranschlagt sind die Entgelte für Impfungen.

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebühren für amtsärztliche Zeugnisse, gerichtsärztliche Gutachten, Heilpraktikerprüfungen und schulärztliche Untersuchungen. Die Ansätze orientieren sich am Vorjahresergebnis.

Nr. 03
Veranschlagt ist der Kostenersatz der Eigenbetriebe. Hiervon entfallen im Rahmen der Schulträgerschaft 600,0 T€ auf den Eigenbetrieb „Schule und Gebäudewirtschaft“ .

Nr. 05
Aufgrund der Kostenerstattung unter Nr. 03 entfällt die anteilige Schulumlage.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Spenden für die Projekte des Gesundheitsamtes und die Landeszuweisung für die Gesundheitskonferenz Darmstadt.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, Arbeitszeiterhöhungen, befristete Arbeitsverhältnisse im Bereich Hygienekontrolle und der Schaffung drei neuer Stellen im amtsärztlichen Dienst und im Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienst.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen aus dem Budget des Gesundheitsamtes. Der Mehrbedarf entsteht durch

- die Beschaffung von Verbrauchsmaterial für den Schulzahnärztlichen Dienst mit 20.000 €,
- die Fortbildungsmaßnahmen für vier Ärzte und einen Gesundheitsaufseher einschließlich Reisekosten mit 26.900 € und
- zusätzliche Wartungskosten für die neu angeschafften Seh- und Hörtestgeräte mit 500 €

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus dem Anlagevermögen.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen an die psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen unter Berücksichtigung einer Tariferhöhung.

Teilergebnishaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 4011 und 4020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Auszahlungen bei dem Sachkonto 0358000 (Geleistete Investitionszuschüsse an übrige Bereiche) können zu Lasten des Ansatzes bei dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) geleistet werden.
Die Ansätze der Aufwendungen der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) im Produkt 4011 sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehrerträge aus Spenden können für Mehraufwendungen des Budgets verwendet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015	VE
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen				
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV				
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	5.100			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**5.100**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen				
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-23.600	-12.000	-4.352,96	
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen				
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-23.600**	**-12.000**	**-4.352,96**	
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-18.500**	**-12.000**	**-4.352,96**	

Investitionen Produkt 4011 Gesundheitshilfen und Prävention

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV021 Gesundheitsprävention; U.- und Laborgeräte	-10.000	-10.000	0	-5.000	-5.000	-5.000	
2016INV007 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	-2.000	0	0	0	0	0	
2017INV007 Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0	-3.800	0	0	0	0	
2017INV043 Anschaffung technischer Geräte für Schuleingangsun	0	-9.800	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Produktbereich	07	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	4020	Gesundheitsschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Gesundheitsamt	Dr. Sabine Güssow

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Infektionsschutzgesetz; Trinkwasserverordnung 2001; Bundesimmissionsschutzgesetz
Produktbeschreibung	Durchführung Infektionsschutzgesetz; Überwachung von Infektionskrankheiten und Seuchenabwehr; hygienische und umwelthygienische Begutachtung; Überwachung der Trinkwasserversorgung
Beteiligte	Extern: Ordnungsämter; Fachgutachter; Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt; Labore Intern:
Empfänger	Extern: Auftraggeber; Kreisbevölkerung; Institutionen; Behörden; kreisangehörige Kommunen; Gerichte; Ärzte; Betreiber von Einrichtungen Intern: Soziales; Ausländer und Migration; Ordnungs- und Gewerbewesen; Jugendamt

Teilergebnishaushalt Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-130.000	-123.000	-173.241,11
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-287,99
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-130.000**	**-123.000**	**-173.529,10**
11	Personalaufwendungen	1.147.000	799.700	714.091,40
12	Versorgungsaufwendungen	40.000	9.800	32.361,14
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.100	33.600	23.157,51
14	Abschreibungen	1.600	1.400	1.627,68
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			14.531,22
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.225.700**	**844.500**	**785.768,95**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.095.700**	**721.500**	**612.239,85**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.095.700**	**721.500**	**612.239,85**
25	Außerordentliche Erträge			-200,00
26	Außerordentliche Aufwendungen			16,40
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-183,60**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.095.700**	**721.500**	**612.056,25**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	294.353	194.801	181.675,01
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**294.353**	**194.801**	**181.675,01**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.390.053**	**916.301**	**793.731,26**

Teilergebnishaushalt Produkt 4020 Gesundheitsschutz

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge für die Besichtigungen und Belehrungen von Einrichtungen und Veranstaltungen. Die Ansätze wurden entsprechend des Haushaltsvollzuges gebildet.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung, Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung, Arbeitszeiterhöhungen und zwei neue Stellen im Bereich der Infektions- und Umwelthygiene.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des Gesundheitsamtes.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Abschreibungen aus dem Sachanlagevermögen des Gesundheitsamtes.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 4011 und 4020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbeschreibung Produkt 4040 Sportförderung

Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	421	Förderung des Sports
Produkt	4040	Sportförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	Elke Ditzenbach

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Vereinsförderrichtlinien des Kreises; Förderung "Tag des Sports"; Sonderprogramm "Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen"; Sonderprogramm "Sportübungsleiter"
Produktbeschreibung	Zuschüsse zu den Betriebs- und Unterhaltungskosten von vereinseigenen Turn- und Sporthallen; Zuschuss für die Ausrichtung des "Tag des Sports"; Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen; Zuschüsse für die Ausbildung von Sportübungsleitern.
Beteiligte	Extern: Sportkreis Bergstraße; Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Hessische Staatskanzlei Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; kreisangehörige Vereine; kreisangehörige Kommunen; Kreisverbände Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 4040 Sportförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-77,31
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-77,31**
11	Personalaufwendungen	45.600	42.600	40.545,12
12	Versorgungsaufwendungen	13.800	8.500	8.686,87
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.000	3.000	564,35
14	Abschreibungen	15.000		15.040,68
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	105.000	105.000	102.107,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**182.400**	**159.100**	**166.944,02**
20	**Verwaltungsergebnis**	**182.400**	**159.100**	**166.866,71**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**182.400**	**159.100**	**166.866,71**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**182.400**	**159.100**	**166.866,71**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	26.038	26.013	17.796,82
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**26.038**	**26.013**	**17.796,82**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**208.438**	**185.113**	**184.663,53**

Teilergebnishaushalt Produkt 4040 Sportförderung

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget der Abteilung L-1/1.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von investiven Zuweisungen.

Nr. 15
Veranschlagt sind die Zuweisungen an Sportvereine, die auch für investive Förderung verwendet werden können.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1010, 1030, 1040, 1210 und 4040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) der Produkte 1210 und 4040 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind übertragbar.
Auszahlungen für Investitionszuweisungen können zu Lasten des Ansatzes für Zuweisungen und Zuschüsse geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 4040 Sportförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-3.000,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-3.000,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-3.000,00**			

Teilfinanzhaushalt Produkt 4120 Medizinisches Versorgungszentrum

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	3.000.000					
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**3.000.000**					
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.000.000					
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.000.000**					
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**						

Investitionen Produkt 4120 Medizinisches Versorgungszentrum

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2017INV042 Einrichtung eines mediz. Versorgungszentrums	0	-3.000.000	0	0	0	0	

Teilergebnishaushalt THH 05 - Gestaltung der Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-700	-900	-693,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.096.950	-2.088.000	-2.024.527,23
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-107.501	-93.000	-53.126,60
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-2.875.700	-2.782.100	-2.851.273,98
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-740.000	-632.000	-551.685,30
09	Sonstige ordentliche Erträge	-9.830	-10.100	-37.123,55
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-5.830.681**	**-5.606.100**	**-5.518.429,66**
11	Personalaufwendungen	5.385.600	5.251.500	4.873.533,31
12	Versorgungsaufwendungen	708.200	680.200	697.032,35
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.091.287	6.196.307	3.268.597,54
14	Abschreibungen	1.527.400	1.340.400	1.517.653,72
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	1.530.810	1.545.810	1.503.000,31
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	895.000	871.000	495.412,67
17	Transferaufwendungen	3.000		3.000,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**18.141.297**	**15.885.217**	**12.358.229,90**
20	**Verwaltungsergebnis**	**12.310.616**	**10.279.117**	**6.839.800,24**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**12.310.616**	**10.279.117**	**6.839.800,24**
25	Außerordentliche Erträge			-9.563,22
26	Außerordentliche Aufwendungen		557.000	3.322.480,12
27	**Außerordentliches Ergebnis**		**557.000**	**3.312.916,90**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**12.310.616**	**10.836.117**	**10.152.717,14**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	2.480.283	1.919.664	1.541.182,46
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**2.480.283**	**1.919.664**	**1.541.182,46**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**14.790.899**	**12.755.781**	**11.693.899,60**

Teilfinanzhaushalt THH 05 - Gestaltung der Umwelt

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.463.900	1.120.000	1.036.737,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**2.463.900**	**1.120.000**	**1.036.737,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	6.998,95			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.630.000	-2.320.000	-3.232.526,99	-2.321.000	-30.969.500	-16.386.360
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.297.500	-1.293.860	-1.042.221,98			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-6.992.500**	**-3.678.860**	**-4.267.750,02**	**-2.321.000**	**-30.969.500**	**-16.386.360**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-4.528.600**	**-2.558.860**	**-3.231.013,02**			

Produktbeschreibung Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5010	Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Claudia Bolte

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Raumordnungsgesetz; Hessisches Landesplanungsgesetz; Staatsvertrag der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet (01.01.2006); Vereinbarungen auf regionaler Ebene
Produktbeschreibung	Alle Aufgabenfelder im Bereich der übergeordneten und überörtlichen Planung, die den Kreis Bergstraße als Teil des Verbandes Region Rhein-Neckar und der Planungsregion Südhessen in der regionalen Entwicklung berühren. Bewertung von regionalen Planungskonzepten, Fachplanungen und kommunaler Bauleitplanung. Das Produkt umfasst darüber hinaus alle Maßnahmen im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität, die der Entwicklung des Kreises Bergstraße innerhalb der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar förderlich sind.
Beteiligte	Extern: Beteiligungsunternehmen; Kommunen; Verbände Intern: Alle Fachabteilungen; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Planungsträger; Regierungspräsidium Darmstadt; Verband Region Rhein-Neckar; Kreisgremien Intern: Verwaltungsführung; Fachabteilungen

Teilergebnishaushalt Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-85.000		
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-85.000**		
11	Personalaufwendungen	96.200	110.600	82.652,39
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	227.050	16.850	2.182,84
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	250.000	250.000	244.537,50
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**573.250**	**377.450**	**329.372,73**
20	**Verwaltungsergebnis**	**488.250**	**377.450**	**329.372,73**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**488.250**	**377.450**	**329.372,73**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			1.191,03
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**1.191,03**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**488.250**	**377.450**	**330.563,76**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	51.286	31.845	33.529,51
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**51.286**	**31.845**	**33.529,51**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**539.536**	**409.295**	**364.093,27**

Teilergebnishaushalt Produkt 5010 Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit

Erläuterungen:

Nr. 07
Als Bundeszuwendung erhält der Kreis für die Umsetzung des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) für das Haushaltsjahr 2017 eine Zuwendung in Höhe von 85,0 T€. Für das Haushaltsjahr 2018 steht eine weitere Bundeszuwendung in Höhe von 115 ,0 T€ zur Verfügung. Siehe auch Nr. 13.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt ist das anteilige Budget der Abteilung Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz. Ein Mehrbedarf von 100.000 € entsteht für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung eines regionalen Entwicklungsprozesses. Darüber hin aus entsteht ein Mehrbedarf von 100.000 € entsteht durch die Begleitung und Abwicklung eines Modellvorhabens der Raumordnung (MORO). Siehe auch Nr. 07

Nr. 16
Veranschlagt ist die Umlage für den Verband Region Rhein-Neckar.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5010, 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Der Ansatz des Sachkontos 6779000 in Höhe von 100.000 € ist nicht Teil des Budgets und darf nur Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung des regionalen Entwicklungsprozesses verwendet werden.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5020	Dorf- und Regionalentwicklung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Ernst Seeger

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Programme, Richtlinien und Dienstanweisungen von EU, Bund und Land (jeweils zuständiges Ministerium; Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) zur Förderung der ländlichen Entwicklung; Vertrag Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen
Produktbeschreibung	Dorfentwicklung, Regionalentwicklung, Ländlicher Tourismus: Beratung; Entscheidungen zur Förderung kommunaler und privater Maßnahmen sowie Abwicklung des Bewilligungsverfahrens als Bewilligungsstelle, u. a. Bewilligungs- und Auszahlungsbescheide.
Beteiligte	Extern: Antragsteller; Planer; Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen; Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Intern: Denkmalschutz; Bauen und Umwelt
Empfänger	Extern: Antragsteller; Bevölkerung; kreisangehörige Kommunen; sonstige Institutionen Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-16,80
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-362.700	-362.000	-362.653,14
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-557,21
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-362.700**	**-362.000**	**-363.227,15**
11	Personalaufwendungen	491.700	472.400	437.791,28
12	Versorgungsaufwendungen	65.200	63.500	62.613,26
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.000	9.100	11.013,93
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**570.900**	**545.000**	**511.418,47**
20	**Verwaltungsergebnis**	**208.200**	**183.000**	**148.191,32**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**208.200**	**183.000**	**148.191,32**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**208.200**	**183.000**	**148.191,32**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	153.007	131.014	110.138,01
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**153.007**	**131.014**	**110.138,01**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**361.207**	**314.014**	**258.329,33**

Teilergebnishaushalt Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget der Abteilung Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5010, 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV		-50.000			-50.000	-50.000
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**		**-50.000**			**-50.000**	**-50.000**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**		**-50.000**				

Investitionen Produkt 5020 Dorf- und Regionalentwicklung

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2016INV042 WLAN-Zuschuss an Kommunen	-50.000	0	0	0	0	0	-50.000 -50.000

Produktbeschreibung Produkt 5030 Bauleitplanung

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5030	Bauleitplanung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Anja Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Europarechtsanpassungsgesetz Bau; Baugesetzbuch; Baunutzungsverordnung; Hessische Bauordnung
Produktbeschreibung	Beratung der Kommunen zu Planverfahren. Leistungen: Stellungnahmen zu Bauleitplanentwürfen und zu Fachplanungen sowie Bündelung (Zusammenfassung) der von den hausinternen Fachstellen abgegebenen Bewertungen als Träger öffentlicher Belange. Beratung der Kommunen und Planungsstellen zu städtebau- und städtebaurechtlichen Planungen; Moderation.
Beteiligte	Extern: Beteiligungsunternehmen Intern: Alle Fachabteilungen; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Kommunen; Projektbeauftragte und sonstige Fachplanungsstellen; Kreisgremien Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz; Finanz- und Rechnungswesen
Vereinbarte Ziele	Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen	77 %	80 %	80 %
Kennzahl (absolut):	85 / 111	80 / 100	80 / 100

Teilergebnishaushalt Produkt 5030 Bauleitplanung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-256,52
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-256,52**
11	Personalaufwendungen	245.500	229.700	104.248,31
12	Versorgungsaufwendungen	30.800	29.400	28.824,60
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.000	5.000	2.548,97
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**281.300**	**264.100**	**135.621,88**
20	**Verwaltungsergebnis**	**281.300**	**264.100**	**135.365,36**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**281.300**	**264.100**	**135.365,36**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**281.300**	**264.100**	**135.365,36**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	88.585	64.845	35.402,57
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**88.585**	**64.845**	**35.402,57**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**369.885**	**328.945**	**170.767,93**

Teilergebnishaushalt Produkt 5030 Bauleitplanung

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung und Änderung hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget der Abteilung Bauaufsicht und Umwelt.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5051, 5080, 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	5040	Geoinformationssystem (GIS)

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Moderne Verwaltung, E-Government und IT	Thomas Wieland

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreisausschusses
Produktbeschreibung	Planung, Betrieb und Weiterentwicklung des Graphischen Informationssystems mit "Bürger GIS" und "Intranet-GIS" Kreis Bergstraße. Leistungen: Pflege und Bereitstellung von raumbezogenen Daten, wie z. B. automatisiertes Liegenschaftskataster, Umweltpläne, Bebauungsplankataster mit Darstellung der Flächennutzungspläne und der Bebauungspläne der Kommunen etc.; Datenbeschaffung und Datenpflege und Systemadministration.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Wirtschaftsförderung; Regierungspräsidium Darmstadt; Fachstellen; Beteiligungsunternehmen Intern: Alle Fachabteilungen; Eigenbetriebe
Empfänger	Extern: Bevölkerung; Kommunen; Planungs- und Ingenieurbüros; Kreisgremien Intern: Alle Fachabteilungen
Vereinbarte Ziele	Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
1 a) Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS	735.045	800.000	800.000
1 b) Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)	99 %	98 %	98 %
Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll	8.695 / 8.760 2.335 / 2.350	8.585 / 8.760 2.303 / 2.350	8.585 / 8.760 2.303 / 2.350

Sonstige Erläuterungen

Im GIS enthaltene Daten: Geo- und Naturpark (Standorte, Wanderparkplätze, Jugendzeltplätze); öffentliche Einrichtungen (Kindergärten, Apotheken, Rettungswachen, Krankenhäuser, Schulen); Solarenergiestandorte; Naturschutz (Naturschutz-, Vogelschutz- und FFH-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete); Grundwasser (Bemessungsgrundwasserstände Ried, Wassergewinnungsanlagen); Hochwasser (Hochwasserschutzkarte; Wasserschutzgebiete); Bebauungspläne; Flächennutzungspläne; Geobasisdaten des Hessischen Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation (Atkis-Karten, topographische Karten) und touristische Themenkarten (Nibelungensteig, Hessische Milch-Käse-Straße). Erneuerbare Energien: Windenergievorrangflächen (Standorte) mit Windpotenzialkarte und 3D-Visualisierung. Aufnahme von Daten kreisübergreifend (z. B. für touristische Themen) und Ausbau um öffentlich-soziale Einrichtungen / Erweiterung Sozial-Atlas um die Kategorien Integration sowie Kinder- und Jugendhilfe. Die Daten über die Kampfmittel sowie den Regionalplan Südhessen sind nur über einen passwortgeschützten Zugang zu erreichen. Umgesetzte Projekte: Erweiterung des Datenbestands in den Bereichen Kultur, Denkmäler, Geopark. Austausch des kompletten Datenbestands (Geobasisdaten, Luftbilder, Geländemodelle), Erstellung einer Schnittstelle WGS21/WebOffice für wassergefährdende Stoffe (Wasserschutz), Erstellung einer Lageplankarte für den Hessentag in Bensheim für das mobile WebOffice. Planung: Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Beantragung von Fördermitteln beim KIKZ-Hessen. Umsetzung INSPIRE-Konformität und Anbindung an den INSPIRE-Umsetzer der GDI-Südhessen.

Teilergebnishaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			
11	Personalaufwendungen	7.500	12.900	38.130,94
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	92.000	86.000	54.738,74
14	Abschreibungen	10.000	10.000	1.880,89
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**109.500**	**108.900**	**94.750,57**
20	**Verwaltungsergebnis**	**109.500**	**108.900**	**94.750,57**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**109.500**	**108.900**	**94.750,57**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**109.500**	**108.900**	**94.750,57**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	9.222	14.646	13.463,23
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**9.222**	**14.646**	**13.463,23**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**118.722**	**123.546**	**108.213,80**

Teilergebnishaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 13
Veranschlagt ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget der Abteilung L-1/4.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagenvermögens.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen au der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1070 und 5040 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-7.500	-7.500	-4.998,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-7.500**	**-7.500**	**-4.998,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-7.500**	**-7.500**	**-4.998,00**			

Investitionen Produkt 5040 Geoinformationssystem (GIS)

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2009INV013 GIS Lizenzen	-7.500	-7.500	0	-25.000	-15.000	-15.000	

Produktbeschreibung Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	521	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	5051	Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Ute Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Baugesetzbuch; Baunutzungsverordnung; Hessische Bauordnung; Wohnungseigentumsgesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Verwaltungsvollstreckungsgesetz; Verwaltungsverfahrensgesetz; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten; DIN-Normen; Sonderbauvorschriften; Technische Baubestimmungen; Erlasse; Wohnraumförderungsgesetz; Wohnflächenverordnung; Förderrichtlinien; II. Wohnungsbaugesetz
Produktbeschreibung	Durchführung von Baugenehmigungsverfahren; Überwachung der Genehmigungsfreistellungsverfahren; Bauberatung; Erlass von bau- und ordnungsrechtlichen Verfügungen zur Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften; Durchführung von Widerspruchs- und Ordnungswidrigkeitsverfahren; Beratung über die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum (einkommensschwache Familien, Zuschüsse für behindertengerechten Umbau) und Förderung des sozialen Wohnbaus (Beratung Förderanträge für die Schaffung von sozialem Mietwohnraum); Landeswohnbauförderung und deren Kontingentüberwachung.
Beteiligte	Extern: Antragsteller; Planer; kreisangehörige Kommunen; Fachstellen; Statiker / Prüfingenieure; Kreisbevölkerung; Regierungspräsidium Darmstadt; Landestreuhandstelle Hessen Intern: Wasser- und Naturschutz; Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz; Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; Antragsteller; Investoren; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung; Regierungspräsidium Darmstadt; kreisangehörige Kommunen Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft
Vereinbarte Ziele	Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)	70	max. 60	max. 60

Teilergebnishaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.950.000	-1.935.000	-1.918.381,61
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-25.000	-25.000	-17.124,74
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-812,92
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.975.000**	**-1.960.000**	**-1.936.319,27**
11	Personalaufwendungen	1.912.400	1.844.400	1.781.760,82
12	Versorgungsaufwendungen	90.600	87.800	91.346,67
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	215.150	132.650	26.233,43
14	Abschreibungen	25.000	25.000	33.654,59
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**2.243.150**	**2.089.850**	**1.932.995,51**
20	**Verwaltungsergebnis**	**268.150**	**129.850**	**-3.323,76**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**268.150**	**129.850**	**-3.323,76**
25	Außerordentliche Erträge			-2.420,13
26	Außerordentliche Aufwendungen			1.608,93
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-811,20**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**268.150**	**129.850**	**-4.134,96**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	707.005	506.784	484.360,76
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**707.005**	**506.784**	**484.360,76**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**975.155**	**636.634**	**480.225,80**

Teilergebnishaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebührenerträge sowie die Buß- und Zwangsgelder der Bauaufsicht auf Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen und die Schaffung einer neuen Stelle in der Bauaufsicht.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung Bauaufsicht und Umwelt. Der Mehrbedarf entsteht durch die Digitalisierung von Akten im Rahmen der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems.

Nr. 14
Veranschlagt sind die Wertberichtigungen von Forderungen.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5051,5080, 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-346,53			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-346,53**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-346,53**			

Produktbeschreibung Produkt 5070 Denkmalschutz

Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	523	Denkmalschutz und -pflege
Produkt	5070	Denkmalschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Rolf Pfeifer

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Denkmalschutzgesetz; Durchführungserlasse
Produktbeschreibung	Beratung; denkmalschutzrechtliche Entscheidungen (Genehmigungen, Zustimmungen bei bauaufsichtlichen Verfahren); Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB); Auskünfte und Bescheinigungen.
Beteiligte	Extern: Antragsteller; Planer; Ausführende; Landesamt für Denkmalpflege Hessen; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst Intern:
Empfänger	Extern: Antragsteller; Bürger/-innen; Städte und Gemeinden; sonstige Institutionen Intern: Bauen und Umwelt; TÖB-Stelle
Vereinbarte Ziele	Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen	0,21 %	max. 1 %	max. 1 %
Kennzahl (absolut):	11 / 5.250	max. 52 / 5.250	max. 57 / 5.750

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Entsprechend der Zielvereinbarung, den Anteil der untergegangenen Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen auf max. 1 % zu begrenzen, ändert sich die Kennzahl abhängig vom aktuellen Stand der erkannten Kulturdenkmäler oder Gesamtanlagen.
Ziel des Denkmalschutzes ist es, die Kulturdenkmäler als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung nach Maßgabe des Hessischen Denkmalschutzgesetzes zu schützen und zu erhalten sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landschaftspflege einbezogen werden.
Eine Beeinflussung der Zahl der Abbruchanträge ist nur bedingt möglich, wohingegen die Steuerung der Zahl der Abbruch-Genehmigungen abhängig ist vom Zustand des Kulturdenkmals und des zumutbaren Aufwands zur Erhaltung.
Weiteres Steuerungspotential: Es ist hervorzuheben, dass die Baukultur einen stets höher werdenden Stellenwert erhält, vor allem in Anbetracht immer geringer werdender freier, für Baumaßnahmen nutzbarer Flächen. Besonders sog. Bauen im Bestand, also die Innenentwicklung vor Außenentwicklung, u.a. durch Baulückenfüllung bzw. Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, die den Flächenverbrauch minimiert, ist für die nachhaltige Entwicklung der entscheidende Lösungsweg und betrifft oftmals Gebäude, die denkmalgeschützt sind.

Sonstige Erläuterungen

Strukturdaten Stand Juni 2016:
a) ca. 2.750 Einzeldenkmäler
b) 101 Gesamtanlagen mit geschätzt ca. 2.500 prägenden Gebäuden, die selbst keine Kulturdenkmäler sind.
Für den Bereich der Bergstraße (Städte Bensheim, Heppenheim, Zwingenberg) liegt seit 2004 eine Denkmaltopographie vor. Im östlichen Teil des Kreises (Odenwald), insbesondere im Neckartal, und im westlichen Kreisbereich (Ried) ist die Inventarisierung der Kulturdenkmäler durch das Landesamt für Denkmalpflege Hessen noch nicht abgeschlossen. Die dort existierenden Arbeitslisten werden ständig nach dem Stand der Erfassung aktualisiert.

Teilergebnishaushalt Produkt 5070 Denkmalschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-450		-839,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-1.300	-1.300	-587,63
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.750**	**-1.300**	**-1.426,63**
11	Personalaufwendungen	334.000	327.200	332.551,98
12	Versorgungsaufwendungen	65.200	63.500	66.031,74
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.420	14.920	3.881,25
14	Abschreibungen			100,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**414.620**	**405.620**	**402.564,97**
20	**Verwaltungsergebnis**	**412.870**	**404.320**	**401.138,34**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**412.870**	**404.320**	**401.138,34**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**412.870**	**404.320**	**401.138,34**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	110.104	105.809	84.397,01
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**110.104**	**105.809**	**84.397,01**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**522.974**	**510.129**	**485.535,35**

Teilergebnishaushalt Produkt 5070 Denkmalschutz

Erläuterungen:

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5010, 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Auszahlungen für investive Zuweisungen können zu Lasten der Mittel für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71, Nr. 15) geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	5080	Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Mark Schneider

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundes-Immissionsschutzgesetz; Schornsteinfeger-Handwerksgesetz; Baugesetzbuch; Hessische Bauordnung; Gaststättengesetz; Kehr- und Überprüfungsordnung; Hessisches Verwaltungskostengesetz; Verwaltungsgerichtsordnung; Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz; Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Produktbeschreibung	Immissionsschutzrechtliche Verfahren und Stellungnahmen; Verfahren im Schornsteinfegerwesen (Fachaufsicht); Kehrbezirksüberprüfungen; Ordnungswidrigkeitsverfahren; Beitreibungsverfahren bei ausstehenden Kehrgebühren im Schornsteinfegerwesen; Beratung in technischen und rechtlichen Angelegenheiten; Widerspruchsverfahren.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger; Fachstellen; Gutachter; Regierungspräsidium Darmstadt Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien; Finanz- und Rechnungswesen
Empfänger	Extern: Antragsteller; Grundstückseigentümer; Betreiber von Anlagen; Kreisbevölkerung; Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger; Planer / Architekten Intern: Fachabteilungen
Vereinbarte Ziele	Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)	42	max. 50	max. 50

Teilergebnishaushalt Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-25.000	-15.000	-35.514,23
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-8.000	-8.000	
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-33.000**	**-23.000**	**-35.514,23**
11	Personalaufwendungen	98.000	93.200	100.032,89
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.400	11.410	1.452,41
14	Abschreibungen	5.000	400	5.717,68
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**114.400**	**105.010**	**107.202,98**
20	**Verwaltungsergebnis**	**81.400**	**82.010**	**71.688,75**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**81.400**	**82.010**	**71.688,75**
25	Außerordentliche Erträge			-794,25
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-794,25**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**81.400**	**82.010**	**70.894,50**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	82.475	47.786	51.982,85
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**82.475**	**47.786**	**51.982,85**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**163.875**	**129.796**	**122.877,35**

Teilergebnishaushalt Produkt 5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern auf der Basis des aktuellen Haushaltsvollzuges.

Nr. 03
Veranschlagt sind Kostenerstattungen aus Ersatzvornahmen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen des Budgets der Abteilung Bauaufsicht und Umwelt.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5051,5080 und 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	542	Kreisstraßen
Produkt	5090	Verwaltung der Kreisstraßen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Carmen Schmidt

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessisches Straßengesetz; Bundesfernstraßengesetz; Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzausgleichsgesetz; Eisenbahnkreuzungsgesetz; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Landkreisordnung; Vergabevorschriften; Gemeindehaushaltsverordnung; Baugesetzbuch; Straßenverkehrsordnung; Hessisches Naturschutzgesetz; Hessisches Wassergesetz
Produktbeschreibung	Abwicklung der Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie der Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen; Beantragung von Fördermitteln; Bereitstellung und Verwaltung der Mittel; Erstellen von Verwendungsnachweisen; Grundstücksverkehr; Abschluss von Verträgen über Gemeinschaftsmaßnahmen; Durchführung von straßenverkehrsrechtlichen Verfahren und Stellungnahmen zu straßenverkehrsrechtlichen Verfahren bei Bundes- und Landesstraßen.
Beteiligte	Extern: Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung; Hessisches Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen; kreisangehörige Kommunen Intern: Öffentlicher Personennahverkehr; Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Bauen und Umwelt; Straßenverkehrswesen; Behindertenbeauftragter; Gefahrenabwehr; Eigenbetrieb Rettungsdienst
Empfänger	Extern: Kreisbevölkerung; kreisangehörige Kommunen Intern:
Vereinbarte Ziele	Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2016)	3,92	3,79	3,92

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zustandsklasse 1,00 - 1,49 (besser als 1,5-Wert), Zustandsklasse 1,50 - 3,49 (1,5-Wert überschritten), Zustandsklasse 3,50 - 4,49 (Warnwert überschritten), Zustandsklasse 4,50 - 5,00 (Schwellenwert überschritten).

Teilergebnishaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-10.000	-5.000	-28.214,88
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-200.000	-200.000	-211.800,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-600.000	-600.000	-418.227,36
09	Sonstige ordentliche Erträge	-3.530	-3.800	-24.325,34
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-813.530**	**-808.800**	**-682.567,58**
11	Personalaufwendungen	47.100	46.800	48.127,33
12	Versorgungsaufwendungen	37.100	35.700	37.627,26
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.650.000	1.600.000	1.525.530,54
14	Abschreibungen	1.250.000	1.100.000	1.248.586,91
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	20.000	35.000	15.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**3.004.200**	**2.817.500**	**2.874.872,04**
20	**Verwaltungsergebnis**	**2.190.670**	**2.008.700**	**2.192.304,46**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**2.190.670**	**2.008.700**	**2.192.304,46**
25	Außerordentliche Erträge			-6.348,84
26	Außerordentliche Aufwendungen		557.000	3.018.390,08
27	**Außerordentliches Ergebnis**		**557.000**	**3.012.041,24**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**2.190.670**	**2.565.700**	**5.204.345,70**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	113.484	151.638	44.738,74
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**113.484**	**151.638**	**44.738,74**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.304.154**	**2.717.338**	**5.249.084,44**

Teilergebnishaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt ist der Ertrag aus der Kostenerstattung von Städten und Gemeinden aus Kooperationsmaßnahmen.

Nr. 07
Veranschlagt ist die FAG-Zuweisung für Kreisstraßen. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Nr. 08
Veranschlagt ist die aus der GVFG-Förderung gebildeten Sonderposten.

Nr. 09
Veranschlagt sind der Pachtzins für landwirtschaftlich nutzbare Flächen, Nutzungsentschädigungen und Schadensersatzleistungen auf Basis des aktuellen Haushaltsvollzuges.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb, die Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen sowie die anteiligen Sachaufwendungen aus dem Budget des Finanz- und Rechnungswesens. Die Ansätze beinhalten die Aufwendungen für punktuelle Instandsetzungen (+ 50 T€). Rissesanierungen, Fahrbahnmarkierung, Bankettregulierung, Schutzplankeninstandsetzung, Beschilderung, Gehölzpflege, Mäharbeiten, Instandsetzung von Lichtzeichenanlagen sowie die Jahrespauschale für Hessen-Mobil.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung des Anlagen- und Infrastrukturvermögens der Kreisstraßen.

Nr. 15
Veranschlagt ist der Zuschuss für Neckarfähre an der K 205. Nach der Instandsetzung der Fähre im vergangenen Jahr, kann der Ansatz reduziert werden.

Nr. 26
Nach Abschluss des Abstufungsprogramms entstehen zukünftig keine Vermögensverluste mehr.

Teilergebnishaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1170, 1181, 5090, 6010 und 6020 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	383.900	300.000	715.000,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**383.900**	**300.000**	**715.000,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-65.000	-65.000	6.998,95			
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.630.000	-2.320.000	-3.232.526,99	-2.310.000	-22.419.500	-12.869.500
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV						
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.695.000**	**-2.385.000**	**-3.225.528,04**	**-2.310.000**	**-22.419.500**	**-12.869.500**
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-3.311.100**	**-2.085.000**	**-2.510.528,04**			

Investitionen Produkt 5090 Verwaltung der Kreisstraßen

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV002 Sonstige unbebaute Grundstücke (Ankauf)	-15.000	-15.000	0	-15.000	-15.000	-15.000	
2008INV009 Verbreiterung und Ausbau der K11	-200.000	0	0	-800.000	0	0	-2.170.000 -670.000
2008INV012 Ausbau der OD Kocherbach, K28	0	0	0	-50.000	-650.000	-100.000	-870.000 -70.000
2008INV013 Ausbau der OD Hartenrod, K30	-130.000	-200.000	0	0	0	0	-650.000 -650000
2009INV033 K 55, Ausbau Knoden-Raidelbach	0	-30.000	0	0	0	0	-1.430.000 -1.430.000
2009INV035 Beschaffung von neuen Straßeneinrichtungen	-10.000	-10.000	0	-10.000	-10.000	-10.000	
2009INV063 K11, Ausbau der OD Ober-Liebersbach	-10.000	0	0	0	0	0	-990.000 -990.000
2009INV065 Zugänge bebaute Grundstücke	-50.000	-50.000	0	-50.000	-50.000	-50.000	
2009INV066 K67, Ausbau Freie Strecke	-150.000	-50.000	-800.0000	-800.000	-100.000	0	-2.770.000 -2.770.000
2011INV057 K15, Hangsicherung	-50.000	0	0	0	0	0	-550.000 -550.000
2012INV033 Deckenerneuerungen (allgemein)	-650.000	-450.000	0	-450.000	-450.000	-450.000	
2013INV027 K67, Zwingenberg, Umbau Knotenpunkt zu KVP	0	-120.000	-10.000	-10.000	0	0	-160.000 -150.000
2013INV029 K28, OD Affolterbach, Erneuerung UF Ulfenbach	-50.000	-50.000	0	0	0	0	-599.500 -599.500
2013INV032 K57, Grundhafte Erneuer zw. Unter- u. Ober-Hambach	-100.000	0	0	0	0	0	-800.000 -800.000
2014INV037 K12, Sanierung BW UF Weschnitz in Reisen	-50.000	-100.000	0	0	0	0	-550.000 -550.000
2014INV039 K203, OD Ober-Laudenbach, Ausbau	0	-50.000	0	0	-800.000	-400.000	-1.300.000 -100.000
2014INV069 K25, Fürth, grundhafte Erneuerung OD Steinbach	-50.000	0	-750.000	-750.000	-50.000	0	-850.000 -50.000
2014INV070 K55, Raidelbach-Gadernheim, Erneuerung	-700.000	-770.000	-50.000	-50.000	0	0	-1.580.000 -1.470.000
2014INV071 K18, grundhafte Erneuerung	0	0	0	0	-800.000	-800.000	-1.850.000 -50.000
2016INV034 K205, grundhafte Erneuerung	-30.000	-200.000	0	0	0	0	-230.000 -230.000
2016INV035 K208, grundhafte Erneuerung OD Nieder-Liebersbach	0	0	0	-30.000	0	-500.000	-830.000 0
2016INV036 K27, Unter-Scharbach - Tromm, grundh. Erneuerung	-30.000	0	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-2.430.000 -30.000
2016INV037 K36, OD Grein bis Kreisgrenze	-30.000	-750.000	-50.000	-50.000	0	0	-830.000 -780.000
2016INV038 K35, Brombach bis Landesgrenze, grundh. Erneuerung	-30.000	0	0	0	0	0	-30.000 -30.000
2016INV039 K21, Freie Strecke Zotzenbach - Ober-Mengelbach	-50.000	-650.000	-50.000	-50.000	0	0	-750.000 -700.000
2017INV041 K57, Hangsicherungsmaßnahmen zw. Unter- und Ober-Hambach	0	-200.000	0	0	0	0	-200.000 -200.000

Produktbeschreibung Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	5100	Öffentlicher Personennahverkehr

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Öffentlicher Personennahverkehr	Reinhold Bickelhaupt

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Personenbeförderungsgesetz; Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Hessen; Beschlüsse Kreistag
Produktbeschreibung	Organisation des ÖPNV im Kreis Bergstraße (inkl. Schülerbeförderung); Umsetzung des Nahverkehrsplan Kreis Bergstraße; Linienbündelungskonzept als Grundlage für die Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb; Bestellung von ÖPNV-Mehrleistungen im Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Straßenpersonenverkehr; Ausarbeitung und Abwicklung von ÖPNV-Finanzierungsmodellen; Infrastrukturkostenhilfe des Landes Hessen; Verbundförderung; Koordinierungsstelle Rhein-Main-Verkehrsverbund / Verkehrsverbund Rhein-Neckar in Tarif- und Fahrplanangelegenheiten; Mobilitätsberatung Kreis Bergstraße.
Beteiligte	Extern: Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH; Rhein-Main-Verkehrsverbund; diverse Verkehrsunternehmen Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung (Pendler; Schüler/-innen u. a.) Intern:
Vereinbarte Ziele	Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste	1,68	max. 6	max. 6
Kennzahl (absolut):	108 / 6.437.000	max. 386 / 6.437.000	max. 386 / 6.437.000

Erläuterung Ziel / Kennzahl	Es werden alle bei der Kreisverwaltung und bei der VRN GmbH eingehenden Beschwerden (telefonisch oder schriftlich) erfasst und dokumentiert. Beschwerden aufgrund besonderer witterungsbedingter Umstände werden allerdings nicht berücksichtigt (höhere Gewalt). Eine Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Beschwerden kann nicht getroffen werden, da die Meinung der Beschwerdeführer über den Tatbestand einer Beschwerde u.U. sehr subjektiv ist.
Sonstige Erläuterungen	Ausbau des ÖPNV unter Berücksichtigung der Vorgaben des Nahverkehrsplans.

Teilergebnishaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-700	-900	-693,00
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-614.000	-614.000	-660.779,73
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-100.000	-32.000	-97.455,44
09	Sonstige ordentliche Erträge			-42,33
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-714.700**	**-646.900**	**-758.970,50**
11	Personalaufwendungen	155.600	150.700	150.083,06
12	Versorgungsaufwendungen	5.400	4.800	4.756,89
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.576.800	4.048.950	1.601.852,53
14	Abschreibungen	114.200	100.000	114.200,03
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	614.500	614.500	660.779,73
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	260.000	256.000	250.875,17
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**6.726.500**	**5.174.950**	**2.782.547,41**
20	**Verwaltungsergebnis**	**6.011.800**	**4.528.050**	**2.023.576,91**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**6.011.800**	**4.528.050**	**2.023.576,91**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			43.056,04
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**43.056,04**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**6.011.800**	**4.528.050**	**2.066.632,95**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	328.786	178.502	83.028,84
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**328.786**	**178.502**	**83.028,84**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**6.340.586**	**4.706.552**	**2.149.661,79**

Teilergebnishaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Erläuterungen:

Nr. 01
Veranschlagt ist der Verkauf von Verbundfahrplänen.

Nr. 07
Veranschlagt ist die Infrastrukturkostenhilfe des Landes auf der Basis des Vorjahresansatzes.

Nr. 08
Veranschlagt ist er Ertrag aus der Auflösung von sonderposten, welche aus investiven Zuweisungen gebildet wurden. Der Ansatz wurde auf Basis des Vorjahresergebnisses gebildet.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Bestellung von Verkehrsleistungen entsprechend dem neuen Nahverkehrsplan und von Mehrleistungen im Busverkehr wegen Straßenbaumaßahmen. Ferner ist der anteilige Sachaufwand aus dem Budget des ÖPNV veranschlagt. Der Mehrbedarf entsteht durch die Umsetzung des neuen Nahverkehrs-planes. es erfolgt eine Erhöhung der Grundleistungen. Ein weiterer Mehraufwand entsteht durch Umleitungen im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibungen von investiv gewährten Zuschüssen.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Weiterleitung der Infrastrukturkostenhilfe des Landes. Siehe Nr. 07.

Nr. 16
Veranschlagt ist die Umlage für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) dürfen in Höhe der Mehrerträge bei der Kontengruppe 54 (Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Kostenerstattungen) geleistet werden. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden im Rahmen eines Budgets erwirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen können in Höhe der Mehrerträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten erfolgen.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.080.000	820.000	321.737,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**2.080.000**	**820.000**	**321.737,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	-3.290.000	-1.236.360	-1.036.470,29	-11.000	-8.500.000	-3.466.860
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**-3.290.000**	**-1.236.360**	**-1.036.470,29**	**-11.000**		
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-1.210.000**	**-416.360**	**-714.733,29**			

Investitionen Produkt 5100 Öffentlicher Personennahverkehr

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Verpflichtungs-Ermächtigungen	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020	Gesamt. Einz./Ausz. Bisher bereitgest.
2008INV025 Zuweisung z. Ausbau der 2. Stufe S-Bahn-Rh.-Neckar	-1.236.360	-3.290.000	0	-1.335.000	-398.000	0	-8.500.000 -6.756.860
2010INV026 Planungskostenanteil S-Bahn Rhein-Neckar	0	0	-11.000	-10.000	-10.000	0	

Produktbeschreibung Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	554	Naturschutz und Landschaftspflege
Produkt	5111	Natur- und Artenschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Ute Schneider

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Bundesnaturschutzgesetz und Hessisches Ausführungsgesetz hierzu; Kompensationsverordnung; Hessisches Landesplanungsgesetz; Baugesetzbuch; Raumordnungsgesetz; Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz; Bundesartenschutzverordnung; FFH-Richtlinie; EU-Vogelschutzrichtlinie; Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Produktbeschreibung	Umsetzung der durch bundes- und landesrechtlich geregelten Ziele und Grundsätze des Naturschutzes durch naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigungen; landschaftsschutzrechtliche Genehmigungen; Einvernehmens- und Benehmensherstellung; Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren; Überwachung von Kompensationsverfahren; Aufbau und Führen des NATUREG-Registers; Führen der Ökokonten; Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in Bauleitplan-, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren; Vereinsförderung sowie artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen; artenschutzrechtliche Anordnungen; FFH-Verträglichkeitsprüfungen; Vorprüfungen und Prognosen; Zusatzbewertungen im Rahmen Öko-Konto- und Kompensationsmaßnahmen im Wald; Ausweisung und Pflege von Naturdenkmalen, geschützten Landschaftsbestandteilen und Naturschutzgebieten < 5 ha; Natura-2000-Verordnung.
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Wasserschutzpolizei; Wasser- und Schifffahrtsamt; Forstämter; Verbände Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Empfänger	Extern: Antragsteller; Verursacher; Regierungspräsidium Darmstadt Intern:

Teilergebnishaushalt Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.000	-13.000	-12.164,48
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge	-5.000	-5.000	-442,12
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-20.000**	**-18.000**	**-12.606,60**
11	Personalaufwendungen	452.600	427.700	408.660,39
12	Versorgungsaufwendungen	51.000	49.700	49.680,79
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.432	30.802	6.217,03
14	Abschreibungen	16.200		16.140,96
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	50.000	50.000	
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen	3.000		3.000,00
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**594.232**	**558.202**	**483.699,17**
20	**Verwaltungsergebnis**	**574.232**	**540.202**	**471.092,57**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**574.232**	**540.202**	**471.092,57**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**574.232**	**540.202**	**471.092,57**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	189.436	160.306	137.323,74
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**189.436**	**160.306**	**137.323,74**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**763.668**	**700.508**	**608.416,31**

Teilergebnishaushalt Produkt 5111 Natur- und Artenschutz

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Gebühren und Bußgelder der unteren Naturschutzbehörde.

Nr. 09
Veranschlagt sind die Erträge aus Ersatzvornahmen.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehraufwand entsteht durch Tariferhöhung und Arbeitszeiterhöhung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Abteilung Bauaufsicht und Umwelt.

Nr. 15
Veranschlagt ist der Zuschuss für das Naturschutzzentrum Bergstraße.

Nr. 17
Veranschlagt ist der Umweltpreis des Kreises Bergstraße.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5051, 5080, 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Produktbeschreibung Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	555	Land- und Forstwirtschaft
Produkt	5130	Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	Walter Hübner

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	EU-Regelungen (Richtlinien und Verordnungen des Rates / der Kommission der EU); Direktzahlungen-Durchführungsgesetz und -Durchführungsverordnung; Verordnung über die Durchführung von Stützungsregelungen und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems; Agrarzahlungen-Verpflichtungsgesetz und -verordnung; Reichssiedlungsgesetz; Hessische Landesvorschriften: Agrarumweltprogramm, Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten, einzelbetriebliche Förderung (Agrarinvestitionsförderprogramm und Förderungen von Investitionen zur Diversifizierung), Verordnungen zum Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums; Berufsstandsmitwirkungsgesetz; Düngemittelgesetz; Düngeverordnung; Pflanzenschutzgesetz; Klärschlammverordnung; Bioabfallverordnung; Grundstücksverkehrsgesetz; Gesetz über die gerichtlichen Verfahren in Landwirtschaftssachen; Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder der Agrarausschüsse und der Orts- und Kreislandwirte; Gesetz über Agrarstatistiken; Strahlenschutzvorsorgegesetz; Baugesetzbuch; Hessische Bauordnung; Wasserhaushaltsgesetz; Hessisches Wassergesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; Hessisches Landesplanungsgesetz; Raumordnungsgesetz; Bundes- und Hessisches Naturschutzgesetz; Hessisches Waldgesetz
Produktbeschreibung	Förderung zur Einkommenssicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Umsetzung der Europäischen Agrarreform in Hessen, landwirtschaftliches Siedlungswesen; Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsressourcen sowie der Kreislaufwirtschaft; Koordination und Prüfung von Umweltauflagen (auch im Rahmen der Gemeinsamen Marktordnung der EU); Mitwirkung bei regionalen und überregionalen Planungen; landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr; Landpachtrecht; Naturschutz im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen; Gebietsmanagement für Schutzgebiete; Einrichtung und Geschäftsführung des gesetzlich verpflichtend einzurichtenden Gebietsagrarausschusses; forsthoheitliche Aufgaben; Privilegierungen im Außenbereich; fachliche Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange; Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung des Pflanzenschutzgesetzes und der Düngeverordnung; Cross Compliance (sog. anderweitige Verpflichtungen).
Beteiligte	Extern: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Hessisches Ministerium der Finanzen; Wirtschafts- und Infrastrukturbank (WI-Bank) Hessen, insbesondere als Fachaufsicht; EU-Kommission für Förderung; zuständige Stellen anderer Kreise bzw. Länder; Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung; Regierungspräsidien; Amtsgerichte; Zollverwaltung; Kommunalverwaltungen; Hessische Landgesellschaft; Landestreuhandstelle; Betreuungsunternehmen; Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen; Hessischer Bauernverband; Hessischer Gärtnereiverband; Hessischer Waldbesitzerverband; Planungsbüros; Hessen-Forst Intern: Bauen und Umwelt; Gesundheitsamt; Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Empfänger	Extern: Landwirtschaftliche Betriebe; Kommunen; beauftragte Dritte; Kläranlagenbetreiber; Kompostwerke; Handelsunternehmen; Planungsbüros; Privatpersonen; Notare; Verbände (z. B. Naturschutzverbände); Regierungspräsidien; Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Intern: Bauen und Umwelt; Gesundheitsamt; Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Teilergebnishaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-500		-724,00
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-1		
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-1.073.000	-1.066.000	-1.076.150,96
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-8.808,48
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-1.073.501**	**-1.066.000**	**-1.085.683,44**
11	Personalaufwendungen	884.700	835.700	847.453,76
12	Versorgungsaufwendungen	140.800	136.500	211.082,87
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.900	30.740	31.324,90
14	Abschreibungen			135,00
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	5.410	5.410	8.224,95
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.064.810**	**1.008.350**	**1.098.221,48**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-8.691**	**-57.650**	**12.538,04**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-8.691**	**-57.650**	**12.538,04**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-8.691**	**-57.650**	**12.538,04**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	287.584	235.146	225.239,73
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**287.584**	**235.146**	**225.239,73**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**278.893**	**177.496**	**237.777,77**

Teilergebnishaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes und die Fördermittel für das Gebietsmanagement „Natura 2000“.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Mehraufwand entsteht auch für die Schaffung einer neuen Stelle für die Bearbeitung von Förderprogrammen.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Sachaufwendungen des Budgets der Abteilung Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz.

Nr. 15
Veranschlagt ist die Weiterleitung der Fördermittel für das Gebietsmanagement „Natura 2000“ und der Zuschuss für die Bienenzucht.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5010, 5020, 5070 und 5130 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5130 Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-135,00			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-135,00**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-135,00**			

Produktbeschreibung Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Produktbereich	14	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	5141	Boden- und Gewässerschutz

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Bauen und Umwelt	Ute Schneider

Klassifizierung
Externes und internes Produkt

Auftragsgrundlage
Wasserhaushaltsgesetz; Hessisches Wassergesetz; Abwasserabgabengesetz; Verordnung über das Lagern wassergefährdender Stoffe; Indirekteinleiterverordnung und andere Verordnungen auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes; Europäische Wasserrahmenrichtlinien; Bundes-Bodenschutzgesetz; Gesetz über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz; Hessisches Bodenschutz- und Altlastengesetz

Produktbeschreibung
Wasseraufsicht über Grundwasser und Fließgewässer sowie genehmigungspflichtige Abwasseranlagen; Erlaubnis-, Genehmigungs-, Anzeige- und Ordnungswidrigkeitsverfahren; Erhebung der Abwasserabgabe; Überwachung von Anlagen zum Lagern und zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen; Gefahrenabwehr; Überwachung Gewässergüte und Grundwasserqualität; Sanierung von Grundwasserschadensfällen; Erteilung des wasserrechtlichen Einvernehmens bzw. Benehmens in naturschutz- und baurechtlichen Verfahren sowie straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren; Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in Bauleitplan-, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren; nachhaltige Sicherung und Wiederherstellung der Bodenfunktionen; Abwehr und Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen; vorsorgender Schutz des Bodens vor nachteiligen Einwirkungen; Beratung der Landwirtschaft bei Kooperationen in Wasserschutzgebieten; fachliche Prüfung und Bewertung von Auffüllungen mit Erdaushub und anderem Material; Prüfung und Anordnung von Bodensanierungen bei Verunreinigungen; Stellungnahmen in bau- und naturschutzrechtlichen Verfahren als Träger öffentlicher Belange (TÖB) und Fachbehörden.

Beteiligte
Extern: Kreisangehörige Kommunen; Verbände; Regierungspräsidium Darmstadt; Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement; Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie; Sachverständige; Untersuchungsstellen
Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz; Gesundheitsamt; Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Empfänger
Extern: Antragsteller; Anlagenbetreiber wassergefährdender Stoffe (z. B. Tankstellen); Kläranlagenbetreiber; Wasserverbände; Störer nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
Intern: Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz

Vereinbarte Ziele
Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag	24	27	27

Erläuterung Ziel / Kennzahl
Bisher Kooperationsverträge in Lindenfels, Lautertal und Rimbach, Groß-Rohrheim, Biblis, Bürstadt, Einhausen, Lampertheim und Viernheim. Weitere Gemeinden mit Wasserschutzgebieten, bei denen Kooperationsverträge geplant sind: Heppenheim, Fürth, Mörlenbach und Zwingenberg.

Teilergebnishaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-106.000	-125.000	-56.887,11
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-485.000	-484.100	-484.931,65
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
09	Sonstige ordentliche Erträge			-1.291,00
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-591.000**	**-609.100**	**-543.109,76**
11	Personalaufwendungen	571.100	554.500	535.483,35
12	Versorgungsaufwendungen	151.800	148.200	145.068,27
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.135	34.635	1.620,97
14	Abschreibungen	2.000		2.004,68
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	385.000	365.000	
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.148.035**	**1.102.335**	**684.177,27**
20	**Verwaltungsergebnis**	**557.035**	**493.235**	**141.067,51**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**557.035**	**493.235**	**141.067,51**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**557.035**	**493.235**	**141.067,51**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	283.494	200.706	222.336,16
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**283.494**	**200.706**	**222.336,16**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**840.529**	**693.941**	**363.403,67**

Teilergebnishaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Erläuterungen:

Nr. 02
Veranschlagt sind die Erträge aus Gebühren und Bußgeldern auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzuges.

Nr. 07
Veranschlagt ist der Kommunalisierungszuschuss des Landes.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Tariferhöhung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Nr. 13
Veranschlagt sind die anteiligen Aufwendungen aus dem Budget der Abteilung Bauaufsicht und Umwelt.

Nr. 16
Veranschlagt ist die Umlage für den Gewässerverband Bergstraße.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären internen Leistungsverrechnungen. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 5030, 5051, 5080, 5111 und 5141 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehraufwendungen des Budgets dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 5141 Boden- und Gewässerschutz

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**						
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV			-272,16			
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**			**-272,16**			
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**-272,16**			

Produktbeschreibung Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	571	Wirtschaftsförderung
Produkt	5170	Wirtschaftsförderung, Tourismus

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Controlling, Projektmanagement und Grundsatz	Norbert Mews

Klassifizierung	Externes Produkt
Auftragsgrundlage	Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses (19.04.2004, 26.06.2006, 10.09.2012)
Produktbeschreibung	Aufgaben der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH, der Überwaldbahn gGmbH, des GEO-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V. sowie diverser Beteiligungen und Mitgliedschaften.
Beteiligte	Extern: Gesellschafter der GmbH's Intern:
Empfänger	Extern: Bevölkerung; Unternehmen; Kommunen Intern:
Sonstige Erläuterungen	Die Förderung von Wirtschaft und Tourismus wird von der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH wahrgenommen. Auf dem Produkt der Kreisverwaltung werden keine Ziele abgebildet. Auf den Wirtschaftsplan sowie die Berichte der GmbH werden verwiesen.

Teilergebnishaushalt Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen	-64.500	-55.000	-7.786,98
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-56.000	-56.000	-54.958,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-40.000		-36.002,50
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-160.500**	**-111.000**	**-98.747,98**
11	Personalaufwendungen	89.200	145.700	6.556,81
12	Versorgungsaufwendungen	70.300	61.100	
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	191.000	175.250	
14	Abschreibungen	105.000	105.000	95.232,98
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen	840.900	840.900	818.995,63
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**1.296.400**	**1.327.950**	**920.785,42**
20	**Verwaltungsergebnis**	**1.135.900**	**1.216.950**	**822.037,44**
21	Finanzerträge			
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**1.135.900**	**1.216.950**	**822.037,44**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			258.234,04
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**258.234,04**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**1.135.900**	**1.216.950**	**1.080.271,48**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	75.815	90.637	15.241,31
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**75.815**	**90.637**	**15.241,31**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.211.715**	**1.307.587**	**1.095.512,79**

Teilergebnishaushalt Produkt 5170 Wirtschaftsförderung, Tourismus

Erläuterungen:

Nr. 03
Veranschlagt sind die Beiträge der Kommunen für die Wirtschaftsförderung.

Nr. 07
Veranschlagt ist die Erstattung der Personalkosten durch Verein Geo- und Naturpark Bergstraße Odenwald e.V.

Nr. 11
Veranschlagt sind die Aufwendungen für das diesem Produkt zugeordnete Personal unter Berücksichtigung von Tarif- und Besoldungserhöhungen. Der Minderbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 12
Veranschlagt ist die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Mehrbedarf entsteht durch Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung.

Nr. 13
Veranschlagt sind der Beitrag für den Geo-Naturpark Bergstraße Odenwald e.V. und die anteiligen Sachaufwendungen aus dem Budget der Abteilung L-1/2.

Nr. 14
Veranschlagt ist die Abschreibung von aktivierten Investitionszuweisungen.

Nr. 15
Veranschlagt sind der Mitgliedsbeitrag für die Frankfurt/Rhein-Main Internationalmarketing (40 T€), die Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Kreis Bergstraße GmbH (693,5 T€) und an die Überwaldbahn gGmbH (107,4 T€). Ferner ist die Weiterleitung der kommunalen Beiträge an die Wirtschaftsförderung (56 T€) veranschlagt.

Nr. 30
Veranschlagt sind die sekundären Aufwendungen aus der internen Leistungsverrechnung. Auf die Darstellung im Vorbericht wird verwiesen.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produkte 1100 und 5170 werden im Rahmen eines Budgets bewirtschaftet und sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dürfen in Höhe der zahlungswirksamen Mehrerträge geleistet werden.
Mehraufwendungen bei der Kontengruppe 71 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuweisungen) dürfen in Höhe der Mehrerträge bei der Kontengruppe 54 (Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Kostenerstattungen) geleistet werden.
Die Ansätze der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Kontengruppe 71) sind, mit Ausnahme des Ansatzes bei dem Kostenträger 517010 (Zuschuss für die AG Überwaldbahn), gegenseitig deckungsfähig.

Teilergebnishaushalt THH 06 - Zentrale Finanzleistungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-1.510.147,91
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-120.800.000	-117.400.000	-112.063.616,08
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-59.548.700	-55.420.000	-41.184.346,82
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-752.500	-2.517.000	-2.426.198,94
09	Sonstige ordentliche Erträge			-616,26
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-181.101.200**	**-175.337.000**	**-157.184.926,01**
11	Personalaufwendungen			256.203,14
12	Versorgungsaufwendungen			69.249,88
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		10.000	2.338.792,37
14	Abschreibungen			41.075,30
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			2.516.505,13
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	51.500.000	50.000.000	48.926.232,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**51.500.000**	**50.010.000**	**54.148.057,82**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-129.601.200**	**-125.327.000**	**-103.036.868,19**
21	Finanzerträge	-438.550	-1.036.650	-41.655,61
22	Finanzaufwendungen	5.623.005	7.373.650	4.945.506,44
23	**Finanzergebnis**	**5.184.455**	**6.337.000**	**4.903.850,83**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-124.416.745**	**-118.990.000**	**-98.133.017,36**
25	Außerordentliche Erträge			-12.556.066,80
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-12.556.066,80**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-124.416.745**	**-118.990.000**	**-110.689.084,16**
29	Sekundäre Erträge	-4.030.000	-5.133.500	-4.124.648,25
30	Sekundäre Aufwendungen	608.666		478.303,97
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-3.421.334**	**-5.133.500**	**-3.646.344,28**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-127.838.079**	**-124.123.500**	**-114.335.428,44**

Teilfinanzhaushalt THH 06 - Zentrale Finanzleistungen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			567.000,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	11.736	17.400	17.162,85			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**11.736**	**17.400**	**584.162,85**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV						
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**						
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**11.736**	**17.400**	**584.162,85**			

Produktbeschreibung Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	6010	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Tobias Brück

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Hessische Gemeindehaushaltsverordnung; Finanzausgleichsgesetz; Lastenausgleichsgesetz
Produktbeschreibung	Kreis- und Schulumlage; allgemeine Schlüsselzuweisungen
Beteiligte	Extern: Kreisangehörige Kommunen; Hessischer Landkreistag; Land Hessen Intern: Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Empfänger	Extern: Kreisangehörige Kommunen Intern: Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft; Eigenbetrieb Neue Wege

Teilergebnishaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-4.759,71
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-120.800.000	-117.400.000	-112.063.616,08
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-58.900.000	-54.800.000	-40.657.716,00
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-752.500	-917.000	-839.171,39
09	Sonstige ordentliche Erträge			-157,32
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-180.452.500**	**-173.117.000**	**-153.565.420,50**
11	Personalaufwendungen			23.478,82
12	Versorgungsaufwendungen			17.678,49
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			38,15
14	Abschreibungen			
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	51.500.000	50.000.000	48.573.635,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**51.500.000**	**50.000.000**	**48.614.830,46**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-128.952.500**	**-123.117.000**	**-104.950.590,04**
21	Finanzerträge			-10.814,97
22	Finanzaufwendungen			
23	**Finanzergebnis**			**-10.814,97**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**-128.952.500**	**-123.117.000**	**-104.961.405,01**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**-128.952.500**	**-123.117.000**	**-104.961.405,01**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen	556.944		237.943,92
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**556.944**		**237.943,92**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-128.395.556**	**-123.117.000**	**-104.723.461,09**

Teilergebnishaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Erläuterungen:

Nr. 05
Veranschlagt ist die Kreisumlage mit einem unveränderten Hebesatz von 33,45 % und Umlagegrundlagen in Höhe von rd. 361,3 Mio. €, entsprechend der Planungsdaten des HMdF. Bezüglich weiterer Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 07
Veranschlagt sind die Landkreisschlüsselzuweisungen auf Basis der Planungsdaten des HMdF. Bezüglich weiteren Informationen wird auf den Vorbericht verwiesen.

Nr. 08
Veranschlagt ist die Auflösung von Sonderposten, welche aus investiven Zuweisungen gebildet wurden.

Nr. 16
Veranschlagt sind die LWV-Umlage und die Krankenhausumlage basierend auf einer Umlagegrundlage von rd. 423,2 Mio. € (Planungsdaten HMdF) und Hebesätzen von 11,187 % bzw. 0,95 %.

Haushaltsvermerke:
Dier Ansätze der LWV-Umlage und der Kranke4nhausumlage sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6010 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen			567.000,00			
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens						
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**567.000,00**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV						
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**						
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**567.000,00**			

Produktbeschreibung Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	6020	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**
Finanz- und Rechnungswesen	Martin Medert

Klassifizierung	Externes und internes Produkt
Auftragsgrundlage	Hessische Landkreisordnung; Hessische Gemeindeordnung; Gemeindehaushaltsverordnung; Investitionsfondsgesetz; Bürgerliches Gesetzbuch; EU-Beihilferecht
Produktbeschreibung	Aufnahme und Verwaltung von Krediten einschließlich Zinsmanagement; Bearbeitung von Bürgschaften.
Beteiligte	Extern: Regierungspräsidium Darmstadt; Hessisches Ministerium der Finanzen; Hessischer Landkreistag; Kreditinstitute; Bürgschaftsnehmer/-innen Intern: Fachabteilungen
Empfänger	Extern: Bürgschaftsnehmer/-innen Intern: Fachabteilungen
Vereinbarte Ziele	Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren

Kennzahl Zielerreichung	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw. Forwardzinssätze (in €)	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan	ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan
Kennzahl (absolut): in €	551.446	604.542	527.679

Kennzahl sonstige	**Ist Vorvorjahr**	**Plan Vorjahr**	**Plan lfd. Jahr**
Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen	1,77 %	2,00 %	1,57 %
Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in €	6.023.400 / 340.949.000	8.417.650 / 420.245.427	6.637.615 / 422.581.516

Erläuterung Ziel / Kennzahl

Zu Kennzahl Zielerreichung: Zinsaufwand 2017 einschließlich Zinserhöhung von 1 % bei noch nicht abgeschlossenen Kredit- und Derivatgeschäften: 527.679 € < Zinsaufwand Planung Haushalt 2017: 561.000 €.
Zu sonstiger Kennzahl: Die Kennzahl "Zinslastquote" zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht. Nicht berücksichtigt sind Erträge aus Zinssicherungsgeschäften (Derivate) und sonstige Finanzerträge (2017: 628.010 €).
Berechnung der Kennzahl: Vorläufiger Wert auf Basis Verwaltungsentwurf Haushalt 2017 - Stand: 29.09.2016

Teilergebnishaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-1.439.200,20
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen	-648.700	-620.000	-526.630,82
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		-1.600.000	-1.551.910,88
09	Sonstige ordentliche Erträge			-458,94
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**-648.700**	**-2.220.000**	**-3.518.200,84**
11	Personalaufwendungen			173.713,44
12	Versorgungsaufwendungen			51.571,39
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		10.000	2.030.938,81
14	Abschreibungen			5.958,63
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			2.466.505,13
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**		**10.000**	**4.728.687,40**
20	**Verwaltungsergebnis**	**-648.700**	**-2.210.000**	**1.210.486,56**
21	Finanzerträge	-438.550	-1.036.650	-21.484,56
22	Finanzaufwendungen	5.623.005	7.373.650	4.936.150,36
23	**Finanzergebnis**	**5.184.455**	**6.337.000**	**4.914.665,80**
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**	**4.535.755**	**4.127.000**	**6.125.152,36**
25	Außerordentliche Erträge			-12.556.066,80
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			**-12.556.066,80**
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**4.535.755**	**4.127.000**	**-6.430.914,44**
29	Sekundäre Erträge	-4.030.000	-5.133.500	-4.124.648,25
30	Sekundäre Aufwendungen	51.722		226.689,86
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-3.978.278**	**-5.133.500**	**-3.897.958,39**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**557.477**	**-1.006.500**	**-10.328.872,83**

Teilergebnishaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Erläuterungen:

Nr. 07
Veranschlagt sind die Schuldendiensthilfen des Landes, welche im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms für die abgelösten Darlehen gewährt werden.

Nr. 21
Veranschlagt sind die, aufgrund bestehender Derivatgeschäfte, in Verbindung mit einer dynamischen Zinsentwicklung, prognostizierten Erträge. Siehe auch Nr. 22. Ferner sind die voraussichtlichen Zinserträge für vom Kreis gewährte Darlehen veranschlagt.

Nr. 22
Veranschlagt sind die Zinsen für Investitionskredite mit 561 T€ (2016 = 640 T€). Der Minderbedarf entsteht durch eine rückläufige Verschuldung und einen geringeren Durchschnittszinssatz. Für Kassenkredite wurden Zinsaufwendungen in Höhe von 4.400 T€ (2016 = 6.100 T€) veranschlagt. Der Minderbedarf entsteht durch eine rückläufige Verschuldung und eine niedrigeren Durchschnittszinssatz. Ferner sind veranschlagt, die Zinsdienstumlage aus den Konjunkturprogrammen und die Ansparraten für Investitionsfondsdarlehen mit 90,0 T€ und die Zinsen für den Kommunalen Schutzschirm mit 572,0 T€.

Nr. 29
Veranschlagt sind die sekundären Erträge aus der internen Leistungsverrechnung.

Haushaltsvermerke:
Die Ansätze der Sachkonten der Kontengruppe 77 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen bei diesen Sachkonten dürfen in Höhe der Mehrerträge bei dem Hauptkonto 571 (Bankzinsen) geleistet werden.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	11.736	17.400	12.146,18			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**11.736**	**17.400**	**12.146,18**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV						
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**						
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**11.736**	**17.400**	**12.146,18**			

Produktbeschreibung Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Produktbereich	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	6030	Beteiligungen - Mitgliedschaften

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person**

Sonstige Erläuterungen

Im Rahmen der Neuordnung des KFA ist eine Anpassung des Haushaltes an die Jahresrechnungsstatistik erforderlich geworden. Ab dem Haushalt 2016 werden die finanziellen Ressourcen für die Beteiligungen des Kreises daher nicht mehr im Teilhaushalt 06 dargestellt. Die entsprechenden Ansätze sind demzufolge den anderen Teilhaushalten an relevanter Stelle bzw. den fachbezogenen Produkten zugeordnet worden. Die Aufgaben des Beteiligungsmanagements bzw. Beteiligungscontrolling wurden, incl. der personellen Ressourcen, dem zentralen Controlling (Produkt 1100) zugeordnet. Das Produkt 6030 entfällt somit ab dem Haushaltsjahr 2016; auf dem Produktblatt wird lediglich noch die Abwicklung der Vorjahre abgebildet.

Teilergebnishaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	Kostenersatzleistungen und- erstattungen			-66.188,00
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen			
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	Erträge aus Tranferleistungen			
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allg. Umlagen			
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			-35.116,67
09	Sonstige ordentliche Erträge			
10	**Summe der ordentlichen Erträge**			**-101.304,67**
11	Personalaufwendungen			59.010,88
12	Versorgungsaufwendungen			
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			307.815,41
14	Abschreibungen			35.116,67
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen			50.000,00
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			352.597,00
17	Transferaufwendungen			
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19	**Summe der ordentlichen Aufwendungen**			**804.539,96**
20	**Verwaltungsergebnis**			**703.235,29**
21	Finanzerträge			-9.356,08
22	Finanzaufwendungen			9.356,08
23	**Finanzergebnis**			
24	**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)**			**703.235,29**
25	Außerordentliche Erträge			
26	Außerordentliche Aufwendungen			
27	**Außerordentliches Ergebnis**			
28	**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**			**703.235,29**
29	Sekundäre Erträge			
30	Sekundäre Aufwendungen			13.670,19
31	**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			**13.670,19**
32	**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**			**716.905,48**

Teilergebnishaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Dieses Produkt wurde im Rahmen der Neuordnung des KFA aufgelöst. Es werden nur noch die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2015 dargestellt.

Teilfinanzhaushalt Produkt 6030 Beteiligungen - Mitgliedschaften

Nr.	Bezeichnung	Haushaltsansatz			VE	Investitions- & Investitionsförderungs-maßnahmen	
		Ansatz 2017	Ansatz 2016	Ergebnis 2015		Gesamtauszahlungsbedarf	Davon bisher bereitgestellt
01	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen						
02	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV						
03	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens			5.016,67			
04	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**			**5.016,67**			
05	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
06	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
07	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV						
08	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
09	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**						
10	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**			**5.016,67**			

Anlagen

Anlage 1a: Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2017 bis 2020
Ergebnishaushalt - Beträge in T€ (Stand: 07.11.2016)

Pos.	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	35	34	40	40	40
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960	10.154	10.390	10.590	10.740
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	36.936	23.702	23.800	23.900	24.000
4	Erträge aus Kreisumlage	117.400	120.800	124.400	128.100	132.000
5	Erträge aus Schulumlage	68.800	65.600	71.000	70.500	72.000
6	Erträge aus Transferleistungen	75.921	92.901	93.590	94.500	95.500
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	64.477	56.954	57.765	58.300	59.600
8	Erträge aus Schlüsselzuweisungen	54.800	58.900	63.750	65.650	67.600
9	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.916	7.731	3.175	3.125	3.075
10	Sonstige ordentliche Erträge	184	172	175	175	175
11	**Ordentliche Erträge**	**431.429**	**436.948**	**448.085**	**454.880**	**464.730**
12	Personalaufwendungen	36.637	41.635	42.455	43.275	44.155
13	Versorgungsaufwendungen	4.680	4.889	4.950	4.950	4.900
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.262	44.698	45.610	47.015	48.520
15	Abschreibungen	4.813	5.893	5.930	5.980	6.030
16	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	69.524	73.284	73.580	73.925	74.320
17	Krankenhausumlage	4.200	4.100	4.200	4.300	4.400
18	LWV-Umlage	45.800	47.400	49.000	50.000	51.000
19	Steueraufwendungen / Umlageverpflichtungen	897	929	950	980	1.000
20	Transferaufwendungen	214.425	199.745	205.560	211.610	217.460
21	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8	8	10	10	10
22	**Ordentliche Aufwendungen**	**420.245**	**422.582**	**432.245**	**442.045**	**451.795**
23	**Verwaltungsergebnis**	**11.183**	**14.366**	**15.840**	**12.835**	**12.935**
24	Finanzerträge	1.137	528	650	650	650
25	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.418	6.638	5.750	5.400	5.100
26	**Finanzergebnis**	**-7.280**	**-6.110**	**-5.100**	**-4.750**	**-4.450**
27	**Ordentliches Ergebnis**	**3.903**	**8.257**	**10.740**	**8.085**	**8.485**
28	Außerordentliche Erträge	6.106	989	1.000	1.000	1.000
29	Außerordentliche Aufwendungen	2.055	1.926	1.900	1.900	1.900
30	**Außerordentliches Ergebnis**	**4.052**	**-937**	**-900**	**-900**	**-900**
31	**Jahresergebnis**	**7.955**	**7.319**	**9.840**	**7.185**	**7.585**

Kommunaler Schutzschirm

Vorgabe für Ordentliches Ergebnis	-14.244	-12.678	-6.217	-2.416	1.941
Abweichung	18.147	20.935	16.957	10.501	6.544

Anlage 1b: Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2017 bis 2020
Finanzhaushalt - Beträge in T€

Pos.	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	35	34	40	40	40
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960	10.154	10.390	10.590	10.740
3	Kostenzusatzleistungen und -erstattungen	36.936	23.702	23.800	23.900	24.000
4	Steuern- und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	186.200	186.400	195.400	198.600	204.000
5	Einzahlungen aus Transferleistungen	80.961	93.690	93.590	94.500	95.500
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	119.277	115.854	121.515	123.950	127.200
7	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.137	528	650	650	650
8	Sonstige ordentliche Einz. u. sonst. außerordentl. Einzahlungen	1.150	272	1.175	1.175	1.175
9	**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**433.656**	**430.634**	**446.560**	**453.405**	**463.305**
10	Personalauszahlungen	36.487	41.485	42.405	43.225	44.105
11	Versorgungsauszahlungen	3.640	3.750	3.780	3.850	3.950
12	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	39.262	44.698	45.610	47.015	48.520
13	Auszahlungen für Transferleistungen	215.184	201.634	206.160	212.210	218.060
14	Ausz. für Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke sowie bes. Finanzauszahlungen	69.524	73.284	73.580	73.925	74.320
15	Ausz. für Steuern einschl. Auszahlungen aus ges. Umlageverpflichtungen	50.897	52.429	54.150	55.280	56.400
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	8.418	4.038	5.750	5.400	5.100
17	Sonst. ordentliche Ausz. u. sonst. außerordentl. Ausz. (ohne Inv.tätigkeit)	746	44	1.310	1.310	2.300
18	**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**424.158**	**421.363**	**432.745**	**442.215**	**452.755**
19	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**9.499**	**9.271**	**13.815**	**11.190**	**10.550**
20	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.120	10.576	5.668	4.199	4.000
21	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	0	0	0
22	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42	42	42	42	42
23	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**1.162**	**10.618**	**5.710**	**4.241**	**4.042**
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	65	65	65	65	65
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.320	3.630	3.650	3.460	2.860
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	8.087	12.987	6.420	4.191	3.713
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	175	150	190	190	190
28	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**10.647**	**16.832**	**10.325**	**7.906**	**6.828**
29	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-9.485**	**-6.214**	**-4.616**	**-3.665**	**-2.786**
30	Einz. aus der Aufn. von Kred. und innere Darl. f. Invest. und Begeb. v. Anleihen	9.485	6.214	4.616	3.665	2.786
	davon Kreditaufnahmen f. Umschuldungen	*0*	*0*	*0*	*0*	0
31	Ausz. aus der Aufn. von Kred. und innere Darl. f. Invest. und Begeb. v. Anleihen	-3.692	-6.452	-3.665	-3.970	-4.470
	davon Tilgungen für Umschuldungen	*0*	*0*	*0*	*0*	0
32	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 30 ./. 31)**	**5.793**	**-238**	**951**	**-305**	**-1.684**
33	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	204.000	207.100	199.500	203.000	204.000
34	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
35	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Kassenkreditaufnahme)**	**-6.000**	**-2.900**	**-10.500**	**-7.000**	**-6.000**
36	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag des Haushaltsjahres (Pos. 19, 29, 32, 35)**	**-193**	**-80**	**-350**	**221**	**81**
37	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	738	545	465	115	336
38	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 36 + 37)**	**545**	**465**	**115**	**336**	**416**
	Voraussichtl. Kassenkreditbestand am Ende des Haushaltsjahres *	**221.900**	**219.000**	**208.500**	**201.500**	**195.500**

Investitionsprogramm 2017 - 2020

Stand: 25.10.2016

Kreisverwaltung Bergstrasse

Investition	Produkt/ Name	Ansatz Vorjahre	Ansatz HH 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020
	1051 - Personalmanagement						
2016INV043	E-Bewerbungsmanagement	-15.000	-9.100				
	1070 - IT Management						
2008INV026	IT-Management/ Büromaschinen, Organisationsmittel		-80.000		-90.000	-70.000	-70.000
2017INV001	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-20.000				
2009INV014	Lizenzen, DV-Software		-220.000		-65.000	-65.000	-65.000
Summe:			***-320.000***		***-155.000***	***-135.000***	***-135.000***
	107010 - IT Management - Projekt DMS						
2013INV033	DMS - System, Module	-336.000	-270.000		-50.000	-50.000	
	1081 - Zentrale Dienste						
2008INV028	Zentrale Dienste/ Büromöbel und sonstige Ausstattung		-75.000		-75.000	-50.000	-50.000
2017INV002	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-35.000				
Summe:			***-110.000***		***-75.000***	***-50.000***	***-50.000***
	1261 - Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen						
2016INV025	Anschaffung Software Anrufanlage	-40.000					
2017INV034	Hard- und Software für Kassenautomat		-42.000				
Summe:			***-42.000***				
	1300 - Fleischhygiene						
2017INV003	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-2.000				
	1311 - Allg. Veterinärwesen						
2017INV004	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-3.000				
	1361 - Brand- und Katastrophenschutz						
2016INV026	Anschaffung von technischen Geräten	-19.000	-4.000				
	1362 - Rettungsdienst						
2017INV040	Anschaffung von technischen Geräten		-49.000				
	2060 - Förderschulen						
2016INV027	Zuschuss Martinschule (bewegl. Vermögen)		-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
2008INV104	Zuschuss Martinschule	-110.000					
Summe:			***-20.000***				
	2085 - Schulverwaltung						
2016INV044	Kommunales Investitionsprogramm (Zuschuss an LSG)	-5.800.000	-600.000		-1.000.000		
2017INV039	Investiver Zuschuss an Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft		-5.100.000		-3.500.000	-3.500.000	-3.500.000
Summe:			***-5.700.000***		***-4.500.000***	***-3.500.000***	***-3.500.000***
	2100 - KVHS						
2017INV006	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-3.000				
2009INV008	Büromaschinen, Organisationsmittel, DV- und Kommunikationsanlagen		-5.000		-4.000	-4.000	-4.000
2009INV009	Büromöbel u. sonstige Ausstattungsgegenstände				-1.000		-1.000
2009INV010	Lizenzen		-500		-500	-500	-500
Summe:			***-8.500***		***-5.500***	***-4.500***	***-5.500***
	3080 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz						
2017INV023	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-5.000				
	3210 - Andere Aufgaben der Jugendhilfe						
2017INV011	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-24.000				
2017INV035	Anschaffung neue Fachanwendung		-30.000	-287.570	-257.570	-30.000	
2017INV036	Anschaffung Lizenzen Prosoz 14Plus		-30.000				
2017INV037	Büromöbel und sonstige Ausstattung		-26.000				
2017INV038	Büromaschinen und Organisationsmittel		-10.000				
Summe:			***-120.000***	***-287.570***	***-257.570***	***-30.000***	

Investition	Produkt/ Name	Ansatz Vorjahre	Ansatz HH 2017	VE	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020
	4011 - Gesundheitsprävention und -hilfen						
2008INV021	Werkzeuge, Prüf- und Messeinrichtungen		-10.000		-5.000	-5.000	-5.000
2017INV043	Anschaffung technischer Geräte für Schuleingangsuntersuchungen		-9.800				
2017INV007	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-3.800				
Summe:			***-23.600***		***-5.000***	***-5.000***	***-5.000***
	4020 - Gesundheitsschutz						
2008INV101	Laborgeräte		-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
2017INV008	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)		-1.000				
Summe:			***-3.000***		***-2.000***	***-2.000***	***-2.000***
	4120 - Medizinisches Versorgungszentrum						
2017INV042	Einrichtung eines mediz. Versorgungszentrums		-3.000.000				
Summe:			***-3.000.000***		***0***	***0***	***0***
	5040 - Geoinformationssystem GIS						
2009INV013	Lizenzen		-7.500		-25.000	-15.000	-15.000
	5090 - Verwaltung der Kreisstraßen						
2008INV002	Sonstige unbebaute Grundstücke (Ankauf)		-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
2008INV009	Verbreiterung und Ausbau der K11, freie Strecke	-670.000			-800.000		
2008INV012	Ausbau der OD Kocherbach, K28	-70.000			-50.000	-650.000	-100.000
2008INV013	Ausbau der OD Hartenrod, K30	-450.000	-200.000				
2009INV033	K55, Ausbau zwischen Knoden und Raidelbach	-1.400.000	-30.000				
2009INV035	Beschaffung von neuen Straßeneinrichtungen		-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
2009INV065	Zugänge bebaute Grundstücke - mit eigenen Bauten; Grunderweb im Zuge von Baumaßnahmen		-50.000		-50.000	-50.000	-50.000
2009INV066	K67, Ausbau Freie Strecke zwischen Schwanheim und Fehlheim, Fehlheim und Rodau und OD Rodau/Freie Strecke bis Zwingenberg	-1.830.000	-50.000	-800.000	-800.000	-100.000	
2012INV033	Deckenerneuerungen (allgemein)		-450.000		-450.000	-450.000	-450.000
2013INV027	K67, Zwingenberg, Umbau Knotenpunkt zu KVP	-30.000	-120.000	-10.000	-10.000		
2013INV029	K28, OD Affolterbach, Erneuerung UF Ulfenbach	-549.500	-50.000				
2014INV037	K12, Sanierung BW UF Weschnitz in Reisen	-450.000	-100.000				
2014INV039	K203, OD Ober-Laudenbach, Ausbau	-50.000	-50.000			-800.000	-400.000
2014INV069	K25, Fürth, grundhafte Erneuerung OD Steinbach	-50.000		-750.000	-750.000	-50.000	
2014INV070	K55, Raidelbach-Gadernheim, Erneuerung	-760.000	-770.000	-50.000	-50.000		
2014INV071	K18, grundhafte Erneuerung	-50.000				-800.000	-800.000
2016INV034	K205, grundhafte Erneuerung	-30.000	-200.000				
2016INV035	K208, grundhafte Erneuerung OD Nieder-Liebersbach				-30.000		-500.000
2016INV036	K27, Unter-Scharbach - Tromm, grundhafte Erneuerung	-30.000		-600.000	-600.000	-600.000	-600.000
2016INV037	K36, OD Grein bis Kreisgrenze	-30.000	-750.000	-50.000	-50.000		
2016INV039	K21, Freie Strecke Zotzenbach - Ober-Mengelbach	-50.000	-650.000	-50.000	-50.000		
2017INV041	K57, Hangsicherungsmaßnahmen zw. Unter- und Ober-Hambach		-200.000				
Summe:		***-6.499.500***	***-3.695.000***	***-2.310.000***	***-3.715.000***	***-3.525.000***	***-2.925.000***
	5100 - ÖPNV						
2008INV025	Zuweisung zum Ausbau der 2. Stufe S-Bahn-Rhein-Neckar; Bhf. Friedrichsfeld	-3.466.860	-3.290.000		-1.335.000	-398.000	
2010INV026	Planungskostenanteil S-Bahn Rhein-Neckar; Knoten Mannheim - Heidelberg	-163.500		-11.000	-10.000	-1.000	
Summe:		***-3.630.360***	***-3.290.000***	***-11.000***	***-1.345.000***	***-399.000***	
Gesamtsumme Investitionen		**-10.499.860**	**-16.681.700**	**-2.608.570**	**-10.135.070**	**-7.715.500**	**-6.637.500**

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan des Jahres	2016	2017	2018	2019	2020
1	3	4	5	6	
2017			2.609		
2016		4.437			
2015	3.880	3.000	1.110		
Summe:	3.880	7.437	3.719	-	-
Nachrichtlich In der Ergebnis- und Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen	9.485	6.242	4.616	3.665	2.786

Anlage 4

Übersicht

über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten im Haushalt 2017

- 1000 EUR -

Art		Stand zu Beginn des Vorjahres 2016	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2017	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2017
1		2	3	4
1.	**Verbindlichkeiten aus Anleihen**			
2.	**Verbindlichkeiten aus Krediten** zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
2.1	Bund, LAF, ERP-Sondervermögen			
2.2	Land *	6.170	300	275
2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände	734	734	734
2.4	Zweckverbände und dgl.			
2.5	Sonstiger öffentlicher Bereich			
2.6	Kreditmarkt * ** ***	16.984	33.564	33.379
2.7	Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen			
	Summe	23.888	34.598	34.388
3.	**Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten**	233.900	221.900	219.000
4.	**Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**			
4.1	Leasing	0	0	0
4.2	Sonstige			
	Summe	0	0	0
Nachrichtlich				
5.	**Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung**			
5.1	Aus Krediten	125.477	135.947	136.435
5.2	Aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	587	486	434
6.	**Vorübergehende Inanspruchnahme von flüssigen Mitteln aus Sonderrrücklagen für andere Zwecke**			
7.	**Anteilige Schulden im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden** [1]	12.348	13.570	13.593
8.	**Anteilige Schulden im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen** [2] ****	220.456	213.339	70.466
9.	**Langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen**			

* Die Darlehen aus dem Hess. Sonderinvestitionsprogramm werden ab dem Jahr 2017 entsprechend der Vorgaben des Landes bei den Kreditmarktdarlehen berücksichtigt.

** einschließlich Darlehen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm

*** Aus den Kreditermächtigungen 2014 und 2015 wurden 5.496.970 € ins Hj. 2016 übertragen, hiervon sind 1.730.870 € nicht in Anspruch genommen worden.

**** Die Verbindlichkeiten reduzieren sich im Wesentlichen durch die Beendigung der 1. Tranche des Sale-and-lease-Geschäfts im Jahr 2017.

[1] Der den Mitgliedsanteilen der Gemeinde an Zweckverbänden entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Verbände.

[2] Der den Gesellschaftsanteilen der Gemeinde an Unternehmen entsprechende Anteil an den Gesamtschulden der Unternehmen.

Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen
- 1000 EUR -

	Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 2016	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2017	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2017
1		2	3	4
1.	**Rücklagen und Sonderrücklagen**			
1.1	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses			
1.2	Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses			
1.3	Sonderrücklagen Pensionsrücklage	1.461,3	1.596,3	1.726,3
1.4	Stiftungskapital			
…	…			
	Summe der Rücklagen	1.461,3	1.596,3	1.726,3
2.	**Rückstellungen**			
2.1	Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen auf Grund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach HVersRücklG gedeckt)	42.774,8	43.634,8	44.588,7
2.2	Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern, Beamten und Arbeitnehmern	9.581,0	9.761,0	9.946,2
2.3	Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	156,8	56,8	0,0
2.4	Rückstellung für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden	493,0	500,0	850,0
2.5	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien			
2.6	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten			
2.7	Rückstellungen für unbestimmte Aufwendungen für Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen			
2.8	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	1.289,2	1.275,2	1.275,2
2.9	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften			
2.10	Sonstige Rückstellungen	8.113,5	7.374,0	7.374,0
…	…			
	Summe der Rückstellungen	62.408,3	62.601,8	64.034,1

Übersicht über die den Fraktionen nach § 36 a Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung zur Verfügung gestellten Mittel

	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahres-abschlusses
	2017 €	2016 €	2015 €
1. Gesamtbetrag der Mittel nach § 36 a Abs. 4 HGO	116.000	109.500	90.000,00
1.1 Sockelbetrag für jede Fraktion (nach Fraktionsstärke gestaffelter jährlicher Betrag zwischen 4.000 € und 7.000 €)	32.000	32.500	34.000,00
1.2 Restbetrag nach Fraktionsstärke Betrag für jedes Fraktionsmitglied (bis 31.03.2016 jährlich 700,00 €, ab 01.04.2016 1200,00 €) (Bis 31.03.2016 81 Kreistagsmitglieder, ein Mitglied fraktionslos; seit 01.04.2016 71 Kreistagsmitglieder, ein Mitglied fraktionslos)	84.000	77.000	56.000,00
2. Aufteilung des Betrages unter 1. auf die einzelnen Fraktionen (Enthalten sind jeweils Personalkosten sowie Sachkosten ohne und für Öffentlichkeitsarbeit. Die Einzelpositionen sind nicht bezifferbar.)			
2.1 CDU-Fraktion (30 Mitglieder bis 31.03.2016, Sockelbetrag 7000 €; 24 Mitglieder seit 01.04.2016, Sockelbetrag 6.000 €)	34.800	33.100	28.000,00
2.2 SPD-Fraktion (23 Mitglieder bis 31.3.2016, Sockelbetrag 6.000 €; 17 Mitglieder seit 01.04.2016, Sockelbetrag 5.000 €)	25.400	24.575	22.100,00
2.3 AfD-Fraktion (seit 01.04.2016 neu im Kreistag, 11 Mitglieder, Sockelbetrag 5.000 €)	18.200	13.650	0,00
2.4 GRÜNE-Fraktion (16 Mitglieder bis 31.03.2016, Sockelbetrag 5.000 €; 8 Mitglieder seit 01.04.2016, Sockelbetrag 4.000 €)	13.600	14.250	16.200,00
2.5 FDP-Fraktion (3 Mitglieder bis 31.03.2016, 5 Mitglieder seit 01.04.2016; Sockelbetrag jeweils 4.000 €)	10.000	9.025	6.100,00
2.5 FREIE WÄHLER-Fraktion (4 Mitglieder bis 31.03.2016, 3 Mitglieder seit 01.04.2016; Sockelbetrag jeweils 4.000 €)	7.600	7.400	6.800,00
2.6 DIE LINKE-Fraktion (2 Mitglieder ab 01.04.2016, Sockelbetrag 4.000 €)	6.400	4.800	0,00
2.7 PIRATEN-Fraktion (2 Mitglieder bis 31.03.2016; Sockelbetrag für 1. Quartal 2016: 1.000 €)	0,00	1.350	5.400,00
2.8 BÜRGERUNION-Fraktion (2 Mitglieder bis 31.03.2016; Sockelbetrag für 1. Quartal 2016: 1.000 €)	0,00	1.350	5.400,00
3. Zusätzlich an die einzelnen Fraktionen gewährte geldwerte Leistungen: Die Fraktionen erhalten keine zusätzlichen Leistungen.			

Übersicht über die Budgets

Übersicht über die gebildeten Budgets

Die Budgets der Kostenstellen enthalten die Sachkonten der betrieblichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppen 60, 61, 67, 68, 69).

Kostenstelle	Bezeichnung	Budgetsumme 2017
1004	Frauenbeauftragte	5.000 €
1006	EU-Förderung, Dorf- und Regionalentwicklung, Denkmalschutz, Landwirtschaft	290.370 €
1008	Personalrat	23.600 €
1012	Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	477.200 €
1014	Personalmanagement	738.300 €
1016	Controlling; Projektmanagement und Grundsatz	201.000 €
1017	Revision	35.350 €
1018	Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	371.600 €
1020	Moderne Verwaltung, E-Government und IT	1.442.500 €
1041	ÖPNV	5.576.800 €
1063	Ordnungs- und Gewerbewesen	17.800 €
1064	Straßenverkehrswesen	478.500 €
2140	Ausländer- und Migrationsamt	289.500 €
2151	Finanz- und Rechnungswesen	2.064.850 €
2181	Bauen und Umwelt	383.117 €
3101	Brand- und Katastrophenschutz	326.300 €
4150	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	192.250 €
4161	Gesundheit	149.000 €
	Gesamt:	**13.063.037 €**

Übersicht über das Budget der Kreisvolkshochschule

Das Budget der Kreisvolkshochschule (Produkt Nr. 2100) beinhaltet folgende Sachkonten:

		Budgetsumme 2017
5004000	Umsatzerlöse aus Überlassung von Rechten	7.000 €
5006000	Privatrechtliche Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	200 €
5106000	Öffentlich-rechtliche Erlöse aus dem Betrieb der KVHS	851.100 €
5421000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	216.700 €
5482000	Kostenerstattungen von Gemeinden	5.200 €
	Erträge gesamt:	**1.080.200 €**
6010000	Aufwendungen für Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung	3.100 €
6011000	Lehr- u. Unterrichtsmittel	7.500 €
6051000	Strom	2.500 €
6052000	Gas	2.800 €
6056000	Wasser	800 €
6062000	Materialaufwand für Reparatur und Instandhaltung; hier: technische Anlagen in Betriebsbauten	300 €
6063000	Materialaufwand für Reparatur und Instandhaltung; hier: Einrichtungen und Ausstattungen	800 €
6081000	Reinigungsmaterial	200 €
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	3.100 €
6100000	Aufwendungen für bezogene Leistungen (Dozenten, Entgelte)	761.300 €
6131000	Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätige	6.000 €
6163000	Fremdinstandhaltung: Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	2.000 €
6166000	Fremdinstandhaltung: Wartungskosten	20.200 €
6173000	Fremdreinigung	3.800 €
6179000	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	44.000 €
6200001	Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschließlich Zulagen)	276.000 €
6300001	Dienst-, Amtsbezüge einschließlich tariflischer Zulagen	125.900 €
6400001	AG-Anteil zur Sozialversicherung, Entgeltbereich	54.100 €
6460003	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	88.200 €
6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	11.100 €
6470000	Zusatzversorgung Entgeltbereich	22.800 €
6619000	sonst. Abschr. immat. Verm.gegenstände d. Anl.verm	500 €
6640000	Abschreibungen auf andere Anlagen, BGA	2.800 €
6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	3.000 €
6672000	Einzelwertberichtigungen	500 €
6700000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	37.000 €
6710000	Leasing	11.800 €
6750000	Bankspesen	600 €
6810000	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur der Verwaltung	1.400 €
6820000	Porto	18.800 €
6831000	Datenübertragungskosten	800 €
6832000	Telefon	4.000 €
6850000	Reisekosten	2.500 €
6861000	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Druck- und Werbungskosten)	30.900 €
6862000	Aufwendung für Gästebewirtung	1.400 €
6871000	Präsente bis 35,- €	1.000 €
6880000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	2.100 €
6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	1.400 €
6910000	Beiträge zu sonstigen Vereinigungen	6.900 €
7122000	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	57.300 €
	Aufwendungen gesamt:	**1.621.200 €**

Übersicht über das Budget des Jugendamtes

Das Budget des Jugendamtes (KST 1133) enthält die Sachkonten der betrieblichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppen 60, 61, 67, 68, 69), die Sachkonten der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen (Aufwendungen der Kontengruppe 71) und die Sachkonten der Aufwendungen für Transferaufwendungen (Aufwendungen der Kontengruppe 72).

		Budgetsumme 2017
60	Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtsch. Tätigkeit	14.400 €
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	75.000 €
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	121.300 €
68	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	218.900 €
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	13.200 €
71	Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	3.732.500 €
72	Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte (Transferleistungen)	46.551.800 €
	Aufwendungen gesamt:	**50.727.100 €**

Übersicht über das Budget des Sozialamtes

Das Budget des Sozialamtes (KST 2181) enthält die Sachkonten der betrieblichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Aufwendungen der Kontengruppen 60, 61, 67, 68, 69), die Sachkonten der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzzuwendungen (Aufwendungen der Kontengruppe 71) und die Sachkonten der Aufwendungen für Transferaufwendungen (Aufwendungen der Kontengruppe 72).

		Budgetsumme 2017
60	Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtsch. Tätigkeit	406.983 €
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	519.260 €
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	21.701.623 €
68	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	70.759 €
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	4.398 €
71	Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	1.853.000 €
72	Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte (Transferleistungen)	51.690.208 €
	Aufwendungen gesamt:	**76.246.231 €**

Jahresabschluss 2015

Kreis Bergstraße

Kreis Bergstrasse
Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2015

Aktivseite

Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2015 EUR	Ergebnis 31.12.2014 EUR
1.	**Anlagevermögen**		
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	331.935,08	309.597,46
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	46.172.076,23	47.393.049,33
		46.504.011,31	47.702.646,79
1.2	**Sachanlagen**		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	13.861.985,38	13.865.910,73
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken		
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	39.427.763,01	37.889.218,68
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung		
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- und Geschäftsausstattung	1.897.925,87	7.199.644,47
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	637.922,12	557.241,87
		55.825.596,38	59.512.015,75
1.3	**Finanzanlagen**		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	351.411.735,13	351.432.765,07
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen		
1.3.3	Beteiligungen	1.078.365,93	1.266.229,62
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	120.399,98	125.416,65
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1.232.773,87	1.094.323,71
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	722.515,56	760.406,58
		354.565.790,47	354.679.141,63
2.	**Umlaufvermögen**		
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und –zuschüssen und Investitionsbeiträgen	8.318.806,70	4.441.283,78
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.005.235,72	1.688.198,65
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.248.442,31	1.330.394,38
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	3.017.101,17	1.114.748,69
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.380.634,52	194.926,88
2.4	Flüssige Mittel	738.433,54	495.750,84
		16.708.653,96	9.265.303,22
3.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	8.098.819,49	6.242.684,73
	Summe Aktiva	**481.702.871,61**	**477.401.792,12**

Passivseite

Position	Bezeichnung	Ergebnis 31.12.2015 EUR	Ergebnis 31.12.2014 EUR
1.	**Eigenkapital**		
1.1	**Netto-Position**	190.516.467,33	190.716.831,02
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen		
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerorlichen Ergebnisses		
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Sonderrücklagen		
1.2.4.1	Stiftungskapital		
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		
		190.516.467,33	190.716.831,02
1.3	**Ergebnisverwendung**		
1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3.1.1	*Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren*	-131.452.846,70	-124.663.865,12
1.3.1.2	*außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren*	-15.798.714,62	-16.149.281,45
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	11.611.109,59	-6.438.414,75
1.3.2.1	*Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag*	*5.016.471,42*	*-6.788.981,58*
1.3.2.2	*Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag*	*6.594.638,17*	*350.566,83*
		-135.640.451,73	-147.251.561,32
2.	**Sonderposten**		
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, –zuschüsse und Investitionsbeiträge	86.802.459,44	81.570.047,32
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	7.491.059,99	10.764.379,06
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich		
2.1.3	Investitionsbeiträge		
2.2	Sonstige Sonderposten		
		94.293.519,43	92.334.426,38
3.	**Rückstellungen**		
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	52.512.342,34	51.558.568,59
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse		
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		
3.5	Sonstige Rückstellungen	9.895.682,12	4.259.389,67
		62.408.024,46	55.817.958,26
4.	**Verbindlichkeiten**		
4.1	Anleihen		
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 145.409.423,86 €	250.283.804,79	266.056.030,85
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 865.487,49 €	7.503.897,15	7.660.173,34
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 0 €		
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und –zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	6.464.764,81	5.170.934,36
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.985.991,05	2.120.330,41
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.378,00	-339,00
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Sondervermögen	2.709.013,00	610.553,38
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	1.174.794,64	2.063.117,08
		270.123.643,44	283.680.800,42
5.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	1.668,68	2.103.337,36
	Summe Passiva	**481.702.871,61**	**477.401.792,12**

Ergebnisrechnung 2015

	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Ansatz Hj. 2015	Fortge-schriebener Ansatz des Hj. 2015	Ergebnis des Hj. 2015	Vergleich Ansatz 2015/ Ergebnis Hj. 2015
1	2	2	3	4	5	6	7
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-36.424,53	-31.680	-31.680	-46.591,12	-14.911,12
02	51	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-7.444.862,46	-7.483.300	-7.503.980	-7.987.738,46	-483.758,46
03	548-549	Kostenersatzleistungen und- ertattungen	-5.252.618,80	-5.831.408	-5.831.408	-11.784.526,98	-5.953.118,98
04	52	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen					
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-161.554.484,08	-172.200.000	-172.200.000	-172.063.616,08	136.383,92
06	547	Erträge aus Tranferleistungen	-66.477.929,53	-71.500.150	-71.500.150	-73.004.847,68	-1.504.697,68
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-77.774.388,96	-74.603.810	-74.611.010	-82.214.520,81	-7.603.510,81
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-4.041.774,20	-4.380.815	-4.380.815	-4.311.464,99	69.350,01
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-366.754,69	-192.990	-192.990	-456.956,11	-263.966,11
10		**Summe der ordentlichen Erträge**	**-322.949.237,25**	**-336.224.153**	**-336.252.033**	**-351.870.262,23**	**-15.618.229,23**
11	62,63,65, 640-643 647-649	Personalaufwendungen	34.737.793,05	33.375.700	33.375.700	32.891.840,33	-483.859,67
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	5.407.144,62	4.600.000	4.600.000	4.835.288,22	235.288,22
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.365.386,06	19.603.029	22.249.079	24.403.894,26	2.154.815,26
14	66	Abschreibungen	5.727.880,53	4.253.520	4.253.520	6.682.230,26	2.428.710,26
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendung	52.518.436,66	62.858.969	60.891.511	60.529.785,46	-361.725,54
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	47.389.547,21	49.770.900	49.783.900	49.451.300,67	-332.599,33
17	72	Transferaufwendungen	152.525.533,00	160.673.408	160.687.508	162.143.836,80	1.456.328,80
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.092,88	7.500	7.500	10.845,79	3.345,79
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**324.680.814,01**	**335.143.026**	**335.848.718**	**340.949.021,79**	**5.100.303,79**
20		**Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./. Pos 19)**	**1.731.576,76**	**-1.081.127**	**-403.315**	**-10.921.240,44**	**-10.517.925,44**
21	56, 57	Finanzerträge	-207.748,35	-2.579.010	-2.579.010	-118.664,10	2.460.345,90
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.265.153,17	11.007.460	8.589.348	6.023.433,12	-2.565.914,88
23		**Finanzergebnis (Pos. 21 ./. Pos. 22)**	**5.057.404,82**	**8.428.450**	**6.010.338**	**5.904.769,02**	**-105.568,98**
24		**Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)**	**6.788.981,58**	**7.347.323**	**5.607.023**	**-5.016.471,42**	**-10.623.494,42**
25	59	Außerordentliche Erträge	-2.725.969,43	-605.300	-605.300	-18.250.823,35	-17.645.523,35
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	2.375.402,60	4.172.400	4.172.400	11.656.185,18	7.483.785,18
27		**Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./. Pos. 26)**	**-350.566,83**	**3.567.100**	**3.567.100**	**-6.594.638,17**	**-10.161.738,17**
28		**Jahresergebnis (Pos. 24 + Pos. 27)**	**6.438.414,75**	**10.914.423**	**9.174.123**	**-11.611.109,59**	**-20.785.232,59**

Finanzrechnung 2015

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Ansatz Hj. 2015	Fortge-schriebener Ansatz des Hj. 2015	Ergebnis des Hj. 2015	Vergleich Ansatz 2013/ Ergebnis Hj. 2015
1	2	3	4	5	6	7
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.130,45	31.680	31.680	54.848,22	-23.168,22
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.377.475,23	7.483.300	7.483.300	8.048.918,08	-565.618,08
03	Kostenzusatzleistungen und -erstattungen	4.649.254,68	5.831.408	5.831.408	7.248.107,34	-1.416.699,34
04	Steuern- und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	161.084.243,08	172.200.000	172.200.000	172.533.856,08	-333.856,08
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	67.131.149,46	71.500.150	71.500.150	69.709.795,23	1.790.354,77
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	78.190.061,70	74.603.810	74.603.810	82.347.852,37	-7.744.042,37
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	203.525,45	2.579.010	2.579.010	120.793,99	2.458.216,01
08	Sonstige ordentliche Einzahlungen und und sonst. außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	525.205,23	698.290	698.290	219.990,98	478.299,02
09	**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)**	**319.191.045,28**	**334.927.648**	**334.927.648**	**340.284.162,29**	**-5.356.514,29**
10	Personalauszahlungen	-35.322.991,86	-33.675.700	-33.675.700	-33.109.487,98	-566.212,02
11	Versorgungsauszahlungen	-3.130.723,74	-3.498.000	-3.498.000	-3.407.597,79	-90.402,21
12	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-28.045.756,64	-19.603.029	-22.317.391	-25.014.406,75	2.697.015,75
13	Auszahlungen für Transferleistungen	-152.915.559,86	-161.648.408	-161.668.408	-165.003.464,09	3.335.056,09
14	Ausz. für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-52.618.631,70	-62.858.969	-60.891.511	-58.920.899,91	-1.970.611,09
15	Auszahlungen für Steuern einschl. Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-47.389.357,21	-49.770.900	-49.783.900	-49.452.426,70	-331.473,30
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-5.311.701,06	-11.007.460	-8.589.348	-3.924.039,22	-4.665.308,78
17	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	-9.826,88	-604.900	-604.900	-8.746,14	-596.153,86
18	**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)**	**-324.744.548,95**	**-342.667.366**	**-341.029.158**	**-338.841.068,58**	**-2.188.089,42**
19	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Nr. 9./. Nr. 18)**	**-5.553.503,67**	**-7.739.718**	**-6.101.510**	**1.443.093,71**	**-7.544.603,71**
20	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.981.110,39	718.000	718.000	1.631.005,62	-913.005,62
21	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und des immateriellen Anlageverm.	6.315,00	60.000	60.000	101.313,87	-41.313,87
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42.692,47	42.600	42.600	42.534,09	65,91
23	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)**	**2.030.117,86**	**820.600**	**820.600**	**1.774.853,58**	**-954.253,58**
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		-65.000	-135.000	6.998,95	-141.998,95
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.099.734,78	-3.390.000	-6.142.400	-3.232.526,99	-2.909.873,01
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. und immateriellen Anlagevermögen	-1.488.287,95	-960.700	-2.744.829	-2.198.652,03	-546.176,97
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-133.818,35	-171.000	-172.820	-138.450,16	-34.369,84
28	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)**	**-3.721.841,08**	**-4.586.700**	**-9.195.049**	**-5.562.630,23**	**-3.632.419**
29	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 ./. 28)**	**-1.691.723,22**	**-3.766.100**	**-8.374.449**	**-3.787.776,65**	**-4.586.672**
30	**Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 19 und 29)**	**-7.245.226,89**	**-11.505.818**	**-14.475.959**	**-2.344.682,94**	**-12.131.276**
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und innere Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	2.465.000,00	3.766.100	3.766.100	3.279.211,30	486.888,70
32	Auszahlungen Für die Tilgung von Krediten und innere Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-3.367.085,95	-3.778.600	-3.778.600	-2.300.577,27	-1.478.022,73
33	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Nr.. 31 ./. 32)**	**-902.085,95**	**-12.500**	**-12.500**	**978.634,03**	**-991.134**
34	**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Hhjahres (Nr. 30 und Nr 33)**	**-8.147.312,84**	**-11.518.318,00**	**-14.488.459,00**	**-1.366.048,91**	**-13.122.410,09**
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahmen und Kassenkrediten)	244.446.248,61	271.300.000	271.300.000	305.569.138,67	-34.269.138,67
36	Haushaltsunwirksame Auszahlungen(u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Aufnahmen und Kassenkrediten)	-236.415.738,57	-260.000.000	-260.000.000	-303.959.990,25	43.959.990,25
37	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirks. Zahlungsvorgängen (Nr.35./.Nr.36)**	**8.030.510,04**	**11.300.000**	**11.300.000**	**1.609.148,42**	**9.690.852**
38	**Bestand an Zahlungsmittel zu Beginn des Haushaltsjahres**	**612.136,83**	**442.240**	**442.240**	**495.334,03**	**-53.094,03**
39	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	-116.802,80	-218.318	-3.188.459	243.099,51	-3.431.559
40	**Bestand an Zahlungsmittel am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und 39)**	**495.334,03**	**223.922**	**-2.746.219**	**738.433,54**	**-3.484.653**

Stellenplan 2017

Kreis Bergstraße

Stand: 24.10.2016

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim																			I. Verwaltung - Teil A: Beamte
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz															Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		Höherer Dienst							Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst						
		B7	B5	B4	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7				
1 Zentrale Verwaltung	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung	1,00	1,00	1,00													3,00	3,00	2,00	
	Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur							1,50		1,00	1,00						3,50	3,50	3,00	
	Controlling, Projektmanagement und Grundsatz							1,50									1,50	1,50	1,00	
	Personal und Organisation					1,00		1,00	2,00	2,50	4,75	2,00	0,50				13,75	14,25	14,25	A12: 1 kw (Beurlaubung für Wirtschaftsförderung GmbH), A10: 1 kw (Beurlaubung für Wirtschaftsförderung GmbH)
	Moderne Verwaltung, E-Government und IT							1,00									1,00	1,00	1,00	
	Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien					1,00	1,00	2,00		1,00	2,50						7,50	7,50	7,00	
	Revision						1,00			10,00							11,00	11,50	11,50	
	Frauenbeauftragte									0,50							0,50	0,50	0,50	
	Ordnungs- und Gewerbewesen						1,00			1,00	3,00						5,00	5,00	5,00	
	Straßenverkehrswesen						1,00	1,00		1,00		1,00				0,50	4,50	4,50	4,50	
	Finanz- und Rechnungswesen					1,00		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00					11,00	15,00	15,00	A10: 0,5 ku
	Ausländer- und Migration						1,00		1,00	2,00	5,50	4,00		1,00	1,50		16,00	16,00	16,00	
	Gefahrenabwehr								1,00	1,00				1,00			3,00	2,00	2,00	A9 m.D.: mit Amtszulage
	Veterinärwesen und Verbraucherschutz				1,00		1,00	1,00			1,00			1,00	1,00		6,00	6,50	6,50	A16: ku
2 Schule und Kultur	Kreisvolkshochschule					1,00			1,00								2,00	2,00	2,00	
3 Soziales und Jugend	Jugendamt					1,00				2,00	4,00	10,50					17,50	16,00	15,50	A10: 3,5 ku
	EB-Stelle Bensheim							1,00									1,00	1,00	1,00	
	Soziales					1,00		1,00		2,00	4,50	7,50					16,00	17,50	17,50	
4 Gesund-heit und Sport	Gesundheitsamt					1,00	2,00			1,00	1,00			0,50			5,50	5,50	4,50	A9 m.D.: kw

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim																			I. Verwaltung - Teil A: Beamte
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Besoldungsgruppen nach dem Bundesbesoldungsgesetz															Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		Höherer Dienst							Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst						
		B7	B5	B4	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7				
5 Gestaltung der Umwelt	Öffentlicher Personennahverkehr									1,00							1,00	1,00	1,00	
	Kreisstraßen									0,50							0,50	0,50	0,50	
	Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz					1,00	3,00		1,00	2,00	1,00						8,00	8,00	8,00	A 14: 2 ku
	UNESCO-Geopark, Verein Naturpark					1,00											1,00	1,00	1,00	A 15: kw
	Bauen und Umwelt							2,00		3,50	2,00	3,00					10,50	12,00	12,00	
Eigen-betriebe	Schule und Gebäudewirtschaft						1,00	1,00		1,00	1,00			1,00			5,00	6,00	5,00	
	Neue Wege							1,00		1,00	2,50	2,00					6,50	5,00	5,50	
	Rettungsdienst																	1,00	1,00	

	Höherer Dienst							Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst						
	B7	B5	B4	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7				
Stellenplan 2017	1,00	1,00	1,00	1,00	9,00	12,00	17,00	8,00	36,00	35,75	32,00	0,50	4,50	2,50	0,50	161,75			
Stellenplan 2016	1,00	1,00	1,00	1,00	9,00	12,00	17,00	8,00	36,00	36,75	33,00	1,50	6,00	3,00	2,00		168,25		
Zahl d. am 30.06.2016 besetzten Stellen	1,00		1,00	1,00	9,00	11,00	16,00	8,00	36,00	35,25	33,00	1,50	6,00	3,00	2,00			163,75	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim																I. Verwaltung - Teil B: Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst											Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	2Ü				
1 Zentrale Verwaltung	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung							4,0					4,0	4,0	3,0	9: 1 m. Zulage
	Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur		1,0					2,5	5,0				8,5	8,5	8,5	
	Controlling, Projektmanagement und Grundsatz				1,00	2,00	1,00						4,0	4,0	3,5	
	Personal und Organisation			1,00		1,00	5,00	3,50		8,50	2,50	1,00	22,50	21,50	19,00	EG 11: 1 kw (Beurlaubung für Überwaldbahn gemeinnützige GmbH), 6: 1 m. Zulage + 1 kw, 5: 1,5 kw
	Moderne Verwaltung, E-Government und IT	1,00		1,00		3,00	3,00	2,00		1,00			11,00	10,00	8,00	EG 13: kw
	Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien			1,00						4,00			5,00	5,00	5,00	
	Revision				1,00	1,00	1,25	0,75					4,00	4,00	3,00	
	Frauenbeauftragte					0,50		0,50					1,00	1,00	1,00	
	Personalrat / Gesamtpersonalrat					1,00	1,00	1,00		0,50			3,50	4,50	4,00	
	Ordnungs- und Gewerbewesen								2,00	1,00	1,00		4,00	3,00	3,00	
	Straßenverkehrswesen					1,00		3,00	9,00	18,50	1,00		32,50	32,50	32,50	
	Finanz- und Rechnungswesen					1,50	2,00	10,00	13,75	1,00			28,25	21,75	20,75	
	Ausländer- und Migration				1,00	1,00		5,00	5,50	3,00	1,00		16,50	15,00	14,50	
	Gefahrenabwehr	0,50		3,00	1,00	3,00		19,75		2,50			29,75	6,50	6,50	EG 13: 1 Leerstelle

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim																I. Verwaltung - Teil B: Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst											Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	2Ü				
1 Zentrale Verwaltung	Veterinärwesen und Verbraucherschutz			0,50				8,00	2,50	1,00			12,00	10,50	10,50	
2 Schule und Kultur	Kreisvolkshochschule			1,50					2,00	2,00			5,50	5,50	5,50	

	15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	2Ü				
Stellenplan 2017 Seite 1	1,50	1,00	8,00	4,00	15,00	13,25	60,00	39,75	43,00	5,50	1,00	192,00	157,25	148,25	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim															I. Verwaltung - Teil B: Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst											Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	2Ü				
3 Soziales und Jugend	Jugendamt			2,00	3,00	3,50	1,00	20,00	1,00	10,00	1,00		41,50	38,00	38,00	6: 0,5 kw
	EB-Stelle Bensheim		1,00	0,50						0,50	0,50		2,50	2,50	2,50	
	EB-Stelle Lampertheim		1,00	2,00						1,00			4,00	4,00	4,00	
	Soziales					2,00	4,00	18,75	3,00	5,00	0,50		33,25	33,25	31,75	11: 1 kw, 10: 1 kw, 9: 0,5 kw, 6: 2 kw
	Senioren					1,00		1,00		0,50			2,50	2,50	2,50	
4 Gesundheit und Sport	Gesundheitsamt	2,50	1,75		1,00	2,00	1,00	6,00	5,50	5,50	7,00		32,25	27,75	27,75	9: 1 kw, 5: 1 kw
5 Gestaltung der Umwelt	Öffentlicher Personennahverkehr			1,00					3,50				4,50	4,50	4,50	
	Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz				2,00	10,00	2,50	2,00	0,50	2,00	0,50		19,50	18,50	17,50	
	Bauen und Umwelt	1,00		2,00	5,00	13,00	4,50	1,50	2,00	11,50	1,00		41,50	39,00	37,00	13: 1 m. Zulage, 11: 0,5 kw (1/2 Leerstelle), 6: 0,5 kw

	15	14	13	12	11	10	9	8	6	5	2Ü				
Stellenplan 2017 Seite 1	1,50	1,00	8,00	4,00	15,00	13,25	60,00	39,75	43,00	5,50	1,00	192,00	157,25	148,25	
Stellenplan 2017 Seite 2	3,50	3,75	7,50	11,00	31,50	13,00	49,25	15,50	36,00	10,50		181,50	170,00	165,50	
Stellenplan 2017	5,00	4,75	15,50	15,00	46,50	26,25	109,25	55,25	79,00	16,00	1,00	373,50			
Stellenplan 2016	5,00	4,75	13,50	18,00	36,00	29,25	81,50	42,75	78,00	17,50	1,00		327,25		
Zahl d. am 30.06.2016 besetzten Stellen	5,00	4,75	13,50	17,00	34,50	25,75	78,50	42,75	75,50	15,50	1,00			313,75	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim														I. Verwaltung - Teil C: Arbeitnehmer des Sozial- und Erziehungsdienstes
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst									Zahl der Stellen nach dem Stellenplan 2017	Zahl der Stellen nach dem Stellen-plan 2016	Zahl der am 30.06.16 tatsächl. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		18	17	15	14	12Ü	12	11b	11	8b				
1 Zentrale Verwaltung	Personalrat / Gesamtpersonalrat											1,00	1,00	
3 Soziales und Jugend	Jugendamt	1,50	5,00	1,00	33,80		15,40	2,00		0,50	59,20	52,70	51,20	
	EB-Stelle Bensheim		0,50	1,00							1,50	1,50	1,50	
	EB-Stelle Lampertheim		1,00								1,00	1,00	1,00	
	Soziales			1,00			11,00				12,00	10,00	9,00	
4 Gesundheit und Sport	Gesundheitsamt				2,00		1,00				3,00	3,00	3,00	
	Stellenplan 2017	1,50	6,50	3,00	35,80		27,40	2,00		0,50	76,70			
	Stellenplan 2016	1,00	3,50	2,50	28,80	10,50	15,40	5,50	1,50	0,50		69,20		
	Zahl d. am 30.06.2016 besetzten Stellen	1,00	3,50	2,50	27,80	10,50	13,90	5,50	1,50	0,50			66,70	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim											I. Verwaltung Teil D: Zusammenstellung
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Zahl der Stellen 2017			Zahl der Stellen 2016			Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2016			Erläuterungen
		Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	
1 Zentrale Verwaltung	Kreisorgane und Verwaltungssteuerung	3,00	4,00	**7,00**	3,00	4,00	**7,00**	2,00	3,00	**5,00**	
	Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur	3,50	8,50	**12,00**	3,50	8,50	**12,00**	3,00	8,50	**11,50**	
	Controlling, Projektmanagement und Grundsatz	1,50	4,00	**5,50**	1,50	4,00	**5,50**	1,00	3,50	**4,50**	
	Personal und Organisation	13,75	22,50	**36,25**	14,25	21,50	**35,75**	14,25	19,00	**33,25**	
	Moderne Verwaltung, E-Government und IT	1,00	11,00	**12,00**	1,00	10,00	**11,00**	1,00	8,00	**9,00**	
	Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien	7,50	5,00	**12,50**	7,50	5,00	**12,50**	7,00	5,00	**12,00**	
	Revision	11,00	4,00	**15,00**	11,50	4,00	**15,50**	11,50	3,00	**14,50**	
	Frauenbeauftragte	0,50	1,00	**1,50**	0,50	1,00	**1,50**	0,50	1,00	**1,50**	
	Personalrat / Gesamtpersonalrat		3,50	**3,50**		5,50	**5,50**		5,00	**5,00**	
	Ordnungs- und Gewerbewesen	5,00	4,00	**9,00**	5,00	3,00	**8,00**	5,00	3,00	**8,00**	
	Straßenverkehrswesen	4,50	32,50	**37,00**	4,50	32,50	**37,00**	4,50	32,50	**37,00**	
	Finanz- und Rechnungswesen	11,00	28,25	**39,25**	15,00	21,75	**36,75**	15,00	20,75	**35,75**	
	Ausländer- und Migration	16,00	16,50	**32,50**	16,00	15,00	**31,00**	16,00	14,50	**30,50**	
	Brand- und Katastrophenschutz	3,00	29,75	**32,75**	2,00	6,50	**8,50**	2,00	6,50	**8,50**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim											I. Verwaltung Teil D: Zusammenstellung
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Zahl der Stellen 2017			Zahl der Stellen 2016			Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2016			Erläuterungen
		Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	
1 Zentrale Verwaltung	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	6,00	12,00	**18,00**	6,50	10,50	**17,00**	6,50	10,50	**17,00**	
2 Schule und Kultur	Kreisvolkshochschule	2,00	5,50	**7,50**	2,00	5,50	**7,50**	2,00	5,50	**7,50**	
	Summe I.Verwaltung Seite 1	**89,25**	**192,00**	**281,25**	**93,75**	**158,25**	**252,00**	**91,25**	**149,25**	**240,50**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim										I. Verwaltung Teil D: Zusammenstellung
Teil-haushalt	Bezeichnung des Bereiches	Zahl der Stellen 2017			Zahl der Stellen 2016			Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2016			Erläuterungen
		Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	Beamte	Arbeitnehmer (Teil B + C zusammen)	gesamt	
3 Soziales und Jugend	Jugendamt	17,50	100,70	**118,20**	16,00	90,70	**106,70**	15,50	89,20	**104,70**	
	EB-Stelle Bensheim	1,00	4,00	**5,00**	1,00	4,00	**5,00**	1,00	4,00	**5,00**	
	EB-Stelle Lampertheim		5,00	**5,00**		5,00	**5,00**		5,00	**5,00**	
	Soziales	16,00	45,25	**61,25**	17,50	43,25	**60,75**	17,50	40,75	**58,25**	
	Senioren		2,50	**2,50**		2,50	**2,50**		2,50	**2,50**	
4 Gesundheit und Sport	Gesundheitsamt	5,50	35,25	**40,75**	5,50	30,75	**36,25**	4,50	30,75	**35,25**	
5 Gestaltung der Umwelt	Öffentlicher Personennahverkehr	1,00	4,50	**5,50**	1,00	4,50	**5,50**	1,00	4,50	**5,50**	
	Kreisstraßen	0,50		**0,50**	0,50		**0,50**	0,50		**0,50**	
	Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz	8,00	19,50	**27,50**	8,00	18,50	**26,50**	8,00	17,50	**25,50**	
	UNESCO-Geopark	1,00		**1,00**	1,00		**1,00**	1,00		**1,00**	
	Bauen und Umwelt	10,50	41,50	**52,00**	12,00	39,00	**51,00**	12,00	37,00	**49,00**	
Eigen-betriebe	Schule und Gebäudewirtschaft	5,00		**5,00**	6,00		**6,00**	5,00		**5,00**	
	Neue Wege	6,50		**6,50**	5,00		**5,00**	5,50		**5,50**	
	Rettungsdienst				1,00		**1,00**	1,00		**1,00**	
	Summe I.Verwaltung Seite 1	**89,25**	**192,00**	**281,25**	**93,75**	**158,25**	**252,00**	**91,25**	**149,25**	**240,50**	
	Summe I.Verwaltung Seite 2	**72,50**	**258,20**	**330,70**	**74,50**	**238,20**	**312,70**	**72,50**	**231,20**	**303,70**	
	I.Verwaltung Gesamt	**161,75**	**450,20**	**611,95**	**168,25**	**396,45**	**564,70**	**163,75**	**380,45**	**544,20**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 für ständige Bedienstete der Kreisverwaltung Bergstraße in Heppenheim										**Verwaltung** **Teil D: Zusammenstellung**
Bereich	**Zahl der Stellen 2017**			**Zahl der Stellen 2016**			**Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2016**			**Erläuterungen**
	Beamte	**Arbeitnehmer** (Teil B + C zusammen)	**gesamt**	**Beamte**	**Arbeitnehmer** (Teil B + C zusammen)	**gesamt**	**Beamte**	**Arbeitnehmer** (Teil B + C zusammen)	**gesamt**	
Gesamt Verwaltung	**161,75**	**450,20**	**611,95**	**168,25**	**396,45**	**564,70**	**163,75**	**380,45**	**544,20**	

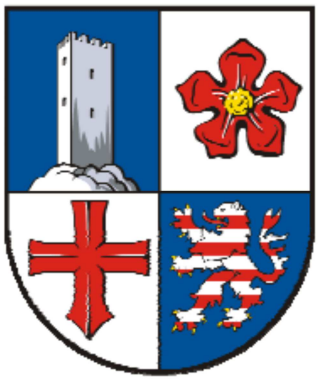
Nachrichtlich:

a) Beamte im Vorbereitungsdienst		---			---			---		
b) Auszubildende in der Gruppe Arbeitnehmer	---	37	**37**	---	34	**34**	---	31	**31**	
c) Praktikanten	---	3	**3**	---	3	**3**	---	2	**2**	

Anmerkung:

Bei organisatorischen Änderungen können in dem dadurch erforderlichen Umfang Planstellen umbesetzt werden.

Die Umsetzungen sind beim Erlass der nächsten Haushaltssatzung oder Nachtragssatzung in den Stellenplan aufzunehmen.



Haushaltskonsolidierungskonzept
des Kreises Bergstraße
für den Finanzplanungszeitraum 2017 – 2020

Stand 07.11.2016

INHALTSVERZEICHNIS

1. Externe Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung 4

1.1 Gesetzliche Grundlagen 4

1.2 Finanzielle Lage der Hessischen Landkreise 4

1.3 Kommunaler Schutzschirm des Landes Hessen 5

1.3.1 Allgemeine Informationen zur Teilnahme des Kreises am Schutzschirm 5

1.3.2 Konsolidierungspfad 5

1.4 Chancen und Risiken für die Haushaltskonsolidierung 6

1.4.1 Ausbau des Nationalen Waffenregisters 6

1.4.2 Zuständigkeit für den Vollzug von § 34a Gewerbeordnung 6

1.4.3 Neue Arbeitschutzbedingungen in den Bereichen Kreisstrassen u. ÖPNV 7

1.4.4 Asylbewerberleistungen / Integration 7

1.4.5 Neues Bundesteilhabegesetz 8

1.4.6 Drittes Pflegestärkungsgesetz 9

1.4.7 Monitoring auf Virus der Klassischen u. der Afrikanischen Schweinepest bei Wild- u. Hausschweinen 9

1.4.8 Beschluss der Hessischen Jugenddilfekommission zur Entgelt-Erhöhung bei Anwendung des TVöD . 10

1.4.9 Kommunale Entlastungen durch den Bund 10

1.4.10 Zinsdienstumlage - Komplementärfinanzierungsdarlehen für das Luisenkrankenhaus Lindenfels ... 11

1.4.11 Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des SGB II und des SGB XII 12

2. Konsolidierungsmassnahmen des Kreises Bergstrasse 13

2.1 Konsolidierungsmassnahmen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms 13

2.1.1 Teilhaushalt 1 – Zentrale Verwaltung 13

2.1.2 Teilhaushalt 2 – Schule und Kultur 14

2.1.3 Teilhaushalt 3 – Soziales und Jugend 14

2.1.4 Teilhaushalt 6 – Zentrale Finanzleistungen 16

2.2 Weitere eigene Konsolidierungsmassnahmen 16

2.2.1 Aktives Schuldenmanagement 16

2.2.2 Erhebung von Kostenbeiträgen in der Kindertagespflege 17

2.2.3 Prämienmodell zur Prämierung von Einsparmassnahmen im Energiebereich an Schulen 17

2.2.4 Überprüfung der Baugenehmigungsgebühren 17
3. Rückblick auf das Haushaltsjahr 2016 18
4. Finanzplanung 2017 bis 2020 19
4.1 Überblick 19
4.2 Kommunaler Finanzausgleich 2017 – 2020 20
4.3 Ordentliche Erträge 21
4.4 Ordentliche Aufwendungen 23
4.5 Finanzergebnis 26
4.6 Ausserordentliches Ergebnis 27
4.7 Finanzhaushalt 27
5. Fazit 28
Anlage 1: Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2017 – 2020
Anlage 2: Freiwillige Leistungen des Kreises

1. EXTERNE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

1.1 GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Nach § 92 Abs. 5 HGO i. V. mit § 24 Abs. 4 GemHVO müssen defizitäre Kommunen (bzw. solche, die Fehlbeträge aus Vorjahren auszugleichen haben) gleichzeitig mit dem Antrag auf Haushaltsgenehmigung ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, das vom Kreistag zu beschließen und dem Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde mit der Haushaltssatzung vorzulegen ist. Bei der Aufstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist darüber hinaus die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte des HMdIS zu beachten. Des Weiteren sind seit dem Vertragsabschluss mit dem Land Hessen im Dezember 2012 die Vorgaben im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes zu beachten (vgl. 1.3).

Die Aufsichtsbehörde hat im Rahmen der Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 vom 18.02.2016 u. a. folgende Empfehlung ausgesprochen: *„Angesichts der erheblichen Fehlbeträge aus Vorjahren ist das Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß § 92 Absatz 5 Nr. 2 HGO jährlich fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Auf die §§ 92 Absatz 5 HGO und 24 Absatz 4 GemHVO sowie Ziffer 1 der mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 3. März 2014 veröffentlichten ergänzenden Hinweise zur Anwendung der Konsolidierungsleitlinie mache ich in diesem Zusammenhang aufmerksam. Darüber hinaus bitte ich, künftig den voraussichtlichen Abbau der Fehlbeträge aus Vorjahren im Ergebnisplanungszeitraum im Haushaltssicherungskonzept darzustellen.“*

1.2 FINANZIELLE LAGE DER HESSISCHEN LANDKREISE

Die **Gesamtergebnisrechnung der hessischen Landkreise für das Jahr 2015** weist lt. Umfrage des Hessischen Landkreistages (vgl. HLT-RS 492/2016) zum 31.12.2015 ein positives Ergebnis i. H. v. rd. 68,5 Mio. € aus (nach Auswertung von 20 Landkreisen). Dies entspricht einer erneut signifikanten Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um rd. 164,7 Mio. €, als noch ein Defizit von rd. 96,2 Mio. € zu verzeichnen war. Insgesamt 13 Landkreise konnten 2015 ihren Haushalt ausgleichen, das sind fünf mehr als im Vorjahr und sogar acht mehr als 2013.

Die **geplanten Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2016** sehen allerdings eine Verschlechterung um insgesamt rd. 86,3 Mio. € auf ein kumuliertes Defizit von rd. 17,8 Mio. € vor. Zwar erwarten 14 Landkreise (+ 1) einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, allerdings ist das erwartete Defizit der anderen sieben Landkreise in der Summe höher als der erwartete Überschuss der besagten 14 Landkreise.

Der **Kassenkreditbestand zum 31.12.2016** wird sich gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um rd. 82,7 Mio. € auf dann rd. 3,17 Mrd. € erhöhen. Das Volumen der Zunahme schwächt sich damit zwar weiter ab, die Tendenz zeigt allerdings leider immer noch nach oben.

Der **Gesamthebesatz für die Kreis- und Schulumlage** betrug 2015 im landesweiten Durchschnitt 57,09 %. 15 Landkreise haben den damaligen Gesamthöchsthebesatz von 58 % erhoben. Durch die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs und den damit einhergehenden Änderungen hinsichtlich Berechnung und Erhebung der Kreis- und Schulumlage ist ein Vergleich des Hebesatzes des Jahres 2016 mit dem des Vorjahres nicht aussagekräftig. Der landesweite Durchschnitt bei der Kreisumlage beträgt im laufenden Haushaltsjahr 34,84 %, bei der vollumfänglich kostendeckend zu erhebenden Schulumlage beträgt er nun 17,87 %. Der Gesamthebesatz beträgt somit im Durchschnitt 52,71 %.

1.3 KOMMUNALER SCHUTZSCHIRM DES LANDES HESSEN

1.3.1 ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR TEILNAHME DES KREISES AM SCHUTZSCHIRM

Der Kreis Bergstraße hat i. R. der am 10.12.2012 durch den Kreistag beschlossenen Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen am 21.12.2012 einen **Konsolidierungsvertrag** mit dem Land Hessen (vertreten durch das HMdF) geschlossen. Mit Inanspruchnahme der **Entschuldungshilfen** i. H. v. insgesamt rd. 74,25 Mio. € ist die Verpflichtung verbunden, den Kreishaushalt im ordentlichen Ergebnis spätestens im Jahr 2020 und danach jahresbezogen dauerhaft auszugleichen. Über die Durchführung der vereinbarten **Konsolidierungsmaßnahmen** sowie über die Einhaltung des vereinbarten **Konsolidierungspfades** wird dem HMdF und dem RP regelmäßig berichtet. Gemäß der am 10.01.2013 mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen abgeschlossenen **Ablösungs- und Zinsvereinbarung** wurden inzwischen alle vereinbarten Investitions- und Kassenkredite abgelöst.

1.3.2 KONSOLIDIERUNGSPFAD

Der Kreis Bergstraße hat sich im Konsolidierungsvertrag verpflichtet, mindestens das in der Anlage 1 zum Vertrag für jedes Jahr des Konsolidierungszeitraums festgelegte ordentliche Ergebnis im Gesamtergebnis sowohl im Haushaltsplan als auch im Jahresabschluss zu erreichen (vgl. hierzu Anlage 2a der Beschlussvorlage 17-0713 vom 28.11.2012). Die Auswirkungen der voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad im Haushaltsvollzug des Jahres 2016 auf das ordentliche Ergebnis der einzelnen Produktbereiche – basierend auf dem Zweiten Finanz- und Controllingbericht zum 31.08.2016 – sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Produktbereich	**Vorgabe Schutzschirm HH 2016: Ergebnis je Einwohner**	**Vorgabe Schutzschirm HH 2016: Ergebnis absolut (T€)**	**Prognose Ergebnis absolut in T€**	**Prognose Ergebnis je Einwohner**	**Differenz absolut in T€**	**Differenz je Einwohner**
01 Innere Verwaltung	-43,53 €	-11.433,2	-13.846,4	-52,72 €	-2.413,2	-9,19 €
02 Sicherheit und Ordnung	-10,48 €	-2.752,6	-3.126,0	-11,90 €	-373,4	-1,42 €
03 Schulträgeraufgaben	18,02 €	4.733,0	3.628,5	13,82 €	-1.104,5	-4,20 €
04 Kultur und Wissenschaft	-1,52 €	-399,2	-448,5	-1,71 €	-49,3	-0,19 €
05 Soziale Leistungen	-175,34 €	-46.053,1	-45.629,6	-173,73 €	423,5	1,61 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-126,43 €	-33.206,8	-34.928,7	-132,99 €	-1.721,9	-6,56 €
07 Gesundheitsdienst	-8,31 €	-2.182,6	-1.891,3	-7,20 €	291,3	1,11 €
08 Sportförderung	-0,67 €	-176,0	-159,1	-0,61 €	16,9	0,06 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	-2,49 €	-654,0	-866,6	-3,30 €	-212,6	-0,81 €
10 Bauen und Wohnen	-1,39 €	-365,1	282,7	1,08 €	647,8	2,47 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-13,77 €	-3.616,7	-5.022,6	-19,12 €	-1.405,9	-5,35 €
13 Natur- u. Landschaftspflege	-2,76 €	-724,9	-491,2	-1,87 €	233,7	0,89 €
14 Umweltschutz	-1,09 €	-286,3	-620,2	-2,36 €	-334,3	-1,27 €
15 Wirtschaft und Tourismus	-3,40 €	-893,0	-1.159,2	-4,41 €	-266,2	-1,01 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	318,93 €	83.767,0	120.646,8	459,34 €	36.879,8	140,41 €
Summe ordentliches Ergebnis	**-54,23 €**	**-14.243,5**	**16.368,7**	**62,32 €**	**30.612,2**	**116,55 €**

1.4 CHANCEN UND RISIKEN FÜR DIE HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Abweichungen vom Konsolidierungspfad und von den Konsolidierungsmaßnahmen können i. R. des Kommunalen Schutzschirms als sog. „Prognosestörungen“ durch das Land sanktioniert werden, wenn sie durch den Kreis Bergstraße zu vertreten sind. Da Prognosestörungen bis 2020 unvermeidlich sind, muss im Einzelfall nachgewiesen werden, dass sie für den Kreis unvorhersehbar und unabweisbar sind. Hierzu ist es erforderlich, die Zielabweichung, deren Ursache, die Mehrbelastung sowie mögliche Gegenmaßnahmen umfassend zu beschreiben. In den nachfolgend näher beschriebenen Bereichen wird mit (möglichen) Prognosestörungen gerechnet, die jedoch zum Teil (noch) nicht abschließend quantifiziert werden können. Des Weiteren werden aber auch (mögliche) Entlastungen des Haushalts als Chancen für die Haushaltskonsolidierung dargestellt.

1.4.1 AUSBAU DES NATIONALEN WAFFENREGISTERS

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Nationales Waffenregister hat den **Entwurf eines Realisierungskonzeptes für den Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR)** vorgelegt. Darin wird nach umfassender Abwägung die Umsetzung des Systems NWR II empfohlen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung ist u. a. die Feststellung, dass dieses System im Gegensatz zu NWR I+ einen geringeren Aufwand für die Waffenbehörden darstellt (vgl. HLT-RS 004/2016 vom 05.01.2016).

Im Falle einer **Realisierung von NWR II** sollen **für die Waffenbehörden keine zusätzlichen Aufgaben** anfallen, da die Meldung von Herstellern und Händlern zentral durch die Kopfstelle angenommen und verarbeitet wird. Bei einer Realisierung von NWR I+ müssten die Meldungen durch die Waffenbehörden erfasst werden. NWR I+ ruft zwar zunächst geringere Kosten beim Ausbau der zentralen Komponente hervor, ist aber im Weiterbetrieb mit dauerhaft höheren Belastungen für die Waffenbehörden verbunden. **In beiden Varianten** fallen zudem **einmalige Kosten von ca. 600 – 1000 € je Waffenbehörde** für die Anpassung des ÖWF XWaffen-Standard an.

Die Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen hat für den Kreis Bergstraße hat am 11.01.2016 folgende **Stellungnahme** zu dem Entwurf abgegeben: *„Dem Vorschlag (…) für die Umsetzung von NWR II möchte ich mich anschließen. Sinn und Zweck der Einführung des NWR ist es den gesamten Lebenszyklus einer Waffe (…) abzubilden und eine lückenlose Zuordnung von Waffen zu Herstellern, Händlern und privaten Waffenbesitzern zu ermöglichen (…) Bei der Realisierung von NWR II fallen keine zusätzlichen Aufgaben an, aber die Mithilfe der örtlichen Waffenbehörde bei der Klärung von Fehlerfällen wird in Zusammenarbeit mit dem zentralen Fehlermanagement notwendig. Hier ist zu erwarten, dass der höhere Personalaufwand bei der Waffenbehörde durch den Wegfall der Bearbeitung der Händlermitteilung ausgeglichen wird, da diese Mitteilungen künftig über die zentrale Komponente des NWR verarbeitet werden sollen (…)“*

1.4.2 ZUSTÄNDIGKEIT FÜR DEN VOLLZUG VON § 34A GEWERBEORDNUNG

Seit dem 01.04.2016 sind die Landkreise für den Vollzug des § 34a Gewerbeordnung zuständig (vgl. HLT-RS 266/2016 vom 06.04.2016). Der §34a GewO und die Bewachungsverordnung sind die gesetzlichen Grundlagen für das gewerbliche Bewachen fremden Lebens und Eigentums. Gleich ob selbständige Tätigkeiten im Bewachungs- und Sicherheitsgewerbe oder Tätigkeiten in Form eines Anstellungsverhältnisses, beides unterliegt den Regelungen dieses Paragraphen und den der Bewachungsverordnung. Mit dieser gesetzlichen Regelung will der Gesetzgeber sicherstellen, dass Personen, die Verantwortung für die Sicherheit (Bewachung) fremden Lebens und Eigentums tragen, zuverlässig sind und sich für diese Tätigkeiten auch eignen. Eine Anstellung bei einem Sicherheitsunternehmen in den Bereichen Objekt- und Werkschutz, Revier- und Streifenwachdienst, Sicherheitskuriere, Geld-

und Werttransport, Empfangsdienst im Objektschutz, Veranstaltungs-Security, oder Personenschutz schreibt eine Unterrichtung für Bewachungspersonal nach § 34a Gewerbeordnung vor. Weitergehende Tätigkeiten setzen nicht nur eine Unterrichtung, sondern eine Sachkundeprüfung nach § 34a GewO voraus.

Die neue Zuständigkeit ist gem. Aussage unserer Abteilung Ordnungs- und Gewerbewesen vom 12.04.2016 mit einem **erhöhten Personalbedarf in Form einer Vollzeitstelle** verknüpft. Derzeit erfolgt die Bewertung der neuen Stelle. Die mit der neuen Aufgabe verbundenen Erträge und Aufwendungen werden im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt. Die Kosten für einen Antrag sind je Behörde unterschiedlich und werden von diesen festgesetzt. Sie liegen zwischen 150 € und 1.350 €.

1.4.3 NEUE ARBEITSCHUTZBEDINGUNGEN IN DEN BEREICHEN KREISSTRASSEN U. ÖPNV

Aufgrund **neuer gesetzlicher Arbeitsschutzbestimmungen** entstehen voraussichtlich **Mehraufwendungen im Zusammenhang mit zu erwartenden Verkehrsproblemen**. Die Abteilungen Straßenverkehrswesen, ÖPNV und Kreisstraßen haben hierzu am 20.04.2016 folgende **Stellungnahme** verfasst:

*„**ÖPNV**: Es wird zukünftig aufgrund der neuen gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen mit deutlich mehr Vollsperrungen als bisher gerechnet. Dies führt zu Mehraufwendungen aufgrund der dann notwendigen Umfahrungen (…) Der monetäre Mehraufwand kann gegenwärtig noch nicht beziffert werden (…) **Kreisstraßen**: (…) Aufgrund der geänderten Arbeitsschutzbestimmungen und der teilweise geringen Fahrbahnbreiten ist in Zukunft vermehrt unter Vollsperrung zu arbeiten. Dies erfordert – insbesondere wenn innerörtliche Umfahrungsmöglichkeiten (…) fehlen – teilweise weitläufige Umleitungen und Verschiebungen der Verkehrsströme. Bei den halbseitigen, ampelgeregelten Baustellen ist festzustellen, dass die vermehrt eingesetzten intelligenten Ampelsysteme relativ gut funktionieren und der Verkehrsfluss insgesamt gewährleistet werden kann (…)“*

1.4.4 ASYLBEWERBERLEISTUNGEN / INTEGRATION

Der Bund und die Länder haben sich auf **Grundlinien der zukünftigen Asyl- und Flüchtlingspolitik** verständigt. Sie wollen demnach gemeinsam prüfen, wie den **spezifischen Bedarfen unbegleiteter Minderjähriger** Rechnung zu tragen ist und die Steuerungsmöglichkeiten mit Blick auf die Kostenentwicklung und die Ausgestaltung durch die Länder verbessert werden können. Der Bund hat zudem angekündigt, sich substantiell an den in den Ländern entstehenden **Kosten der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge** zu beteiligen. Nach Ansicht der Länder sollte dies mindestens in Höhe einer hälftigen Beteiligung erfolgen. Die Kommunen sollen außerdem bei den **flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft** deutlich stärker entlastet werden (vgl. HLT-RS 305/2016 vom 27.04.2016).

Im Dezember 2015 hatten sich Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land Hessen auf ein **Einigungspapier mit Änderungen bei der Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge in den Landkreisen** und kreisfreien Städte verständigt. Für den Kreis Bergstraße führte diese Einigung zu einer **Erhöhung der LAG-Pauschale auf 940 €** pro Person und Monat (vgl. S. 13 f. des letztjährigen Haushaltskonsolidierungskonzepts).

Der Asylkompromiss enthielt zudem die Zusage und Verpflichtung der Beteiligten, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Landesaufnahmegesetzes die Grundlagen für eine belastbare Darlegung der mit der Aufnahme und Unterbringung ausländischer Flüchtlinge entstehenden Kosten zu verabreden. Im Ergebnis wurden mehrere Erhebungsbögen erstellt, die zwischenzeitlich auch den Landkreisen zugegangen sind. Die Rückmeldungen gehen direkt an die vom HMSI beauftragte Hessenagentur, die die Daten auswertet. Im Anschluss wird das Datenmaterial zunächst in der Ar-

beitsgruppe des Ministeriums beraten und bewertet. Die Landkreise sollen über den Fortgang der Angelegenheit informiert werden (vgl. HLT-RS 433/2016 vom 10.06.2016).

Selbst im Falle einer Auskömmlichkeit der LAG-Pauschale drohen den Landkreisen allerdings erhebliche finanzielle Unterdeckungen. Hintergrund ist, dass die Pro-Kopf-Pauschalen lediglich für den einzelnen Flüchtling gezahlt werden und damit systemimmanent nicht die **Vorhaltekosten für die Bereitstellung von aktuell nicht genutzten Unterkünften** abdecken können. Im Falle eines Rückgangs der Flüchtlingszahlen könnten Unterdeckungen dadurch entstehen, dass die geschlossenen langjährigen Verträge mit zugesicherten Mindestauslastungen Defizite verursachen. Auf ein entsprechendes Schreiben des HLT an den Ministerpräsidenten hat das Hessische Sozialministerium in seiner Antwort angeregt zu prüfen, ob einzelne Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen zukünftig nicht auch anderen Nutzungszwecken zugeführt werden könnten. Überlegenswert sei gewiss auch, derzeit geplante Neuanmietungen angesichts der unsicheren Zugangsprognose kritisch zu überprüfen.

Die **Entwicklung des Defizits** im ordentlichen Ergebnis beim Produkt 3080 sowie des **Kostendeckungsgrades** seit 2008 zeigt die folgende Tabelle.

	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Veränderung des Defizits gegenüber Vorjahr	Kostendeckungsgrad
RE 2008	1.201.988 €	3.923.634 €	-2.721.646 €		30,6%
RE 2009	898.542 €	3.415.254 €	-2.516.712 €	-7,5%	26,3%
RE 2010	1.005.038 €	3.446.926 €	-2.441.888 €	-3,0%	29,2%
RE 2011	1.291.933 €	3.568.525 €	-2.276.592 €	-6,8%	36,2%
RE 2012	1.638.930 €	3.840.904 €	-2.201.974 €	-3,3%	42,7%
RE 2013	2.690.711 €	4.934.162 €	-2.243.451 €	1,9%	54,5%
RE 2014	4.333.983 €	7.803.034 €	-3.469.050 €	54,6%	55,5%
RE 2015	11.636.946 €	14.921.945 €	-3.284.999 €	-5,3 %	78,0%
Prognose 2016	38.596.292 €	37.102.150 €	1.494.142 €	---	104,0%
Plan 2017	36.361.160 €	41.912.085 €	- 5.550.925 €	---	86,8%

1.4.5 NEUES BUNDESTEILHABEGESETZ

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im April 2016 den Referentenentwurf für ein **neues Bundesteilhabegesetz** vorgelegt (vgl. HLT-RS 306/2016 vom 27.04.2016). Darin wird das Rehabilitations- und Teilhaberecht für Menschen mit Behinderungen einschließlich der **Eingliederungshilfe** neu geregelt. Die Eingliederungshilfe soll in Teil 2 des SGB IX als „Besondere Leistung zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)“ geregelt werden. Die Vorgabe des Koalitionsvertrages, keine neue Ausgabendynamik auszulösen, ist damit nicht eingehalten worden. Die Zusammenführung der Leistungen für behinderte Kinder und Jugendliche und dem Dach der Jugendhilfe („inklusive Lösung“) ist nicht enthalten. Das neue Bundesteilhabegesetz soll überwiegend zum 01.01.2018 in Kraft treten.

Für Länder und Kommunen als Träger der Eingliederungshilfe weist der Entwurf **Mehrausgaben** durch die **Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensanrechnung**, durch **Leistungsverbesserungen** sowie durch **Personalmehraufwand** aus. Dem werden **Entlastungen** durch **Ausgabenverschiebungen** in die vom Bund finanzierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie eine „Effi-

zienzrendite durch bessere Steuerung“ gegenübergestellt. **In den Jahren 2017 bis 2020 wird mit jährlichen Mehrausgaben zwischen 30 Mio. € und 154 Mio. € kalkuliert.**

Der HLT hat mit Schreiben vom 13.05.2016 gegenüber dem Deutschen Landkreistag (DLT) eine **Stellungnahme zum Referentenentwurf** abgegeben, die dieser in seiner gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag am 19.05.2016 gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit (BMAS) und Soziales abgegebenen Stellungnahme hat einfließen lassen (vgl. HLT-RS 389/2016 vom 24.05.2016). Der HLT hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass *„der Referentenentwurf auch aufgrund seines Umfangs sehr unübersichtlich, schwer verständlich und insbesondere im Bereich des Einsatzes des Einkommens und Vermögens sehr kompliziert“* sei. Der DLT hat in seiner Stellungnahme an das BMAS moniert, dass der Entwurf bei Weitem nicht die kommunalen Forderungen und Erwartungen erfülle. Er enthalte keine hinreichenden Maßnahmen, um die heutige **Ausgabendynamik** (jährliche Steigerung von über 1 Mrd. €) in der Eingliederungshilfe zu bremsen. Zugleich sei eine neue Ausgabendynamik bei mehreren grundlegenden Stellschrauben (Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises, neue Leistungstatbestände, Schnittstellen zur Pflege) zu befürchten. Zudem werde durch eine Reihe von Maßnahmen im Vertragsrecht und bei der Bedarfsermittlung ein **hoher zusätzlicher Personalaufwand** erforderlich sein.

1.4.6 DRITTES PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat im April 2016 den Referentenentwurf eines Pflegestärkungsgesetzes III (PSG III) vorgelegt (vgl. HLT-RS 307/2016 vom 27.04.2016). Der als Artikelgesetz konzipierte Entwurf enthält zwei maßgebliche Regelungsinhalte:

- Umsetzung der Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur **Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege**
- **Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs**, der mit dem PSG II in der Pflegeversicherung eingeführt wurde, **auch in der Sozialhilfe**

Das PSG III soll zum 01.01.2017 in Kraft treten. Der Referentenentwurf veranschlagt jährliche **Mehrbelastungen für die Hilfe zur Pflege** i. H. v. 200 Mio. € im Einführungsjahr 2017 und i. H. v. 182 Mio. € in den Folgejahren. Dem stellt das BMG eine **Entlastung der Sozialhilfe durch das PSG II** in Höhe von jährlich 330 Mio. € gegenüber, die nach Auslaufen der Überleitungs- und Bestandsschutzkosten auf jährlich 230 Mio. € sinken soll. Länder und kommunale Spitzenverbände haben diese vermeintlichen Entlastungen hinterfragt und erwarten stattdessen Mehrbelastungen bereits durch das PSG II, die nun mit dem PSG III verschärft werden.

1.4.7 MONITORING AUF VIRUS DER KLASSISCHEN U. DER AFRIKANISCHEN SCHWEINEPEST BEI WILD- U. HAUSSCHWEINEN

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Juni 2016 den überarbeiteten Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Monitorings auf das Virus der Klassischen und der Afrikanischen Schweinepest bei Wild- und Hausschweinen vorgelegt (HLT-RS 410/2016 vom 02.06.2016).

Keinen Niederschlag im vorliegenden Entwurf haben die Hinweise des Deutschen Landkreistages (DLT) zu dem auch auf kommunaler Ebene bestehenden **Erfüllungsaufwand** gefunden. Dieser wird auch im überarbeiteten Entwurf als nicht gegeben eingestuft. Die Aussage, dass die Kommunen und die Jagdausübungsberechtigten keine zusätzlichen Kosten zu erwarten haben, wird in der Mitgliedschaft des Deutschen Landkreistages nicht geteilt (vgl. Schreiben des DLT an das BMEL vom 03.05.2016). Ne-

ben dem erwarteten **Mehraufwand der Landkreise** entstehen den kommunalen Veterinärbehörden bspw. Kosten in Form von Zeit- und Personalaufwand für Schulungen und Beratungen der Jagdausübungsberechtigten, Materialbeschaffung (u. a. Equipments für die Jäger zur Probeentnahme), Probentransportlogistik (Entgegennahme und Weiterleitung der Probe an die zuständige Stelle im Land) sowie durch die statistische Auswertung und die Berichterstattung für das Land.

1.4.8 BESCHLUSS DER HESSISCHEN JUGENDDILFEKOMMISSION ZUR ENTGELTERHÖHUNG BEI ANWENDUNG DES TVÖD

Die Hessische Jugendhilfekommission hat am 31.03.2016 folgenden Beschluss gefasst (vgl. HLT-RS 259/2016 vom 05.04.2016): *„1. Für die Leistungserbringer, die den Tarif TVöD-SuE anwenden bzw. vom Tarifbeschluss SuE betroffen sind, wird auf Antrag des Leistungserbringers das Entgelt für 2016 im Bereich der Personalkosten um weitere 1,6 % mit Wirkung zum 01.01.2016 zusätzlich zu der bereits durchgeführten pauschalen Steigerung gemäß Beschluss der Jugendhilfekommission vom 03.09.2015 erhöht. 2. Träger, denen die Anwendung des pauschalierten Verfahrens gemäß Nr. 1 nicht ausreicht, können gemäß § 78d Abs. 3 SGB VIII (…) zu Einzelverhandlungen aufrufen. Die Unvorhersehbarkeit und Nichtabwendbarkeit der Tariferhöhungen im Tarifvertrag SuE wird von Seiten der Kostenträger als wesentlich anerkannt."*

Der Hessische Landkreistag hat die Empfehlung ausgesprochen, die Erhöhung des TVöD-SuE-Tarifs nicht pauschal anzuerkennen. Drei Jugendämter hessischer Landkreise hatten seinerzeit **Zweifel an der Rechtmäßigkeit** vorgetragen und diese der **Unzulässigkeit der rückwirkenden Tariferhöhung** begründet (vgl. HLT-RS 349/2016 vom 11.05.2016). Das Präsidium des HLT hat sich am 30.06.2016 abschließend zum Thema beraten und rückwirkende Zahlungen im Jugendhilfebereich als nichts rechtskonform angesehen. Die Empfehlung, die Erhöhung nicht pauschal anzuerkennen, wurde daher aufrechterhalten (vgl. HLT-RS 512/2016 vom 06.07.2016).

Die Leitung unseres Jugendamtes hatte im März 2016 veranlasst, dass wir im Landkreis Bergstraße keiner pauschalen Erhöhung zustimmen, da dieser – noch dazu rückwirkend – die Rechtswirksamkeit fehlt. Wenn es Ansprüche freier Träger gegeben hätte, wäre das Jugendamt in Einzelverhandlungen eingetreten.

1.4.9 KOMMUNALE ENTLASTUNGEN DURCH DEN BUND

Bund und Länder haben sich am 17.06.2016 zur Verteilung der kommunalen Entlastung i. H. von 5 Mrd. € jährlich (vgl. hierzu S. 9 f. im letztjährigen Konsolidierungskonzept) verständigt. Weitere Punkte der Verständigung waren die Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft in den Jahren 2016 bis 2018 sowie die Höhe und Verteilung der Regionalisierungsmittel (vgl. HLT-RS 551/2016 vom 20.07.2016).

Verteilung der finanziellen Besserstellung der Kommunen ab 2018 um 5 Mrd. € p.a.

Die Verteilung der kommunalen Entlastung um 5 Mrd. € p.a. stellt sich wie folgt dar:

- Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft um 1,6 Mrd. €
- Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um 2,4 Mrd. €
- Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um 1,0 Mrd. €

Hinsichtlich der Frage, ob es zur durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft hinsichtlich dieser Aufgabe zur sog. **Bundesauftragsverwaltung** nach Art. 104a Abs. 3 GG kommt, lässt sich derzeit noch keine abschließende Aussage treffen.

Bezüglich der **finanziellen Auswirkungen der Entlastungen auf die hessischen Landkreise stellt** der HLT folgendes fest: die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer fließt an die Städte und Gemeinden und mithin nicht unmittelbar an die Landkreise. Bezüglich der Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Bundesländer sind diese gehalten, die Mittel an ihre Kommunen weiterzuleiten. Der Transferweg könnte sich bspw. in Gestalt des KFA manifestieren. Die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft fließt dagegen unmittelbar an die Landkreise. Diese Mittel dienen zweckgerichtet dazu, die Gebietskörperschaften bei den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II zusätzlich zu entlasten. Der Anteil der hessischen kreisfreien Städte und Landkreise an diesem Teil des Gesamtpakets lässt sich mit ca. 114 Mio. € beziffern.

Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft in den Jahren 2016 bis 2018

Der Bund hat zugesagt, zur Entlastung der Kommunen die Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Mehrbelastungen bei den Kosten der Unterkunft ab 2016 auf 100 % zu erhöhen. Dadurch sollen Landkreise und kreisfreie Städte um 400 Mio. € in 2016 und voraussichtlich um 900 Mio. € in 2017 und 1,3 Mrd. € in 2018 entlastet werden. Die Verteilung auf die Länder soll 2016 nach dem Königsteiner Schlüssel und in 2017 und 2018 an Anlehnung an einen Verteilungsschlüssel erfolgen, der sich aus den tatsächlichen flüchtlingsbedingten Ausgaben für Unterkunft und Heizung des Vorjahres ergibt. Eine über 2018 hinausgehende Einigung wurde nicht getroffen.

Höhe und Verteilung der Regionalisierungsmittel

Der Beitrag des Bundes soll um 200 Mio. € aufgestockt werden. Der Gesamtbetrag von 8,2 Mrd. € wird wie bereits geregelt mit 1,8 % dynamisiert werden. Die zur bisherigen Einigung zusätzlich vom Bund bereitgestellten Mittel sollen unter den ostdeutschen Ländern i. R. einer Verordnung verteilt werden.

1.4.10 ZINSDIENSTUMLAGE - KOMPLEMENTÄRFINANZIERUNGSDARLEHEN FÜR DAS LUISENKRANKENHAUS LINDENFELS

Der Kreis Bergstraße hat das HMdF mit Schreiben vom 10.08.2016 um Prüfung gebeten, ob die Zinslasten für das **Komplementärfinanzierungsdarlehen** über 315,5 T€, das zur Sicherstellung der Finanzierung einer Investition über das Konjunkturpaket II des Bundes im **Luisenkrankenhaus** in **Lindenfels** von der Stadt Lindenfels an den damaligen Krankenhausträger weitergeleitet wurde, aufgrund der **Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des aktuellen Träger**s weiterhin i. R. der **Zinsdienstumlage** vom Landkreis Bergstraße zu tragen ist.

Das HMdF hat mit Erlass vom 18.08.2016 folgendes mitgeteilt: *„Nach § 55 Abs. 2 Satz 1 FAG werden die Zinslasten für Darlehen nach dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm für Krankenhäuser auch in nicht öffentlicher Trägerschaft dem Landkreis zugerechnet (…) Das von der Stadt Lindenfels mit der (…) WI Bank (…) geschlossene Förderdarlehen besteht ungeachtet der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Südhessischen Klinikverbund gGmbH fort. Insofern ist seitens des Hessischen Ministeriums der Finanzen (…) die Zinsdienstumlage weiterhin festzusetzen (…)“*

Das Darlehen wird zu je 50 % vom Land Hessen und der Stadt Lindenfels getilgt. Der städtische Tilgungsanteil wurde durch eine vom damaligen Träger des Krankenhauses, dem Hessischen Diakonieverein e.V., vorgelegte Bankbürgschaft abgesichert. Für den Zinsdienst für Darlehen nach dem Hessi-

schen Sonderinvestitionsprogrammgesetz wird nach § 55 eine Zinsdienstumlage vom Landkreis erhoben und der Finanzausgleichsmasse zugeführt. Obwohl nach einem Erlass des HMdF vom 25.02.2010 die Übernahme des Zinsdienstes nicht von den privaten Krankenhausträgern verlangt werden kann, konnte damals erreicht werden, dass sich der Hessische Diakonieverein e. V. gegenüber dem Kreis vertraglich verpflichtete, die Zinsdienstumlage zu erstatten. Auch die Rechtsnachfolger in der Krankenhausträgerschaft haben entsprechende Erstattungen an den Kreis geleistet.

Die Darlehensnehmerin ist zu einer vorzeitigen Rückzahlung des Darlehens nicht berechtigt. Daher ist der Kreis verpflichtet, die Zinsdienstumlage bis zur vollständigen Darlehenstilgung durch die Stadt Lindenfels im Jahr 2040 zu leisten. Die finanzielle Belastung lässt sich derzeit noch nicht endgültig ermitteln. Die Zinsdienstumlage entspricht den für das Darlehen anfallenden Zinsen. Der für die ersten zehn Jahre bis 2020 festgesetzte Zinssatz beträgt 3,29 %. Nach Ablauf der Zinsbindungsfrist wird der Zinssatz wieder jeweils für 10 Jahre festgesetzt. In den Jahren 2016 – 2020 ist eine Zinsdienstumlage i. H. von rd. 39,8 T€ zu entrichten. Unter Annahme des derzeitigen Zinssatzes wäre ab dem Jahr 2021 bis zur vollständigen Tilgung ein weiterer Betrag von insgesamt rd. 72,7 T€ zu leisten. Die finanzielle Belastung beträgt somit insgesamt rd. 112,5 T€.

Ein rechtliches Vorgehen gegen die Entscheidung des HMdF wird als wenig aussichtsreich erachtet. Es ist jedoch vorgesehen, Verhandlungen mit dem Land Hessen hinsichtlich des Fortbestands des Darlehens und der daraus entstehenden finanziellen Belastungen aufzunehmen.

1.4.11 GESETZ ZUR ERMITTLUNG VON REGELBEDARFEN SOWIE ZUR ÄNDERUNG DES SGB II UND DES SGB XII

Das Bundeskabinett hat den Regierungsentwurf eines **Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen** sowie zur Änderung des SGB II und des SGB XII am 21.09.2016 beschlossen (vgl. HLT-RS 730/2016). Das Inkrafttreten ist überwiegend für den 01.01.2017 vorgesehen, bestimmte Änderungen wurden auf den 01.01.2018 verschoben. Der Deutsche Landkreistag (DLT) kritisiert den **zum Teil hohen zusätzlichen Verwaltungsaufwand** und die unnötigen Verwerfungen zwischen den verschiedenen Kapiteln des SGB XII. Der kommunalen Stellungnahme zum Entwurf vom 13.09.2016 wurde vorangestellt, dass der Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren ein Inkrafttreten vieler Änderungen zum 01.01.2017 nicht zulässt. Die vorgesehenen Änderungen zur Anerkennung von Unterkunftskosten und zur Berücksichtigung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sind zudem mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Außerdem sollte das Verfahrensrecht für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und für die Hilfe zum Lebensunterhalt gleichermaßen gelten.

Der DLT weist in seiner gemeinsamen Stellungnahme mit dem Deutschen Städtetag darauf hin, dass das **Verfahren für die Praxis schwer überschaubar** sei. Die Fülle paralleler, aber nicht immer abgestimmter Verfahren sind für die Sozialhilfeträger kaum mehr zumutbar. Genannt werden an dieser Stelle die Pflegestärkungsgesetze II und III sowie das die Eingliederungshilfe völlig neu gestaltende Bundesteilhabegesetz. Zudem wird auf den großen Verwaltungsaufwand hingewiesen. Angesichts zahlreicher Änderungen, die einen ganz **erheblichen Verwaltungsaufwand** bedeuten, ist nicht nachzuvollziehen, warum der Entwurf lediglich einen *„geringen einmaligen Umstellungsaufwand“* für die Kommunen ausführt, um haushaltsangehörige Erwachsene formal der Regelbedarfsstufe 1 zuzuordnen. Dies sei definitiv unzutreffend.

Die Sozialämter müssen sich nicht nur mit den entsprechenden Gesetzesänderungen auseinandersetzen. Es muss auch die die Software den Änderungen angepasst werden. Zugleich benötigen die Zahlungsvorgänge einen bestimmten zeitlichen Vorlauf. Und nicht zuletzt müssen die Leistungsberechtigten informiert werden. Es sei daher ausgeschlossen, die Änderungen in der verbleibenden Zeit bis zum vorgesehenen Inkrafttreten umzusetzen.

2. KONSOLIDIERUNGSMASSNAHMEN DES KREISES BERGSTRASSE

2.1 KONSOLIDIERUNGSMASSNAHMEN IM RAHMEN DES KOMMUNALEN SCHUTZ-SCHIRMS

Der Kreis Bergstraße hat sich im Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen neben der Einhaltung des Konsolidierungspfades verpflichtet, die in Anlage 2 zum Vertrag beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleichs umzusetzen (vgl. hierzu Anlage 2b der Beschlussvorlage 17-0713 vom 28.11.2012). Gemäß dem **1. Halbjahresbericht für das Haushaltsjahr 2016** gab es über alle Maßnahmen hinweg im **Haushaltsjahr 2015** insgesamt eine Verbesserung i. H. v. rd. 6.077,4 T€ (Vergleich des Rechnungsergebnisses 2015 mit der Schutzschirmvorgabe für den HH 2014). Die Verbesserung ist ausschließlich auf höhere Erträge (+ 10.043,5 T€) zurückzuführen. Bei den Aufwendungen (- 3.966,1 T€) konnte das geplante Konsolidierungspotential hingegen nicht realisiert werden. Im **Haushaltsjahr 2016** gibt es voraussichtlich eine Verbesserung i. H. v. rd. 17.290,1 T€ (Vergleich der Prognose aus dem 1. Finanz- und Controllingbericht zum 30.04.2016 mit der Schutzschirmvorgabe für den HH 2015). Diese Verbesserung ist ebenfalls ausschließlich auf höhere Erträge (+ 29.836,6 T€) zurückzuführen. Die Entwicklung der Aufwendungen hingegen ist um 12.546,5 T€ schlechter als im Konsolidierungsvertrag vereinbart. Die Entwicklung der einzelnen Maßnahmen ist im Folgenden dargestellt.

2.1.1 TEILHAUSHALT 1 – ZENTRALE VERWALTUNG

- **Erhöhung der Erträge aus Prüfungsgebühren des Revisionsamtes** durch Anpassung an die Personalkostenentwicklung sowie Effizienzsteigerungen
  - 2015: Verbesserung um rd. 0,7 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehrertrag i. H. v. rd. 10,7 T€ statt von nur 10 T€)
  - 2016: Verschlechterung um 160 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Ertragsverlust von 150 T€ statt Mehrertrag i. H. v. 10 T€)
  - Begründung für die Abweichung: die Veranschlagung im HH 2016 (= Ergebnisprognose, da keine Veränderungen erwartet werden) orientierte sich seinerzeit am RE 2014 (668,5 T€), das gute RE 2015 (800,7 T€) war da noch nicht absehbar
  - Eine mögliche Änderung der Satzung über die Gebührenerhebung für die Prüfungstätigkeit des Revisionsamtes mit dem Ziel einer Gebührenerhöhung zum Zwecke einer Kostendeckung wird auch weiterhin geprüft, da die letzte Anpassung vom 01.01.2011 datiert
- **Erhöhung der Erträge aus den Gebühren für die Kfz-Zulassung** durch den Anstieg der Umsätze der Zulassungsstelle aufgrund von Neuzulassungen emissionsarmer Fahrzeuge und einer Zunahme der Elektromobilität
  - 2015: Verbesserung um rd. 281,7 T€ gegenüber der Zielvorgabe (331,7 T€ anstatt 50 T€ Mehrertrag)
  - 2016: Schutzschirmvorgabe (50 T€ Mehrertrag) wird voraussichtlich exakt erfüllt
- **Erhöhung der Erträge aus Gebühren für die Fleischhygiene** durch eine zukünftige Fortsetzung der positiven Entwicklung des Gebührenaufkommens
  - 2015: Verbesserung um rd. 8,1 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehrertrag von rd. 8,1 T€ anstatt gleichbleibende Erträge gegenüber Vorjahr)
  - 2016: Verbesserung um 55 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehrertrag von 60 T€ anstatt nur 5 T€)
  - Die prognostizierte Verschlechterung um 100 T€ im laufenden Haushaltsvollzug gegenüber dem im 2. Halbjahresbericht 2015 angegebenen Planwert für 2016 resultiert aus der Schließung eines Schlachthofs, welche zu Ertragsverlusten führen wird

2.1.2 TEILHAUSHALT 2 – SCHULE UND KULTUR

- **Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse bei den Grundschulen** aufgrund des erwarteten Schülerzahlenrückgangs
  - Die Maßnahme ist durch die Eingliederung der Schulabteilung in den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft und die damit verbundenen strukturellen Veränderungen ab 2015 nicht mehr darstellbar. Es wurde keine neue Maßnahme angelegt, da eine Kompensation über das Gesamtvolumen gewährleistet ist.
- **Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse bei den Kombinierten Schulformen** aufgrund des erwarteten Rückgangs der Schülerzahlen
  - Die Maßnahme ist durch die Eingliederung der Schulabteilung in den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft und die damit verbundenen strukturellen Veränderungen ab 2015 nicht mehr darstellbar. Es wurde keine neue Maßnahme angelegt, da eine Kompensation über das Gesamtvolumen gewährleistet ist.
- **Erhöhung der Erträge aus der Schulumlage** aufgrund der Partizipation des Kreises am steigenden Steueraufkommen der kreisangehörigen Gemeinden
  - 2015: Verschlechterung um 2.750 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Ertragsverlust von 2.650 T€ anstatt Mehrertrag von 100 T€)
  - 2016: Verbesserung um 5.500 T€ gegenüber der Zielvorgabe (5.450 T€ Mehrertrag anstatt nur 50 T€)
  - Begründung für die Abweichungen: Die Erhebung der Schulumlage erfolgt aufwandsdeckend. Daher sind im Zeitablauf Abweichungen gegenüber den ursprünglich vereinbarten Werten unvermeidbar.

- **Erhöhung der Erträge aus Teilnehmerbeiträgen bei der Kreisvolkshochschule**
  - 2015: Verschlechterung um rd. 41,2 T€ gegenüber der Zielvorgabe (rd. 31,2 T€ Ertragsverlust anstatt 10 T€ Mehrertrag)
  - 2016: Verbesserung um 65,3 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehrertrag von 75,3 T€ anstatt von nur 10 T€)
  - Begründung für die Abweichung: In den Fachbereichen EDV und Business English sind Teilnehmerverluste hinzunehmen, die durch kostenlose innerbetriebliche Schulungsmaßnahmen v. a. größerer Unternehmen, verursacht werden. Allerdings sinken im Gegenzug auch die Aufwendungen für Dozentenhonorare

2.1.3 TEILHAUSHALT 3 – SOZIALES UND JUGEND

- **Reduzierung der Transferaufwendungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt** aufgrund des erwarteten Rückgangs der Fallzahlen
  - 2015: Verschlechterung um rd. 109,7 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Rd. 9,7 T€ Mehraufwand anstatt 100 T€ Einsparung)
  - 2016: Verschlechterung um 196 T€ gegenüber der Zielvorgabe (96 T€ Mehraufwand anstatt 100 T€ Einsparung)
  - Begründung für die Abweichung: Es zeichnet sich gegenüber der Haushaltsplanung eine Verschlechterung im laufenden Haushaltsvollzug 2016 um 70 T€ ab. Bei relativ stabilen Kosten pro Fall wurde die prognostizierte Fallzahl bereits Ende des Jahres 2015 um 20 Fälle überschritten (365 statt 345).
- **Reduzierung der Transferaufwendungen bei den Hilfen zur Gesundheit** aufgrund des erwarteten Rückgangs der Fallzahlen durch den Wechsel der Kostenträgerschaft

- 2015: Verschlechterung um rd. 376,3 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von rd. 276,3 T€ anstatt Einsparung von 100 T€)
- 2016: Verschlechterung um 500 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von 400 T€ anstatt Einsparung von 100 T€)
- Begründung für die Abweichungen: Die ursprünglich mit rückläufiger Tendenz geplanten Aufwendungen haben sich im Rechnungsergebnis 2015 erhöht, da die Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme von Behandlungen wider Erwarten gestiegen sind. Die Negativabweichungen in den darauffolgenden Jahren sind eine Folge hiervon.

- **Reduzierung der Transferaufwendungen bei den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen** aufgrund des erwarteten Rückgangs der Fallzahlen
  - 2015: Verschlechterung um rd. 92,5 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von rd. 82,5 T€ anstatt Einsparung von 10 T€)
  - Begründung für die Abweichung: Aufgrund von gestiegenen Bestattungskosten (§ 74 SGB XII) wurde der Haushaltsansatz 2015 gegenüber dem ohnehin entgegen der ursprünglichen Planung erhöhten Ansatz nochmals überschritten.
  - Die Maßnahme ist zum Ende des Jahres 2015 planmäßig ausgelaufen.
- **Erhöhung der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** aufgrund der Erhöhung der Kostenbeteiligung des Bundes auf 100 Prozent bis zum Jahr 2014
  - 2015: Verbesserung um rd. 1.452,9 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Rd. 1.952,9 T€ anstatt nur 500 T€ Mehrertrag)
  - 2016: Verbesserung um rd. 290,8 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Rd. 790,8 T€ anstatt nur 500 T€ Mehrertrag)
  - Begründung für die Abweichung: Aufgrund der Anpassung der Bundesbeteiligung an die korrespondierenden gestiegenen Transferaufwendungen sind die Erträge durchgängig höher als ursprünglich erwartet.
- **Reduzierung der Transferaufwendungen bei den Leistungen nach SGB II** aufgrund einer Fortsetzung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt, was zu einer geringeren Zahl von Leistungsempfängern und Bedarfsgemeinschaften führt
  - 2015: Verschlechterung um rd. 1.743,3 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von rd. 743,3 T€ anstatt Einsparung von 1.000 T€)
  - 2016: Verschlechterung um 9.650 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von 8.650 T€ anstatt Einsparung von 1.000 T€)
  - Begründung für die Abweichungen: Mehrbedarf entsteht durch die Erhöhung der Angemessenheitsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) und durch die Erhöhung der ALG II – Regelsätze um 2 % sowie die KV-Zusatzleistung. Außerdem erfolgte eine Anpassung der KdU an den zu erwartenden Anstieg des Mietniveaus durch die Flüchtlingskrise.
- **Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe** nach § 35a SGB VIII
  - 2015: Verschlechterung um rd. 1.584,3 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von rd. 1.084,3 T€ anstatt Einsparung i. H. von 500 T€)
  - 2016: Verschlechterung um 2.140 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Mehraufwand von 1.640 T€ anstatt Einsparung i. H. von 500 T€)
  - Begründung für die Abweichungen: Höhere Transferaufwendungen in den Rechnungsergebnissen 2014 und 2015 sowie in der Folge im Haushaltsvollzug 2016, da in allen Bereichen – insbesondere bei der ambulanten Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII – ansteigende Fallzahlen festzustellen sind.

2.1.4 TEILHAUSHALT 6 – ZENTRALE FINANZLEISTUNGEN

- **Erhöhung der Erträge aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen** aufgrund der Partizipation des Kreises am gestiegenen Steueraufkommen der kreisangehörigen Kommunen sowie der Erwartung eines moderaten Wachstums der Steuerkraft
  - 2015: Verbesserung um rd. 11.091,3 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Rd. 17.321,3 T€ Mehrertrag anstatt nur 6.230 T€)
  - 2016: Verbesserung um rd. 24.185,6 T€ gegenüber der Zielvorgabe (Rd. 30.685,6 T€ Mehrertrag anstatt nur 6.500 T€)
  - Begründung für die Abweichungen: Die Erträge aus der Kreisumlage entwickeln sich aufgrund der guten konjunkturellen Lage besser als erwartet. Zudem werden wegen des Wegfalls von besonderen Finanzzuweisungen i. R. der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs höhere Erträge aus den allgemeinen Schlüsselzuweisungen erwartet.
- **Reduzierung der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse bei den Beteiligungen und Mitgliedschaften**, da aufgrund der strategischen Partnerschaft mit dem Universitätsklinikum Heidelberg ab dem Jahr 2013 voraussichtlich kein Kreiszuschuss mehr für das Kreiskrankenhaus Bergstraße zu leisten sein wird
  - Die Maßnahme ist erfolgreich beendet.

2.2 WEITERE EIGENE KONSOLIDIERUNGSMASSNAHMEN

2.2.1 AKTIVES SCHULDENMANAGEMENT

Die Zinsaufwendungen bei den Kreditportfolien des Kreises konnten im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesenkt werden. Erreicht werden konnte dies durch folgende Maßnahmen:

- Nutzung des anhaltend niedrigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt
- Aufnahme zinsverbilligter Darlehen von Förderbanken
- Inanspruchnahme von variablen EONIA-Kassenkreditlinien
- Abschluss von festverzinslichen Kassenkrediten zu vorteilhaften Konditionen
- Ablösung von Krediten durch den Kommunalen Schutzschirm
- Übertragung von Investitionskrediten des Kreises i. H. v. rd. 12.525,8 T€ auf den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft wegen der Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs von L-SG

Im Jahr 2015 wurden drei **Investitionskredite** (KfW-Darlehen) über 1.270 T€ (Zinssatz 0,40 %, Zinsbindung: rd. 9 Jahre), 1.000 T€ (0,39 %, rd. 10 Jahre) und 900 T€ (0,39 %, rd. 9 Jahre) neu aufgenommen. Die **Zinsaufwendungen für Investitionskredite** betrugen im Jahr 2015 rd. 1.632,6 T€ (- 33,2 % gegenüber Vorjahr). Für das Zinsrisiko bei Schutzschirmdarlehen wurde eine Rückstellung i. H. v. 2.300 T€ gebildet. Die **Zinsersparnis durch die Inanspruchnahme von öffentlich geförderten Krediten** mit Zinsvergünstigung betrug rd. 48,3 T€ (Vorjahr: rd. 51,1 T€).

Ein **EONIA-Kassenkredit** über 10,0 Mio. € (Aufschlag: 0,25 %, Laufzeit: 1 Jahr) wurde 2015 verlängert. Außerdem wurden insgesamt vier **festverzinsliche Kassenkredite** aufgenommen. Zwei Kassenkredite wurden zur **Umschuldung** aufgenommen:

- Über 25,0 Mio. € zum Zinssatz von 0,60 % mit einer Zinsbindung von 10 Jahren
- Über 15,0 Mio. € zum Zinssatz von 0,28 % mit einer Zinsbindung von 3 Jahren

Zwei weitere Kassenkredite wurden zur **Zins- und Liquiditätssicherung** bei gleichzeitiger Reduzierung der EONIA-Kassenkreditlinien aufgenommen:

- Über 10,0 Mio. € zum Zinssatz von 0,555 % mit einer Zinsbindung von 5 Jahren
- Über 20,0 Mio. € zum Zinssatz von 0,550 % mit einer Zinsbindung von 5 Jahren

Die Netto-**Zinsaufwendungen für Kassenkredite** (inkl. Zinsen und Derivate ohne Rückstellungen) betrugen im Jahr 2015 rd. 1.543,9 T€ (- 43,0 % gegenüber Vorjahr). Der **Zinsvorteil durch die Fortführung der flexibel nutzbaren EONIA-Kreditlinien** gegenüber dem 3-Monats-EURIBOR betrug rd. 36,3 T€ (2014: 74,9 T€). Im Jahr 2015 reduzierten sich die **Schulden des Kreises aus Investitionskrediten** um rd. 14,53 Mio. € auf rd. 23,89 Mio. €. Der **Kassenkreditbestand des Kreises** reduzierte sich ebenfalls, um 1,4 Mio. € auf 233,9 Mio. €.

Die **Durchschnittsverzinsung** der einzelnen Kreditportfolien (Kreditmarktdarlehen inkl. Derivate) entwickelte sich 2015 wie folgt:

- Investitionskredite des Kreises: 2,71 % (2014: 3,65 %, 2013: 3,94 %)
- Investitionskredite des Eigenbetriebs L-SG: 3,09 % (2014: 2,85 %, 2013: 3,11 %)
- Kassenkredite inkl. Derivate: 0,70 % (2014: 0,68 %, 2013: 1,09 %)

2.2.2 ERHEBUNG VON KOSTENBEITRÄGEN IN DER KINDERTAGESPFLEGE

Im Haushaltsjahr 2014 standen Transferauszahlungen von rd. 3.462,8 T€ liquiditätswirksame Erträge i. H. v. rd. 1.469,5 T€ gegenüber. Das entspricht einer Rückholquote von rd. 42,4 %. Im Haushaltsjahr 2015 standen Transferauszahlungen von rd. 3.301,7 T€ Transfereinzahlungen i. H. v. rd. 1.156,5 T€ gegenüber. D. h. die Rückholquote hat sich um 7,4 Prozentpunkte auf rd. 35,0 % verringert. Der – mit der am 01.08.2015 in Kraft getretenen Satzung zur Förderung der Kindertagespflege mit Erhebung von Kostenbeiträgen – angestrebte Kostendeckungsgrad von ca. 35-37 % für ein volles Kalenderjahr wurde somit erreicht.

2.2.3 PRÄMIENMODELL ZUR PRÄMIERUNG VON EINSPARMASSNAHMEN IM ENERGIEBEREICH AN SCHULEN

In den beiden letzten Haushaltskonsolidierungskonzepten wurde über das 2005 eingeführte Prämienmodell zur Prämierung von Einsparmaßnahmen im Energiebereich an Schulen berichtet, das zum einen das Engagement der Schulen zur Durchführung von Energiesparmaßnahmen gezielt fördern und zum anderen einen Beitrag zur Minderung des Energieverbrauchs an Schulen und den damit verbundenen Kosten leisten soll. Das Prämienmodell wurde im **Schuljahr 2015/16** zum zehnten Mal fortgesetzt. In diesem Schuljahr haben sich – wie auch im Vorjahr – 44 Schulen beteiligt. Prämienauszahlungen i. H. v. rd. 19,8 T€ (Vorjahr: 20,3 T€) stand eine theoretisch ermittelte nutzerbedingte Energiekosteneinsparung von 55,0 T€ (Vorjahr: 59,2 T€) gegenüber.

2.2.4 ÜBERPRÜFUNG DER BAUGENEHMIGUNGSGEBÜHREN

Nach einer von der hessischen Landesregierung in das Gesetzgebungsverfahren eingebrachten **Änderung der Hessischen Bauordnung** sollen Gaststätten zukünftig wieder verpflichtet werden, zumindest eine Unisex-Toilette bereitzustellen (vgl. Presseinformation des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung vom 02.09.2016). Eine solche **Toilettenpflicht** gab es bereits viele Jahre in Hessen. Eine entsprechende Verordnung zur Bereitstellung von Toiletten

wurde mit Wirkung zum 14.07.2002 allerdings aufgehoben, weil zum damaligen Zeitpunkt keine Zweifel daran bestanden, dass die Vorhaltung von Toiletten zu den üblichen Gepflogenheiten beim Betrieb einer Gaststätte gehören und es daher keiner Verordnung bedürfe. Die nun vorgesehene Regelung gilt allerdings nur für Gaststätten mit Alkoholausschank. Eine Übergangsregelung ist nicht vorgesehen. Die Pflicht gilt zudem zunächst nur für neu errichtete Gaststätten. Bestehende Gaststätten haben bauordnungsrechtlichen Bestandsschutz.

De es sich um eine baurechtliche Anforderung handelt, sind die **Bauaufsichtsbehörden für den Vollzug zuständig**. Bei größeren Gaststätten, die nach § 2 Abs. 8 Nr. 9a HBO Sonderbauten sind, wird die Einhaltung der Anforderung im **Baugenehmigungsverfahren** geprüft. Bei kleineren Gaststätten, die keine Sonderbauten sind, obliegt die Einhaltung dem Bauherrn. Die Bauaufsichtsbehörde kann bei einem Verstoß jedoch den Einbau anordnen und der Anordnung – wenn nötig – mit einem Zwangsgeld Nachdruck verleihen.

Diese Ankündigung einer Neuerung der HBO ist – wie die Abteilung Bauaufsicht und Umwelt zu Recht feststellt – mit zusätzlichen **personellen Ressourcen** (Überwachung, Vollzug, Prüfung Zulässigkeit sowie Prüfung Bestandschutz aus Archivakten, Abstimmung mit Gaststättenbehörde wegen Art des Ausschanks, Beratung Bauherr etc.) verbunden. Sie steht exemplarisch für Änderungen bzw. neue Aufgaben in diesem Bereich, die in der Summe zu einem **finanziellen Mehraufwand** führen.

Nach § 1 Abs. 4 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG) können die Landkriese, denen die Bauaufsicht übertragen ist, durch **Satzung** die **Bauaufsichtsgebühren** nach ihrem **Verwaltungsaufwand** festlegen und dabei von den Gebührensätzen der Verwaltungskostenordnung abweichen. Die aktuelle **Bauaufsichtsgebührensatzung** des Kreises Bergstraße in der Fassung vom 17.12.2001, zuletzt geändert am 16.12.2002, ist seit dem 01.01.2002 in Kraft. Vor dem o. g. Hintergrund beauftragt der Kreistag daher die Abteilung Bauaufsicht und Umwelt, eine **Überprüfung der Baugenehmigungsgebühren mit dem Ziel der Kostendeckung** vorzunehmen.

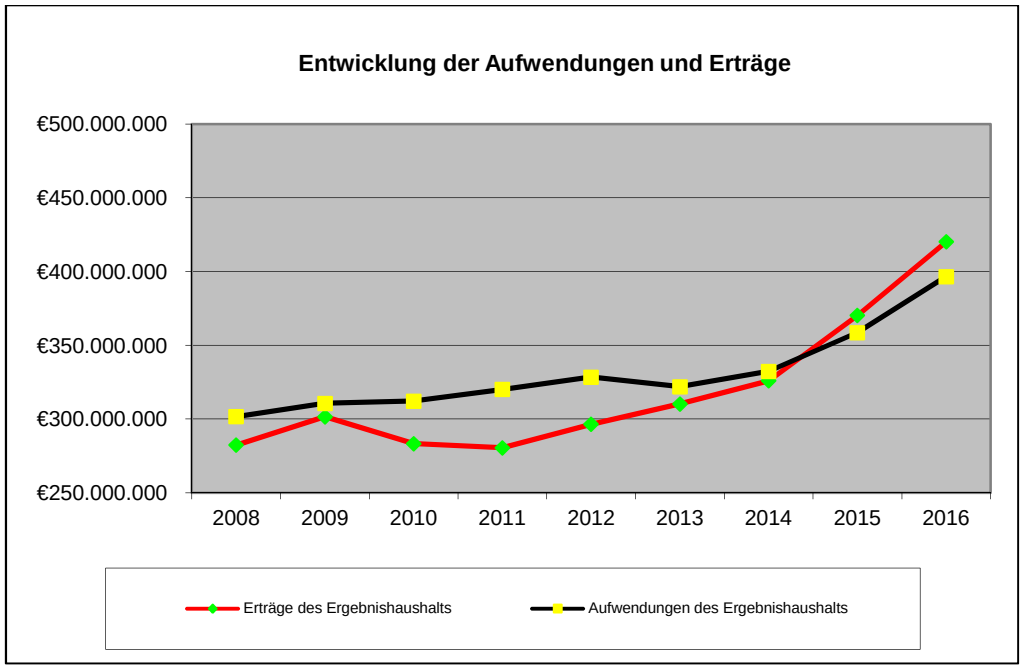
3. RÜCKBLICK AUF DAS HAUSHALTSJAHR 2016

Der Kreistag hat am 07.12.2015 den **Haushaltsplan 2016** mit einem geplanten Überschuss i. H. v. rd. 7,95 Mio. € im Ergebnishaushalt beschlossen. Die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt als zuständiger Aufsichtsbehörde erfolgte mit Schreiben vom 18.02.2016. Eine Nachtragssatzung gem. § 98 HGO ist auch in diesem Jahr nicht vorgesehen.

Im **Ersten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2016** zum Stichtag 30.04.2016 wird ein Überschuss i. H. von rd. 19,94 Mio. € im *Jahresergebnis* prognostiziert. Damit wird das im Haushaltsplan ausgewiesene Ergebnis um voraussichtlich rd. 11,98 Mio. € übertroffen. Für das *Ordentliche Ergebnis* ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 9,48 Mio. €. Das entspricht einer positiven Abweichung vom – i. R. der Teilnahme des Kreises am Kommunalen Schutzschirm des Landes – vereinbarten *Konsolidierungspfad* i. H. v. rd. 27,63 Mio. € oder 105,19 € je Einwohner. Für insgesamt 31 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 17 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 20 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert.

Im **Zweiten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2016** zum 31.08.2016 wurde eine nochmalige Verbesserung des *Jahresergebnisses* um weitere rd. 3,67 Mio. € auf nunmehr rd. 23,61 Mio. € prognostiziert. Rd. 2,35 Mio. € dieser nochmaligen Verbesserung sind auf das *Verwaltungsergebnis* zurückzuführen. Zwar reduzieren sich die *ordentlichen Erträge* um rd. 8,88 Mio. € gegenüber

der Prognose im 1. Finanzbericht, dies wird allerdings durch eine nochmalige Reduzierung der *ordentlichen Aufwendungen* um rd. 11,23 Mio. € kompensiert. Das *Finanzergebnis* trägt mit rd. 637,5 T€ und das *Außerordentliche Ergebnis* mit rd. 687,8 T€ zur Verbesserung gegenüber der Prognose im Ersten Finanz- und Controllingbericht bei.



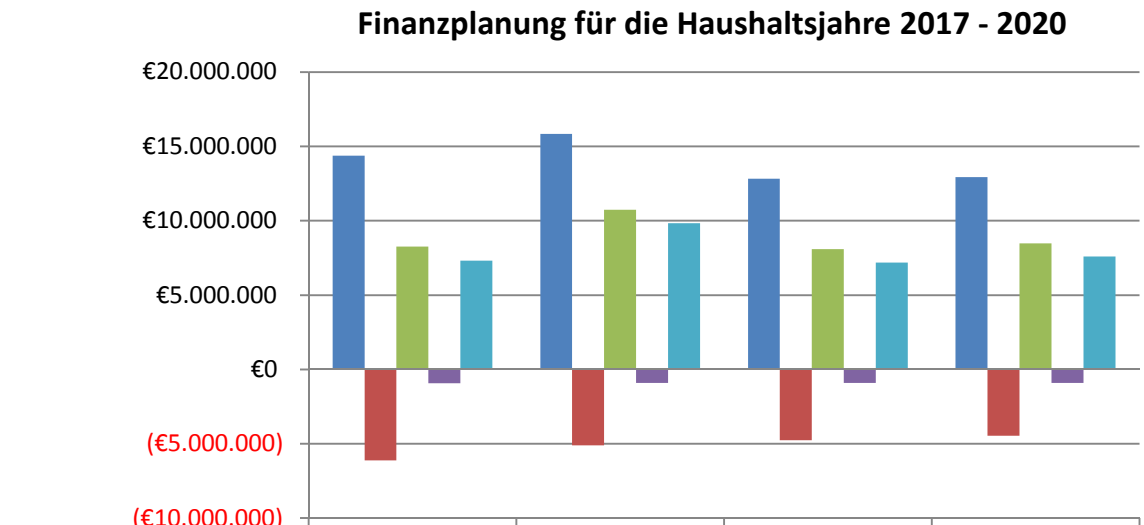
Für detaillierte Informationen bezüglich der Entwicklung der einzelnen Fachbereiche sowie der wesentlichen Veränderungen wird an dieser Stelle auf die entsprechenden Ausführungen im jeweiligen Finanz- und Controllingbericht (vgl. Informationsvorlagen 18-0098 und 18-0266) verwiesen.

4. FINANZPLANUNG 2017 BIS 2020

4.1 ÜBERBLICK

Der **Ergebnishaushalt** für das **Haushaltsjahr 2017** schließt mit einem Überschuss im **Jahresergebnis** von rd. 7,3 Mio. € ab. Im **Ordentlichen Ergebnis** wird mit einem Überschuss i. H. v. rd. 8,3 Mio. € geplant. Bereinigt um zahlungsunwirksame Vorgänge ergibt sich im **Finanzhaushalt** ein **Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit** i. H. v. rd. 9,3 Mio. €. Der **Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit** beläuft sich auf rd. 6,2 Mio. €. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von rd. 10,6 Mio. € stehen Investitionen von rd. 16,8 Mio. € gegenüber. Der **Zahlungsmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit** beträgt 0,2 Mio. €. Investiven Kreditaufnahmen von rd. 6,2 Mio. € (hiervon entfallen 600 T€ auf das Kommunale Investitionsprogramm des Landes) stehen Tilgungsleistungen i. H. v. rd. 6,45 Mio. € gegenüber. Der **Kassenkreditbestand** verringert sich zum 31.12.2017 voraussichtlich um 2,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 219,0 Mio. €. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes, also bis zum Ende des Jahres 2020, verringert er sich voraussichtlich auf 195,5 Mio. €.

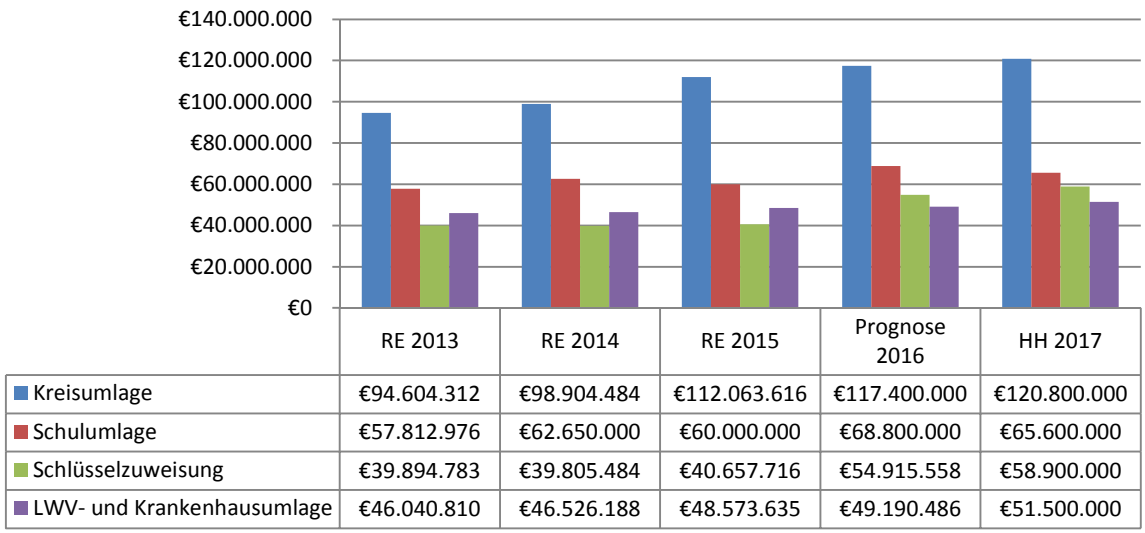
Die prognostizierte Entwicklung der **mittelfristigen Finanzplanung** bis 2020 (vgl. auch Anlage 1) ist der nachfolgenden Grafik zu entnehmen.



	2017	2018	2019	2020
Verwaltungsergebnis	€14.366.377	€15.840.000	€12.835.000	€12.935.000
Finanzergebnis	(€6.109.605)	(€5.100.000)	(€4.750.000)	(€4.450.000)
Ordentliches Ergebnis	€8.256.772	€10.740.000	€8.085.000	€8.485.000
Außerordentliches Ergebnis	(€937.400)	(€900.000)	(€900.000)	(€900.000)
Jahresergebnis	€7.319.372	€9.840.000	€7.185.000	€7.585.000

4.2 KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH 2017 – 2020

Die **Veranschlagung des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017** basiert auf den Planungsdaten des HMdF vom 12.09.2016. Die Erträge aus der Kreis- und Schulumlage belaufen sich demnach auf 186,4 Mio. €, die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen auf 58,9 Mio. €. Dem stehen Aufwendungen aus der LWV-Umlage (47,4 Mio. €) und der Krankenhausumlage (4,1 Mio. €) gegenüber. Der Überschuss aus dem KFA beträgt somit 193,8 Mio. €. Der **Vergleich zu den Vorjahren** ist der folgenden Grafik zu entnehmen. Bei der Schlüsselzuweisung ist zu beachten, dass im Zuge der Neuordnung des KFA ab 2016 besondere Finanzzuweisungen wie z.B. der Jugendhilfe- und der Sozialhilfelastenausgleich entfallen und diese sich nun in der Allgemeinen Schlüsselzuweisung wiederfinden.



	RE 2013	RE 2014	RE 2015	Prognose 2016	HH 2017
Kreisumlage	€94.604.312	€98.904.484	€112.063.616	€117.400.000	€120.800.000
Schulumlage	€57.812.976	€62.650.000	€60.000.000	€68.800.000	€65.600.000
Schlüsselzuweisung	€39.894.783	€39.805.484	€40.657.716	€54.915.558	€58.900.000
LWV- und Krankenhausumlage	€46.040.810	€46.526.188	€48.573.635	€49.190.486	€51.500.000

Die Prognose für die **Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs bis 2020** basiert auf eigenen Einschätzungen, die sich etwas unterhalb der Ergebnisse der 148. Steuerschätzung vom Mai 2016 und des Finanzplanungserlasses des HMdIS vom 30.09.2016 bewegen. Sowohl die Fortschreibung der Umlagegrundlage als auch die der Schlüsselzuweisungen erfolgte mit einem durchschnittlichen Anstieg von + 3,0 % p.a. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde unverändert mit 33,45 % fortgeschrieben. Die Höhe der Schulumlage orientiert sich an den tatsächlichen Aufwendungen. LWV- und Krankenhausumlage wurden mit durchschnittlich + 2,5 % p.a. fortgeschrieben.

Maßgeblich für die vergleichende Betrachtung der Haushaltsveranschlagung 2017 mit dem Vorjahr in den folgenden Kapiteln 4.3 bis 4.7 ist als Ausgangsbasis der verabschiedete Haushaltsplan für das Jahr 2016 und nicht die Prognose i. R. des Finanz- und Controllingberichts, da die Finanzplanung auf den Planzahlen basiert. Zunächst wird die Veränderung im Haushaltsplanentwurf 2017 gegenüber dem Haushaltsplan 2016 erläutert, anschließend die Annahmen, die der Ergebnis- und Finanzplanung bis zum Jahr 2020 zu Grunde liegen.

4.3 ORDENTLICHE ERTRÄGE

Die ordentlichen Erträge erhöhen sich im Haushaltsjahr 2017 um rd. 5.519 T€ (+ 1,3 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Verbesserung ist primär auf eine Erhöhung der Erträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich um 4.300 T€ (+ 1,8 %) zurückzuführen (vgl. hierzu 4.2). Die **Erträge aus der Kreis- und Schulumlage** erhöhen sich um 200 T€, die **Erträge aus den Schlüsselzuweisungen** um 4.100 T€.
Bei den **Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen** (ohne LK-Schlüsselzuweisungen) wird mit einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr (- 7.523 T€ bzw. – 11,7 %) geplant. Diese fokussiert sich auf den Produktbereich *Soziale Leistungen* (- 7.587 T€) und hier vor allem auf zwei Produkte:

- *Leistungen nach SGB II* (+ 3.105 T€): Der Mehrertrag bei der Erstattung des Landes f. Leistungen nach § 7 LAG entsteht durch die erhöhte Zuwanderung bleibeberechtigter Flüchtlinge.
- *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* (- 10.662 T€): Dem Ansatz liegen 4.679 abrechenbare Personen zugrunde, für die eine pauschale Erstattung des Landes für die Unterbringung von Asylbewerbern i. H. von 940 € monatlich erfolgt. Das sind 914 (+ 24,3 %) mehr als im Vorjahr.

Auch bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** wird mit Mehrerträgen i. H. von rd. 2.194 T€ (+ 27,6 %) kalkuliert. Diese Verbesserung ist nahezu ausschließlich auf den Produktbereich *Sicherheit und Ordnung* zurückzuführen (+ 1.945 T€) und hierbei primär auf das neue Produkt Rettungsdienst, das im Zuge der Zusammenführung des Eigenbetriebs Rettungsdienst mit den Abteilungen Gefahrenabwehr und Ordnungs- und Gewerbewesen gebildet wurde. Es handelt sich um die Gebührenerträge der Leitstelle (1.952 T€). 1.685 T€ hiervon entfallen auf die Notfallversorgung und 267 T€ auf den Krankentransport. Wesentliche Mehrerträge sind zudem bei folgenden Produkten geplant:

- *Revision* (+ 50,0 T€): Erhöhung der Prüfungstage (1.380) bei unverändertem Tagessatz (507 €)
- *Ordnungs- und Gewerbewesen* (+ 47,2 T€): Mehrerträge durch Aufgabenwahrnehmung in der Immobiliendarlehensvermittlung und durch die Kontrolle des Bewachungsgewerbes
- *Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen* (+ 50,0 T€): Anpassung der Gebührenerträge aus der KFZ-Zulassung und der Erteilung von Fahrerlaubnissen an das Rechnungsergebnis 2015
- *Kreisvolkshochschule (+ 135,1 T€)*

Mit einem Gebührenrückgang wird hingegen beim Produkt *Fleischhygiene* (- 100 T€) kalkuliert.

Bei den **Erträgen aus Transferleistungen** (+ 16.980 T€ bzw. + 22,4 %) wird ebenfalls mit einer deutlichen Verbesserung gegenüber 2016 kalkuliert. Mehrerträge i. H. v. rd. 14.913,3 T€ entfallen auf den Produktbereich *Soziale Leistungen*. Im Produktbereich *Kinder-, Jugend- und Familienhilfe* werden Verbesserungen i. H. v. 2.066,5 T€ erwartet. Vor allem bei folgenden Produkten ist mit deutlichen Ergebnisverbesserungen kalkuliert worden:

- *Leistungen nach SGB II* (+ 10.014,4 T€)
- *Asylbewerberleistungen (+4.478,0 T€)*
- *Hilfe zur Erziehung* (+ 793,5 T€)
- *Andere Aufgaben der Jugendhilfe* (+ 630 T€)

Die nicht zahlungswirksamen **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten** erhöhen sich um 2.815 T€ (+ 57,3 %). Beim Produkt *Schulverwaltung* erhöhen sich die Erträge um 4.372 T€. Es handelt sich hierbei um die Auflösung des Sonderpostens aus der Schulumlage aus 2016.

Deutliche Ertragseinbußen i. H. v. rd. 13.234 T€ ergeben sich hingegen bei den **Erträgen aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen** (- 35,8 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung geht mit 13.249,6 T€ auf den Produktbereich *Kinder-, Jugend- und Familienhilfe* zurück und verteilt sich im Wesentlichen auf folgende Produkte des Jugendamtes:

- *Hilfe zur Erziehung* (- 10.746 T€)
- *Hilfe für junge Volljährige* (- 2.085 T€)
- *Andere Aufgaben der Jugendhilfe* (- 1.470 T€)

Der **mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis einschließlich 2020** wurden bei den ordentlichen Erträgen folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Die **Erträge aus der Kreisumlage** sowie die **Erträge aus Schlüsselzuweisungen** wurden auf Basis einer eigenen Einschätzung fortgeschrieben, die sich etwas unterhalb der Prognose der Steuerschätzung vom Mai 2016 bewegt (vgl. hierzu Kap. 4.2). Die **Erträge aus der Schulumlage** wurden entsprechend dem Bedarf des Haushalts 2017 fortgeschrieben. Wobei keine Überschüsse aus Vorjahren berücksichtigt wurden.

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** wird mit einem kontinuierlichen Anstieg von durchschnittlich + 1,9 % p.a. kalkuliert. Die prognostizierte Entwicklung bei den einzelnen Produkten stellt sich dabei wie folgt dar:

- *Revision:* jeweils + 50 T€ in den Jahren 2018 und 2019, konstante Entwicklung in 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 4,8 % p.a.
- *Ordnungs- und Gewerbewesen:* relativ konstant in 2018, jeweils + 5 T€ in 2019 und 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 1,7 % p.a.
- *Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen:* rd. + 40 T€ in 2019 sowie jeweils rd. + 65 T€ in 2018 und 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 2,0 % p.a.
- *Fleischhygiene:* jeweils + 50 T€ in 2018 und 2019, + 25 T€ in 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 8,3 % p.a.
- *Kreisvolkshochschule:* + 10 T€ p.a. über den gesamten Finanzplanungszeitraum; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 1,1 % p.a.
- *Leistungen nach dem AsylbLG:* + 18 T€ in 2018, jeweils + 15 T€ in 2019 und 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 38,1 % p.a.
- *Gesundheitshilfen und Prävention:* + 8 T€ in 2018, jeweils + 5 T€ in 2019 und 2020; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 4,9 % p.a.

- *Gesundheitsschutz:* + 10 T€ p.a. über den gesamten Finanzplanungszeitraum; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 7,7 % p.a.
- *Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung:* + 15 T€ p.a. über den gesamten Finanzplanungszeitraum; durchschnittlicher Anstieg bis 2020: + 0,8 % p.a.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** werden mit einem Anstieg von jeweils 100 T€ in den Jahren 2018 bis 2020 fortgeschrieben.

Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhen sich in 2018 um rd. 690 T€, 2019 um 910 T€ und 2020 um 1.000 T€. Während im Produktbereich *Kinder-, Jugend- und Familienhilfe* mit leicht rückläufigen Transfererträgen kalkuliert wird, ist im Produktbereich *Soziale Leistungen* mit einem kontinuierlichen Anstieg zu rechnen. Bei den **Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen** (ohne Landkreisschlüsselzuweisungen) wird mit einem Zuwachs von 811 T€ in 2018, 535 T€ in 2019 und 1.300 T€ in 2020 gerechnet. Auch hier ist fast ausschließlich der Produktbereich *Soziale Leistungen* betroffen. Dies ist primär auf die höhere Bundeserstattung in der *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung* zurückzuführen – mit einem durchschnittlichen Anstieg von 3,7 % p.a., analog zu den steigenden Transferaufwendungen.

Bei den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** wird nach einem Rückgang um 4.556 T€ (Sondereffekt in 2017: Auflösung SOPO Schulumlage aus 2016) in 2018 nachfolgend mit weitgehend konstanten Erträgen gerechnet. Bei den **privatrechtlichen Leistungsentgelten** sowie den **sonstigen ordentlichen Erträgen** wird eine relative Konstanz über den gesamten Finanzplanungszeitraum unterstellt.

4.4 ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich im Haushaltsjahr 2017 um rd. 2.336 T€ (+ 0,6 %) gegenüber dem Vorjahr. Die **Personalaufwendungen** erhöhen sich um rd. 4.998 T€ (+ 13,6 %) gegenüber 2016. Bei den **Versorgungsaufwendungen** ist ein Anstieg um rd. 209 T€ bzw. 4,5 % zu erwarten.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich 2017 um rd. 5.436 T€ bzw. 13,8 %. Den größten Zuwachs gibt es beim Produkt *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* mit rd. 4.120 T€. Es wird eine weitere Erhöhung der Zuwanderung erwartet. Darüber hinaus muss mit steigenden Mieten für Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünfte gerechnet werden. Auch der Mittelbedarf für Instandsetzung, Ausstattung, Reinigung und sonstige Fremdleistungen wird nochmals ansteigen. Beim Produkt *Öffentlicher Personennahverkehr* entstehen Mehraufwendungen von rd. 1.527,8 T€. Der Mehrbedarf entsteht hier durch die Umsetzung des neuen Nahverkehrsplanes und durch einen erhöhten Anteil den Verkehrsleistungen. Das neue Produkt *Rettungsdienst* verursacht erstmals veranschlagte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 559,9 T€. Eine weitere Aufwandserhöhung entsteht beim Produkt *Kreisvolkshochschule* (+ 219,7 T€) aufgrund der Eingliederung der Volkshochschule Bensheim in die Kreisvolkshochschule. Ein weiterer Mehraufwand i. H. v. rd. 60 T€ entsteht beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention*. Beim Produkt *Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit* entsteht ein Mehraufwand i. H. v. 100 T€ für das MORO-Projekt. Eine erhebliche Aufwandsreduzierung gibt es hingegen bei der *Schülerbeförderung* (- 991 T€). Der Haushaltsansatz kann gesenkt werden, da im Vorjahr der Mehraufwand im Zuge der Insolvenz eines Verkehrsunternehmens entstanden war und auch eine Anpassung der VRN Finanzierungsanteile (Linienbündel – anteilige Kosten für Schülerbeförderungsleistungen) erfolgt ist. Der Sachaufwand beim Produkt *Schulverwaltung* i. H. v. 550 T€ entfällt an dieser Stelle, da die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vollständig dem Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft zugeordnet und durch eine Erhöhung des Zuschusses ausgeglichen wurden.

Die **Abschreibungen** erhöhen sich um rd. 1.080 T€ (+ 22,4 %). Diese Entwicklung geht im Wesentlichen auf folgende Produkte zurück:

- *Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen* (+ 200 T€): erstmalige Veranschlagung der Wertberichtigung von Forderungen
- *Rettungsdienst* (+119 T€): erstmalige Veranschlagung im Zuge der Zusammenführung des Eigenbetriebs Rettungsdienst mit den Abteilungen Gefahrenabwehr und Ordnungs- und Gewerbewesen
- *Gymnasien* (+ 124 T€)
- *Förderschulen* (+ 121 T€)
- *Verwaltung der Kreisstraßen* (+ 150 T€): höhere Abschreibung des Anlagen- und Infrastrukturvermögens der Kreisstraßen

Darüber hinaus wurden bei mehreren Produkten Abschreibungen im Haushalt 2017 angesetzt, die 2016 nicht veranschlagt waren, bei denen jedoch ein Rechnungsergebnis 2015 zu Buche steht.

Die **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3.760 T€ (+ 5,4 %). Der *Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft* erhöht sich systembedingt um 2.900 T€. Außerdem erhöht sich der Zuschuss an den Eigenbetrieb L-SG beim Produkt *Haushaltsplanung und Finanzmanagement* um 1.300 T€. Der Mehrbedarf entsteht durch die Übernahme der Reinigungsleistungen und durch gestiegene Instandhaltungsaufwendungen. Beim Produkt *Brand- und Katastrophenschutz* verringern sich die Aufwendungen dagegen um 240 T€, da der Eigenanteil an den Personalkosten der Leitstelle aufgrund der Eingliederung des Eigenbetriebs Rettungsdienst in die Kreisverwaltung entfällt. Auch beim *Produkt Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege* verringert sich der Aufwand um 227 T€.

Während die **LWV-Umlage** mit 1.600 T€ Mehraufwand (+ 3,5 %) kalkuliert wird, ist bei der **Krankenhausumlage** ein Rückgang um 100 T€ (- 2,4 %) zu verzeichnen.

Die **Transferaufwendungen** reduzieren sich um rd. 14.680 T€ (-6,8 %) gegenüber dem Vorjahr. Die Teilbereiche entwickeln sich dabei ambivalent: während sich die Aufwendungen im Produktbereich *Soziale Leistungen* um rd. 1.592 T€ (+ 0,6 %) erhöhen, reduzieren sie sich im Teilhaushalt *Kinder-, Jugend- und Familienhilfe* um rd. 16.274,7 T€ (- 27,1 %). Bei folgenden Hilfearten des Jugendamtes wird mit Einsparungen gegenüber dem Vorjahr gerechnet:

- *Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege* (- 1.350 T€): -600 T€ bei der Förderung von Kindern in Tagespflege, - 670 T€ bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, - 80 T€ beim Essensgeld für Kinder in Tageseinrichtungen
- *Hilfe zur Erziehung* (- 8.889 T€): die größte Einsparung ist mit 12.000 T€ bei der Heimerziehung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) nach § 34 SGB VIII zu verzeichnen
- *Hilfe für junge Volljährige* (- 2.835 T€): die größte Einsparung ist mit 2.100 T€ ebenfalls bei der Heimerziehung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) zu verzeichnen
- *Eingliederungshilfe* (- 80 T€): Einsparung von 200 T€ bei der teilstationären und stationären Hilfe, aber Mehraufwand von 120 T€ bei der ambulanten Hilfe
- *Andere Aufgaben der Jugendhilfe* (- 1.407 T€): v. a. Rückgang um 2.050 T€ bei den vorläufigen Inobhutnahmen unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) nach § 42a SGB VIII

Mehraufwendungen ergeben sich hingegen im Wesentlichen bei folgenden Hilfearten im Teilhaushalt Soziales und Jugend:

- *Hilfe zur Pflege* (+ 203 T€): Mehraufwand außerhalb von Einrichtungen (+ 408 T€) aufgrund von gestiegenen Fallzahlen (+ 457 Fälle gegenüber Vorjahr) und gestiegenen Kosten (+ 436 € mtl. pro Fall)
- *Eingliederungshilfe für behinderte Menschen* (+ 230,7 T€): Mehrbedarf sowohl außerhalb (+ 205,7 T€) als auch innerhalb (+ 25 T€) von Einrichtungen
- *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung* (+ 298 T€): Mehrbedarf v. a. aufgrund einer Fallzunahme außerhalb von Einrichtungen (von 2.130 auf 2.209)
- *Leistungen nach SGB II* (+ 9.850 T€): Der Mehrbedarf entsteht durch die erhöhte Zuwanderung bleiberechtigter Flüchtlinge
- *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* (- 9.351 T€): Der Mehrbedarf entsteht durch die zu erwartenden Neuzuweisungen von Flüchtlingen
    - HLU gem. § 2 AsylbLG: - 2.115 T€
    - Krankenhilfe gem. § 2 AsylbLG: - 1252 T€
    - Zusatzleistungen gem. § 3 AsylbLG: - 4.430 T€
    - Krankenhilfe gem. § 3 AsylbLG: - 1594 T€
    - Arbeitsgelegenheiten gem. § 3 AsylbLG: + 40 T€
- *Unterhaltsvorschussleistungen* (+ 263 T€): Mehrbedarf für die Unterhaltsvorschussleistungen (+ 92 T€) sowie für die Weiterleitung von 2/3 der zahlungswirksamen Erträge aus den übergeleiteten Unterhaltsansprüchen an das Land (+ 171 T€)
- *Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen* (+ 160,1 T€): Mehraufwand v. a. bei den Leistungen für präventive Maßnahmen (+ 120,5 T€) sowie bei den Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen nach § 19 SGB VIII (+ 125 T€)

Ferner erhöhen sich auch die Transferaufwendungen bei der *Hilfe zum Lebensunterhalt* um 38 T€, bei den *Hilfen zur Gesundheit* um 30 T€ und bei der *Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten* um 30 T€. Bei den *Sonstigen Hilfen und Sozialleistungen* bleibt der Ansatz unverändert.
Der **mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis einschließlich 2020** wurden bei den ordentlichen Aufwendungen folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Die **Personalaufwendungen** wurden über den gesamten Finanzplanungszeitraum mit einem Anstieg von durchschnittlich + 2 % p. a. fortgeschrieben. Es handelt sich um einen durchschnittlichen Erfahrungswert für personalwirtschaftliche Maßnahmen (Beförderungen, Höhergruppierungen etc.). Unbeeinflussbare Tarif- und Besoldungserhöhungen sind hierin nicht explizit enthalten. Die **Versorgungsaufwendungen** wurden in der Summe in etwa konstant fortgeschrieben. Die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen unterliegen erfahrungsgemäß schwer vorhersagbaren Schwankungen.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich um durchschnittlich 3,0 % p.a. im Finanzplanungszeitraum. Bei den meisten Haushaltspositionen erfolgte in der Erwartung einer inflationsbedingten Kostensteigerung eine Fortschreibung mit + 1 % p.a. Wesentliche Abweichungen von dieser Vorgehensweise gibt es bei folgenden Produkten:

- *IT-Management:* Erhöhung um durchschnittlich + 7,9 % p.a. (+ 112,5 T€ in 2018 und jeweils + 115 T€ in 2019 und 2020) – Erwartung überdurchschnittlich steigender Ausgaben für die IT-Ausstattung der Kreisverwaltung
- *Leistungen nach dem AsylbLG*: Erhöhung um durchschnittlich + 2,3 % p.a. (+ 233 T€ in 2018, jeweils rd. + 675 T€ in 2019 und 2020) – weiterhin dynamische Entwicklung bei den Aufwendungen für die Unterbringung der Flüchtlinge aufgrund von steigenden Mieten
- *Verwaltung der Kreisstraßen*: Erhöhung um durchschnittlich + 3,0 % p.a. (+ 50 T€ p.a. über den gesamten Finanzplanungszeitraum) – weiterhin dynamische Entwicklung aufgrund von Instandhaltungsstau

- *Öffentlicher Personennahverkehr*: Erhöhung um jährlich 500 T€ – Umsetzung des neuen Nahverkehrsplans

Die **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse** erhöhen sich um durchschnittlich 0,5 % p.a. im Finanzplanungszeitraum. Der Zuschuss im Produktbereich *Schulträgeraufgaben* erhöht sich um 200 T€ p.a. Dies ist auf den Zuschuss an den Eigenbetrieb L-SG zurückzuführen. Im Produkt *Leistungen nach SGB II* erhöht sich der Aufwand um durchschnittlich rd. 160 T€ p.a. Es handelt sich um den kommunalen Finanzierungsanteil von 15,2% an den Verwaltungskosten. Die Prognose resultiert aus der Entwicklung der Vorjahre. Bei allen übrigen Haushaltspositionen wird mehr oder weniger relative Konstanz in der Entwicklung der Aufwendungen unterstellt.

Die **LWV-Umlage** und die **Krankenhausumlage** wurden mit einer durchschnittlichen Steigerung von + 2,5 % p. a. über den Finanzplanungszeitraum fortgeschrieben. Bei den **sonstigen Umlageverpflichtungen** (ohne LWV- und Krankenhausumlage) wurde weitgehend Konstanz der Aufwendungen mit leicht ansteigender Tendenz angenommen.

Bei den **Transferaufwendungen** wird im Finanzplanungszeitraum mit einem durchschnittlichen Anstieg von + 3,0 % p.a. gerechnet. Im Produktbereich *Soziale Leistungen* beträgt der durchschnittliche Anstieg rd. 3,7 % p.a. Neben erheblichen Mehraufwendungen bei den *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* (durchschnittlich + 10,4 % p.a.) werden weitere Erhöhungen bei den *Leistungen nach dem SGB II* (+ 2,8 % p.a.), bei der *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung* (+ 3,1 % p.a.), bei der *Hilfe zur Pflege* (+ 3,6 % p.a.) und bei der *Eingliederungshilfe für behinderte Menschen* (+ 5,2 % p.a.) erwartet. Bei der *Hilfe zum Lebensunterhalt* (+ 1,1 % p.a.) wird mit eher moderaten Aufwandssteigerungen gerechnet.

Im Produktbereich *Kinder-, Jugend- und Familienhilfe* beträgt der durchschnittliche Anstieg nur rd. 0,2 % p.a. Mehraufwendungen werden bei der *Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege* (durchschnittlich + 2,3 % p.a.) und bei der *Hilfe für junge Volljährige* (+ 5,5 % p.a.) erwartet. Mit Einsparungen wird in der *Eingliederungshilfe* (- 1,6 % p.a.) kalkuliert. Bei den übrigen Produkten des Jugendamtes wird mit relativ konstanten Aufwendungen gerechnet.

Die **Abschreibungen** werden auf relativ konstantem Niveau mit leicht ansteigender Tendenz fortgeschrieben. Für die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** wird ebenfalls eine nahezu gleichbleibende Entwicklung im Finanzplanungszeitraum angenommen.

4.5 FINANZERGEBNIS

Das **Finanzergebnis** verbessert sich um rd. 1.170 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die **Finanzerträge** reduzieren sich um rd. 609 T€ (- 53,6 %), die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** verringern sich um rd. 1.780 T€ (- 21,1 %).

Beim Produkt *Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft* reduzieren sich die Zinsaufwendungen um rd. 1.750 T€. Die Zinsen für Investitionskredite gehen um 79 T€ (- 12,3 %) zurück. Bei den Zinsen für Kassenkredite ist ein Rückgang um 1.700 T€ (- 27,9 %) zu verzeichnen. Die Zinsaufwendungen i. R. des kommunalen Schutzschirms verringern sich um 48 T€ (- 7,7 %). Die im Produktbereich *Schulträgeraufgaben* veranschlagte Zinsdienstumlage für die Konjunkturprogramme reduziert sich um 43 T€. Auf der Ertragsseite verringern sich die Bankzinsen aus Derivatgeschäften um 620 T€.

In der **mittelfristigen Finanzplanung** wird mit einer durchschnittlichen Verbesserung des Finanzergebnisses um rd. 9,1 % p.a. kalkuliert (2018: + 1.010 T€, 2019: + 350 T€, 2020: + 300 T€). Die Finan-

zerträge wurden in etwa konstant fortgeschrieben. Bei den Finanzaufwendungen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar: während die Zinsdienstumlage für die Konjunkturprogramme leicht fallend ist, ist bei den Investitionskreditzinsen mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von rd. 50 T€ über den Finanzplanungszeitraum zu rechnen. Bei den Zinsen für Kassenkredite wird aufgrund der erwarteten Überschüsse mit einem leichten Rückgang gerechnet. Für die Finanzplanung wurde ein durchschnittlicher Zinssatz für Kassenkredite von rd. 2,25 % p. a. berücksichtigt. Damit wird dem anhaltend niedrigen Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt Rechnung getragen.

4.6 AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Das Außerordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 4.989 T€ gegenüber 2016. Die **außerordentlichen Erträge** verringern sich um rd. 5.118 T€ (- 83,8 %), die **außerordentlichen Aufwendungen** reduzieren sich um rd. 129 T€ (- 6,3 %). Der erhebliche Rückgang der außerordentlichen Erträge basiert auf einem einmaligen Sondereffekt im Vorjahr, der nun wegfällt: 2016 erfolgte eine pauschale Erstattung des Landes Hessen i. H. v. 5.040 T€ für Ansprüche aus der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die *periodenfremden Aufwendungen* erhöhen sich um rd. 428 T€ (+ 29,1 %). In der **mittelfristigen Finanzplanung** wird das außerordentliche Ergebnis im Jahr 2018 mit einem Defizit von 900 T€ kalkuliert und so für die Jahre 2019 und 2020 fortgeschrieben.

4.7 FINANZHAUSHALT

Nach der Eliminierung der nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge ergibt sich für das HH-Jahr 2017 ein **Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit** von rd. 9.271 T€. Dieser erhöht sich 2018 auf 13.815 T€, um dann 2019 (11.190 T€) und 2020 (10.550 T€) wieder abzusinken.

Der **Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit** verringert sich um rd. 3.271 T€ gegenüber 2016 auf 6.214 T€. Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** erhöhen sich um 9.456 T€, die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** erhöhen sich ebenfalls um 6.185 T€. Die *Investitionszuweisungen vom Bund* (GVFG-Mittel) erhöhen sich um 83,9 T€ auf 383,9 T€. Die *Investitionszuweisungen von Gemeinden* erhöhen sich um 5.160 T€ auf 5.980 T€. Hiervon entfallen 2.080 T€ auf den 50%igen Gemeindeanteil für die 2. Stufe des S-Bahn-Ausbaus im ÖPNV-Bereich und 3.900 T€ auf den investiven Teil der Schlüsselzuweisung (ehemals Schulbaupauschale).

Die *Auszahlungen für Baumaßnahmen* bei den Kreisstraßen erhöhen sich um 1.310 T€ auf 3.630 T€ (+ 56,5 %). Die *Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen* verringern sich um 25 T€ auf 150 T€ (- 14,3 %). Die *Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen* erhöhen sich um 4.900 T€ auf 12.987 T€ (+ 60,6 %). Hierin sind der Zuschuss aus dem Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) des Landes Hessen an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft i. H. v. 600 T€ (Vorjahr: 5.800 T€) sowie der investive Zuschuss an den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft i. H. v. 3.900 T€ enthalten. Der Ansatz für aktivierte Investitionszuweisungen im ÖPNV-Bereich erhöht sich um rd. 899,7 T€.

In der **mittelfristigen Finanzplanung** verringern sich die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 2018 auf 5.668 T€. Im Jahr 2019 betragen sie 4.199 T€, 2020 dann nur noch 4.000 T€. Die GVFG-Mittel wurden für die Jahre 2018 bis 2020 jeweils mit 500 T€ fortgeschrieben. Die Investitionszuweisungen von Gemeinden wurden für 2018 mit 667,5 T€ und für 2019 mit 199 T€ geplant. Da die Allgemeine Investitionspauschale sowie die Schulbaupauschale als besondere Finanzzuweisungen des Landes im Zuge der KFA-Neuordnung ab 2016 wegfallen, die investive Verwendung von Teilen der Schlüsselzuweisungen durch eine entsprechende untergesetzliche Regelung jedoch ermöglicht werden soll,

wurden die Investitionszuweisungen vom Land für das Jahr 2018 mit 4.500 T€, 2019 und 2020 mit jeweils 3.500 T€ veranschlagt.

Das **Investitionsprogramm** sieht für 2018 Investitionen i. H. v. insgesamt 10.325 T€ (inkl. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen) vor. 2019 verringert sich der Wert auf 7.906 T€ und 2020 auf 6.828 T€. Hierin ist 2018 ein Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb L-SG i. H. v. 4.500 T€ (1.000 T€ aus dem Kommunalen Investitionsprogramm und 3.500 T€ aus der Schlüsselzuweisung, ehemals Schulbaupauschale) enthalten. In den Jahren 2019 und 2020 beträgt der Zuschuss aus der ehemaligen Schulbaupauschale jeweils 3.500 T€.

Aus dem Zahlungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. von 5.793 T€ wird 2017 ein **Zahlungsmittelfehlebtrag aus Finanzierungstätigkeit** i. H. v. 238 T€. Nach einem erneuten Überschuss i. H. v. 951 T€ in 2018 wird 2019 und 2020 mit einem Fehlbetrag i. H. v. 305 T€ bzw. 1.684 T€ kalkuliert. Das heißt, dass die Tilgungsleistungen 2017 und ab 2019 die investiven Kreditaufnahmen übersteigen und somit keine Netto-Neuverschuldung im investiven Bereich entsteht. Die „vermeintliche“ Netto-Neuverschuldung in den Jahren 2016 und 2018 resultiert aus der Kreditaufnahme i. R. des Kommunalen Investitionsprogramms (KIP) des Landes Hessen. Der **Kassenkreditbestand** verringert sich bis Ende 2017 auf voraussichtlich 219 Mio. €. 2018 wird mit einer weiteren Reduzierung auf 208,5 Mio. € kalkuliert, 2019 auf 201,5 Mio. € und 2020 auf 195,5 Mio. €. Damit sieht die mittelfristige Finanzplanung des Kreises weiterhin einen Abbau der Schulden bei den Kassenkrediten vor.

5. FAZIT

Die finanzielle Lage des Kreises Bergstraße stellt sich besser dar, als dies in den Vorjahren der Fall war. Im Rechnungsergebnis des Jahres 2015 konnte erstmals seit Einführung der Doppik im Jahr 2008 ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden. Auch für das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres 2016 wird ein Überschuss im Jahresergebnis prognostiziert. Dies trifft ebenso auf den Haushaltsplan für das Jahr 2017 sowie die Folgejahre der Finanzplanung bis 2020 zu. Damit ist es sehr wahrscheinlich, dass es dem Kreis Bergstraße bereits deutlich vor dem letzten Jahr des vereinbarten Konsolidierungspfades (2020) gelingt, den Ergebnishaushalt in drei aufeinanderfolgenden Jahren auszugleichen. Dies hätte zur Folge, dass der Kommunale Schutzschirm vorzeitig verlassen werden könnte (vgl. § 4 Abs. 3 S. 2 SchuSG). Da auch der Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt durchweg positive Werte ausweist und diese konstant über den zu zahlenden Tilgungsleistungen liegen, erfolgt über den gesamten Finanzplanungszeitraum eine Verringerung des Kassenkreditbestandes und somit ein konsequenter Abbau der Altverschuldung. Auch im Bereich der Investitionskredite gelingt dies (mit Ausnahme des Jahres 2018, da hier noch 1 Mio. € aus dem Kommunalen Investitionsprogramm veranschlagt sind) durchgehend.

Die Ursachen für diese positive Entwicklung sind vielschichtig. Die konjunkturelle Entwicklung weist nach wie vor ein erfreulich konstantes Wachstum aus, wovon der Landkreis indirekt über den Kommunalen Finanzausgleich als wichtigster Einnahmequelle profitiert. Des Weiteren wirkt sich das historische Zinstief am Geld- und Kapitalmarkt in nicht unerheblichem Maß positiv auf die Zinsaufwendungen des Kreises aus.

Bund und Land haben die Kommunen zudem in den letzten Jahren gezielt entlastet. Als Beispiel seien hier die Komplettübernahme der Netto-Aufwendungen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund, die Erhöhung der Landesquoten bei der KdU-Bundesbeteiligung im SGB II, die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils und die Anhebung der LAG-Pauschale durch das Land genannt. Zudem wurde ein Kommunales Investitionsprogramm durch das Land Hessen aufgelegt, welches das Investitionsprogramm des Bundes aufstockt. Perspektivisch werden die

Kommunen ab 2018 um 5 Mrd. € jährlich durch den Bund entlastet. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft erhöht sich in diesem Zusammenhang um 1,6 Mrd. €, wovon die hessischen Landkreise unmittelbar mit ca. 114 Mio. € profitieren. Von der Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um 2,4 Mrd. € profitieren die Landkreise nur indirekt. In welcher Form und Höhe die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um 1 Mrd. € den Landkreisen zugute kommt, ist noch nicht absehbar. Zudem hat der Bund zugesagt, die Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Mehrbelastungen bei den Kosten der Unterkunft von 2016 bis 2018 auf 100 % zu erhöhen.

Neben diesen externen Einflussfaktoren haben aber auch die seit vielen Jahren durchgeführten und im jährlich fortgeschriebenen und weiterentwickelten Haushaltskonsolidierungskonzept dokumentierten Konsolidierungsmaßnahmen des Kreises zur positiven Entwicklung des Kreishaushalts beigetragen. Es handelt sich dabei sowohl um Maßnahmen zur strategischen Neuausrichtung mit langfristigen Wirkungen, die sich zum Teil nicht sofort monetär im Haushalt niederschlagen (u. a. Umstrukturierung der Jugendhilfe, Einrichtung eines zentralen Forderungsmanagements im Sozialbereich, Evaluation des Sozialhaushalts, Aufbau eines flächendeckenden Vertragsmanagements, Evaluation des Eigenbetriebs Schule und Gebäudewirtschaft, Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, strategische Partnerschaft des Kreiskrankenhauses mit dem Uni-Klinikum Heidelberg) als auch um Maßnahmen, die den Haushalt kurz- bis mittelfristig unmittelbar monetär entlastet haben (u. a. Einrichtung einer zentralen Rückstandsdatei im Zulassungswesen, aktives Schuldenmanagement, Vermögensveräußerungen, neue Gebührenordnung der Kreisvolkshochschule, Abbau von freiwilligen Leistungen, Strukturreform des Wasserverbandes Hessisches Ried, Satzung zur Förderung der Kindertagespflege mit Erhebung von Kostenbeiträgen).

Um eine ganzheitliche Betrachtungsweise zu gewährleisten, sind – auch vor dem Hintergrund sog. Prognosestörungen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms des Landes – die Risiken, die sich für den Kreishaushalt ergeben, zu identifizieren und zu dokumentieren. Manche Gesetzesänderungen oder neue Aufgaben mögen zwar auf den ersten Blick nur marginale Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Kreises haben, können aber in der Summe bzw. in ihren Folgekosten, die sie verursachen, erhebliche Auswirkungen haben. Zudem gibt es Risiken, die sich unübersehbar und nachhaltig auf die kommunalen Finanzen auswirken, wie es derzeit im Zuge der Flüchtlingskrise der Fall ist. Die finanziellen Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern sind aufgrund des beispiellosen Zustroms von Flüchtlingen exorbitant. Zudem sind die Folgekosten, die sich im Zusammenhang mit der Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ergeben, noch gar nicht in vollem Ausmaß absehbar.

Perspektivisch ist der Aufbau eines Risikomanagements als zentrales Controllinginstrument für die Kreisverwaltung und die Eigenbetriebe des Kreises anzustreben. Identifikation und Dokumentation sollten dabei in einen Prozess integriert werden, der auch die Kategorisierung der Risiken nach bestimmten Kriterien, die Analyse hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen, eine Bewertung der Risiken sowie Maßnahmen zur Bewältigung bzw. Beherrschung umfasst.

Zusammenfassend ist abschließend festzustellen, dass sich der Landkreis Bergstraße auf einem guten Weg befindet, dauerhaft jahresbezogen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dabei sollte der Versuchung widerstanden werden, etwaige Überschüsse für konsumtive Ausgaben zu verwenden. Stattdessen sollte die oberste Priorität darin bestehen, Altschulden zu tilgen. Das schließt jedoch nicht aus, dass Investitionen zur Substanzerhaltung getätigt werden. Diese sollten die Tilgung jedoch nicht übersteigen, um eine Netto-Neuverschuldung zu vermeiden und so die Generationengerechtigkeit zu gewährleisten.

Anlage 1a: Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2017 bis 2020
Ergebnishaushalt - Beträge in T€ (Stand: 07.11.2016)

Pos.	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	35	34	40	40	40
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960	10.154	10.390	10.590	10.740
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	36.936	23.702	23.800	23.900	24.000
4	Erträge aus Kreisumlage	117.400	120.800	124.400	128.100	132.000
5	Erträge aus Schulumlage	68.800	65.600	71.000	70.500	72.000
6	Erträge aus Transferleistungen	75.921	92.901	93.590	94.500	95.500
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	64.477	56.954	57.765	58.300	59.600
8	Erträge aus Schlüsselzuweisungen	54.800	58.900	63.750	65.650	67.600
9	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.916	7.731	3.175	3.125	3.075
10	Sonstige ordentliche Erträge	184	172	175	175	175
11	**Ordentliche Erträge**	**431.429**	**436.948**	**448.085**	**454.880**	**464.730**
12	Personalaufwendungen	36.637	41.635	42.455	43.275	44.155
13	Versorgungsaufwendungen	4.680	4.889	4.950	4.950	4.900
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.262	44.698	45.610	47.015	48.520
15	Abschreibungen	4.813	5.893	5.930	5.980	6.030
16	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	69.524	73.284	73.580	73.925	74.320
17	Krankenhausumlage	4.200	4.100	4.200	4.300	4.400
18	LWV-Umlage	45.800	47.400	49.000	50.000	51.000
19	Steueraufwendungen / Umlageverpflichtungen	897	929	950	980	1.000
20	Transferaufwendungen	214.425	199.745	205.560	211.610	217.460
21	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8	8	10	10	10
22	**Ordentliche Aufwendungen**	**420.245**	**422.582**	**432.245**	**442.045**	**451.795**
23	**Verwaltungsergebnis**	**11.183**	**14.366**	**15.840**	**12.835**	**12.935**
24	Finanzerträge	1.137	528	650	650	650
25	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.418	6.638	5.750	5.400	5.100
26	**Finanzergebnis**	**-7.280**	**-6.110**	**-5.100**	**-4.750**	**-4.450**
27	**Ordentliches Ergebnis**	**3.903**	**8.257**	**10.740**	**8.085**	**8.485**
28	Außerordentliche Erträge	6.106	989	1.000	1.000	1.000
29	Außerordentliche Aufwendungen	2.055	1.926	1.900	1.900	1.900
30	**Außerordentliches Ergebnis**	**4.052**	**-937**	**-900**	**-900**	**-900**
31	**Jahresergebnis**	**7.955**	**7.319**	**9.840**	**7.185**	**7.585**

Kommunaler Schutzschirm

Vorgabe für Ordentliches Ergebnis	-14.244	-12.678	-6.217	-2.416	1.941
Abweichung	18.147	20.935	16.957	10.501	6.544

Anlage 1b: Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2017 bis 2020
Finanzhaushalt - Beträge in T€

Pos.	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	35	34	40	40	40
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960	10.154	10.390	10.590	10.740
3	Kostenzusatzleistungen und -erstattungen	36.936	23.702	23.800	23.900	24.000
4	Steuern- und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	186.200	186.400	195.400	198.600	204.000
5	Einzahlungen aus Transferleistungen	80.961	93.690	93.590	94.500	95.500
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	119.277	115.854	121.515	123.950	127.200
7	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.137	528	650	650	650
8	Sonstige ordentliche Einz. u. sonst. außerordentl. Einzahlungen	1.150	272	1.175	1.175	1.175
9	**Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**433.656**	**430.634**	**446.560**	**453.405**	**463.305**
10	Personalauszahlungen	36.487	41.485	42.405	43.225	44.105
11	Versorgungsauszahlungen	3.640	3.750	3.780	3.850	3.950
12	Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	39.262	44.698	45.610	47.015	48.520
13	Auszahlungen für Transferleistungen	215.184	201.634	206.160	212.210	218.060
14	Ausz. für Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke sowie bes. Finanzauszahlungen	69.524	73.284	73.580	73.925	74.320
15	Ausz. für Steuern einschl. Auszahlungen aus ges. Umlageverpflichtungen	50.897	52.429	54.150	55.280	56.400
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	8.418	4.038	5.750	5.400	5.100
17	Sonst. ordentliche Ausz. u. sonst. außerordentl. Ausz. (ohne Inv.tätigkeit)	746	44	1.310	1.310	2.300
18	**Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**424.158**	**421.363**	**432.745**	**442.215**	**452.755**
19	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**9.499**	**9.271**	**13.815**	**11.190**	**10.550**
20	Einzahlungen aus Investitionszuw. und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.120	10.576	5.668	4.199	4.000
21	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenst des Sachanlageverm. und imm. AV	0	0	0	0	0
22	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42	42	42	42	42
23	**Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 20 bis 22)**	**1.162**	**10.618**	**5.710**	**4.241**	**4.042**
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	65	65	65	65	65
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.320	3.630	3.650	3.460	2.860
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlageverm. u. imm. AV	8.087	12.987	6.420	4.191	3.713
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	175	150	190	190	190
28	**Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Pos. 24 bis 27)**	**10.647**	**16.832**	**10.325**	**7.906**	**6.828**
29	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Investitionstätigkeit (Pos 23 ./. 28)**	**-9.485**	**-6.214**	**-4.616**	**-3.665**	**-2.786**
30	Einz. aus der Aufn. von Kred. und innere Darl. f. Invest. und Begeb. v. Anleihen	9.485	6.214	4.616	3.665	2.786
	davon Kreditaufnahmen f. Umschuldungen	*0*	*0*	*0*	*0*	0
31	Ausz. aus der Aufn. von Kred. und innere Darl. f. Invest. und Begeb. v. Anleihen	-3.692	-6.452	-3.665	-3.970	-4.470
	davon Tilgungen für Umschuldungen	*0*	*0*	*0*	*0*	0
32	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Pos. 30 ./. 31)**	**5.793**	**-238**	**951**	**-305**	**-1.684**
33	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	204.000	207.100	199.500	203.000	204.000
34	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
35	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Kassenkreditaufnahme)**	**-6.000**	**-2.900**	**-10.500**	**-7.000**	**-6.000**
36	**Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag des Haushaltsjahres (Pos. 19, 29, 32, 35)**	**-193**	**-80**	**-350**	**221**	**81**
37	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	738	545	465	115	336
38	**Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Pos. 36 + 37)**	**545**	**465**	**115**	**336**	**416**
	Voraussichtl. Kassenkreditbestand am Ende des Haushaltsjahres *	**221.900**	**219.000**	**208.500**	**201.500**	**195.500**

Anlage 2: Freiwillige Leistungen des Kreises Bergstraße

Produkt	PB	Bezeichnung	Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Veränderung
1010	01	Agenda 21, Sachkosten	14.512 €	15.000 €	15.000 €	0 €
1010	01	Sonst. Aufwand d. obersten Kreisorgane (Öffentlichkeitsarbeit,Repräsentation)	2.486 €	14.000 €	15.400 €	1.400 €
1010	01	Hessischer Landkreistag, Beitrag **	128.623 €	120.000 €	135.000 €	15.000 €
1020	01	Förderung der Fraktionsarbeit	90.000 €	117.325 €	117.200 €	-125 €
1020	01	Fraktionsgeschäftsstellen in der RV Südhessen, Zuschuss	6.057 €	6.600 €	6.700 €	100 €
1020	01	Freiherr-v.-Stein-Institut, Zuschuss / Hess. Städte- u. Gemeindebund	205 €	0 €	0 €	0 €
1020	01	Sachkosten Kreistag (Bewirtung, Repräsentation, Fortbildung)	7.272 €	6.500 €	6.500 €	0 €
1030	01	Ehrengeschenke, Ehrenpreise, Ehrenerweise	7.822 €	10.000 €	7.000 €	-3.000 €
1030	01	Heimatforschung und Heimatpflege (Zuschuss Geschichtsblätter)	3.500 €	3.500 €	3.500 €	0 €
1030	01	Diverse Vereinsmitgliedschaften, Beiträge *	477 €	477 €	477 €	0 €
1030	01	Partnerschaften Berlin/Kreuzberg, Naumburg/Saale, Schweidnitz, Kaunas/LIT	14.836 €	10.000 €	10.000 €	0 €
1030	01	Verein "Kultursommer Südhessen", Beitrag	4.039 €	4.120 €	4.120 €	0 €
1030	01	Sportregion Rhein-Neckar-Dreieck, Mitgliedsbeitrag	1.014 €	1.500 €	1.500 €	0 €
1030	01	Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V., Beitrag	365 €	310 €	310 €	0 €
1040	01	Bundesverband Deutscher Pressesprecher, Mitgliedsbeitrag	0 €	150 €	150 €	0 €
1110	01	Institut für Rechnungsprüfer e.V., Köln, Mitgliedsbeitrag	50 €	50 €	50 €	0 €
1140	01	Personalrat, Zuwendung (Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen)	8.000 €	8.000 €	8.000 €	0 €
1210	01	Vereine, Zuschüsse	81.149 €	101.300 €	100.000 €	-1.300 €
1210	01	Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit (Ehrenamtscard, Ehrenplakette)	2.220 €	2.500 €	2.500 €	0 €
1331	02	Aktion für ein weltoffenes Deutschland e.V., Beitrag (Initiative Gesicht zeigen)	0 €	500 €	0 €	-500 €
1331	02	Öffentlichkeitsarbeit Ausländerbeauftragte	3.652 €	4.000 €	4.000 €	0 €
1361	02	Förderverein Notfallseelsorge Bergstraße e.V., Beitrag	0 €	100 €	100 €	0 €
1361	02	Kreisfeuerwehrverband, Zuschuss, Feuerwehrleistungswettkampf, Prämie	11.395 €	11.570 €	11.570 €	0 €
		Teilhaushalt 01 Zentrale Verwaltung	**387.674 €**	**437.502 €**	**449.077 €**	**11.575 €**
2100	04	Qualitätsnetz Weiterbildung Starkenburg, Mitgliedschaft	0 €	60 €	0 €	-60 €
2100	04	Weiterleitung des Landeszuschusses an die städtischen Volkshochschulen	69.852 €	69.800 €	69.800 €	0 €
		Teilhaushalt 02 Schule und Kultur	**69.852 €**	**69.860 €**	**69.800 €**	**-60 €**
3101	05	Verein "Frauenhaus Bergstraße", Zuschuss	121.360 €	121.360 €	121.360 €	0 €
3101	05	Zuschuss für Eheberatung (Caritas)	10.000 €	10.000 €	10.000 €	0 €
3101	05	Zuschuss für Schuldnerberatung (Arbeiterwohlfahrt / Caritas / Diakonie)	109.954 €	111.000 €	111.000 €	0 €
3101	05	Zuschuss für Fachambulanz für Suchtkranke (Caritas)	41.648 €	39.214 €	39.214 €	0 €
3101	05	VdK-Kreisverband Bergstraße, Zuschuss	1.637 €	1.637 €	1.637 €	0 €
3101	05	Caritas-Betreuungsverein im Kreis Bergstraße, Zuschuss	18.464 €	8.323 €	8.323 €	0 €
3101	05	Jugend- u. Drogenberatungsstelle Prisma Lampertheim, Zuschuss AWO	65.070 €	62.497 €	62.497 €	0 €
3101	05	Jugend- u. Drogenberatungsst. Prisma Lamperth., Zusch. AWO f. Suchtprävent.	19.810 €	19.130 €	19.130 €	0 €
3101	05	Betreuungsverein Bergstraße e.V. im Diakonischen Werk, Zuschuss	9.884 €	6.242 €	6.242 €	0 €
3151	06	Fachstelle Jugendberufshilfe, Zuschuss	250.500 €	280.000 €	300.000 €	20.000 €
3170	06	Verein "Lernmobil e.V." Viernheim, Zuschuss	81.000 €	81.000 €	0 €	-81.000 €
3210	06	Beratungsstelle "Pro Familia", Zuschuss	66.000 €	75.000 €	63.600 €	-11.400 €
3220	05	Trägerverein der Altenpflegeschule, Zuschuss	37.400 €	80.400 €	84.200 €	3.800 €
3220	05	Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungsmaßnahmen in der Seniorenberatung: Fachstelle Leben im Alter, Pflegestützpunkt	4.153 €	8.100 €	5.440 €	-2.660 €
3220	05	Seniorenberatung, Gerontopsychiatr. Beratungsstelle	156.691 €	175.600 €	210.800 €	35.200 €
		Teilhaushalt 03 Soziales und Jugend	**993.570 €**	**1.079.503 €**	**1.043.443 €**	**-36.060 €**
4040	08	Sportkreis Bergstraße e.V., Zuschuss	5.000 €	5.000 €	5.000 €	0 €
4040	08	Turn- u. Sportvereine, Zuschüsse f. vereinseigene Sportanlagen u. Turnhallen	97.107 €	100.000 €	100.000 €	0 €
		Teilhaushalt 04 Gesundheit und Sport	**102.107 €**	**105.000 €**	**105.000 €**	**0 €**
5020	09	Sonstige Aufwendungen für Repräsentation ****	316 €	0 €	0 €	0 €
5070	10	Auerbacher Synagogenverein, Beitrag	154 €	155 €	155 €	0 €
5070	10	Arbeitskreis Zwingenberger Synagoge e.V., Beitrag	62 €	65 €	65 €	0 €
5100	12	Aufwendungen für die Bestellung von SPNV-Mehrleistungen ***	1.394.392 €	0 €	0 €	0 €
5111	13	Naturschutzzentrum Bergstraße, Zuschuss **	50.000 €	50.000 €	50.000 €	0 €
5130	13	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Beitrag	52 €	60 €	60 €	0 €
5130	13	Kreisimkerverein Bergstraße, Zuschuss zur Förderung der Bienenzucht	410 €	410 €	410 €	0 €
5130	13	Mitgliedsabonnements DLG e.V. und Natur in NRW	119 €	60 €	60 €	0 €
5141	14	Wasserverband Hessisches Ried, Beitrag **	29.866 €	30.000 €	33.000 €	3.000 €
5170	15	UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald, Beitrag **	143.809 €	151.000 €	160.000 €	9.000 €
5170	15	Zuschuss an die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH für das SEBZ	82.500 €	82.500 €	82.500 €	0 €
5170	15	Standortmarketinggesellschaft Frankfurt Rhein-Main GmbH, Zuschuss	40.000 €	40.000 €	40.000 €	0 €
		Teilhaushalt 05 Gestaltung der Umwelt	**1.741.679 €**	**354.250 €**	**366.250 €**	**12.000 €**
		SUMME	**3.294.882 €**	**2.046.115 €**	**2.033.570 €**	**-12.545 €**

*) Mitgliedbeiträge an die Europa Union, den Odenwaldklub, den Förderverein Fritz-Bauer-Institut e.V., den Verein Bürger und Polizei e.V. sowie den Verein Kurpfalz e.V.

**) Diese Leistungen waren im Haushalt 2015 noch dem Produkt 6030 zugeordnet.

***) Diese Leistung wurde im Zuge der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016 nicht mehr als freiwillige Leistung definiert und wird daher ab 2016 komplett als Pflichtleistung dargestellt.

****) Diese Leistung wird ab 2016 nach Rücksprache mit der Fachabteilung nicht mehr als freiwillige Leistung definiert (Darstellung der Maßnahmen des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum gem. den Publizitätsvorschriften - Informationsmaterial, -veranstaltungen)